

Tessa Szyszkowitz

TRAUMA UND TERROR

Zum palästinensischen und
tschetschenischen Nationalismus

Böhlau

Im Februar 1944 deportierte Josef Stalin die Tschetschenen nach Kasachstan, Kirgisien und Sibirien. Dreizehn Jahre blieben sie im erzwungenen Exil. Nach Stalins Tod erkämpften die Tschetschenen ihre Rückkehr, in den Dörfern aber lebten längst andere. Bis zum Ende der Sowjetunion – mit Ausnahme einer kurzen Periode unter Nikita Chruschtschow – blieben sie ein „unzuverlässiges Volk“, über dessen Schicksal nichts publiziert werden durfte. Auch die Palästinenser erlebten in den Vierzigerjahren ein kollektives Trauma, das bis heute nicht anerkannt ist. In der „Nakbah“ („Katastrophe“) verloren 750.000 palästinensische Araber 1948 bei Errichtung Israels ihre Heimat. Die Hälfte des palästinensischen Volkes lebte fortan als Flüchtlinge in den umliegenden arabischen Staaten. Heute hat sich zwar international das Bewusstsein durchgesetzt, dass der Nahostkonflikt mit einem unabhängigen Staat der Palästinenser in den von Israel 1967 besetzten Gebieten zu lösen wäre, bisher aber sind alle Friedensinitiativen fruchtlos geblieben. Die Analyse historischer Fakten in Kombination mit den Erkenntnissen der Psychiatrie hinsichtlich der Behandlung von kollektiven Traumata kann helfen, eine politische Lösung im Nahen Osten und im Kaukasus zu finden.

Böhlau

Studienreihe

Das Buch stellt die palästinensische und tschetschenische Nationalismus in den Kontext der globalen Terrorismus-Debatte. Es untersucht die Rolle der Nationalismus in der Entstehung von Terror und die Auswirkungen von Terror auf die Nationalismus. Die Autorin analysiert die palästinensische und tschetschenische Nationalismus als Reaktion auf die Unterdrückung und die Rolle der Nationalismus in der Entstehung von Terror. Sie untersucht die Auswirkungen von Terror auf die Nationalismus und die Rolle der Nationalismus in der Entstehung von Terror.

TESSA SZYSZKOWITZ

Trauma und Terror

Zum palästinensischen und
tschetschenischen Nationalismus

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Gedruckt mit der Unterstützung durch den
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-205-77704-5

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege, der Wiedergabe im Internet und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

© 2008 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H. und Co.KG, Wien · Köln · Weimar
<http://www.boehlau.at>
<http://www.boehlau.de>

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefreiem Papier

Druck: prime rate, 1047 Budapest

Printed in Hungary

Vorbemerkung

Mein Dank gilt allen, die dieses Buch mit Rat und Tat unterstützt haben. Besonders möchte ich Dr. John Bunzl und Dr. Wolfdieter Bihl danken sowie Dr. Gyuri Fodor, Inge Günther, Florian Hassel, Dr. Doron Rabinovici und meinen Eltern Dr. Uta und Dr. Gerald Szyszkowitz, die sich die Zeit genommen haben, diese Arbeit zu lesen und zu kommentieren.

Inhalt

Einleitung	9
----------------------	---

I PALÄSTINENSISCHE GESCHICHTE

1. Der Schlüssel	15
Vorgeschichte der Vertreibung 1948	15
Al Nakbah	17
Deir Jassin	19
Andenken an die Nakbah	21
Exil	23
2. Entwicklung der PLO	27
Im Flüchtlingslager	27
Recht auf Rückkehr	29
3. Arafats Qual der Wahl	39
Im Herzen ein Terrorist?	39
PLO-Politik zum Rückkehrrecht	44

II TSCHETSCHENISCHE GESCHICHTE

4. Babuschkas Erzählung	51
Vorgeschichte der Verbannung 1944	51
Die Deportation	60
Chaibach	63
Auflösung der Tschetschenisch-Inguschischen Autonomen Republik	65
Exil	68
5. Das »unzuverlässige Volk« – die Jahrzehnte nach der Rückkehr 1957	77
Die Rückkehr	77
»Unzuverlässiges Volk«	84

6. Die Kriege 1994 bis 2006	93
Unabhängigkeit 1991	93
Erster Tschetschenienkrieg 1994	96
Zweiter Tschetschenienkrieg 1999	98

III GESCHICHTE UND GEDÄCHTNIS

7. Trauma und Nation	103
Kollektive Erinnerung und Nationalismus	103
Der geschlossene Kreis	107
Diaspora versus Flüchtlinge	110
8. Trauma und Führer	115
Die Palästinenser	115
Jassir Arafat	115
Scheich Achmed Jassin	119
Marwan Barghouti	121
Mahmoud Abbas alias Abu Masen	123
Die Tschetschenen	125
Dschochar Dudajew	125
Aslan Maschadow	128
Schamil Bassajew	129
Ahmed und Ramsan Kadyrow	131
9. Trauma und Terror – Exkurs in den Selbstmordterrorismus	135
Von Samson bis zu den »Schwarzen Witwen«	135
Islamistischer Terrorismus?	137
Wunderwaffe Frau	141
Epilog	147
Schuld ohne Sühne	147
Politische Auswirkungen der Deportation und Vertreibung	151
Chancen der Anerkennung	152
Bibliografie	157
Personenregister	165

Einleitung

Jeder dritte heute lebende Tschetschene hat die Zwangsausiedlung erlebt. Das schwere Trauma der Deportation ist auch jetzt noch spürbar in der panischen Furcht der tschetschenischen Bevölkerung vor einer Wiederholung, ihrer Neigung, hinter allem „die Hand des KGB“ zu vermuten und Anzeichen für eine neuerliche Vertreibung erkennen zu wollen.¹

Anna Politkovskaja

Das Trauma von 1948 verstärkte schon existierende Identitätselemente, es stärkte die palästinensische Selbst-Definition, die es schon vorher gab. Diese katastrophale Erfahrung ist bis heute ein gemeinsames Thema zwischen Palästinensern aus verschiedenen sozialen Schichten und Generationen.²

Rashid Khalidi

An der Schnittstelle zwischen Erinnerung und nationaler Identität liegt ein Grab, wohnt der Tod. Die Schlachtfelder ethnischer und nationaler Konflikte und die Gräber der auf ihnen Gefallenen sind die Ziegel, aus denen das Gebäude der modernen Nation erbaut ist.³

Idith Zertal

Schon der Titel dieses Buches kann zur Streitfrage werden und soll deshalb gleich einer eingehenden Begriffsklärung unterzogen werden. Im Falle der Tschetschenen wird niemand darüber streiten wollen, ob die Tschetschenen 1944 von Josef Stalin deportiert worden sind oder nicht. Obzwar nicht in allen Geschichtsbüchern, aus denen in russischen Schulen unterrichtet wird, die Deportation der Kaukasus-Völker 1944 thematisiert wird, gibt es international darüber keinen Historikerstreit. Wie in dieser Arbeit belegt (Kapitel 4), erfolgte die Zusammentreibung, Verfrachtung und Aussetzung der Tschetschenen und Inguschen – insgesamt 480.000 Menschen –, auf Stalins ausdrückliche Anweisung als kollektive Bestrafung für den vermeintlichen Widerstand gegen die Sowjetmacht unter dem Vorwand der Kollaboration mit dem Dritten Reich.

Weniger eindeutig ist die Geschichte im Falle der Palästinenser rund um die Entstehung Israels 1947 und 1948. Wie Ilan Pappé in seinem Beitrag *‘Were they expelled?’*

1 A. Politkovskaja, Tschetschenien, Die Wahrheit über den Krieg, DuMont, Köln, 2003, S. 321.

2 R. Khalidi, zitiert nach: A. Lonni, Palestine-Israel Journal, Vol 8 No 4 2001, S. 77f.

3 I. Zertal, Nation und Tod, Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit, Wallstein Verlag, Göttingen, 2003, S. 17.

darlegt, klaffen die offizielle palästinensische und die offizielle israelische Geschichtsschreibung weit auseinander. Auch wenn die israelischen ›Neuen Historiker‹, zu denen auch Pappe gehört, in den letzten 20 Jahren eine aufklärende Bresche in die Geschichtsschreibung Israels geschlagen haben, so ist immer noch umstritten, ob Israel 750.000 Palästinenser – etwa die Hälfte der arabischen Bevölkerung jenes Teils von Palästina, der mit dem Unabhängigkeitskrieg von 1948 Israel wurde – absichtlich vertrieben hat oder ob sie auf Aufforderung ihrer eigenen Führung geflohen sind.

Nicht das Wie und Warum der ›Nakbah‹ – Arabisch für Katastrophe – soll hier geklärt werden. Entscheidend ist, dass die Palästinenser die Entstehung Israels und den Verlust ihrer Heimat als Katastrophe empfanden und noch heute empfinden. Es geht der Autorin darum, die Auswirkungen dieser traumatischen Erfahrung auf den Nationalismus der Palästinenser und die Auswirkung der Deportation 1944 auf den Nationalismus der Tschetschenen zu untersuchen.

Die israelische Historikerin Idith Zertal merkte an, dass »sich die Frage der kollektiven Erinnerung in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Thema in den Forschungsarbeiten und Erörterungen von Historikern und Kulturwissenschaftlern entwickelt hat«⁴.

Ein ›founding trauma‹, wie Johan Galtung es bezeichnet, oder ein ›chosen trauma‹, wie Vamik Volkan es nennt, sind Vorgänge im Gedächtnis der jeweiligen Völker. Es handelt sich um Katastrophen, deren Auswirkungen den nationalen Einigungsprozess – emotionell wie politisch – stärken. Es gibt diese ›gewählten Traumata‹ bei verschiedenen Völkern: die Schoah bei den Juden oder das Amselfeld (Kosovo Polje) bei den Serben. Die Nation oder das Volk ist, wie Benedict Anderson zeigte, eine ›imagined community‹, eine erdachte politische Gemeinschaft, deren meiste Mitglieder sich niemals kennenlernen werden und die dennoch »das Bild ihrer Gemeinsamkeit im Kopf haben«⁵.

Friedrich Nietzsche unterscheidet drei Arten des Gedächtnisses, die in unterschiedlichem Maße fruchtbar oder hemmend sind: eine monumentalische, eine antiquarische und eine kritische Art der Historie. Nur die kritische Geschichtsschreibung kann hilfreich sein, wengleich auch gefährlich, weil man dazu neigt, »sich gleichsam a posteriori eine Vergangenheit zu geben, aus der man stammen möchte, im Gegensatz zu der, aus der man stammt«⁶.

»Das Trauma von 1948«, schrieb Rashid Khalidí, Direktor des Nahost-Instituts an der Columbia Universität in New York, »stärkte die palästinensische Selbstdefinition, die es schon vorher gab«⁷. Ein ähnliches Phänomen beschreibt Monika Lenhard bei den

4 I. Zertal, *Nation und Tod*, S. 5.

5 B. Anderson, *Imagined Communities*, Verso, London, New York, 1983, S. 6.

6 F. Nietzsche, *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*, Leipzig, o. J., S. 22.

7 R. Khalidí, zitiert nach: A. Lonni, *Palestine-Israel Journal*, Vol 8 No 4 2001, S. 77f.

Tschetschenen: »Es ist bezeichnend, dass die Deportationserfahrungen den Zusammenhalt der Tschetschenen und ihr gemeinsames ethnisches und religiöses Bewusstsein eher gestärkt als geschwächt hatten, wie sich schon bald nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 zeigen sollte.«⁸

Der amerikanische Judaistik-Professor Martin Jaffee meinte: »In der immer wieder aufs Neue rekapitulierten Geschichte des Opfers gedenkt die Opfergemeinschaft nicht nur des Opfers und verpflichtet zu Solidarität mit dessen Schicksal; sie teilt mit dem Opfer auch seinen Triumph und seine Selbsterhöhung, verleiht der eigenen Historie die Kraft und den Mythos des Opfers ein und verortet in ihrer politischen und gesellschaftlichen Realität den mythischen Entwurf, durch den sie zum Selbstverständnis einer von Leid und Pein heimgesuchten Gemeinschaft wird.«⁹

Für die italienische Journalistin Barbara Spinelli war kritische Geschichtsschreibung unerlässlich, »wenn man nicht in der Gegenwart untergehen will«¹⁰. Im konkreten Fall hieß das für sie: »Wenn man die militärische Härte Putins und die Unbeugsamkeit des tschetschenischen Widerstands begreifen will, sollte an die Vernichtung der Völker des Kaukasus und ihre Verschleppung in Lager durch Stalin gedacht werden, genauso wie an die bereits im 19. Jahrhundert von Tolstoi angeprangerte kolonialistische Anmaßung Russlands.«

Der Umgang mit Geschichte und Gedächtnis ist in den Fällen von Palästinensern und Tschetschenen unterschiedlich. Die Palästinenser dokumentierten ihre »Nakbah« (Kapitel 1), politisierten sie und erhielten sie in den Flüchtlingslagern über Jahrzehnte ideologisch frisch (Kapitel 2). Diese Strategie von PLO-Chef Jassir Arafat hatte Vorteile für die Kampfmoral, verringerte aber die Bereitschaft für Kompromisse am Verhandlungstisch (Kapitel 3).

Die Tschetschenen überlieferten die Deportation nach Kasachstan ihren Kindern anfangs nur mündlich (Kapitel 4). Wegen der repressiven politischen Lage in der Sowjetunion hatten sie kaum Gelegenheit, sich bis zum Ende der Verbannung 1957 und in den Jahrzehnten danach politisch zu organisieren und die kollektive Erinnerung schriftlich festzuhalten (Kapitel 5).

Der Hass auf die russische Herrschaft brach aber bei einem Teil der Tschetschenen mit Ende der Sowjetunion sofort aus. Trotz oder wegen der ungeheuren Rücksichtslosigkeit der russischen Armee bei der Bekämpfung der tschetschenischen Rebellen leis-

8 M. Lenhard, *Der Konflikt in Tschetschenien*, Uni Saarland, 1997, S. 4.

9 M. S. Jaffee, *The Victim-Community in Myth and History: Holocaust Ritual, The Question of Palestine and the Rhetoric of Christian Witness*, in: *Journal of Ecumenical Studies* 23, Frühjahr 1991, S. 230-231.

10 B. Spinelli, *Der Gebrauch der Erinnerung, Europa und das Erbe des Totalitarismus*, Verlag Kunstmann, o.J., S. 24.

teten die Tschetschenen erbitterten Widerstand – das Misstrauen gegen die russische Herrschaft wurde vom Gedächtnis der Gedemütigten gefüttert (Kapitel 6).

Es geht in dieser Arbeit nicht um eine Wertung des »gewählten Traumas« von Palästinensern und Tschetschenen. Es geht auch nicht darum, die nationalistischen Bestrebungen der beiden Völker auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit das bewusste und unbewusste Wissen um die Vertreibung oder Deportation die nationalen Bestrebungen der beiden Völker beflügelte (Kapitel 7). »Jene, die die Tschetschenen studieren, neigen dazu, ihren sturen Widerstand gegen die Russen schlicht auf ihre jahrhundertlange Tradition des Kampfes gegen die Russen zurückzuführen. Obwohl dies zutrifft, ist es tatsächlich die Erinnerung an das jüngere Ethnozid, den dieses kleine Volk durch die sowjetische Regierung in den vierziger und fünfziger Jahren erlitten hat, der den primären Katalysator für die Militarisierung der moslemischen Gesellschaft im postsowjetischen Kontext darstellt«¹¹, schrieb der Historiker Brian Glyn Williams.

Untersucht wird dieser »primäre Katalysator« anhand der Biografien der Führer beider Völker – Jassir Arafat, Scheich Jassin, Marwan Barghouti und Mahmoud Abbas einerseits, Dschochar Dudajew, Aslan Maschadow, Schamil Bassajew und Ahmed und Ramsan Kadyrow andererseits (Kapitel 8). Warum Menschen zu Führern werden, hat viele Gründe. Zwei davon werden in diesem Buch analysiert: die Auswirkungen des kollektiven Traumas der Vertreibung oder Deportation auf das Individuum und das Phänomen der Peripherie. Von außen kommende Führungspersonlichkeiten erweisen sich als besonders anfällig für exaltierten Nationalismus. Wer kein »echter« Tschetschene oder Palästinenser ist – sei es, dass er wie Dschochar Dudajew einem halbinguschischen Stamm entsprang oder wie Jassir Arafat in Kairo geboren wurde – bemüht sich doppelt, von seinem Volk akzeptiert zu werden.

Kapitel 9 schließlich bietet einen Exkurs in die bisher radikalste Form der Auseinandersetzung zwischen den Konfliktparteien in beiden Regionen, einen Exkurs in den Selbstmordterrorismus. Zwar ist diese explosive Kriegsmethode keine Spezialität der Palästinenser oder Tschetschenen, doch wurde sie bei beiden Völkern zu einem erstaunlich weitverbreiteten Phänomen.

Palästinenser wie Tschetschenen waren zwar moslemische Völker, aber keineswegs ultra-religiös. Diese Tatsache lässt darauf schließen, dass der nationalistische Hintergrund einen starken Einfluss auf die Entscheidung von jungen Leuten hat, sich selbst und die Zivilisten der Gegenseite zu richten. Das Phänomen des »sich schließenden Kreises«, das

11. B. G. Williams, *Commemorating 'The Deportation' in Post-Soviet Chechnya, The Role of Memorialization and Collective Memory in the 1994–1996 and 1999–2000 Russo-Chechen Wars*, in: *History & Memory*, Nov. 12, No. 1, Spring-Summer 2000, S. 103.

die tschetschenische Psychologin Raissa Tagirowa unter ihren jungen Interviewpartnern feststellte, das Gefühl, niemals aus dem System der wiederkehrenden Gewalt ausbrechen zu können, dürfte dabei eine Rolle spielen. Elia Awaad, Direktor der Abteilung für geistige Gesundheit im Palästinensischen Roten Halbmond in Beit Sahur, meinte: »Ein Selbstmördbomber agiert aus einem akkumulierten Trauma heraus, das oft Generationen zurückgeht, in manchen Fällen bis 1948.«¹²

Die Autorin legt am Schluss die aus der Arbeit gewonnenen Schlüsse dar. Macht es Sinn, die Traumata der Palästinenser und Tschetschenen in Beziehung zu setzen? Die Juden haben durch die Nationalsozialisten auch ein kollektives Trauma erlitten – ein unvergleichlich grausames allerdings, das in Planung, Ausführung und Ausmaß – mit allem Respekt wiederum für das Leiden der Palästinenser und Tschetschenen – alle anderen uns bekannten Katastrophen übersteigt. Die Juden haben auch – als Folge des Holocaust – einen unabhängigen Staat erkämpft. Das unterscheidet sie von Palästinensern und Tschetschenen.

Ähnlich liegt der Fall der Armenier. Auch sie waren Opfer eines Genozids, den die Türkei 1915 an ihnen verübte. Auch die Armenier haben heute einen unabhängigen Staat. Das macht zwar die Haltung der türkischen Regierungen nicht besser, doch der Leidensdruck der Armenier ist auf der nationalen Ebene entschärft.

Völker, die einst zu Opfern gemacht wurden und sich heute daran erinnern, »reagieren auf reale oder von ihnen so verstandene Gefahren gegenüber ihrer Gemeinschaft anders als jene, die ein solches Trauma nicht erfahren haben«¹³, schrieb Brian Glyn Williams. Das palästinensische und tschetschenische Gedächtnis wurde durch die nationalen Tragödien vor rund 60 Jahren nachhaltig geprägt.

Die palästinensische Vertreibung ist bis heute umstritten, die tschetschenische Deportation fast vergessen. Dennoch halten beide Völker das Banner ihres Nationalismus hoch, was bei ihrer Größe und den Chancen auf einen unabhängigen Staat fast schon erstaunt. Dies veranlasst dazu, eine vergleichende Studie wie die vorliegende zu versuchen.

Der Konflikt der Tschetschenen wie jener der Palästinenser entstand nicht im luftleeren Raum. Die Interessen der Großmächte in unmittelbarer und weiterer Entfernung haben die beiden Völker einerseits davon abgehalten, ihren Nationalismus mit einer Staatsgründung zu befrieden, andererseits haben die Großmächte aufgrund ihrer strategischen Interessen auch dazu beigetragen, dass die nationalistischen Bestrebungen nicht aufgegeben wurden.

12 J. Stern, *Jessica: Terror in the name of God. Why religious militants kill*, Harper Collins Publishers Inc., New York, 2003, S. 54.

13 B. G. Williams, *Commemorating 'The Deportation'*, S. 117.

»In die Pathologie der unauffindbaren Zeit sind auch Russland und Israel eingeschlossen, weil sie unverzichtbar zu unserem Dasein als Europäer gehören«, schrieb Barbara Spinelli¹⁴. Aus den Auswüchsen der europäischen Geschichte stammen die Konflikte, in die Tschetschenen und Palästinenser bis heute verwickelt sind.

14 B. Spinelli, *Der Gebrauch der Erinnerung*, S. 13.

1. Der Schlüssel

Vorgeschichte der Vertreibung 1948

Die Geschichte des palästinensischen Nationalismus beginnt nicht erst mit der Nakbah 1948. Die »Idee Palästina«, wie Rashid Khalidi sie nennt, gab es vorher schon. In Jaffa wurde etwa 1911 eine einflussreiche Zeitung namens »Filastin« (Palästina) gegründet, die in den darauffolgenden Jahrzehnten ein wichtiges Instrument bei der Verbreitung dieser Idee werden sollte.

Anfangs handelte es sich dabei nicht um eine klare Idee eines unabhängigen Staates für die palästinensischen Araber. Erst mit der Entstehung Israels konkretisierten die Palästinenser in Abgrenzung zum zionistischen Projekt gezwungenermaßen ihre eigene Identität. Doch die in Palästina lebenden Araber nahmen das Land, auf dem sie lebten, als das, was es war: ihr Heimatland.

Neben dieser ganz pragmatischen Verortung spielte wie bei den Juden die Religion bei der Entwicklung der ortsverankerten Identität eine große Rolle. Jerusalem ist für Moslems, ähnlich wie für Juden und Christen, ein heiliger Ort. Alexander Schölch¹⁵, ehemals Professor für Nahostgeschichte an der Universität Erlangen, zeigte auf, wie sich davon abgeleitet eine eigene Bedeutung Palästinas als Land für die Moslems entwickelte. Man bezog sich auf die Literatur der »Fada'il al-Quds« (»Verdienste Jerusalems«), die dem Pilger und Besucher Palästinas bereits einen klaren Eindruck von den Grenzen Palästinas vermittelte: Neben Jerusalem waren dort die Städte Hebron, Jericho, Bethlehem, Nablus, Ramla, Safad, Askalon (das heutige israelische Ashkelon), Akko, Gaza und Nazareth erwähnt.

Technisch gesehen hatten die palästinensischen Araber wenig Zeit, eigenständige Strukturen zu entwickeln. Dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und dem Ersten Weltkrieg folgte die britische Mandatszeit auf dem Fuß. Am 1. Juli 1920 ernannten die Briten eine Ziviladministration, Herbert Samuel wurde Hochkommissar. Am 3. Juni 1922 publizierte Winston Churchill, damals Staatsminister für die Kolonien, sein »Statement of British Policy in Palestine«. Am 24. Juli 1922 bestätigte die Liga der Nationen das britische Mandat in Palästina.

Wie Rashid Khalidi feststellte, »zeigten die Palästinenser zwischen 1918 und 1948 weniger Talent als Ägypter, Tunesier, Syrer oder Iraker, lokale, familiäre und politische Rivalitäten zu überwinden und ihre Anstrengungen gegen ihre gemeinsamen Feinde

15 A. Schölch, *Palestine in Transformation, 1856–1882*, Washington D. C., Institute for Palestine Studies, 1993.

zu bündeln«¹⁶. Der palästinensisch-französische Historiker Elias Sanbar merkte an, dass sich die arabische Gesellschaft angesichts des britischen Mandats in Palästina, »in ihrem ureigensten konstitutiven Element bedroht sah: dem Clan«¹⁷. Gegen welche Kolonialmacht auch immer, die diversen arabischen Völker setzten sich am Ende mit ihren Unabhängigkeitsbestrebungen durch: Ägypten führte seinen Kampf zwischen 1919 und 1936, Tunesien in der Mitte der Fünfzigerjahre, Syrien von 1925 bis 46; Irak 1941 und von 1946 bis 48 und der Libanon 1943.

Khalidi führte einige Gründe an, warum es den Palästinensern nicht gelang, eigene effektive politische Strukturen zu entwickeln: Die Palästinenser hatten keinen Zugang zu staatlichen Strukturen, weil die obersten Posten in der Administration der britischen Mandatsmacht für Engländer reserviert waren. In Ägypten oder Tunesien dagegen verfügten die Araber über einen höheren Grad an Unabhängigkeit, der noch aus dem Osmanischen Reich vor der europäischen Besetzung 1880 herrührte. In manchen Fällen verpflichteten sich die europäischen Mächte auch gegenüber der Liga der Nationen, solche staatlichen Strukturen zu schaffen.

Die Palästinenser hatten außerdem innerhalb ihres Landes mit den Zionisten zu tun, die unter den Augen der britischen Mandatsmacht parastaatliche Strukturen aufbauten. Für Aufregung sorgte bereits die Balfour-Deklaration über die Gründung einer »nationalen Heimstatt für die Juden« am 2. November 1917. Die palästinensischen Araber nahmen diese Entwicklungen nicht ruhig hin. Ende der Zwanzigerjahre kam es zu Unruhen. 1929 brach ein arabischer Aufstand in Jerusalem aus, in Hebron kam es zu einem Mord an der kleinen jüdischen Gemeinde. Der größte arabischer Aufstand dauerte von 1936 bis 1939. »Die Rebellion blieb im kollektiven Gedächtnis der Generation von Jassir Arafat und den anderen moslemischen Kindern, die direkt unter den heiligen Stätten in den Straßen der Altstadt gespielt hatten, für immer eingebrannt«, schrieben John und Janet Wallach in ihrer Arafat-Biografie¹⁸.

Eine königliche Kommission unter Lord Peel traf am 11. November 1936 ein und blieb bis zum Abschluss ihrer Enquête bis zum 18. Jänner 1937. Am selben Tag wandte sich der palästinensische Politiker Akram Zuaytir brieflich an die Kommission: »Die Araber Palästinas haben ein natürliches Recht auf Unabhängigkeit, ganz unabhängig vom britischen Mandat, den britischen Versprechungen oder den Lehren Präsident Wilsons. In anderen Worten: Unser Recht auf Freiheit wie unser Existenzrecht gründet auf der Tatsache, dass wir Menschen sind, ausgestattet mit Selbstachtung und der Ambition, unsere

16 R. Khalidi, *Palestinian Identity. The construction of modern national consciousness*, Columbia University Press, New York, 1997, S. 25.

17 E. Sanbar, *Palestine 1948, L'Expulsion*, Institut des études Palestiniennes, Washington D. C., 1984, S. 18.

18 J. & J. Wallach, *Arafat: In the Eyes of the Beholder*, Mandarin, London, 1991, S. 58.

Ehre wiederherzustellen, und unsere große Mission zur Zivilisation zu erfüllen. Es ist uns völlig klar, dass die Unabhängigkeit, die wir wollen, niemals erreicht werden kann, wenn wir sie uns nur wünschen.»¹⁹

Zuaytir fuhr fort, die Frustration der Palästinenser über die Besiedlung ihres Landes durch die Juden zu beschreiben: »Dieses Gefühl der Verzweiflung führte zur Revolte, die Palästinenser wollen lieber sterben als den Tag erleben, an dem ihr Land jüdisch geworden ist und ihre gesamte Existenz ausgelöscht sein wird.« An anderer Stelle schrieb er: »Die Araber glauben ernsthaft, dass sie, wenn sie für ihr Land sterben, eine Pflicht erfüllen, für die sie im Koran eine hohe Belohnung versprochen bekommen haben.«²⁰ Fast drohend endete er: »Die britischen Behörden hätten dies realisieren sollen, als sich der alte Scheich Issadin Alkassam gemeinsam mit seinen Gefolgsleuten mutig dem Tod stellte, um die Gefahr, die seinem Land drohte, abzuwenden.«

Trotz solcher Eingaben empfahl die Peel-Kommission das Ende des britischen Mandats und die Aufteilung Palästinas in drei Teile: Jerusalem, Nazareth und Bethlehem sollten unter Mandatsaufsicht bleiben; ein jüdischer Staat sollte Haifa, Galiläa und die Küste mit Ausnahme von Jaffa umfassen; den Rest sollten die Palästinenser als Staat erhalten.

Am 29. November 1947 wurde mit der UN-Resolution 181 die Aufteilung Palästinas in zwei Staaten empfohlen. 33 Staaten stimmten dafür, 13 dagegen und zehn enthielten sich der Stimme. Die Resolution sah keine Staaten auf Basis von ethno-religiösen Kriterien vor. Gleichheit aller Bürger sollte gegeben sein. Die Bevölkerung des jüdischen Staates war fast zu gleichen Teilen aus Juden und Arabern zusammengesetzt²¹. Die Vertreter der jüdischen Gemeinde in Palästina stimmten der UN-Resolution 181 trotzdem zu. Die palästinensischen Araber in Palästina lehnten den Plan ab.

Al Nakbah

Die Kriegshandlungen brachen fast unmittelbar nach der Verkündung der 181er-Resolution aus. Der Krieg von 1948 veränderte die demografische Situation gewaltig und machte die UN-Resolutionen gegenstandslos. Schon in den Monaten vorher hatte sich die Sicherheitslage so verschlechtert, dass 70.000 Palästinenser – vornehmlich die Elite, die sich eine Flucht leisten konnte und die glaubte, nach Ende der Kampfhandlungen zurückkehren zu können – aus den Krisengebieten geflohen waren.

¹⁹ A. Zuaytir, *The Palestine National Movement, 1915–1939*, Diaries of Akram Zuaytir, o. J., S. 466.

²⁰ Ebenda, S. 467.

²¹ UN-Resolution 181, Part I, Section B, Art. 10 d and Section C, Chapter 2.

Umstritten ist zwischen den neuen israelischen Historikern wie Benny Morris und palästinensischen Historikern wie Walid Khalidi und Nur Masalha, unter welchen Umständen 350.000 Flüchtlinge zwischen März und Juni 1948 das Land verließen. Morris glaubt, diese 350.000 seien mehr oder weniger freiwillig geflohen. Darunter auch 65.000 arabische Bewohner von Haifa. Khalidi und Masalha dagegen meinen, der berühmte »Plan D« sei als Grundlage für die Vertreibung dieser Palästinenser verwendet worden. »Schon im Februar 1945, noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde die erste einer Serie von Militärstrategien von der jüdischen Untergrundarmee Haganah angenommen. Das alles geschah in Hinblick auf den Unabhängigkeits-Krieg. Die Pläne A, B, C (auch – nach dem Hebräischen Buchstaben – Plan Gimel oder Plan Mai benannt) folgten aufeinander. Plan Mai, im Mai 1946 angenommen und zur Zeit der UN-Teilungsresolution in Kraft, beinhaltete unter anderem die Zerstörung von arabischen Transportsystemen, Anschläge auf Clubs, Kaffeehäuser, Kommunikationszentren, Wasseranlagen und andere lebenswichtige, wirtschaftliche Einrichtungen – als Antwort auf arabische Aktionen. Außerdem im Plan Mai enthalten war die Zerstörung von Häusern, die angeblich von arabischen Attentätern benutzt worden waren und die Vertreibung ihrer Bewohner.«²² Masalha weiter: »Schon im Dezember dieses Jahres drängte die Nationale Führung der Haganah auf die Annahme einer »aggressiven Verteidigungsstrategie«, die über Plan Mai hinausging. Innerhalb weniger Monate war dieser neue Plan in Kraft – Tochnit Dalet, oder Plan D.«²³

Plan Dalet der israelischen Untergrundarmee schrieb die Leitlinien für die jüdischen Truppen im Falle eines Krieges vor. Darunter fielen »Operationen gegen feindliche Bevölkerungszentren, die innerhalb oder in der Nähe unserer Verteidigungssysteme liegen, um zu verhindern, dass sie als Basis für eine aktive bewaffnete Truppe benutzt werden. Diese Operationen können folgendermaßen ausgeführt werden: entweder durch die Zerstörung der Dörfer (sie können angezündet werden, in die Luft gesprengt, oder durch Minen in den Ruinen unbetretbar gemacht werden) oder im Falle jener speziellen Bevölkerungszentren, die schwierig zu kontrollieren sind, durch Besetzung der Dörfer, Durchsuchung derselben. Im Falle von Widerstand muss die bewaffnete Truppe vernichtet werden und die Bevölkerung über die Grenzen des Staates getrieben werden.«²⁴

Dieser »Plan D«, schrieb Morris, sei allerdings bloß ein militärisches Dokument gewesen, das nie als politischer Masterplan anerkannt worden sei. Morris kommt daher

22 N. Masalha, *Expulsion of the Palestinians. The Concept of Transfer in Zionist political thought, 1882-1948*, Institute for Palestine Studies, Washington D. C., 1992, S. 177.

23 Ebenda.

24 Zitiert nach: I. Pappé, *Were they expelled? – The History, Historiography and Relevance of the Palestinian Refugee Problem*, Haifa University, 2002, S. 15.

zu dem Schluss, dass es sich bei dem Exodus der Palästinenser um eine Mischung aus Flucht und Vertreibung gehandelt hat. Benny Morris gibt sechs Gründe an, weshalb 369 arabische Dörfer verlassen wurden: »Vertreibung durch jüdische Truppen«, »Abreise auf arabischen Befehl hin«, »Angst vor jüdischen Angriffen«, »militärischer Angriff durch jüdische Truppen«, »Flüsterkampagne (sprich: psychologische Kriegsführung)« und »Einfluss des Falls eines Nachbardorfes oder der Vertreibung der Palästinenser aus einem Nachbardorf.«²⁵

Deir Jassin

Der palästinensische Flüchtling Ayesh Zaidan erinnerte sich: »Die Hohe Arabische Legion kam immer wieder und erzählte uns: »Die Juden morden und vergewaltigen eure Frauen.« Und du weißt, dass Araber extrem sensibel sind in Fragen der Ehre. Diese Dinge sind nie passiert. Schon, Männer, Frauen und Kinder wurden getötet, aber die Gerüchte, die von den Arabern verbreitet wurden, hatten einen größeren Einfluss auf unsere Flucht als die tatsächlichen Vorfälle. Die arabischen Führer haben den Juden einen Gefallen getan, weil wir dadurch ohne Kampf geflohen sind.«²⁶

Ayesh Zaidan war einst Bewohner von Deir Jassin. Das Dorf in der Nähe von Jerusalem ist zum Symbol für die »Nakbah« geworden, weil die Vertreibung der Dorfbewohner besonders brutal war. Deir Jassin wurde nicht von der jüdischen Untergrundarmee eingenommen, sondern von den rechtsradikalen Gruppen Stern und Irgun. 650 Einwohner hatte das Dorf 1948. »Als die Israelis kamen, bestand der Widerstand aus ungefähr hundert jungen Männern. Diese hundert jungen Männer wurden fortgeführt und erschossen. Bis heute wissen wir nicht, wo sie begraben wurden ... Als es keinen Widerstand im Dorf mehr gab, brachten die Israelis Busse und nahmen die verbleibenden Einwohner mit nach Jerusalem.«²⁷

Auch Aiysha Jima Zidan lebte einst in Deir Jassin. »Bald nach Mitternacht kamen die Israelis über uns wie eine Sintflut. Sie hatten unser Dorf vollkommen umzingelt. In dieser Nacht arbeitete mein Ehemann im King David Hotel in Jerusalem. Ich hatte meinen Sohn Mahmoud, vier Monate alt. Im Nebenhaus waren mein Onkel und seine Frau. Aber in unserem Haus waren nur ich und Mahmoud. Ich war siebzehn oder achtzehn

25 Vgl. N. Masalha, *Expulsion of the Palestinians*, S. 179.

26 Interview mit A. Zaidan, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948–1998, An oral history*, The Palestinian Association for Cultural Exchange (PACE), Ramallah, 1999, S. 60.

27 S. Lynd, S. Bahour, A. Lynd, Editors, *Homeland, Oral Histories of Palestine and Palestinians*, Olive Branch Press, 1994, New York, S. 22f.

Jahre alt. Der Angriff begann um ein Uhr früh. Ich lag und stülte Mahmoud, als ich die Panzer und Schüsse hörte und den Rauch roch. Ich sah sie kommen. Alle riefen ihren Nachbarn zu: »Wenn ihr fort könnt, flieht!« Wer einen Onkel hatte, rief den Onkel, wer eine Frau hatte, die Frau. Ich hielt mein Baby im Arm und kroch am Boden entlang, bis ich vom dritten Stock runterlaufen konnte und aus dem Haus hinaus. Ich floh ohne Schuhe und ohne Decke für das Baby. Wir waren allein, aber alle anderen flohen mit uns. Wir kamen nach Ein Karem, dort gab es keinen Widerstand. Sie waren schon vor uns geflohen. Wir schliefen dort. Bei Tagesanbruch brachten uns arabische Busse von Ein Karem nach Jerusalem.«²⁸

Dort trafen die Flüchtlinge Leute, die aus Bussen aus Deir Jassin kamen. Sie erfuhren, was dort nach der Flucht passiert war. »Sie hatten die Leute aufgefordert, mit einer weißen Fahne aus dem Haus herauszukommen. Wenn jemand die Tür öffnete, kamen sie ins Haus. Sie untersuchten die Frauen, stahlen ihren Schmuck, schleppten die Kinder hinaus und setzten Frauen und Kinder in Busse. Die Männer wurden vor Ort erschossen.«²⁹

David Ben Gurions Biograf Shabtai Tevet behauptete, die meisten Palästinenser hätten das Land wegen einer Aufforderung des Muftis Haj Amin al-Husseini verlassen. Benny Morris fand allerdings bloß Aufrufe des Arabischen Hohen Komitees an lokale Kommandeure, die Evakuierung von Frauen, Kindern und alten Männern aus gefährlichen Gegenden sicherzustellen. Diese Weisung als Aufruf zum Massenexodus aus Palästina zu begreifen, scheint den »Neuen Historikern« übertrieben.

Ein palästinensischer Flüchtling, Emil Michael Tubasi, der von Jaffa nach Ramallah flüchtete, erzählt allerdings auch: »Es gab eine Radiostation in Ramallah, die von Rad-schi Sahjun geleitet wurde. Er sendete militärische Erklärungen des jordanischen Prinzen Abdullah, der die palästinensischen Araber aufrief, Palästina aus Angst um ihr Leben zu verlassen. Sie hatten keine Waffen und sie waren allein.«³⁰ Der Flüchtling Ibrahim Al Hujaj sagte: »Die arabischen Militärführer haben uns gesagt: »Geht den Kampfhandlungen aus dem Weg, geht in die Berge, bis wir das Land befreit haben.« Ich habe das nicht selbst im Radio gehört, aber ich habe es von den Leuten gehört.«³¹

»Immer wieder fragen die Leute: Warum sind die Palästinenser geflohen?«³², schrieb die palästinensische Journalistin Raymonda Tawil. »Meiner Meinung nach ist die Ant-

28 Ebenda, S. 24.

29 Ebenda, S. 24, 25.

30 Interview mit E. Tubasi, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 29f.

31 Interview mit I. Al Hujaj, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 29.

32 R. Tawil, *Mein Gefängnis hat viele Mauern. Eine Palästinenserin berichtet*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 1980, S. 38.

wort sehr einfach: Der schlichte Überlebensdrang trieb sie. Im Angesicht der Gefahr des gewaltsamen Todes liefen die Leute einfach um ihr Leben.«

Dass die Flucht der Lokalbevölkerung teilweise auch Vertreibung war, war der ersten israelischen Regierung durchaus bewusst. Nach der Vertreibung von 50.000 Zivilisten aus Lydda und Ramla durch die israelische Armee IDF im Juli 1948 sagte Landwirtschaftsminister Aharon Zisling in der Kabinettsitzung am 16. Juli: »Wir schlagen einen Kurs ein, der unsere Hoffnung auf eine friedliche Allianz mit den Kräften sehr gefährdet, die unsere Alliierten hier im Nahen Osten sein könnten ... Hunderttausende Araber, aus Palästina hinausgeworfen, selbst wenn es ihre eigene Schuld ist, und die in der Luft hängenbleiben, werden lernen, uns zu hassen ... Wenn du Dinge in der Hitze der Schlacht tust, ist es eine Sache. Aber wenn du nach einem Monat, kaltblütig, aus politischen Gründen, öffentlich solche Dinge tust, dann ist es etwas vollkommen anderes.«³³

Einig sind sich die Historiker Morris und Khalidī, dass die israelische Untergrundarmee Haganah in der letzten Phase des Krieges etwa 250.000 Palästinenser vertrieb. Ilan Pappé resümierte: »Wir können sagen, dass die Vertreibung eine unausweichliche Folge der zionistischen Präsenz war, auch wenn sie nicht das vordringliche Ziel der zionistischen Bewegung gewesen ist.«³⁴

Hannah Arendt drückte dies schon 1951 ähnlich aus: »Nach dem Krieg hat sich herausgestellt, dass man gerade die Judenfrage, die als einzig unlösbar galt, lösen konnte, und zwar aufgrund eines inzwischen erst kolonisierten und dann eroberten Territoriums. Damit wurden aber weder die Minderheiten- noch die Staatenlosenfragen gelöst. Im Gegenteil, die Lösung der Judenfrage, wie nahezu alle Ereignisse unseres Jahrhunderts, hat auch nur zur Folge gehabt, dass eine neue Kategorie, die arabischen Flüchtlinge, die Zahl der Staaten- und Rechtslosen um weitere siebenhundert- bis achthunderttausend Menschen vergrößert hat.«³⁵

Andenken an die Nakbah

»Mein Vater nahm die Schlüssel von unserem Haus mit. Unsere Geschichte ist wie die von Joha«. Die Leute sagten, Joha, die haben deine Schatztruhe gestohlen«. Joha antwortete: »Aber ich habe den Schlüssel.«³⁶, erzählte Odeh Rantisi, dessen Familie 1948 von Lod nach Ramallah floh.

³³ Zitiert nach N. Masalha, *Expulsion of the Palestinians*, S. 191.

³⁴ I. Pappé, *Were they expelled?*, S. 24.

³⁵ H. Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, Schocken Press, New York, 2004, S. 600f.

³⁶ Interview mit O. G. Rantisi, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 34.

Die Mehrheit der palästinensischen Flüchtlinge – laut einer PACE³⁷ Umfrage aus dem Jahre 1999 waren es 73,4 Prozent der Befragten – gedachte nach ein paar Tagen wieder zurückzukommen. Ein Flüchtling aus Haifa erinnerte sich: »Wir nahmen unsere Schlüssel mit. Ich habe sogar Holzbretter über die Tür genagelt, damit, wer immer kommen würde, nicht in unser Haus, sondern ins nächste Haus gehen sollte ... Wir erwarteten ja, innerhalb eines Monats oder nach ein paar Wochen wieder zurückzukommen.«³⁸

Die Schlüssel der alten Häuser wurden in vielen Familien bis heute aufbewahrt. Mehr noch als die Besitzurkunden der Häuser wurden die Schlüssel zum Symbol des Rechts auf Rückkehr. Sie hingen oft prominent in den Behausungen der Flüchtlingslager. Die Besitzurkunden wurden oft von den Flüchtlingen in ihren Häusern versteckt und wahrscheinlich von den neuen Bewohnern gefunden. Die meisten Häuser, zu denen die Schlüssel einst passten, wurden später zerstört.

Ein großer Teil der Flüchtlinge gehörte der Landbevölkerung an und war nie gereist, geschweige denn geflüchtet. Nur zehn Prozent sagten in einer PACE-Umfrage³⁹, sie seien Ortswechsel gewöhnt gewesen. 34 Prozent gaben an, überhaupt noch nie ihre Region verlassen zu haben. Ein Drittel erklärte, vor 1948 lokale Fahrten – von Dorf zu Dorf oder auch in die Stadt – unternommen zu haben. Die meisten Flüchtlinge gingen zu Fuß ins Exil, weil sie keine Fahrzeuge besaßen. Dem libanesischen Schriftsteller Elias Khoury zufolge bezeichneten die Menschen aus den Dörfern Galiläas den Exodus in den Libanon als »letzte Reise«.⁴⁰

Einige hatten Verwandte, bei denen sie unterkamen, andere nicht. Abdullah Ibrahim Rahal erinnerte sich: »Meine Schwester wurde krank auf dem Weg, wohl wegen der Hitze und der Erschöpfung. Sie starb. Aber wir wussten nicht, wo wir sie begraben sollten. Die Älteren, mein Vater und mein Onkel, mussten mit ihr in unser Dorf zurückkehren, obwohl es gerade umkämpft war. Sie begruben sie und verschwanden, zehn Minuten, bevor die Haganah die Stadt in Besitz nahm.«⁴¹

Manche Flüchtlinge versuchten, in ihre Häuser zurückzukehren. »Wir waren ungefähr sechs, die nach Majdal zurückkehrten. Wir brachten jeden von uns in der Gruppe zu seinem Haus. Ich blieb vier Monate in meinem Haus. ... Das Jewish Census Bureau kam und nahm meinen Weizen mit, sie wogen ihn ab und gaben mir ein Dokument zu unterzeichnen, das, wie sie sagten, »meine Rechte schützen sollte« ... Später kam

37 PACE steht für Palestinian Association for Cultural Exchange.

38 Interview mit S. Abu Rausch, zitiert aus: A. H. Yahya, Adel H., *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 36f.

39 Zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 43.

40 E. Khoury, *Das Tor zur Sonne*, Klett-Cotta/Roman, Stuttgart, 2004, S. 35.

41 Interview mit A. I. Rahal, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 34.

der ägyptische Außenminister Mahnoud Redschal und schloss ein Abkommen mit den Juden, um die letzten aus Majdal rauszubekommen ... Ich wurde dann noch einmal verhaftet für einen Tag ... Danach ging ich aus Angst nie wieder dorthin.«⁴²

Exil

Das Leben der Flüchtlinge im Exil hatte begonnen. »Unser Haus wurde bald ein Zufluchtsort für einsame Palästinenser«, schrieb die palästinensische Politikerin und Ärztin Ghada Karmi in ihrer Autobiografie über das Exil in London: »Meine Mutter kochte palästinensische Gerichte und fragte, woher die Männer kamen und mit wem sie verwandt seien. Diese Fragen waren unter den Palästinensern immer gestellt worden, aber nach dem Exodus 1948 wurden sie obligatorisch. Die Leute wollten genau wissen, aus welchem Dorf oder welcher Stadt jemand stammte. Als ob sie für sich festhalten wollten, dass das Land immer noch dort sei. Egal, was passiert war.«⁴³

Von den 475 palästinensischen Dörfern, die innerhalb der israelischen Grenzen von 1948 lagen, wurden 385 ausradiert. Viele Häuser sind über die Jahre zerstört worden. In denen, die noch standen, lebten seit zwei Generationen andere Menschen. Die Erzählung von Hussein Yahya über seinen heimlichen Besuch in seinem Dorf war mit seinem bitteren, realistischen Unterton im palästinensischen Diskurs eine Seltenheit: »Beim letzten Mal, als ich zurückkam, war das ganze Dorf zerstört und die Steine fortgetragen. Meine Mutter hatte die Schlüssel von unserem Haus und ich nahm sie und warf sie weg. Es gab das Schloss zu diesem Schlüssel nicht mehr, es gab auch die Türe nicht mehr und auch nicht das Haus. Nichts war mehr da.«⁴⁴

Die meisten Flüchtlinge wollten diese Realität nicht wahrhaben. Gerade deshalb wurde die Erinnerung »eingefroren«, schrieb der palästinensische Autor Fawaz Turki, der in einem Flüchtlingslager im Libanon aufwuchs: »Für die Generation meiner Eltern war die Gegenwart eine Krankheit, eine Absurdität. Nicht eine natürliche Fortsetzung von dem, was einmal war. Sie konnten mit ihrer Lage nur umgehen, indem sie in der Vergangenheit lebten ... Sie schauten nur in den Spiegel der Vergangenheit, denn wenn sie in den Spiegel der Gegenwart geschaut hätten, wäre dieser zersprungen.«⁴⁵

42 Interview mit R. Al Madhoun, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 49f.

43 G. Karmi, *In Search of Fatima*, Verso, London, 2002.

44 Interview mit H. Yahya, zitiert aus: A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 51.

45 F. Turki, 1988:13 zitiert nach G. Bisharat, *Exile to Compatriot*, in: *Culture, Power, Place, Explorations in critical anthropology*, ed. by Akhil Gupta and James Ferguson, S. 204-223, Duke University Press, Durham and London, 1997, S. 232.

Palästina war ein kleines Land mit einer sesshaften Bevölkerung. Deswegen wurden Familien mit Orten assoziiert. Nachnamen reichten oft, um zu sagen, woher jemand stammte. »Ich verstand erst Jahre später, dass die Nachfrage nach der Herkunft bedeutete, eine Landkarte zu zeichnen, eine Art Wiederbevölkerung von Palästina, in Negierung der »Nakbah«. So wurde Palästina neu erschaffen, als ob die Familien und die Dörfer und die Beziehungen, die einst existiert hatten, noch da wären«, schrieb Ghada Karmi. »Wer kann glauben, pflegten sie zu sagen, dass wir nicht zurückkehren können? Das ist unser Land, das sind unsere Häuser. Natürlich gehen wir zurück! Auch meine Mutter lebte ganz in dieser Überzeugung. »Es ist nicht so schlimm hier zu sein«, sagte sie über London, »es ist ja nicht für immer. Und ihr, Kinder, gewöhnt euch nicht allzu sehr an die Dinge hier, wir bleiben nicht lang.« Diese Philosophie setzte sie gnadenlos in die Praxis um. Sie weigerte sich, Englisch zu lernen, sie hatte keine englischen Freunde, sie wollte nichts kaufen. Nicht mal einen Kühlschrank.«⁴⁶

Oft hielten palästinensische Flüchtlinge ihre neue Realität nicht nur aus persönlichen Gründen von sich fern. Wie der französische Soziologe Sari Hanafi, Direktor des palästinensischen Diaspora- und Flüchtlingszentrum, feststellte, »erhielten die Palästinenser sich die starke Beziehung zu ihrem Heimatland nicht nur wegen der kolonialistischen Praxis Israels⁴⁷, sondern auch, weil die Palästinenser in den meisten arabischen Staaten nie akzeptiert wurden (sie haben in den meisten Staaten keine Zivilrechte erhalten und ihr Flüchtlingsstatus ist meist nicht sehr stabil)«⁴⁸.

Die palästinensischen Emigranten vor 1948, die in arabische Staaten oder nach Nordamerika gingen, bezeichnete Hanafi dagegen als »assimiliert«. Generationen sind ins Land gegangen, die Distanz vor 100 Jahren war mangels Flugzeugen viel weiter als heute, und die Beziehung zum Heimatland ging daher schneller verloren. »Außerdem ist das Konzept der »palästinensischen Identität« relativ jung«⁴⁹, so Hanafi.

46 G. Karmi, *In Search of Fatima*, S. 186.

47 Anmerkung der Autorin: Der Begriff »Kolonialismus« im Zusammenhang mit Israel ist irreführend. Die 1967 besetzten palästinensischen Gebiete sind zwar von einer fremden Macht, nämlich Israel abhängig. Israel hat mit seinen Siedlungen in diesen Gebieten Niederlassungen errichtet. Auch den einzig wertvollen Rohstoff, das Trinkwasser, verwendet Israel für eigene Zwecke – überdurchschnittlich im Vergleich zu dem, was den Palästinensern an Wasser zugestanden wird. Dennoch suggeriert der Begriff Kolonialismus, Israel habe 1967 – wenn nicht überhaupt 1948 – einen Expansionsfeldzug geführt, um seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wie einst die entwickelten europäischen Industriestaaten unter dem Deckmantel einer missionarischen Aufgabe Drittstaaten erobert und anschließend wirtschaftlich ausgebeutet und politisch unterdrückt haben, Israel hat 1967 aber um die Existenz des Staates selbst gefürchtet und hat den Siedlungsbau vornehmlich aus Sicherheitsgründen vorangetrieben – wenn sich dies heute auch als sicherheitspolitischer Fehler herausgestellt hat.

48 S. Hanafi, *Rethinking the Palestinians Abroad as a Diaspora: The Relationships between the Diaspora and the Palestinian Territories*, HAGAR, International Social Science Review, Vol. X(X), 2003, S. 11.

49 Ebenda.

Eine Staatsbürgerschaft war zudem noch nicht notwendigerweise ein Schritt in Richtung Assimilation. Palästinenser in Jordanien etwa wollten sich nicht assimilieren: »Die meisten meiner Interviewpartner in der arabischen Welt machen einen Unterschied zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität. Staatsbürgerschaft bedeutet für sie lediglich eine Garantie von minimalen Rechten wie dem Zugang zu Bildung, Bewegungsfreiheit und permanenter Aufenthaltsbestätigung«, schrieb Hanafi.

In Syrien wiederum bekamen die Palästinenser zwar Arbeit, aber keine Staatsbürgerschaft. Die Integration der Palästinenser ist in Syrien, im Libanon, in Ägypten und in den Golfstaaten schwach entwickelt. Das lag auch an dem Konflikt mit Israel. Da Israel den palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr nicht einräumte und ihnen damit nicht die Wahl gab, in ihren jetzigen Wohnorten permanent zu bleiben, fühlten sich die arabischen Staaten dazu angehalten, den Status quo der Palästinenser als Flüchtlinge zu erhalten.

Doch auch jene Palästinenser, die etwa in den USA eine neue Identität aufbauten, kämpften mit dem Verlust der alten Heimat – emotionell oder materiell. Der amerikanisch-palästinensische Jurist George Bisharat, dessen Familie bei der Staatsgründung Israels in Ägypten weilte, beschrieb das Haus seines Großvaters im Westjerusalem Stadtteil Talbije, in dem nach der Gründung Israels Golda Meir wohnte: »Obwohl mein Großvater ein Christ war, nannte er das Haus »Villa Harun ar-Rashid« zu Ehren des muslimischen Abbasiden-Kaliphen, der für seine Eloquenz, seine Leidenschaft zu lernen und für seine Großzügigkeit berühmt war. Gemalte Kacheln mit seinem Namen wurden über dem Eingang zum Balkon im zweiten Stock und über einem Seiteneingang angebracht.«⁵⁰ Golda Meir ließ die Kacheln übermalen. »Zu Hause in Kalifornien«, schrieb Bisharat, »habe ich einen dicken Akt, in dem die Bemühungen meiner Familie dokumentiert sind, die Villa Harun ar-Rashid zurückzubekommen. Es ist uns natürlich nicht gelungen. Die Ungerechtigkeit, die wir und viele andere erfahren, ist nie eingestanden worden. Unsere Häuser und Grundstücke sind vor langer Zeit in den Besitz der Regierung übergegangen. Bis heute vermietet oder verkauft die Regierung nur an Juden«.

1994 kamen viele Palästinenser im Gefolge von Jassir Arafat und seiner Tunis-Entourage in ihre ehemalige Heimat zurück. Die Wiederentdeckung des Heimatlandes ging nicht ohne Schockerlebnisse vonstatten. Denn Palästina hatte sich verändert. »Zakariyya sah nicht aus wie es beschrieben worden war«, schrieb der Dichter Ghassan Zaqta nach dem Besuch des Dorfes seiner Väter: »Der Hügel war nicht so eindrucksvoll, und die Juden, die dort herunwanderten, hatten mit diesem Ort nichts zu tun.«⁵¹

50 G. Bisharat, <http://www.vopj.org/conflict18.htm>, 28/09/2007

51 S. Tamari, *Narratives of Exile*, in: *Palestine-Israel Journal* Vol 9, No 4 2002, S. 104.

Mit dem Selbstmitleid der Rückkehrer, die mit der Realität fertig werden mussten, ging der Politiker Hassan Khader scharf ins Gericht: »Wir haben eine Periode der Übergangskultur erlebt, eine Phase der Transformation von Flüchtlingen zu einem Volk. Jetzt müssen wir dieses Volk in eine Normalität führen.«⁵²

⁵² Ebenda, S. 105.

2. Entwicklung der PLO

Im Flüchtlingslager

Die palästinensische Ärztin und Aktivistin Ghada Karmi kam im Sommer 1977 in den Libanon und besuchte Ein al-Hilweh, das größte Flüchtlingslager im Süden des Landes. »Das Flüchtlingslager mit seiner Misere und seinen Stärken ist der Kern des palästinensischen Problems«, schrieb sie. »Jedes Klassenzimmer im Kindergarten trug den Namen einer palästinensischen Stadt. Zahra blieb vor einer Tür mit Namen »Haifa« stehen. »Wollen Sie hier hereinkommen? Die Kinder sind erst vier Jahre alt, aber sie sollten Ihnen schon sagen können, woher sie stammen. ... Das können sie Ihnen auf der Karte zeigen.« ... »Wo kommen wir her?«, fragte sie. »Aus Palästina!«, riefen die Kinder im Chor. »Und wenn wir groß sind, wo gehen wir dann hin?«, fuhr die Lehrerin fort. »Nach Palästina!«⁵³

Das »Recht auf Rückkehr« hat sich zur Kernfrage des Palästina-Konfliktes entwickelt. Den Kindern im libanesischen Flüchtlingslager, deren Eltern schon im Flüchtlingslager geboren wurden, werden in der Krabbelstube die Namen der Herkunftsdörfer in Palästina beigebracht. 55 Jahre nach dem Beginn des Flüchtlingsproblems mutete diese Identitätsausrichtung unrealistisch an. Doch sie hatte politische Bedeutung.

»Eine Gruppe, die eine kollektive Identität bildet, hat einen großen Vorteil, wenn sie sich mit ihrer eigenen Vergangenheit identifizieren kann – mit einem historischen Ereignis, das später zur Gründung einer Nation führt«, schrieb die Sozialhistorikerin Ada Lonni⁵⁴. Ein Vorfall der von niemandem, ob innerhalb oder außerhalb der Gruppe, infrage gestellt werden kann. Diese Begebenheit muss emotional stark aufgeladen sein und einen sehr legitimierenden Wert haben, am besten hat sie den Geschmack der Tragödie. Wenn eine Gruppe vernichtet wird, dann entsteht das Bedürfnis nach Wiedergeburt, so Lonni.

In den Flüchtlingslagern zogen oft jene, die aus gleichen Städten geflohen waren, in die gleichen Zeltstraßen. Lagerkomitees wurden nach den altem Dorfmuster geformt, gewissermaßen mit dem gleichen »Muchtars«, dem Bürgermeister. Bis heute identifizieren sich Flüchtlinge im Westjordanland, wenn sie vor Gericht stehen, so: »Fulaan ibn fulaan, Ramla, iskaan ad-Dheisheh« (»Soundso, Sohn des Soundso, aus Ramla, Aufenthaltsort

53 G. Karmi, *In Search of Fatima*, S. 408.

54 A. Lonni, *Parallel Strategies in Israeli and Palestinian Experience*, in: *Palestine-Israel Journal*, Vol 8 No 4, 2001, S. 70.

Daheisheh⁵⁵ (Ramla ist heute in Israel, Daheisheh ist ein Flüchtlingslager südlich von Bethlehem).

Nach 1948 hatte die palästinensische Nationalbewegung keine homogene Identität, auch wenn die Palästinenser durch das Flüchtlingsstrauma geprägt und auf Rückkehr ausgerichtet waren. Neue Eliten formierten sich in den Flüchtlingslagern: »Ein Wandel war spürbar – weg von den Notabeln, den ›a'ayan‹ zu Massenorganisationen, die ihre Mitglieder aus den sozial tiefer stehenden Schichten rekrutierten«, schrieb der Historiker Manuel Hassassian.

Gleich nach 1948 stellte das UN-Flüchtlingswerk UNRWA die einzige legale administrative Vertretung der Palästinenser dar, die es in den ersten Jahren in den Flüchtlingslagern im Westjordanland und im Gazastreifen gab. Im Jahr 1948, vertrieben aus ihrem Heimatland, waren sie Bettler, die auf die Almosen der Vereinten Nationen angewiesen waren. Sie lebten in der Hoffnung, bald in ihre Häuser zurückkehren zu können. Die UNO definierte Flüchtlinge und ihre direkten Nachkommen als »bedürftige Personen, die als Resultat des Krieges ihr Heim und ihre Lebensgrundlage verloren haben«⁵⁷. Der Winter von 1948 war besonders kalt, und die 750.000 Flüchtlinge hätten kaum überlebt, wären nicht amerikanische und internationale Hilfsorganisationen gewesen.

Die UNRWA war ein wichtiger Arbeitgeber. Die meisten UN-Mitarbeiter der mittleren Ebene waren nach einiger Zeit Palästinenser. Bis zur Etablierung der palästinensischen Autonomiebehörde nach dem Osloabkommen 1993 war die UNRWA die einzige Form einer legitimen Selbstregierung, die von den israelischen Behörden erlaubt wurde⁵⁸.

Dennoch sahen die Palästinenser die UNRWA mit gespaltenen Gefühlen. Mit Feindseligkeit verfolgten die Flüchtlinge alles, was als Schritt in Richtung permanente Anwesenheit im Flüchtlingslager gedeutet werden konnte. Erst 1959 wurden die Zelte durch Asbest-Hütten ersetzt. Die Durchführung des Zeltabbaus dauerte lange, weil die Flüchtlinge sich der UNRWA widersetzten. Die Hütten wurden folgerichtig nicht als »Haus« (-Beit), sondern als »Schutzhütte« (-Malja) bezeichnet. Flüchtlinge im Lager Dajer Ammar, schrieb George Bisharat, zerstörten Mitte der Fünfzigerjahre einen Kindergarten der UNRWA – ein Akt des »symbolischen Widerstands gegen das Wurzelschlagen im Exil«⁵⁹.

55 Zitiert nach G. Bisharat, S. 214.

56 M. Hassassian, *Historical Dynamics Shaping Palestinian National Identity*, in: *Palestine-Israel Journal*, Vol 8, No 4 2001, S. 55.

57 Zitiert nach I. Pappe, *A History, UNRWA, Annual Report 1951, A/905, supplement 16*, S. 67.

58 Vgl. G. Bisharat, *Exile to Compatriot*, S. 211.

59 G. Bisharat, *ebenda*, S. 212.

Recht auf Rückkehr

Die Rückkehr war zu Beginn kein politisches Konzept, sondern eine selbstverständliche Annahme der Flüchtlinge. Sie waren zum Großteil vor den Kampfhandlungen geflohen und gedachten nach deren Einstellung zurückzukehren. Diese Logik reflektierte die Genfer Konvention von 1949, die auch von Israel unterzeichnet wurde. Alle »displaced persons« haben demnach das Recht, in ihre Häuser zurückzukehren, sobald der Krieg beendet ist.

Die junge israelische Regierung schuf allerdings Fakten, die dies verhindern sollten. Am 16. Juni 1948 beschloss die Regierung das »Absentee property law«. Es besagte, dass die Flüchtlinge nicht in ihre Häuser zurückkehren konnten, dass Israel aber bereit war, sie für das verlorene Vermögen zu entschädigen. Die Generalversammlung der UN erließ daraufhin am 11. Dezember 1948 die Resolution 194: »Flüchtlinge, die in ihre Häuser zurückkehren wollen und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, sollten die Erlaubnis erhalten, dies zu tun und zwar so bald wie möglich. Kompensation sollte jenen gezahlt werden, die nicht zurückkehren wollen«⁶⁰, heißt es unter Punkt 11. Die Resolution setzte ein »Palestine Conciliation Committee« (PCC) ein.

Verhandlungen jeglicher Art war lange Zeit kein Glück beschieden. In Lausanne wurde von April bis September 1949 verhandelt, allerdings ohne Resultat. Das PCC musste mit den Streitparteien separat sitzen, da die arabischen Teilnehmer nicht mit den Israelis direkt verhandeln wollten. Im Juli machte Israel ein historisch interessantes Angebot: Der Staat wollte 100.000 Flüchtlinge akzeptieren. »Archivquellen zeigen allerdings«, meinte der Historiker Shelly Fried⁶¹, »dass Israel nie die Intention hatte, diesen Vorschlag auch umzusetzen«. Die Idee stieß in Israel auf immensen Widerstand. Unter der Bevölkerung herrschte die Angst, eine Massenrückkehr könnte den wirtschaftlich und politisch noch schwachen jüdischen Staat die Existenz kosten. David Ben-Gurion und mit ihm alle darauffolgenden Regierungen beschlossen, das Rückkehrrecht vollständig zu verweigern.

Die Genfer Konferenz im Jänner 1950 endete ebenso ergebnislos: Israel verlangte, die arabischen Staaten müssten sich zu einer friedlichen Koexistenz mit Israel bekennen, wozu sie nicht bereit waren. Umgekehrt verlangten die arabischen Staaten, Israel solle die Resolution 194 anerkennen, wozu wiederum Israel nicht bereit war. Eine letzte, ebenso erfolglose Konferenz in Paris von September bis November 1951 bedeutete das Ende der Arbeit des PCC.

⁶⁰ Zitiert nach: www.mideastweb.org/ 194.

⁶¹ S. Fried, The Refugee Problem at the Peace Conferences 1949–2000, in: Palestine-Israel Journal, Right of Return, Vol 9 No 2 2002, S. 25.

Zu Beginn strebten die palästinensischen Flüchtlinge zwar die Rückkehr, aber nicht unbedingt die Rückkehr in einen eigenen, unabhängigen Staat an. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren setzten die Flüchtlinge im Westjordanland viel mehr auf Gamal Abdel Nasser. Der ägyptische Bauernsohn hatte 1952 mit seinen »Freien Offizieren« gegen den minderjährigen König Achmad Fuad geputscht und Ägypten in eine Republik verwandelt. Nasser sprach von sozialer Gerechtigkeit, nicht nur in Ägypten, sondern im ganzen arabischen Raum. Bis 1967, als Nasser mit der Niederlage im Sechstagekrieg seine politische Zukunft verspielte, war er für viele Palästinenser die einzige Hoffnung auf die Rehabilitierung ihrer gedemütigten Existenz zwischen Israelis und den arabischen Staaten.

Der Zusammenbruch des panarabischen Nasserismus nach der vernichtenden Niederlage der arabischen Armeen im Sechstagekrieg im Juni 1967 schuf ein Vakuum. Dieses wurde schnell mit der Gründung der »Palestinian Liberation Organization« (PLO) gefüllt.

Offiziell rief die Arabische Liga 1964 die PLO ins Leben. Ägypten hieß die Idee gut. Als Führer der PLO fungierte der Ägypter Ahmad Al-Schukairi, für seine guten Beziehungen zu Nasser bekannt. Die Palästinensische Befreiungsorganisation war direkt dem Geeinten Arabischen Kommando unterstellt. Von Anfang an litt die PLO an interfraktionellen Kämpfen. Syrien, Ägypten und zu einem gewissen Ausmaß auch Jordanien wollten innerhalb der Palästinenserorganisation ihre Interessen wahren.

Am Ende kristallisierte sich die Fatah als Machtzentrum heraus. Ingenieur und Baumeister Jassir Arafat hatte die Gruppe 1957 mit Abu Jihad in Kuwait gegründet, wo Arafat zu einigem Reichtum gekommen war. Fatah ist das arabische Akronym für »Palästinensische Nationale Befreiungsarmee«, von hinten nach vorne gelesen. Das richtige Akronym »Hataf« bedeutet »Tod« auf Arabisch und wurde deshalb bei den Gründungssitzungen verworfen. »Fatah« dagegen heißt »Ruhm«. Jassir Arafats Fatah entwickelte sich schnell zum Untergrundnetz mit militanten Zellen in vielen arabischen Staaten. Arafat konzentrierte seine Gruppe auf den militanten Kampf und hielt sich aus dem panarabischen Machtkampf heraus.

In den nächsten 25 Jahren sprachen sich die Palästinenser immer deutlicher für einen eigenen, von Israel wie von den arabischen Staaten unabhängigen Staat aus. Vornehmlich riefen sie nach der Befreiung Palästinas, aber auch danach, dort einen demokratischen, säkularen Staat für Moslems, Christen und Juden zu gründen. Diese Maximalposition gab die PLO lange Zeit nicht auf.

»Zu jener Zeit vertrat die PLO offiziell noch die Forderung nach einem einzigen Staat in ganz Palästina«⁶², erinnerte sich die palästinensische Journalistin Raymonda Tawil: »Mir wurde langsam klar, dass dieses Ziel kurzfristig nicht zu erreichen war ... Doch wir

62 R. Tawil, *Mein Gefängnis hat viele Mauern*, S. 218.

konnten andererseits nicht Jahrzehnte die Hände in den Schoß legen, während Hunderttausende von vertriebenen, heimatlosen Palästinensern ihr Leben in Flüchtlingslagern zubrachten: Wir mussten eine Zwischenlösung finden. Ich war allmählich zu der Überzeugung gelangt, dass wir einen eigenen Staat brauchten – neben Israel. So wie er in dem Teilungsplan von 1947 ins Auge gefasst worden war. Später einmal könnte es möglich sein, sich mit den Israelis zusammenzutun und einen vereinigten Staat zu bilden; das aber würde lange Zeit brauchen.«

Tawil schrieb auch, dass sie ihre Gedanken nicht öffentlich vertreten konnte, solange die PLO offiziell nicht zu diesem Kompromiss bereit war. Selbst eine so kämpferische, unabhängig denkende Journalistin wollte die offizielle PLO-Linie nicht öffentlich angreifen. Abweichende Meinungen wurden in der PLO mitunter hart bestraft.

Dies hat eine Gruppe von palästinensischen Vordenkern am eigenen Leib erfahren. Mitte der Siebzigerjahre entsandte Jassir Arafat geheime Botschafter nach Europa, die die PLO salonfähig machen sollten. Sie knüpften erste direkte Kontakte mit Israelis. Said Hammami, Issam Sartawi und Naim Khader dachten gemeinsam mit israelischen Partnern wie Matti Peled, Uri Avnery und Lowa Eliaw eine Kompromisslösung an. Hammami wurde 1978 in London ermordet, Khader 1981 in Brüssel und Sartawi 1983 in Albufeira. Die Morde waren von der radikalen Palästinenserfraktion Abu Nidal in Auftrag gegeben worden.

Doch es war nur eine Frage der Zeit, bis sich die Zweistaatenlösung als einzig realistische Position innerhalb der PLO durchsetzte. Denn mit dem Krieg von 1967 wurden die Karten neu gemischt. Innerhalb einer knappen Woche besiegte die israelische Armee die arabischen Armeen an allen Fronten. Israel besetzte Ostjerusalem, die syrischen Golanhöhen, den Gazastreifen und das Westjordanland. Damit war ganz Palästina besetzt worden.

Die Lager und andere palästinensische Flüchtlingsgemeinden quollen über, für die neue Welle von Flüchtlingen aus den neuen, von Israel besetzten Gebieten gab es in den alten Lagern keinen Platz. Es handelte sich um eine kleinere demografische Veränderung als 1948. 1972 wurden 1,5 Millionen Flüchtlinge gezählt, von denen 650.000 in 13 großen Lagern in Palästina, Jordanien, Syrien und dem Libanon lebten.⁶³

Diese »internen Flüchtlingswellen« verstörten die palästinensische Bevölkerung aufs Neue, wie Raymonda Tawil beschrieb: »Am Morgen nach der Besetzung wachen wir auf und sehen unser Haus wie eine Insel in einem Meer von Menschen. Erstaunt schaue ich aus dem Fenster: Es ist die atemberaubendste, entsetzlichste Szene, die ich je gesehen habe. Vor unserem Haus, auf der Straße, in den Olivenhainen stehen buchstäblich Tau-

63 Vgl. I. Pappé, *A History of Modern Palestine, One Land, Two Peoples*, Cambridge University Press, Cambridge, 2004, S. 188f.

sende von Menschen – alte, junge, Familien mit Kindern, schwangere Frauen, Invalide. Auf den Armen oder Rücken schleppen sie Bündel mit einigen Habseligkeiten. Junge Frauen halten Babies umklammert. Überall dieselben erschöpften, gebeugten Gestalten, die dumpfen, verzweifelten Gesichter ... Endlich stoße ich auf eine Frau, die ein wenig gefasster scheint. »Wir sind aus Kalkilja«, erzählt sie mir, resigniert und verbittert. »Man hat uns gezwungen, wegzugehen. Die Israelis – sie haben uns alle zur Moschee getrieben und uns befohlen, aus der Stadt zu verschwinden. Sofort.« ... Mein Gott, denke ich – soll das denn immer wieder geschehen?⁶⁴

Kalkilja wurde am Ende nicht zerstört. Viele Flüchtlinge durften zurückkehren. Bis heute ist die Stadt Teil des besetzten Landes. 1967 geriet das gesamte palästinensische Gebiet unter israelische Herrschaft. Auch die UNRWA änderte ihre Politik. Die Organisation gab 13 Dollar pro Jahr pro Flüchtling aus. In der Praxis hieß das ein Leben ohne Fleisch, Früchte oder Gemüse. Die UNO gab weniger als vier Dollar pro Jahr pro Flüchtling für Gesundheit aus und weniger als 12 Dollar für die Erziehung. Nach 1967 wurden diese Summen noch einmal reduziert, weil die Spenden ausblieben.⁶⁵

Die Besetzung des Westjordanlandes veränderte den Status der Flüchtlinge von 1948 innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft. Viele Flüchtlinge hatten bis dahin das Gefühl, von anderen Dorf- oder Stadtbewohnern diskriminiert zu werden, weil sie, so der Vorwurf, ihr Land an die Juden verkauft oder kampflos aufgegeben hatten. »Erst 1967, mit der Besetzung durch Israel, realisierten die lokalen Palästinenser, dass die Flüchtlinge ihr Land kaum den Juden verkauft hatten oder freiwillig von ihrem Land geflohen waren«, schrieb Adel Yahya⁶⁶.

Politisch bedeutete der Krieg von 1967 für die PLO eine Radikalisierung. Die PLO speiste sich aus Exilanten, vornehmlich aus Jordanien. Guerilla-Überfälle auf Israel wurden durch die Besetzung der Westbank schwieriger, da nun der Fluss Jordan Jordanien und Israel trennte. Die Spannungen zwischen König Hussein und Jassir Arafats Fatah stiegen. Die Atmosphäre in Amman bekam beinahe den Charakter der Anarchie, wobei die Guerillas selbst große Teile der Stadt kontrollierten. Eine Auseinandersetzung wurde unvermeidbar.

Die PLO-Kommandos riefen offen zum Sturz von König Hussein auf. Flugzeugentführungen durch palästinensische Terroristen am 6. September nach Amman brachten zudem den jordanischen König international in Bedrängnis. Was später der »Schwarze September 1970« genannt wurde, war ein zehntägiger Bürgerkrieg, in dem König Hussein Jassir Arafat und seine PLO aus dem Land vertrieb. Nur unter größten Mühen und

64 R. Tawil, *Mein Gefängnis hat viele Mauern*, S. 107.

65 Vgl. I. Pappe, *A History of Modern Palestine*, S. 189.

66 A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948-1998*, S. 90f.

gegen den Widerstand der arabischen Nachbarn, die in den Bürgerkrieg aktiv eingriffen, konnte König Husseins Armee die PLO bezwingen. Erst im Juli 1971 war der Widerstand der PLO-Kommandos endgültig gebrochen. Arafat ging in den Libanon.

Es war zweifelsohne der Terrorismus der PLO in den Sechziger- und Siebzigerjahren, der das Anliegen der Palästinenser weltweit in die Schlagzeilen rückte. Der Anschlag auf das israelische Olympia-Team in München 1972 bildete einen der Höhepunkte. Vom Terrorismus der Jahrtausendwende unterschied sich der damalige durch das Fehlen des selbstmörderischen Elementes und einer klaren politischen Botschaft. »Die nationalistischen Terroristen nahmen generell Rücksicht darauf, nicht mit ihren Opfern gemeinsam zu sterben, sondern zündeten ihren Sprengstoff gerne aus sicherer Distanz. Wenn sie unglücklicherweise gefangengenommen wurden, dann versuchten ihre Organisationen, manchmal erfolgreich, sie gegen Geiseln freizupressen.«⁶⁷ schrieb Bernard Lewis.

Auf der palästinensischen Straße galten die Terroristen als Helden. Über den Sog der politischen Verführung berichtete Raja Shehadeh⁶⁸. Die Shehadehs flohen 1948 aus Jaffa in das Sommerhaus von Rajas Großmutter nach Ramallah. Jeden Abend blickte der Rechtsanwalt Aziz, den Sohn neben sich, auf die Lichter an der Küste und trauerte um das verlorene Jaffa.

1967 wachte er aus seiner Erstarrung auf. Der Sechstagekrieg führte nicht zur Vernichtung Israels und zur Rückkehr der Shehadehs nach Jaffa; der Krieg führte viel mehr zur Besetzung des Westjordanlandes. Aziz bat einen jüdischen Freund, ihn nach Jaffa zu bringen. In der Abenddämmerung vor seinem ehemaligen Haus, hatte Vater Shehadeh ein Schlüsselerlebnis: Jaffa war eine dunkle Geisterstadt, die Lichter, die er jahrelang von Ramallah aus gesehen hatte, waren die Lichter von Tel Aviv. Die Lichter einer neuen Metropole. Die Israelis hatten sich seit 1948 weiterentwickelt, »die Palästinenser aber hatten nicht nur ihre Häuser verlassen, sondern auch ihr Leben und warteten nun, dass andere es für sie organisierten«⁶⁹, schrieb Shehadeh.

Nach diesem Besuch in Jaffa und Tel Aviv 1967 wurde Aziz Shehadeh die Stimme des Ausgleichs. Er rief Israel auf, die Besetzung der Westbank und Gazas aufzugeben und die Palästinenser dort einen unabhängigen Staat gründen zu lassen. Die Palästinenser forderte er dazu auf, Israel in den Grenzen von 1948 anzuerkennen. Niemand hörte ihm zu.

Selbst sein eigener Sohn Raja konnte der Verführung durch den PLO-Sender kaum widerstehen. »Jeden Abend hörte ich diese andere Stimme im Radio. Die Station war

67 B. Lewis, *The Crisis of Islam, Holy war and Unholy Terror*, The Modern Library New York, Random House Inc., 2007, S. 152.

68 R. Shehadeh, *Strangers in the House, Coming of age in occupied Palestine*, Profile Books, London, 2002.

69 Ebenda, S. 64.

in Damaskus. Sie hieß passenderweise ›Sout el Saaika‹, die ›Stimme des leuchtenden Blitzstrahls‹, und nachdem ich es angedreht hatte, fühlte ich mich, als ob ein Blitz in mir eingeschlagen wäre und mein Herz plötzlich schneller schlug. Der Sprecher hatte eine tiefe, heisere, insistierende Stimme, die solche Dringlichkeit ausströmte, dass ich mich fühlte, als ob jeden Moment die allerwichtigste Verlautbarung kommen würde.⁷⁰

Die wichtigste Bekanntmachung, die Wiedereroberung Palästinas, konnte die ›Stimme des leuchtenden Blitzes‹ freilich nie live aus Damaskus bringen. Raja Shehadeh widerstand der Verführung in den Siebzigerjahren, wurde Menschenrechtsanwalt in Ramallah und setzte sich als Schriftsteller für die Anliegen der Palästinenser ein. Shehadeh, 1951 bereits in Ramallah geboren, lebt in der politischen Tradition seines Vaters. ›Ich sehe mich nicht nach Jaffa zurückkehren‹, sagte er. ›Doch Israel muss anerkennen, dass wir dieses Recht auf Rückkehr haben. Wenn uns dieses Recht im Prinzip zugestanden wird, dann kann man über Kompensation reden.‹⁷¹

Das Thema Rückkehr war sowohl in der politischen Strategie wie in der Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung. ›Allein das Wort ›Rückkehr‹, auf Arabisch ›Awdeh‹, gewann spezielle Bedeutung‹, schrieb George Bisharat. ›Zeitungen dieses Namens wurden gegründet, Gedichte unter diesem Titel veröffentlicht.‹⁷² ›Es ist nicht überraschend‹, so Manuel Hassassian, ›dass die Entortung und Entfremdung der Palästinenser das Konzept ihrer nationalen Identität und den palästinensischen Nationalismus stärkte.‹⁷³

Friedensverhandlungen war weiterhin kein Glück beschieden: Die vom damaligen US-Außenminister Henry Kissinger initiierte Genfer Konferenz im Dezember 1973 wurde nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 einberufen. Israel akzeptierte keine palästinensische Delegation. Das Flüchtlingsproblem wurde nicht einmal diskutiert. In den Verhandlungen von Camp David 1978 einigten sich der israelische Ministerpräsident Menachem Begin und der ägyptische Präsident Anwar Sadat auf einen Friedensschluss zwischen ihren Ländern. Begin stimmte am Ende der Konferenz zu, die Siedlungen im Sinai aufzugeben, der Sinai wurde von Israel im Ausgleich für einen Friedensvertrag an Ägypten zurückgegeben. Dieser Friedensvertrag war der erste zwischen einem arabischen Staat und Israel.

Camp David brachte allerdings keinen Erfolg in der palästinensischen Flüchtlingsfrage. Begin wäre bereit gewesen den Palästinensern volle Autonomie in den 1967 besetzten Gebieten Westjordanland und Gazastreifen zuzugestehen für eine Übergangsphase von fünf Jahren. Danach hätten Verhandlungen über den permanenten Status stattfinden

70 Ebenda, S. 67.

71 R. Shehadeh, Interview der Autorin, Ramallah, 06/07 → 3.

72 G. Bisharat, S. 218.

73 M. Hassassian, S. 56.

können. Jassir Arafat lehnte indes die Idee ab, mit Israel und Jordanien eine Art Konföderation zu gründen, bei der Jordanien die militärische und außenpolitische Oberhoheit über das palästinensische Autonomiegebiet behalten hätte.

Sadat, König Hussein und Begin waren sich außerdem darüber einig, dass die PLO und Arafat in dieser Konföderation keine Rolle spielen sollten. Auch dies war für Arafat und die Palästinenser insgesamt unannehmbar. Sie sahen den PLO-Chef als Gründer der palästinensischen Nationalbewegung.

Die Verhandlungen über die Konföderation fanden nie statt. In den Achtzigerjahren kamen alle Gespräche nach dem Libanonfeldzug von Ariel Scharon 1982 und der Ausweisung Arafats aus dem Libanon ins Stocken.

Die PLO-Führung zog nach Tunis. Mit ihrer politischen Strategie schien sie nicht mehr weiterzukommen. Terrorismus war in den Achtzigerjahren international unpopulär geworden. Die Palästinenser im Gazastreifen und Westjordanland fühlten sich von ihrer Exilführung schlecht vertreten. Arafat und seine Getreuen verloren zunehmend den Kontakt zu den Palästinensern unter israelischer Besatzung. Bewegung in den politischen Prozess brachte nicht die Exilführung, sondern das besetzte Volk in Palästina mit der Intifada, Arabisch für »Abschütteln« oder Aufstand. Die Intifada war ein genereller Ausbruch von unterdrücktem Schrecken, Frustration und Wut gegen die wirtschaftliche Ausbeutung, die Beschlagnahme von Land, die täglichen Schikanen, die jüdischen Siedlungen und das Gefühl, dass es aus dieser schon so lange erduldeten Besatzung keinen Ausweg gab.

Erst während der Intifada, die im Flüchtlingslager Jabalia im Gazastreifen im Dezember 1987 losbrach, wurden die Bewohner der Flüchtlingslager von passiven Objekten des politischen Konflikts zu aktiven Politikern. Sie ersetzten keineswegs die »alte« Elite in Tunis, begannen aber, eine eigene Rolle zu spielen. Ihre »Unified National Leadership of the Uprising« (UNLU) war eine geheime Organisation, die alle vier säkularen, nationalistischen Gruppen in den besetzten Gebieten repräsentierte: Fatah, die Kommunistische Partei, die 1991 in »Palestine People's Party« umbenannt wurde, die »Popular Front for the Liberation of Palestine« (PFLP) und die »Democratic Front for the Liberation of Palestine« (DFLP).

Die junge Generation der Führer aus den Gebieten war im Gegensatz zu Arafats Tunis-Politikern dort beliebt, wo es zählte: in den Flüchtlingslagern, in den besetzten Gebieten. In den Achtziger- und Neunzigerjahren zählte, wer wie lange und wie oft im israelischen Gefängnis gesessen hatte. Arafat und seine Umgebung in Tunis dagegen galten als korrupt.

Für die »Rückkehr-Debatte« spielte es eine Rolle, dass eine neue Führung entstand, die »al Nakbah«, die Katastrophe von 1948, selbst nicht erlebt hatte. Trotz offizieller PLO-Propaganda verblassten die Erzählungen der Großmütter vom schönen Leben zwischen

Orangenhainen, Meeresluft und prachtvollen Villen in Jaffa vor den neuen Realitäten: dem Kampf gegen die Besatzung in den 1967 besetzten Gebieten Westbank und Gaza. Ende der Achtzigerjahre wurden die Straßennamen in den Flüchtlingslagern geändert. Die Namen der Dörfer, aus denen die erste Generation der Flüchtlinge entstammte, verschwanden und wurden ersetzt durch die Namen der »Shahids«, der Märtyrer, die im Kampf gegen die israelische Besatzung gestorben waren.⁷⁴

Die Intifada-Generation hatte den Anspruch aufgegeben, das gesamte Palästina von den Israelis zurückzuerobern. »Angestrebt wurde ein Ende der Besatzung im Westjordanland und im Gazastreifen, aber nicht, wie die erste Generation geträumt hatte, die Befreiung von Ganz-Palästina. Dies war im Einklang mit dem politischen Programm der PLO, die seit 1974 immer deutlicher von einer »Zwei-Staaten-Lösung« gesprochen hatte»⁷⁵, schrieb George Bisharat.⁷⁶

Tatsächlich anerkannten Jassir Arafat und die PNA die UN-Resolution 181 erst 1988 offiziell an. Arafat akzeptierte auch die UN-Resolutionen 242 und 338. UN-Resolution 242 vom 22. November 1967 forderte Israel auf, »alle bewaffneten Kräfte von den im jüngsten Konflikt besetzten Gebieten zurückzuziehen«⁷⁷. UN-Resolution 338 vom 22. Oktober 1973, dem Höhepunkt des Jom-Kippur-Krieges, forderte einen Waffenstillstand und »die Implementierung der UN-Resolution 242«⁷⁸.

In ihrer Erklärung von 1988 erwähnte der PNC zum ersten Mal das Recht auf Rückkehr in Zusammenhang mit den UN-Resolutionen. »Israels Entstehung auf Kosten der Palästinenser 1948 wurde somit von der PLO legitimisiert«⁷⁹, so der amerikanische Historiker Rashid Khalidi. Die Erste Intifada, die Ende 1987 losbrach, richtete sich nicht mehr gegen Israel, sondern gegen die Besatzung.

Der Aufstand der Palästinenser machte den Israelis deutlich, dass die Besetzung der Palästinensergebiete nicht von Dauer sein konnte. Jassir Arafat auf der anderen Seite hatte im Golfkrieg 1991 Saddam Hussein unterstützt, was die arabischen Golfstaaten erboste und bewog, der PLO die Zuwendungen zu streichen.

Diese beiden Ereignisse ermöglichten im Oktober 1991 die Friedenskonferenz von Madrid. Die Palästinenser saßen erstmals mit am Tisch, wenn auch nur als Teil der jordanischen Delegation. Schon die erste Begegnung der israelischen Delegation mit der palästinensisch-jordanischen führte allerdings zum Einfrieren der Gespräche. Haider

74 Stork 1988, zitiert nach G. Bisharat, S. 223.

75 Vgl. G. Bisharat, S. 224.

76 Vgl. Jarbawi 1990, R. Khalidi 1988, Stork 1988, Sahliyeh 1988.

77 Zitiert nach: <http://www.midcastweb.org/242.htm>.

78 Zitiert nach: <http://www.midcastweb.org/338.htm>.

79 R. Khalidi, *Observations on the Right of Return*, *Journal of Palestine Studies*, no. 82, Winter 1992, S. 35.

Abdel Schafi, Chef des Roten Halbmondes in Gaza und Chefverhandler der Palästinenser, forderte die Rückkehr der Flüchtlinge, wie von UN-Resolution 194 verlangt. Israel verweigerte zwei Jahre lang direkte Verhandlungen mit den Palästinensern. Hinter den Kulissen aber bahnten sich in dieser Zeit, nach dem Wahlsieg der Arbeitspartei unter Jitzhak Rabin, die Verhandlungen zum Oslo-Abkommen an.

Diese geheimen Verhandlungen wurden von Jassir Arafats Vertrauten Mahmoud Abbas alias Abu Masen und Ahmed Kureia alias Abu Ala geführt. Die »neue« Führung aus den besetzten Gebieten, die erst im September 1993 von den geheimen Verhandlungen hörte, blieb ausgeschlossen. »Nie wieder werde ich für Arafat arbeiten!«⁸⁰, rief der palästinensische Abgesandte bei den offiziellen Friedensverhandlungen, Saeb Erekat, in seinem Hotelzimmer in Washington D. C. erbost, nachdem er von dem geheimen Oslo-Abkommen erfahren hatte.⁸¹

Das Oslo-Abkommen wurde am 13. September 1993 in Washington feierlich unterschrieben. Jitzhak Rabin und Jassir Arafat schüttelten sich die Hände. Die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich beflügelte national wie international die Fantasie.

Kritiker warnten allerdings damals schon, dass Jassir Arafat und die PLO mit ihren Zugeständnissen zu weit gegangen seien. »Die PLO verdankte ihre Existenz der Flüchtlingsgemeinde von 1948«⁸², schrieb Ilan Pappé. Dieser 1948er Krieg gab den Palästinensern in vielerlei Hinsicht eine neue nationale Identität. »Die Raison d'être der PLO war nicht, die israelische Besatzung von 1967 zu beenden, sondern das Unglück von 1948 zu korrigieren.«⁸³

Bei der »Declaration of Principles on interim self-government arrangements« ging es dagegen bloß um eine Korrektur der Folgen der Besetzung von 1967: mithilfe eines Rückzugs der israelischen Armee aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen und der Übernahme dieser Gebiete durch eine Palästinensische Autonomiebehörde. Im Artikel 1 stand unter »Ziel der Verhandlungen«: »Das Ziel der israelisch-palästinensischen Verhandlungen innerhalb des gegenwärtigen Nahost-Friedensprozesses ist, unter anderem, eine temporäre, palästinensische Selbstverwaltungs-Behörde zu errichten ... für eine Übergangsperiode, die nicht länger als fünf Jahre dauern darf und die zu einer permanenten Lösung auf der Basis der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 führen soll.«⁸⁴

80 Gespräch mit S. Erekat, 20./08./1993, Washington D. C.

81 Er revidierte diese Absicht, Arafat kalmierte ihn mit einem Ministeramt in der ersten palästinensischen Regierung. Später wurde Erekat Palästinas Chefverhandler.

82 I. Pappé, *A History of Modern Palestine*, S. 244.

83 Ebenda.

84 Declaration of Principles on interim self-government arrangements, 13./09./1993, zitiert nach: http://www.usip.org/library/pa/israel_plo/oslo_09131993

Erst im Artikel V, Absatz 3 stand das, worauf die Palästinenser hofften: Die Themen Flüchtlinge, Jerusalem, Siedlungen, Sicherheitsbestimmungen, Grenzen und die Beziehungen mit den anderen Nachbarn sollten zum Schluss ausgehandelt werden. Ein unabhängiger palästinensischer Staat wurde nicht erwähnt. Das Abkommen reflektierte, fürchteten Kritiker, die Sicht der Israelis.

Die bloße Erwähnung der Kernfragen wie jener der Flüchtlinge von 1948 war für die PLO allerdings schon ein Fortschritt. Israel hatte bisher jeden Versuch abgelehnt, 1948 zu diskutieren. Arafat und manche israelischen Verhandler setzten darauf, dass sich im Laufe eines vertrauensbildenden Friedensprozesses alle sensiblen Fragen klären lassen würden.

Doch es kam weder zu einem Friedensvertrag nach Ende der Fünfjahresfrist noch zu ernsthaften Verhandlungen. Der Oslo-Prozess erwies sich für Palästinenser und Israelis rückblickend als Sackgasse: Die Friedenshoffnung wurde aufgebraucht, ohne das gewünschte Ziel erkämpft zu haben.

US-Präsident Bill Clinton hielt zwar im Juli 2000 in Camp David eine Konferenz über den endgültigen Status der Gebiete ab. Zum ersten Mal wurde die Flüchtlingsfrage offiziell zwischen Israel und der PLO diskutiert. Doch der Friedensprozess war zu diesem Zeitpunkt längst zerrüttet: durch die palästinensischen Terroranschläge gegen israelische Zivilisten einerseits, durch die fortschreitende Verbauung der palästinensischen Gebiete mit israelischen Siedlungen andererseits.

3. Arafats Qual der Wahl

Im Herzen ein Terrorist?

Die Verhandlungen in Camp David im Sommer 2000 scheiterten an der Frage, welchen Status Jerusalem bekommen sollte. Doch auch in der Flüchtlingsfrage kam es auf US-Präsident Bill Clintons Sommersitz in den Bergen außerhalb von Washington D.C. zu keinem Durchbruch. Die Einschätzungen, welche Rolle der Palästinenserführer hierbei gespielt hatte, gehen selbst innerhalb der jeweiligen Verhandlungsteams weit auseinander.

US-Diplomat Dennis Ross protokollierte als Nahostkoordinator für George Bush senior und Bill Clinton den Friedensprozess bis ins kleinste Detail: »Zu keiner Zeit in Camp David oder in den darauffolgenden sechs Monaten hat der Vorsitzende jemals die Fähigkeit zu einem permanenten Friedensschluss erkennen lassen. Da er sich persönlich neu erfinden müsste und dies bedeuten würde, Mythen aufzugeben, glaube ich nicht, dass er zu einer permanenten Verhandlungslösung für die Gebiete bereit ist.«⁸⁵

Robert Malley, der unter Ross an den Verhandlungen teilnahm, hielt dagegen, Arafat hätte handfeste Gründe für seine Ablehnung gehabt: »Die Jahre aufgestauten Misstrauens und Vertrauensverlusts im Friedensprozess; die politischen Umstände in Israel und unter den Palästinensern; die Geschichte von früheren Abkommen; die Einschätzung der Rolle der USA, die Beziehung (oder der Mangel derselben) zwischen Ehud Barak und Arafat und der Mechanismus der Verhandlungen.«⁸⁶

Unter israelischen Geheimdienstexperten war Arafats Strategie und Motivation ebenfalls umstritten. Amos Gilad, der bis 2001 die Forschungsabteilung des Militärischen Geheimdienstes leitete, vertrat eine in Israel weitverbreitete Meinung: die »Konzeptia« – das Konzept »Es gibt keinen Partner für einen Frieden auf der palästinensischen Seite«. Barak habe Arafat ein generöses Angebot gemacht, dieser habe es abgeschlagen, weil er im Herzen immer ein Terrorist geblieben sei. Seine Strategie sei gewesen, die Verhandlungen mittels des Rückkehrrechtes zu blockieren, den jüdischen Staat demografisch zu unterwandern und später in ganz Palästina oder ganz Israel einen palästinensischen Staat zu errichten.

Andere Geheimdienstexperten kritisierten die »Konzeptia«. Dazu gehörten Amos Malka, bis 2001 Chef des militärischen Geheimdienstes; Ami Ajalon, ehemaliger Chef

85 D. Ross, 'Camp David: An Exchange', New York Review of Books, Volume 48, Nr. 14, Sept 20, 2001.

86 R. Malley, Replik, 'Camp David: An Exchange', New York Review of Books, Volume 48, Nr. 14, Sept 20, 2001.

des israelischen Inlandsgeheimdienstes »Schin Bet« bis knapp vor Ausbruch der zweiten Intifada; Mati Steinberg, bis 2003 Berater für palästinensische Angelegenheiten beim Schin Bet; und Ephraim Lavie, bei Ende der Oslo-Verhandlungen im militärischen Geheimdienst direkt unter Amos Gilad tätig. Sie glaubten, ihre Forschungsergebnisse vor und während Camp David seien eindeutig gewesen: Kein Geheimdienstbericht habe ergeben, der PLO-Chef habe mit Israel von Oslo bis Taba nur zum Schein verhandelt.

Wie wichtig ihm das Prinzip des Rückkehrrechts war, bekräftigte Arafat vor Beginn der Camp-David-Verhandlungen in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung »Ha'aretz«. Er ärgerte sich, dass den Palästinensern die Rückkehr verweigert werde, wohingegen russische Immigranten, die oft weniger aus zionistischen als aus ökonomischen Gründen nach Israel zogen, dazu eingeladen wurden: »Warum hat der Moslem aus Russland das Rückkehrrecht und der Moslem aus Palästina nicht? Und warum hat der Christ aus Russland das Recht zu kommen und der palästinensische Christ nicht?«⁸⁷

»Auch Teilen des israelischen Geheimdienstapparates war die palästinensische Sensibilität dieses Themas bewusst«, schrieb Mati Steinberg, Berater für arabische Angelegenheiten beim Schin Bet: »Die Rückkehr ist ein delikates Thema im palästinensischen Herzen. Dennoch ist den Palästinensern klar, dass alle Israelis das Recht auf Rückkehr ablehnen. Da eine Konzession bei diesem Thema für die Palästinenser so schwierig ist, verlangen sie einen sehr hohen Preis für einen Kompromiss. Gebiete, Jerusalem, Grenzen.«⁸⁸

In der Arbeitsgruppe zur Flüchtlingsfrage saßen auf israelischer Seite Dan Meridor und Elaikim Rubinstein, zwei wenig kompromissbereite Verhandler. Die Palästinenser waren durch die Flüchtlingssöhne Mahmoud Abbas alias Abu Masen und Akram Hanija vertreten, die ihrerseits nicht daran dachten, das Rückkehrrecht aufzugeben.

Konflikte gab es nicht nur zwischen den Gegnern am Verhandlungstisch, sondern auch innerhalb der Delegationen. Der israelische Premierminister Ehud Barak soll vorgeschlagen haben, den Palästinensern zwar das faktische Recht auf Rückkehr zu verweigern, ihnen aber Kompensation anzubieten und so einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Sein Chefverhandler Rubinstein akzeptierte dies allerdings nicht.

Bei diesen letzten Gesprächsrunden verhandelten beide Delegationen bereits ohne Mandat. Ehud Barak hatte seine parlamentarische Mehrheit im Sommer 2000 verloren. Unter dem Eindruck der zweiten Intifada war die israelische Bevölkerung nicht mehr von der Ernsthaftigkeit der Verhandlungen überzeugt. Auch die Palästinenser zweifelten angesichts der Reaktion Israels auf die Zweite Intifada am Ernst der Verhandlungen.

Die palästinensisch-amerikanische Journalistin Muna Hamzeh beschrieb in ihrem Intifada-Tagebuch, das zwischen Oktober und Dezember 2000 im Flüchtlingslager

87 A. Eldar, »A Jewish State? Definitely«, Interview mit Jassir Arafat, Haaretz, 07/07/2004.

88 D. Rubinstein, »The stronger side creates reality«, Haaretz, 16/06/2004.

Daheischeh südlich von Bethlehem entstand, wie radikalisiert die Flüchtlinge die Ereignisse wahrnahmen. »Die Frauen sind die unbekanntesten Soldaten, diejenigen, die in jedem palästinensischen Haushalt die Stellung halten. Sie sind diejenigen, die ihre Kinder beruhigen und die sich um sie kümmern, während ihre Blicke an den Fernsehschirmen kleben. Ich kenne keine einzige Frau in Daheischeh, die diese Ereignisse nicht ganz genau verfolgt ... »Diese Intifada muss weitergehen«, sagt meine Freundin Intisar, Mutter von neun Kindern. ... »Lass jeden palästinensischen Haushalt einen Märtyrer geben und lass uns die Sache bis zum Schluss auskämpfen.«⁸⁹

Einige Wochen vor dem Beginn der Taba-Verhandlungen unterrichtete Militärgeheimdienstchef Amos Malka Ehud Barak und sein Team noch einmal über die Absichten des Palästinenserchefs. »Ich habe gesagt, dass Arafat keinesfalls 90 Prozent des Westjordanlandes akzeptieren würde, auch nicht 93 Prozent. Er sei kein Immobilienhändler und würde nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Barak sagte damals zu mir: »Willst du damit sagen, wenn ich ihm 90 Prozent anbiete, wird er ablehnen? Das glaube ich nicht.« Ich antwortete, dass es tatsächlich vollkommen ausgeschlossen sei, dass Arafat dieses Angebot annehme.«

Zum bisher letzten Mal trafen sich israelische und palästinensische Verhandler vom 21. bis 27. Jänner 2001 in Taba an der israelisch-ägyptischen Grenze. Der palästinensische Vorschlag zur Rückkehrfrage vom 22. Jänner 2001 reflektierte die offizielle Position der PLO. Unter dem Punkt »Moralische Verantwortung« hieß es da: »Israel anerkennt seine moralische und legale Verantwortung für die Verdrängung (-displacement-) und Enteignung der palästinensischen Zivilbevölkerung während des 1948er Krieges, sowie für das Verhindern der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heime wie es in der UN-Generalversammlung-Resolution 194 vorgesehen war ... Israel soll die Verantwortung für die Lösung des Flüchtlingsproblems übernehmen.«⁹⁰

Die israelische Antwort war ein inoffizielles Papier, das zeigte, wie weit der israelische Noch-Premier Ehud Barak zu gehen bereit war. Es heißt da unter dem Absatz »Die Bedeutung der Lösung der Flüchtlingsfrage«:

1. Die Streitfrage um die palästinensischen Flüchtlinge ist von zentraler Bedeutung für die israelisch-palästinensischen Beziehungen. Ihre umfassende und gerechte Lösung ist die Grundbedingung für einen bleibenden und moralisch gewissenhaften Frieden.

89 M. Hamzeh, Refugees in our own land. Chronicles from a Palestinian Refugee Camp in Bethlehem. Pluto Press, London 2001.

90 Palestinian Proposal on Palestinian Refugees, 22/01/2001, Taba, ARTICLE XX: Refugees, www.mideastweb.com/taaba.

Das Narrativ

2. Der Staat Israel bedauert ernsthaft die Tragödie der palästinensischen Flüchtlinge, ihr Leid und ihre Verluste, und wird sich als aktiver Partner bemühen, dieses vor 53 Jahren eröffnete, schreckliche Kapitel zu beenden. Israel wird seinen Teil dazu beitragen, dass eine umfassende und faire Lösung für das palästinensische Flüchtlingsproblem gefunden wird.

3. Für alle Parteien, die direkt oder indirekt für die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems verantwortlich sind, und auch für jene, für die ein gerechter und stabiler Friede in der Region dringlich ist, ist es unerlässlich, bei der Lösung des Flüchtlingsproblems von 1948 mitzuhelfen.

4. Obwohl die UNGAR 181⁹¹ vom November 1947 akzeptiert worden war, wurde der entstehende Staat Israel in den Krieg und das Blutvergießen von 1948–49 hineingezogen. Das führte zu Opfern und Leiden auf beiden Seiten, eben auch zur Vertreibung und Enteignung der palästinensischen Zivilbevölkerung, die seitdem ein Flüchtlingsdasein fristet. Diese Flüchtlinge müssen seit Jahrzehnten ein Leben ohne Würde, Nationalität und Besitz führen.

5. Folglich muss die Lösung der Flüchtlingsfragen sowohl die Bedürfnisse und Wünsche dieser Flüchtlinge berücksichtigen, als auch die Realitäten, die seit 1948–49 geschaffen wurden, in Betracht ziehen. Dem Wunsch zurückzukehren soll in einer Art und Weise entsprochen werden, die weder die Existenz des Staates Israels als Heimat des jüdischen Volkes gefährdet noch die Errichtung eines Staates Palästina als Heimat des palästinensischen Volkes behindert.

6. Eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems in Übereinstimmung mit UNSCR 242 muss zur Umsetzung von UNGAR 194 führen. (Palästinensische Position).

7. Seit 1948 wurde die palästinensische Sehnsucht nach »Recht auf Rückkehr« und der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates wie in einem Schrein verwahrt, deren Basis das Völkerrecht ist. Die Verwirklichung der Bestrebungen des palästinensischen Volkes, wie in diesem Abkommen anerkannt, beinhaltet ihr Recht auf Selbstbestimmung und eine umfassende und gerechte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge. Basierend auf UNGAR 194 soll ihre Rückkehr und ihr zukünftiges Wohlergehen ermöglicht werden, wobei alle Aspekte des Flüchtlingsproblems angesprochen werden sollen.

8. In Hinblick auf die Rückkehr, Repatriierung und Umsiedlung kann jeder Flüchtling sich an eines der folgenden Programme wenden. So werden die relevanten Klausel von UNGAR 194 erfüllt:

a) In den Staat Israel – gedeckelt mit einer vereinbarten Höchstzahl von XX Flüchtlingen und mit einer Priorität für jene palästinensischen Flüchtlinge, die heute im Libanon residieren. Der Staat Israel nimmt seine moralische Verpflichtung für eine schnelle Lösung der Notlage der Flüchtlingsbevölkerung der Sabra- und Schatila Lager zur Kenntnis.

⁹¹ UNGAR 181 steht für United Nations General Assembly Resolution 181.

b) *In von Israel getauschtes Gebiet. Zu diesem Zweck wird die Infrastruktur für die Aufnahme von Flüchtlingen in jene souveränen Gegenden des Staates Israel gestärkt, die der palästinensischen Souveränität im Kontext eines allumfassenden Entwicklungsprogramms übergeben werden sollen.*

c) *In den Staat Palästina: Die palästinensischen Flüchtlinge können ihre Rückkehr in den Staat Palästina als die Heimat der Palästinenser ohne Restriktionen betreiben, vorbehaltlich seiner souveränen Gesetze.*

d) *Rehabilitation innerhalb der existierenden Gastländer. Wo diese Option ausgeübt wird, soll die Rehabilitation sofort und extensiv geschehen.*

e) *Umsiedlung in ein drittes Land: Freiwillige Umsiedlung in ein drittes Land, das seinen Willen und seine Fähigkeit erklärt hat, palästinensische Flüchtlinge aufzunehmen.⁹²*

Für Israelis ging dieser Vorschlag sehr weit, ließ er doch die Teilverantwortung Israels zu und sah vor, dass zumindest eine gewisse Anzahl von Flüchtlingen nach Israel zurückkommen hätte können. Die Palästinenser aber beharrten auf ihrer Maximalposition, nach der

alle Flüchtlinge, die in ihre Heime in Israel zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, das Recht haben, dies zu tun. Dieses Recht jedes Flüchtlings auf Rückkehr, soll in Verbindung mit den Modalitäten des Abkommens ausgeführt werden.⁹³

Unter den »Bedingungen der Rückkehr« hieß es:

15. *Alle Flüchtlinge aus dem Libanon, die ihr Rückkehrrecht in Anspruch nehmen wollen, sollen innerhalb von zwei Jahren nach Israel zurückkehren dürfen.*

16. *Ohne das Recht jedes Flüchtlings, nach Israel zurückkehren zu können, zu präjudizieren, und zusätzlich zu den Flüchtlingen, die nach Paragraph 15 zurückkehren, soll einem Minimum von XX Flüchtlingen jedes Jahr erlaubt werden, nach Israel zurückzukehren.*

17. *Jene Flüchtlinge, die zurückkehren wollen, sollen ihre Absicht innerhalb von fünf Jahren der Kommission bekannt geben. Das Recht auf Rückkehr soll in der Folge dieser Erklärung nicht zeitlich begrenzt sein.⁹⁴*

Der Unterschied zwischen diesen beiden Positionen war Jassir Arafat immer noch zu groß. Er zögerte eine Antwort an die Israelis hinaus. Ohnehin waren die Palästinenser

92 Israeli private response to the Palestinian refugee proposal of January 22, 2001 'Non-Paper-Draft 2' January 23, 2001, Tabu, aus: www.mid-eastweb.org/tabu.htm

93 Tabu-Vorschläge, aus: *Le Monde*, Juli 2001, und: www.mid-eastweb.org/tabu.htm

94 Eberda.

der Meinung, dass weitere Konzessionen fehl am Platz wären, da ohnehin nur ein kleiner Teil von Palästina für sie übriggeblieben war. Immerhin bedeutete ein Staat im Gazastreifen und im Westjordanland nur 22 Prozent des ehemaligen Heimatlandes der Palästinenser. Jassir Arafat verweigerte US-Präsident Clinton die Zustimmung. Er teilte wohl auch das bei den Palästinensern vorherrschende Gefühl, die Israelis wollten unter großem Druck und mit Unterstützung der Amerikaner einen ungerechten Frieden schließen.

Barak zog dann wegen der israelischen Wahlen sein Team zurück. Die Taba-Verhandlungen endeten am 27. Jänner ohne Abkommen. Am 6. Februar 2001 wurde Ariel Scharon zum Premierminister Israels gewählt. Seitdem gab es keine nennenswerten Verhandlungen zwischen den beiden Seiten.

Der israelische Geheimdienstmann Ephraim Lavie machte die eigene Regierung für den Zusammenbruch des Friedensprozesses verantwortlich: »Wenn das Konzept lautet »Es gibt niemanden, mit dem man reden kann«, bleibt der Führung nur, einseitige Schritte zu unternehmen«, meint Lavie: »Der Fokus auf Arafat als »Kern des Problems« ist simplifizierend und ignoriert den komplexen politischen und sozialen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts.«⁹⁵

Lavie glaubte einschränkend, dass der Palästinenserpräsident das Recht auf Rückkehr als »Verhandlungschip« verwenden wollte und dass eine Lösung erst am Schluss, bei der Schnürung eines Gesamtpaketes im Austausch für einen lebensfähigen palästinensischen Staat, basierend auf den Grenzen von 1967, gefunden hätte werden können.

Dem stimmte der palästinensische Politologe Khalil Schikaki zu. »Arafat hat die Flüchtlingsfrage benutzt, das war ein politisches Manöver, keine ideologische Überzeugung. Er wollte damit die Kontrolle über die heiligen Orte erhandeln und den Rückzug der Israelis zu den Grenzen von 1967.«⁹⁶ Demnach hat der PLO-Chef seine Verhandlungsposition überzogen und den Moment verpasst, der – für Barak – bestmöglichen Lösung doch noch zuzustimmen.

PLO-Politik zum Rückkehrrecht

Arafat tat seinem Volk damit keinen Gefallen. Um die Diskussion über die nach Beginn der zweiten Intifada im Oktober 2000 festgefahrenen Rückkehrfrage aufzulockern, führte das Institut von Khalil Schikaki im Frühling 2003 eine Umfrage unter palästinensischen Flüchtlingen im Westjordanland, in Jordanien und im Libanon zur Frage der

⁹⁵ Y. Stern, *Following the stretch from concept to dogma to axiom*, Haaretz, 13/06/2004.

⁹⁶ K. Schikaki, Interview der Autorin, Ramallah, 28/02/2004.

tatsächlichen Rückkehr durch. Die Ergebnisse waren überraschend: Nur zehn Prozent der Flüchtlinge wollten nach Israel zurückkehren.

Von diesen zehn Prozent wiederum wollten nur zehn Prozent die israelische Staatsbürgerschaft annehmen.⁹⁷ Ein Drittel der Flüchtlinge wollte dagegen im palästinensischen Staat leben und mit gerechter Kompensation vorliebnehmen. 23 Prozent konnten sich vorstellen, nach Israel zurückzukehren in Gegenden, die im Zuge der Verhandlungen mit anderen palästinensischen Gegenden ausgetauscht werden würden. 17 Prozent wollten in den Ländern bleiben, in denen sie seit ihrer Flucht aus Palästina lebten.

Nach der Veröffentlichung der Studie wurde Schikakis Büro von wütenden Palästinensern gestürmt: »Sie glaubten, das Recht auf Rückkehr würde von uns verraten«⁹⁸, sagte Schikaki. »Das ist natürlich nicht der Fall. Das Ergebnis zeigt nur, dass es einen großen Spielraum gibt, wenn es darum geht, wie das Rückkehrrecht ausgeübt werden kann: zum Beispiel in der Wahl des Wohnsitzes. Das ist natürlich erst einmal schockierend.« Denn das Thema Rückkehrrecht ist für die meisten Palästinenser seit Jahrzehnten ein Tabu.

Die PLO habe sich bei der Flüchtlingsfrage seit Ende der Siebzigerjahre selbst in eine Falle gelockt: »Seit sich herauskristallisiert hat, dass die PLO eine Zweistaatenlösung unterstützt, wurde die UN-Generalversammlungs-Resolution 194⁹⁹ irrelevant«, so Schikaki.

Faktisch würden die Flüchtlinge ja zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Staat wählen. Die Rückkehr an die Ursprungsorte stünde für palästinensische Nationalisten dann nicht mehr auf der Tagesordnung. Schikaki: »Unserer Umfrage zufolge will nur ein Prozent die israelische Staatsbürgerschaft annehmen.«¹⁰⁰

Warum aber hat die PLO-Führung den immer größeren Widerspruch zwischen »alter« und »neuer« PLO-Politik nicht aufgelöst? In den Achtzigerjahren wollte Arafat den Palästinensern nicht zwei harte Brocken gleichzeitig servieren: Die Anerkennung eines jüdischen Staates in einem Teil des historischen Palästina und die Realisierung, dass viele Menschen nicht mehr in ihre Häuser zurückkehren würden. Später mangelte es der PLO-Führungsriege wohl an Mut.

97 www.pcpst.org/survey/polls/2003/refugeesjune03.html.

98 K. Schikaki, Interview der Autorin, Ramallah, 28./2./2004.

99 UN-Resolution 194, zitiert nach: <http://www.un.org/documents/ga/res/3/ares3.htm>. Darin hieß es: »In der am 11. Dezember 1948 verabschiedeten Resolution 194 heißt es unter Punkt 11: »Die Generalversammlung ordnet an, dass die Flüchtlinge, die in ihre Häuser zurückzukehren wünschen und die in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, die Erlaubnis erhalten sollten, dies so schnell wie möglich zu tun, und dass jenen Kompensation gezahlt werden sollte, die sich entscheiden nicht zurückzukehren, für ihren Verlust oder für die Beschädigung von Eigentum, das – nach den Prinzipien des internationalen Rechts – bei den Regierungen oder Autoritäten wiedergutmacht werden sollte.«

100 K. Schikaki, Interview der Autorin, Ramallah, 28./02./2004.

Die UN-Resolution 194 musste für die PLO auch aus einem anderen Grund gültig bleiben: »Als eine Vorbedingung für einen Friedensschluss brauchen die Palästinenser die Anerkennung ihrer Narrative seitens der Israelis. Wenn man die Erzählung über die Katastrophe einfach streicht, war der Kampf der Palästinenser um Rückkehr seit 1948 nicht legitim«, sagt Schikaki. »Der symbolische Wert der Anerkennung des Rechts auf Rückkehr ist auch deutlich aus den Umfrageergebnissen abzulesen: 95 Prozent sagen, das Recht auf Rückkehr ist heilig. Aber nur ein Prozent will real in Israel leben. Der symbolische Wert des Rückkehrrechts liegt auf der Hand.«

Der palästinensische Psychoanalytiker Ejad Sarraj betonte die Bedeutung der »Sulcha« als arabische Tradition. »Sulcha« ist die Austragung eines Konfliktes zwischen zwei Clans. Wenn ein Unrecht geschehen ist, muss es gerächt werden. Nur wenn der Schuldige sich entschuldigt, hört das blutige Rachenehmen auf. Die andere Seite muss diese Entschuldigung annehmen, sonst ist wiederum ihre Ehre beschädigt. Darum geht es zwischen uns und den Israelis. Die Niederlage 1948 ist für die Palästinenser eine Schande. Um die Ehre wiederherzustellen, muss Rache geübt werden. Solange der Staat Israel seine Mitschuld an der Katastrophe der Palästinenser 1948 nicht eingesteht und sich nicht entschuldigt, wird dieser blutige Konflikt weitergehen.«¹⁰¹

Außer in inoffiziellen Papieren wie in Taba oder Genf war das offizielle Israel nicht bereit, die Mitverantwortung für die »Nakbah« zu übernehmen. Der Grund war weniger mangelnde Einsicht, Israel fürchtete viel mehr, durch das Eingeständnis, an der palästinensischen Katastrophe von 1948 mit Schuld zu sein, die Legitimität des eigenen Staates infrage zu stellen.

Umgekehrt dürfte auch Arafat aus Angst vor dem Verlust seiner Identität am Schluss die Notbremse gezogen haben. Welche Arbeitsgrundlage hätte der legendäre Befreiungskämpfer gehabt, hätte er tatsächlich mit den Juden Frieden geschlossen?

Bis heute ist das für keinen arabischen Führer einfach. Für niemanden aber so schwierig wie für einen Palästinenserführer. Denn die Palästinenser haben bisher kein eigenes Land. Gibt sich der Verhandlungsführer mit weniger als einem »lebensfähigen Staat« zufrieden, droht der Tod der Nation.

Der Oslo-Prozess fütterte diese Ängste: Israel hat die Zahl seiner Siedler in den Gebieten während der Oslojahre verdoppelt; der Chef der Autonomiebehörde hat den palästinensischen Terrorismus nicht unter Kontrolle halten können und ihn teilweise instrumentalisiert; außerdem hat die Autonomiebehörde unter Arafat korrupt, ineffizient und übermilitarisiert regiert. Beide Seiten haben auf die Fehler der anderen Seite oft überproportional reagiert und so zum Absturz des Friedensprozesses beigetragen.

101 E. Sarraj, Interview der Autorin, Gaza, 25/02/2004.

Der Psychoanalytiker Vasmik Volkan führte dies auf die Folgen des »gewählten Traumas« zurück. Ein kollektives, traumatisches Erlebnis kann identitätsstiftend wirken, aber auch dazu führen, »Feindbilder zu vergrößern und realistische Überlegungen in Friedensprozessen zu verzerren«.¹⁰²

Auch nach den gescheiterten Verhandlungen in Taba stimmte der schon sehr geschwächte und kranke Palästinenserpräsident trotz der explodierenden Gewalt zwischen den beiden Völkern im Zuge der zweiten Intifada auch dem innovativen Genfer Abkommen im Herbst 2003 nicht zu – obwohl oder vielleicht auch weil es sich nur um ein inoffizielles Papier handelte.

Dieser Entwurf wurde von einem gemischt israelisch-palästinensischen Team unter der Führung von Yossi Beilin und Jasser Abed Rabbo erarbeitet. In diesem nicht von den Regierungen abegesegneten Dokument wurde das Recht auf Rückkehr implizit akzeptiert. Zumindest zog die israelische Seite darin Kompensationszahlungen an die Palästinenser in Betracht, was eine sich nicht schuldig fühlende Partei nicht getan hätte:

3. Kompensation

(a) *Die Flüchtlinge haben ein Anrecht auf Kompensation für ihr Flüchtlingsdasein und für den Verlust von Eigentum. Dies gilt freibleibend und unabhängig vom ständigen Wohnort des Flüchtlings.*

(b) *Die Parteien anerkennen das Recht der Staaten, welche palästinensische Flüchtlinge aufgenommen haben, auf Vergütung.*¹⁰³

Der Text zeigte freilich auch, wie schwierig es selbst den progressiven Verhandlern fiel, zu einer gemeinsamen Sicht zu kommen. Unter Punkt 14 »Versöhnungsprogramme« hieß es:

(a) *Die Parteien ermutigen und fördern die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Institutionen und Zivilgesellschaften, um Foren für den Austausch historischer Darstellungen zu schaffen und das gegenseitige Verständnis der Vergangenheit zu stärken.*

(b) *Die Parteien ermutigen und erleichtern Austauschaktivitäten, um eine bessere Wertschätzung ihrer jeweiligen geschichtlichen Darstellungen im Bereich der formellen und informellen Erziehung zu verbreiten, indem sie die Bedingungen für direkte Kontakte zwischen Schulen, Bildungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft bieten.*

(c) *Die Parteien können kulturelle Programme zwischen den Gemeinschaften in Betracht ziehen, um die Ziele der Versöhnung bezüglich ihrer jeweiligen Geschichte zu fördern.*

102 V. D. Volkan, *Traumatized societies and psychological care: Expanding the concept of preventive medicine*. *Mind and Human Interaction*, 11: 177–194, 2000.

103 www.genfer-initiative.de/genfer_initiative_deutsch.htm, Art.7/3.

(d) Zu diesen Programmen kann auch die Entwicklung passender Methoden des Gedenkens an jene Dörfer und Gemeinschaften gehören, die vor 1949 bestanden.¹⁰⁴

Das Genfer Abkommen ging in der Wortwahl und Erwähnung der Mitverantwortung Israels nicht über den Taba-Entwurf vom 22. Jänner 2001 hinaus. Wegen der heiklen Gefühlslage beider Seiten konzentrierten sich die Autoren des Vertragsentwurfes auf die bloße Erwähnung der grundlegenden UN-Resolutionen:

(a) Die Parteien anerkennen, dass UNGAR 194, UNSC Resolution 242, und die Arabische Friedensinitiative (Artikel 2.ii) betreffend die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge die Basis für die Lösung des Flüchtlingsproblems darstellen und kommen überein, dass diese Rechte gemäß Artikel 7 dieses Abkommens erfüllt werden.¹⁰⁵

In den genauen Bestimmungen zur faktischen Rückkehr der Flüchtlinge ähnelte das Genfer Abkommen den Taba-Papieren. Die meisten Flüchtlinge sollten in den Staat Palästina zurückkehren, die wenigsten, aber eine Zahl XX eben doch, nach Israel.

Trotz dieser Versuche der Annäherung in der Flüchtlingsfrage kamen sich die beiden Konfliktparteien offiziell nicht näher: liberale Israelis lehnten nach wie vor das palästinensische Recht auf Rückkehr ab – auch wenn es nur um die symbolische Anerkennung ging. Die physische Rückkehr einer großen Anzahl von Flüchtlingen in das heutige Israel war für die meisten Israelis erst recht nicht akzeptabel. Auch die Palästinenser wollten offiziell nichts von einem Kompromiss hören.

Nur vereinzelt plädierten palästinensische Intellektuelle für eine pragmatische Position in der Frage des Rückkehrrechtes. Etwa der Direktor der Al-Kuds-Universität, Sari Nusseibeh: »Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir uns ewig kompromisslos an das Recht auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge klammern oder wollen wir unsere Freiheit? Wenn wir frei sein wollen, müssen wir von den Maximalforderungen abgehen«¹⁰⁶.

Nusseibehs Aufruf trug ihm unter den Palästinensern viele Feinde ein. Arafat, der den liberalen Intellektuellen im Herbst 2001 zu seinem Vertreter in Jerusalem ernannt hatte, entzog ihm eineinhalb Jahre später diesen Posten wieder. Die öffentliche Diskussion in der palästinensischen Gesellschaft über das Rückkehrrecht versandete allerdings bald darauf – in Ermangelung von Friedensverhandlungen.

104 Ebenda, Art 7/ 14.

105 Genfer Abkommen, Article 7 Refugees, 1. Significance of the Refugee Problem, 2. UNGAR 194, UNSC Resolution 242, and the Arab Peace Initiative.

106 S. Nusseibeh, Interview der Autorin, Jerusalem, 5/1/2002.

Die Terroranschläge radikaler palästinensischer Gruppen gegen israelische Zivilisten und der fortdauernde Ausbau der israelischen Siedlungen im Westjordanland, gepaart mit dem Neubau einer Mauer, die Israelis und Palästinenser separierte, führten dazu, dass die Stimmung zwischen den beiden Völkern in den Keller fiel.

Mit den Parlamentswahlen im Jänner 2006 wurden die Karten neu gemischt. Da die islamistische Hamas-Partei die nach allgemeiner Ansicht freien und fairen Wahlen mit einer absoluten Mehrheit von 74 von 132 Sitzen gewann, begann das Nachdenken über eine friedliche Lösung wieder am Anfang.

Hamas wollte Israels Existenzrecht nicht anerkennen. Israel verweigerte der Hamas-Regierung im Gegenzug jedes Gespräch. Die auch international geschnittene Hamas-Führung versuchte mit Palästinenserpräsident Abu Maseen eine nationale Einheitsregierung zu bilden. In den palästinensischen Gebieten, vor allem im Gazastreifen, brach im Juni 2007 ein Bürgerkrieg aus, den Hamas nach einigen Tagen für sich entschied. In Gaza herrschte Hamas, im Westjordanland Präsident Mahmoud Abbas und Fatah.

Die Internationale Gemeinschaft – speziell USA, EU und Israel – drängten Präsident Abu Maseen zur Ausgrenzung von Hamas. Im November 2007 begann unter diesen Prämissen eine Nahost-Friedenskonferenz. Die Teilnehmer gingen eingedenk ihrer eigenen Schwäche und jener ihrer Partner nicht übermäßig optimistisch an neue Verhandlungen heran. Die Frage vom Recht oder Unrecht der Flüchtlinge von 1948 und 1967 auf Rückkehr aber stand wieder auf der Tagesordnung.

The first part of the report deals with the general situation of the country, and the second part with the details of the various departments. The first part is divided into three sections: the first section deals with the general situation of the country, the second section deals with the details of the various departments, and the third section deals with the details of the various departments. The second part is divided into three sections: the first section deals with the details of the various departments, the second section deals with the details of the various departments, and the third section deals with the details of the various departments.

The second part of the report deals with the details of the various departments, and is divided into three sections: the first section deals with the details of the various departments, the second section deals with the details of the various departments, and the third section deals with the details of the various departments. The third part of the report deals with the details of the various departments, and is divided into three sections: the first section deals with the details of the various departments, the second section deals with the details of the various departments, and the third section deals with the details of the various departments.

4. Babuschkas Erzählung

Vorgeschichte der Verbannung 1944

Jeder Tschetschene kennt »Jach«, diesen unübersetzbaren Begriff, der in etwa heißt: Heldentum, Ehre, Mut, Edelmut, Opferbereitschaft, Wagemutigkeit. Es ist ein geistiger und körperlicher Zustand. Alle Tschetschenen sind gleich. Über dem Tschetschenen gibt es nichts außer seinem Hut, dem Dach seines Hauses und den Himmel. »Jach« ist der Weg eines Mannes von der Geburt bis zum würdevollen Tod, der innere Code jedes Tschetschenen. Wo »Jach« ist, kann der Wille nicht gebrochen werden.¹⁰⁷

Juri Seschil, tschetschenischer Historiker

Josef Stalin war nicht der erste russische Führer, der den Willen des tschetschenischen Volkes brechen wollte. Nachdem Perser, Araber und Türken über Jahrhunderte um Einfluss in der Region gerungen hatten, machten sich die Zaren im 18. Jahrhundert daran, den Kaukasus zu unterwerfen. Peter der Große annektierte das heutige Gebiet von Dagestan 1720 für eine kurze Zeit. Erst Ende des 18. Jahrhunderts aber kam es zum ersten großen Krieg zwischen Russen und den kaukasischen Bergvölkern. Den Kern des Widerstandes bildeten immer die Tschetschenen.

Von 1785 bis 1791 wehrten sich die Kaukasier unter der Führung des Volkshelden Scheich Mansur gegen die russische Zarin Katharina die Große, der es in dieser Region nicht nur um Landnahme, sondern ebenso um handfeste ökonomische Interessen ging. Russland eignete sich die fruchtbaren Ländereien der Gebirgsregion an und erhob Zölle auf die über Tschetschenien transportierten Waren.

Scheich Mansur war ein gläubiger Muslim, der seinen Kampf nach dem Motto führte: »Zum Ruhme Gottes erscheine ich abermals in der Welt, wenn der Rechtgläubigkeit Gefahr und Unheil drohen. Wer mir folgt, wird gerettet werden, wer mir nicht folgt, gegen den kehre ich die Waffe, mit der mich der Prophet rüstet.«¹⁰⁸

Wer ihm folgte und wer ihm nicht folgte, spielte keine Rolle. 1791 wurde Scheich Mansur gefangen genommen und starb später in der Verbannung. Der Nordkaukasus wurde zum Hinterland des russischen Imperiums.

Doch die Tschetschenen gewöhnten sich nicht an die russische Herrschaft, zumal diese brutal durchgesetzt wurde. 1816 ernannte Zar Alexander I. mit General Alexej

107 J. Seschil, *Tsarapini na Osskolkach* (Schrammen auf den Trümmern), Graal, Moskau, 2002, S. 50f.

108 Zitiert nach: A. Poltkovskaja, *Tschetschenien, Die Wahrheit über den Krieg*, S. 316.

Jermolow einen Mann zum kaukasischen Statthalter, »der in den Jahren seiner Amtszeit eine gnadenlose Kolonisierungspolitik verfolgte«¹⁰⁹. Um dies zu bewerkstelligen förderte er die Kosaken¹¹⁰. Allein im Jahr 1829 wurden mehr als 16.000 Bauern aus den Gebieten Tschernigow und Poltawa nach Tschetschenien umgesiedelt. Jermolows Kriege vernichteten die tschetschenischen Aule¹¹¹ mitsamt ihren Bewohnern, zerstörten Wälder und Saaten und zwangen die Überlebenden, in die Berge zu fliehen.

Jede Widersetzlichkeit der angestammten Bevölkerung löste Strafaktionen aus. 1818 entstand als Bollwerk der Abschreckung die Festung Grosnaja, die Bedrohliche, aus der die heutige Stadt Grosnyi hervorgegangen ist.

Trotzdem konnte Russland das kaukasische Bergvolk nicht vollständig unterwerfen. »Das lag zum einen daran, dass die Tschetschenen eine kompakte, homogene Gruppe auf dem eigenen Territorium bildeten. Im Allgemeinen gibt es im Kaukasus kaum ethnisch homogene Gegenden. Die Tschetschenen dagegen stellen in Tschetschenien eine klare Mehrheit der Bevölkerung«¹¹², notierte Kaukasus-Kenner Thomas de Waal.

Von 1818 an dauerte der erste Kaukasische Krieg rund 40 Jahre. 1834 wurde der heute legendäre Führer Schamil zum Imam ausgerufen. Eigentlich ein Aware aus Dagestan, wurde er bis heute zur geistigen und kämpfenden Autorität für alle Tschetschenen. Beflügelt von militärischen Erfolgen der tschetschenischen Partisanenarmee versuchten die Aufständischen 1840, einen eigenen Staat zu gründen. Doch Russland unterwarf das theokratische Schamil-Imamat. 1859 geriet Schamil in Gefangenschaft. Ein Drittel des tschetschenischen Volkes soll in diesem Krieg getötet worden sein¹¹³.

»Die Tschetschenen haben keine Angst vor einem Krieg«¹¹⁴, stellte er fest. Die Furchtlosigkeit dürfte aber auch ein Symptom von Unwissenheit sein: Den Tschetschenen fehlte ein klares Bild davon, mit wem sie sich eingelassen hatten.

Im ersten Kaukasus-Krieg des 19. Jahrhunderts erstreckte sich Russland für die meisten nur bis Astrachan. »Hinter Astrachan lag Terra incognita. Man hatte zwar von Sankt Petersburg und dem »weißen Zaren« gehört, aber für die Mehrheit der Tschetschenen

109 Ebenda, S. 317.

110 Die Bezeichnung Kosak(e) leitet sich vom turktatarischen Kazak ab, was »freier Krieger« bedeutet. Kosaken waren ursprünglich tatarische, später ostslawische kriegerische Gemeinschaften freier Reiterverbände am Rande der osteuropäischen Steppenzonen. Sie rekrutierten sich vor allem aus russischen und ukrainischen Bauern, die sich seit dem 15. Jahrhundert der Leibeigenschaft beziehungsweise dem wirtschaftlichen Druck auf den Adelsgütern entzogen. Zitiert nach: Der Brockhaus in fünf Bänden, Brockhaus, Mannheim, 1993, Band 3, S. 227.

111 Aule sind tschetschenische Bergdörfer.

112 T. De Waal, Zwei Jahrhunderte Konflikt. Eine Einführung, in: F. Hassel, Hrsg.: Der Krieg im Schatten. Tschetschenien und Russland, edition suhrkamp 2326, Frankfurt, 2003, S. 18.

113 Vgl. J. Seschil, Schrammen auf den Trümmern, S. 128.

114 J. Seschil, ebenda.

war das ungefähr so weit entfernt wie der Pharao und sein Königreich in der Bibel.«¹¹⁵ Als Imam Schamil als Gefangener quer durch das russische Reich verschleppt wurde, soll er festgestellt haben: »Wenn ich gewusst hätte, dass Russland so groß ist, hätte ich diesen Krieg nie begonnen.«¹¹⁶

Das offizielle Russland behauptete, Schamil habe in seinen letzten Jahren einen pro-russischen Zug entwickelt, schrieb der israelische Historiker Moshe Gammar: »Er soll ein Bewunderer Russlands und dieser Kultur geworden sein, und bekniete seine Nachfahren und alle künftigen Generationen von Dagestanern (und damit auch Tschetschenen), in ewiger Freundschaft und Einheit mit dem russischen Volk zu leben.«¹¹⁷

Doch davon konnte keine Rede sein. Das russische Reich zwang die Tschetschenen, fruchtbare Regionen zu verlassen und siedelte dort massiv Kosaken, Soldaten und Bauern aus Zentralrussland an. Die Regierung veranlasste die Bildung einer speziellen Kommission, die aussiedlungswilligen Tschetschenen finanzielle Zuwendungen zahlte und für ihren Abtransport sorgte. Zwischen 1861 und 1865 gelangten so annähernd 50.000 Tschetschenen in die Türkei, offizielle russische Statistiken sprechen von 23.000 Übersiedlern.¹¹⁸

Nur einmal wurde Tschetschenien quasi unabhängig. Nachdem die Tschetschenen auf Seiten der Roten Armee gegen die Weißgardisten gekämpft hatten, wurde 1921 die Gründung der »Sowjetischen Bergrepublik« ausgerufen. In der Bergrepublik lebten verschiedene kaukasische Völker – Tschetschenen, Dagestaner, Inguschen. Doch die Republik gab es nur drei Jahre. Das Gebiet Tschetschenien wurde im November 1922 in eine eigenständige administrative Einheit überführt, 1924 wurde die Bergrepublik offiziell aufgelöst. 1936 wurde Tschetschenien mit Inguschetien zur »Tschetscheno-Inguschetischen Autonomen Sowjetrepublik« zusammengeschlossen. Grosnyi, das Ölzentrum, war die Hauptstadt.

Die stärkste Organisationseinheit der Tschetschenen waren traditionell die etwa 150 »Taips«, die Großsippen, die oft zwei bis drei Siedlungen umfassten. Entscheidungen wurden vom Ältestenrat gefällt. Bevor das islamische Gesetz, die Scharia, auf den Plan trat, wurde auf Grundlage des »Adat«, einer Art kaukasischen Sittenkodexes, Recht gesprochen. Diese egalitäre Lebensform erschwerte es den Russen zusätzlich, den Tschetschenen ihre repressiven Strukturen aufzuzwingen.

Anfang des 20. Jahrhunderts war der Entwicklungsstand der Bevölkerung generell mäßig. »1914 gab es nur 154 Schulen in Tschetschenien, das Schulbuch war in arabischer

115 Ebenda, S. 129.

116 Ebenda, S. 129.

117 M. Gammar, *Collective Memory and Politics*, *Caucasian Regional Studies*, Vol. 4, Nr. 1, Art. 3, 1999, S. 5.

118 Vgl. A. Politkovskaja, *Die Wahrheit über den Krieg*, S. 319.

Schrift ... Weniger als ein Prozent der tschetschenischen Bevölkerung konnte lesen und schreiben¹¹⁹, urteilte der Historiker Tischkow. Bis 1921 gab es keine einheitliche tschetschenische Sprache, nur verschiedene Dialekte. Als einheitliche Sprache wurde am Ende der Dialekt der Tschetschenen aus Grosnyi und Umgebung gewählt. 1925 wurde die lateinische Schrift zur offiziellen Schrift Tschetscheniens, obwohl die moslemischen Geistlichen dagegen waren. In den Vierzigerjahren ersetzte die kyrillische Schrift die lateinische.

Die Bolschewiki versuchten nicht nur, den Islam zu verbieten, sondern sie wollten alle Religionen ausmerzen. In Zentralasien bedeutete das, gegen jahrhundertlang gewachsene Machtstrukturen der ländlichen Bevölkerung vorzugehen. Diese moslemischen Strukturen waren der Kern des Widerstandes der nicht-russischen Völker gegen die russische Zentralmacht. »Umso tiefer der Islam in den Untergrund getrieben wurde, umso stärker prosperierte er dort als kulturelles Phänomen, das Menschen in ethnischer Solidarität verband und den Zusammenhalt gegen die nicht-muslimischen Völker stärkte, im Besonderen gegen die Russen«¹²⁰, schrieb Zentralasienkenner Ahmed Rashid.

1924 wurden die Scharia-Gerichte abgeschafft, danach 15.000 Madrassahs, die religiösen Schulen, geschlossen. Nur im usbekischen Buchara blieb eine Madrassah offen. 1935 verboten die Sowjets den Hadsch – die Pilgerfahrt nach Mekka. Die rituelle Schlachtung von Schafen wurde ebenfalls verboten, das Fasten während des Ramadan nicht gerne gesehen.

Außerdem ließ Stalin alles Waqf-Land beschlagnahmen. Ohne ihre Besitztümer büßten die Mullahs an Macht ein. Die Sowjets setzten den Mufti von Taschkent als offiziellen Repräsentanten des Islam in der Sowjetunion ein¹²¹.

Die Tschetschenen nahmen den Islam erst ab dem 16. Jahrhundert an. Von 1000 an waren sie Christen mit starken vorchristlichen Glaubenselementen. Die Tschetschenen wurden allmählich Sufite der Naqschbandiah-Khalidija-Sekte¹²², später der Qadirija-

119 B. A. Tischkow, *Die Gesellschaft in einem bewaffneten Konflikt, Ethnografie des tschetschenischen Krieges*, Nauka, Moskau, 2001, S. 72.

120 A. Rashid, *Ahmed: The Resurgence of Central Asia: Islam or Nationalism?*, Oxford University Press, London, 1995, S. 42.

121 Yılmaz, Submaz: *Reconfiguration of Identity in Central Asia*, Princeton University, Center of International Studies, S. 7.

122 Der Sufismus ist islamischer Mystizismus. Die Naqschbandiah, in Zentralasien gegründet, ist die am weitesten verbreitete Sekte des Sufismus, des islamischen Mystizismus. Ihre Mitglieder sind orthodoxe Scharia-Anhänger – im privaten wie öffentlichen Leben. Wie in Tschetschenien waren die Naqschbandiah-Anhänger aber auch in vielen anderen Orten im 18. und 19. Jahrhundert Träger von Widerstandsbewegungen. Der Khalidi-Flügel der Naqschbandiah-Sekte ist wiederum nach seinem Gründer Scheich Khalid al-Shahrazuri (1776–1827) benannt, er erreichte den Kaukasus 1810/1820. Nach Schamis Niederlage wurde eine zweite Sufi-Sekte populär: die Qadirija. Für die Tschetschenen war hier Scheich Kunta

Sekte. War der moslemische Glaube einst tragender Pfeiler des Widerstandes gegen das russisch-orthodoxe Zarentum, übernahm unter den Sowjets der Sufismus die gleiche Rolle unter anderen Vorzeichen. Die Sowjets förderten die nationale Freiheit der Tschetschenen eine Zeitlang, trieben die Scheichs aber durch antireligiöse Politik in den Untergrund und sorgten damit dafür, dass die widerspenstigen Tschetschenen gläubige Moslems blieben.

Parallel zur Unterdrückung islamischer Institutionen durfte sich das nationale Element im Kaukasus für einige Jahre freier als zuvor entwickeln. 1927 wurde die erste tschetschenische Zeitung publiziert: »Serlo«, das »Licht« in lateinischer Schrift. 1928 gab es erstmals eine Radiostation auf Tschetschenisch. 1929 wurde der tschetschenische Schriftstellerverband gegründet; 1930 die allgemeine Schulpflicht eingeführt; 1931 das erste nationale Theater in Grosnyi eröffnet.

Der kulturelle Frühling dauerte nur kurz. In den Dreißigerjahren begann Stalins Staatsterror – auch gegen die Tschetschenen. Die erste Welle forderte 35.000 Opfer, vor allem aus den oberen Bevölkerungsschichten der Mullahs und der Bauern. Die lokalen Parteiorgane sollten auf Moskauer Befehl den Nordkaukasus zur ersten Region machen, in der die totale Kollektivierung durchgesetzt würde. Die Kulaken¹²³ sollten liquidiert werden.

Die Tschetschenen setzten sich schon nach den ersten Verhaftungen zur Wehr. »Anfang der Dreißigerjahre bestand die reale Gefahr, dass die breiten Massen in einen unkontrollierbaren Aufruhr hineingezogen wurden: Die Kulaken riefen offen zur Rebellion auf und gewannen einen großen Anteil der Mittelbauern für sich«, hieß es in einem NKWD¹²⁴-Bericht: »1932 wurde ein bewaffneter Aufstand von 3.000 Mann organisiert, der rasch auf jeden Aul der Region Noschai-Jurtow sowie auf eine Reihe anderer Auls übergriff.«¹²⁵

Hadshi von zentraler Bedeutung. Der spirituelle Lehrer war ein Freund des legendären Führers Scheich Imam. Er wurde von den Russen gefangen genommen und nach Nordrussland verbannt, wo er 1867 starb. Heute sind 60 Prozent der Tschetschenen Kinta Hadschi. Sie begleiten den Zikr, das sufitische Gebet, mit Tanz und lautem Gesang. Vgl. dazu: M. Gammar, *Collective memory and Politics, Caucasian Regional Studies*, Vol. 4, Nr. 1, Art 3, 1999, S. 11; M. Roshchin, *Sufism and Fundamentalism in Dagestan and Chechnya*, *Caluvers d'études sur la Méditerranée orientale et le monde turco-iranien*, nr 38, Juillet-December 2004, S. 2.

123 Als Kulaken wurden die russischen Großbauern bezeichnet, die nach der Stolypinschen Agrarreform 1906 ihre Ländereien mit familienfremden Arbeitskräften bewirtschafteten. Stalins Kollektivierungsmaßnahmen 1928–30 richteten sich gegen die Kulaken.

124 NKWD steht für Narodnyi Komissariat Vnutrennykh Del und wird übersetzt als Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten und bedeutet Innenministerium der Sowjetunion.

125 Bericht, GÄRF (steht für Gosudarstwennyi arhiv russkoi federazii und bedeutet Staatsarchiv der Russischen Föderation), Fond R-9479, Opis' (Register) 1, Del (Sache) 768, L129. Zitiert nach: A. Jakowlew, *Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrussland*, Berlin Verlag, Berlin, 2004, S. 276.

Stalins zweite Terrorwelle verschlang 3.000 Vertreter der Intelligenzija. Am 31. Juli 1937 wurden 14.000 Tschetschenen verhaftet. Für diese ›Generaloperation zur Entfernung antisowjetischer Elemente‹ wurde ein einziger Haftbefehl ausgestellt, eine Troika des NKWD urteilte sie gleichzeitig und in absentia ab. Die Strafen: Tod durch Erschießen oder Lagerhaft.

Die Verhaftungen hielten bis November 1938 an. »Allein im Machtapparat hat man 137 Personen verhaftet, fast alles Tschetschenen und Inguschen«,¹²⁶ schrieb Tischkow. Zwischen 1928 und 1938, so die Schätzung verschiedener Historiker, dürften bis zu einem Viertel Million Tschetschenen umgekommen sein.

Die Tschetschenen widersetzten sich dem stalinistischen Terror. Anfang 1940 rief der Schriftsteller Hassan Israilow den ›Befreiungskrieg‹ und eine ›vorläufige revolutionäre Volksregierung von Tschetschenen und Inguschetien‹ aus, um für einen freien Kaukasus zu kämpfen. Die Rebellen kontrollierten bis 1942 allerdings immer nur wenige Regionen.

Das geht auch aus internen Parteiunterlagen hervor, in denen für die Rebellen der Begriff ›Kulak-Mullah-Elemente‹ geprägt wurde¹²⁷:

Die Materialien des Verteidigungskomitees zeigen, dass in einer Anzahl von Regionen in der Republik die antisowjetischen Kulak-Mullah-Elemente¹²⁸ aktiver geworden sind. Sie richten sich gegen die Maßnahmen der Partei und der Regierung. Die antisowjetischen Elemente sind aktiv im Verbreiten von verschiedenen konterrevolutionären Gerüchten. Sie behaupten, die Sowjetunion werde eine Niederlage erleiden. Sie fördern die Bevölkerung zur Sabotage in Kolchosen auf; sie ermuntern sie, ihre Verpflichtungen gegenüber der Partei und der Regierung nicht zu erfüllen; in einigen Orten organisieren sie sogar eine bewaffnete Rebellion gegen die Sowjetmacht. So geschehen zum Beispiel am 1. Dezember 1941: Die Politbande von Amschi Badajew organisierte einen Aufstand gegen die Sowjetmacht im Dorf Dai im Tschüberlojewski Bezirk. Sie zerstörten das Gebäude des Dorf-Exekutivkomitees und ermordeten in einem Terrorakt den Sekretär der Bezirksabteilung des NKGB¹²⁹ Munajew. Am 12. Dezember 1941 schritt Badajewus Bande zu einem weiteren Terrorakt und brachte den stellvertretenden Exekutivsekretär des NKWD der Tschetschenisch-Inguschetischen Republik, Genossen Kolismitschenko um. Sie begingen noch einige andere Verbrechen.

126 B. A. Tischkow, S. 75.

127 Sonderakte des Protokolls Nr. 17 des Treffens des Grosnyi-Stadt-Verteidigungskomitees, 28/12/1941. Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 8, Del 572, S. 4.

128 Im russischen Original ›Kulatsko-Mullskije Elementi‹.

129 NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit) hieß der sowjetische Geheimdienst von 1941 bis 1954. Davor hieß er Tscheka (Außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage, 1917 bis 1922), dann GPU (Staatspolitische Verwaltung, 1922), dann NKWD (Volkskommissariat für interne Angelegenheiten, 1934), dann NKGB und ab 1954 KGB.

Der Berichterstatter bot dann eine Analyse, wie dem Banditentum am besten begegnet werden sollte:

Die Bande von Badajew kann nur deshalb existieren, weil sie von Verwandten und Freunden aktiv unterstützt wird. Folgende Leute sollten verhaftet, ihr Besitz konfisziert und ihre Häuser zerstört werden:

1. Saliew Nurali (Cousin des Führers Badajew)
2. Saliew Chamida (Cousin)
3. Baschirow Alcha (Onkel)
4. Kugujewa-Tuburoba (Schwester)
5. Remiew Nessif (Schwager).¹³⁰

Diese Rebellion war ein erster Vorwand für die Deportation. Der Aufstand hatte 1940 begonnen und führte 1942 dazu, dass sowjetische Kampfbomber tschetschenische Bergdörfer bombardierten.

Zur gleichen Zeit versuchten deutsche Truppen nach Tschetschenien vorzudringen, um die Ölfelder um Grosnyi zu erobern. Sie kamen freilich nur bis Wladikawkas, wo sie am 25. Oktober 1942 gestoppt wurden. Israilow erklärte dazu: »Wenn die Befreiung des Kaukasus heißen sollte, dass eine Kolonialmacht durch eine andere ersetzt wird, dann betrachtet der Kaukasus dies bloß als eine weitere Stufe im nationalen Befreiungskampf.«¹³¹ Für Stalin diente die angebliche Kollaboration der Tschetschenen mit den Nazi-Truppen als weiterer Vorwand für die Deportation zwei Jahre später.

Berija unterstützte Stalins Paranoia hinsichtlich der Tschetschenen. Selbst als ein Georgier, der unter nicht-georgischen Abchasen aufgewachsen war, betrachtete er das moslemische Nachbarvolk voller Misstrauen. Bei einer Stippvisite in Grosnyi entsandten die tschetschenischen Sippen Delegationen zu ihm, um ihre Loyalität mit Moskau zu bekunden. Man wolle wie Schamil kämpfen, erklärten sie. Diese Ankündigungen bestärkten Berijas Verratsfantasien, hatte Schamil doch 30 Jahre seines legendären Lebens die Russen bekämpft.¹³²

Der NKWD produzierte dem tschetschenischen Historiker Magomed Musajew zufolge zwei Arten von Dokumenten: »Die Berichte über die Lage in der Rebellen-Region in den Bergen zwischen 1940 und 1943 waren relativ akkurat, denn sie dienten dem

¹³⁰ Sonderakte des Prokollals Nr. 17 des Treffens des Grosnyi-Stadt-Verteidigungskomitees. Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17 Opis' 8, Del 572, 28/ 12/ 1941, S. 5.

¹³¹ Zitiert nach: C. Gall, T. de Waal, Chechnya, Calamity in the Caucasus, New York University Press, New York, 1998, S. 63.

¹³² Vgl.: S.S. Montefiore, Stalin, The Court of the Red Tsar, Alfred A. Knopf, New York, 2004, S. 426.

NKWD dazu, die Lage einzuschätzen.¹³³ Die zweite Art von Dokumenten war reine Propaganda gegen die Tschetschenen und stellte die Grundlage für die Pläne zur Deportation dar. Laurenti Berija ließ sie ab 1942 anfertigen. Sie führten im November 1943 zum Bericht *„Zur Lage der Regionen von Tschetschenien-Inguschetien“*, auf dessen Grundlage drei Monate später die Deportationen geplant wurden.

Das Dritte Reich versuchte, die Spannung zwischen den Sowjetvölkern für sich zu nutzen. 1942 ließen die Nazis Fallschirmspringer über Tschetschenien abspringen, um die Lage in der Republik zu destabilisieren. Sie sollten die Bevölkerung aufhetzen und eine Widerstandsbewegung organisieren. Die Mehrheit der Tschetschenen ließ sich dazu nicht verleiten. Einige Tschetschenen, die schon gegen die stalinistische Politik der Kollektivierung rebelliert hatten, kollaborierten kurzfristig mit den Deutschen. Die deutsche Armee besetzte allerdings nur die Region Malgobek, der größte Teil Tschetschenien-Inguschetiens blieb außerhalb des Einflusses der Nazis.

Von den Tschetschenen, die in der Roten Armee gekämpft hatten, wurden einige gefangengenommen und in eigene Einheiten der Wehrmacht eingegliedert.

Die Tschetschenen und Inguschen bestreiten den Vorwurf der Nazi-Kollaboration bis heute: »Wir haben nie mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht«¹³⁴, behauptete der inguschische Agrartechniker Aslan Artschakow: »Wir haben in unserem Siedlungsgebiet nie auch nur einen deutschen Soldaten zu Gesicht bekommen.«

Der Historiker Anjes stellte fest, »selbst wenn es einige Gruppen gab, die mit dem Feind kollaboriert haben, hätte der NKWD sie neutralisieren können. Stalin und sein Geheimdienstchef Berija wollten sich damit aber nicht zufrieden geben. Sie wollten die Tschetschenen und Inguschen bestrafen und deportieren, um den Kaukasus für immer zu befrieden.«¹³⁵

Rebellenführer Israilow, der sich als »Anführer der Abreken« bezeichnete, wurde von den sowjetischen Truppen gesucht. Er schrieb später in einem Appell: »Die Deportation war ein Fehler. Die Jugend wurde in sowjetischen Schulen erzogen, sie war für die Sowjetunion ... Die geistigen Führer der Region spielten keine große Rolle mehr, weil Moschee und Staat getrennt worden waren. Die psychologische Lage des Volkes hatte sich verändert. Es gab keine Familien mehr, in der nicht ein Mitglied im Gefängnis gelandet oder erschossen worden war. Der Ausdruck »Feind des Vaterlandes« war geläufig.«¹³⁶

133 Zitiert nach: T. Aliew, *Chechnya: Rewriting History*, Institute for War and Peace Reporting, Caucasus Reporting Service, 21/02/2004, Grosnyj, S. 4.

134 A. M. Artschakow, Interview der Autorin, Nasran, 23/03/2004.

135 G. Anjes, *Deportirovanje v Kasachstan narodi* (Die deportierten Völker in Kasachstan), Aris-Kasachstan, Almati, 1998, S. 251.

136 N. F. Bugaj, L. Berija – I. Stalinu: Soglasno Vaschemu ukazanju (Berija an Stalin: Gemäß Ihrer Anordnung), Verlag Airo – XX, Moskau, 1995, S. 117.

Israilows Rebellion hatte keine Chance. Ende 1942 gab es nur noch ein paar hundert Kämpfer, 1943 war die Rebellion niedergeschlagen. Vierzehn Monate später wurden die Tschetschenen deportiert.

Während all dieser Ereignisse tobte der Zweite Weltkrieg, und die Front lag bei Wladikawkas am Rande von Tschetschenien-Inguschetien. Viele Freiwillige kämpften trotz der Schwierigkeiten mit der sowjetischen Zentralmacht gegen die Nazis in der Roten Armee. 18.000 bis 40.000 Soldaten, die Quellen sind hier nicht eindeutig, wurden eingezogen. Einige hundert hatten sogar an der Verteidigung des legendären Brest teilgenommen.¹³⁷

All dies hielt Stalin nicht davon ab, die Tschetschenen in die Verbannung zu schicken. Manche Historiker sahen Stalins Familienhintergrund als ein weiteres Motiv für sein antitschetschenisches Engagement. Sontaal Busurkiew, in den Zwanzigerjahren Mitglied des Exekutivkomitees ZIK der UdSSR und später Kommandant der inguschetischen Partisanen, traf bei einem Treffen des ZIK auf Josef Stalin. »Woher, Kamerad Stalin, kennen Sie die Osseten?, fragte Busurkiew. »Ich kenne die Osseten, weil mein Großvater V. Zugaiew ein georgisierter Ossete war.« Dann diskutierten sie, wie man Wladikawkas teilen könnte. »Sie, die Inguschen, sind ein kleines Volk. Die Osseten sind zwei Mal so viele. Die Inguschen können Wladikawkas gar nicht allein ausbauen«, sagte Stalin.¹³⁸

Der Sowjetdiktator ließ sich zwar durchaus auch von persönlichen Antipathien treiben, doch primär hielt Stalin die Deportation ganzer Völker für ein probates Mittel der Kontrolle seines zentral organisierten Riesenreiches. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg begann er widerspenstige Minderheiten umzusiedeln und setzte dies in den Kriegsjahren mit wachsender Paranoia fort – Polen, Krimtataren, Wolgadeutsche, Kalmücken, Balkaren, Karatschajen, Turkmescheten, Chemschiner, Koreaner, Finnen, Ingermanländer, Armenier, Bulgaren, Gagaußen, Griechen, Kurden und viele andere verloren ihre Heimat.

Am 26. April 1936 fasste der Rat der Volkskommissare den Beschluss, 50.000 polnische und deutsche Haushalte wegen politischer »Unzuverlässigkeit« aus der Ukraine in die Kasachische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik umzusiedeln. 1937 wurden 1.325 Kurden aus Armenien, Aserbaidschan und anderen Staaten ins Landesinnere verschleppt. Die Koreaner aus der Burjatisch-Mongolischen ASSR und anderen Gebieten wurden ebenfalls 1937 en masse verbannt.

Nach Kriegsbeginn wurden die 1.427.222 in der Sowjetunion lebenden Deutschen – 700.321 lebten in der Russischen Föderation – deportiert. Zuerst die Wolgadeutschen, dann die Deutschen aus den europäischen Gebieten. Diese Entscheidung wurde am 12. August 1941 getroffen. Sie sollten nach Nowosibirsk, Omsk, in die Altai-Region von

137 Vgl.: S. Schachbiew, Das Schicksal des tschetschenisch-inguschischen Volkes, Verlag Rossia Molodaia (Junges Russland), Moskau, 1996, S. 235.

138 B. Kostojew, Kaukasischer Meridian, Humanitärer Fond Inguschetiens, Moskau, 2001, S. 61f.

Kasachstan und Kirgisien verschickt werden. Ende August folgten die Deutschen aus Stalingrad und der umliegenden Wolgarepublik.

Ende 1943 begann die Vertreibung der 99.252 Kalmücken. Im April 1943 kamen knapp 200.000 Krimtataren an die Reihe. Als deren Deportation im April abgeschlossen war, begann die Umsiedlung der kleinen Minderheiten der Bulgaren, Griechen und Armenier am 26. Mai. Anfang 1944 war es Zeit für die Tschetschenen und Inguschen.

Die Deportation

Wie eine Fabel erzählt der Historiker Juri Seschil die Geschichte der Deportation: »Der Vater der Völker hat seine Berater gefragt: Welche Temperatur herrscht in Tschetschenien? Der Zar der Bolschewiki beschloss, den Tschetschenen einen Ort zuzuweisen, wo die Temperatur 30 Grad unter ihrem gewohnten Klima liegt, um ihre heißen Köpfe zu kühlen.«¹³⁹

Am 20. Februar kam Berija nach Tschetschenien. Bogdan Kobulow, bekannt für seine brutalen Foltermethoden, und der Deportationsexperte des Geheimdienstes, Iwan Serow, begleiteten ihn. Außerdem füllten sich die Straßen mit 19.000 Tschekisten und 100.000 NKWD-Truppen¹⁴⁰.

Der Deportation im Februar 1944 entkamen nur wenige. 459.486 Menschen, die in Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien und Wladikawkas wohnten¹⁴¹, sollten deportiert werden. »Diese Operation soll in acht Tagen abgeschlossen werden«, schrieb Laurenti Berija am 17. Februar 1944 in einem Telegramm. »Die ersten drei Tage haben wir für jene 300.000 Menschen vorgesehen, die im Flachland leben¹⁴². In den folgenden vier Tagen holen wir die 150.000 Menschen aus den bergigen Gebieten. Vor dem 26. oder 27. Februar soll die Operation beendet sein.«¹⁴³

Einen Tag vor Beginn der Deportation, die in manchen Dokumenten als Operation »Tschitschewiza« (»Linsen«) genannt wurde, telegrafierte Berija an Stalin:

139 J. Seschil, *Schrammen auf den Trümmern*, S. 12.

140 Vgl. S. S. Montefiore, *Stalin*, S. 472f.

141 Vgl. Berijas Telegramme, zitiert nach: S. Gajew, Chadsisov, M.; Tschagaeva, G.; Chaibach, *Die Enquete wird fortgesetzt*, Poligrafische Union Verlag Kniga, Moskau, 1994, S. 20.

142 In einer Fußnote des Buches von Isa Askhabov über tschetschenische Waffen wird folgende Anekdote erzählt: »Am zweiten Tag nach der Deportation der Tschetschenen und Inguschen am 24. Februar 1944, holte der Rabbiner von Grossni seine Leute zusammen und warnte sie davor, fremden Besitz an sich zu nehmen. Er rief dazu auf, die Sachen der Deportierten bis zu ihrer Rückkehr aufzubewahren. Die Juden hielten daraufhin die Sachen und Wohnungen 13 Jahre lang in gutem Zustand und gaben sie intakt zurück. Die Tschetschenen haben dies in dankbarer Erinnerung behalten.« (I. Askhabov, *Chechen Arms, Klub kavkaz*, Moscow, 2001).

143 L. Berija an J. Stalin, Russisches Staatsarchiv GARF, »Ossobaja Papka Stalina« (Stalins Sonderakten), Fond R-9401, Opis' 2, Del 64, Telegramm Nr. 5807, 5833, 17/2/ 1944.

Genosse Stalin,

Um die Operation der Tschetschenisch-Inguschetischen Deportation nach Ihren Instruktionen auszuführen, wurde zusätzlich zu den NKWD-Militärmaßnahmen Folgendes getan: Ich habe den Vorsitzenden des lokalen SOWNARKOM¹⁴⁴ Molaiezw zu mir kommen lassen und ihn von der Regierungsentscheidung informiert, die Tschetschenen und Inguschen zu deportieren. Ich informierte ihn über die Motive und die Gründe für diese Entscheidung. Molaiezw brach in Tränen aus, nahm sich dann zusammen und versprach alle ihm zugewiesenen Aufgaben hinsichtlich der Deportation zu erfüllen.

Dann, in Grosnyj, gingen er und ich zusammen zu einem Treffen mit neun tschetschenischen und inguschetischen Beamten, die ihrerseits von der Deportation und den Gründen dafür informiert wurden. Ihnen wurde angeboten, eine aktive Rolle zu spielen und die Bevölkerung über die Entscheidung der Regierung, über die Deportation und wie sie ausgeführt werden wird und ferner über die Situation in den neuen Wohnorten zu informieren. Um Exzesse zu vermeiden, wird die Bevölkerung aufgerufen, den Instruktionen dieser Beamten zu folgen. Die Anwesenden drückten ihre Bereitschaft aus, die vorgeschlagenen Maßnahmen mit ganzer Kraft zu unterstützen und haben bereits mit der Arbeit begonnen. 40 lokale und sowjetische Beamte tschetschenischen und inguschetischen Ursprungs wurden auf 24 Bezirke verteilt und aufgefordert, in jedem Bezirk zwei bis drei Leute zu finden, die dort aktiv sind und die am Tag der Deportation vor Beginn der Operation spezielle Treffen mit den Männern vereinbaren, um dort die Entscheidung der Regierung über die Deportation zu erklären.

Außerdem habe ich mit den einflussreichsten Geistlichen in der Tschetschenisch-Inguschetischen Republik gesprochen – Barudin Arsanow, Abidul Hamidi Jandarow und Gaisumow – die auch über die Entscheidung der Regierung informiert worden sind. Ihnen wurde angeboten, die notwendige Arbeit mit der Bevölkerung zu erledigen und zwar durch die Mullahs und andere lokale Autoritäten, mit denen sie in Verbindung stehen ...

Beide, die Geistlichen und die sowjetischen Parteimitglieder, die uns helfen, haben während der Deportation gewisse Privilegien versprochen bekommen. Sie dürfen mehr Gepäck mitnehmen. Der Stab des Operationskommandos ist dementsprechend instruiert worden und ist bereit für die Operation.

Wir werden die Deportation bei Tagesanbruch am 23. Februar starten. Um zwei Uhr Früh werden wir die bewohnten Gebiete abriegeln. Spezielle Straßensperren werden eingerichtet, damit die Bevölkerung nicht fliehen kann. Im Morgengrauen werden alle Männer von unseren Beamten zu Treffen eingeladen, wo sie in ihrer Muttersprache über die Deportation informiert werden. In den Berggebieten wird es keine Treffen geben, weil die Dörfer zu sehr verteilt liegen. Danach werden 10 bis 15 Leute ausgewählt, die alle Familien darüber informieren sollen, dass sie ihre Sachen packen. Der Rest der Anwesenden wird entzaffnet und zu den Sammelplätzen für die Züge gebracht.

¹⁴⁴ SOWNARKOM steht für Sowjet Narodnych Komissarow wird übersetzt als Rat der Volkskommissare und bedeutet Regierung der Sowjetunion.

Die Festnahme von antisowjetischen Elementen, die gefangengenommen werden sollten, ist nahezu beendet. Ich glaube, dass die Operation »Tschetschenisch-Inguschische Deportation« erfolgreich durchgeführt werden wird.

21. Februar 1944, L. Berija.¹⁴⁵

Am 23. Februar, dem Tag der Roten Armee, dem »Tag der Verteidiger des Vaterlandes« wurde den tschetschenischen Bauern ihr Schicksal mitgeteilt. Soldaten kamen in die Auls, die tschetschenischen Dörfer, und verlasen dort die Benachrichtigung des Obersten Sowjet: »Erlass über die Deportation des tschetschenischen und inguschischen Volkes wegen Verrats und Kollaboration mit dem Feind«.

Zwischen dem 23. Februar und 27. Februar 1944 wurden nach offiziellen Angaben 387.229 Tschetschenen und 91.250 Inguschen zusammengetrieben. »In dem wilden Durcheinander der Deportation 1944 hatte man mich schlafend zu Hause vergessen«¹⁴⁶, erzählte Said-Magomed Chasijew, der 1942 im tschetschenischen Dorf Kurchaloi geboren wurde. »Alle, die zurückblieben oder die Deportation umgehen wollten, wurden auf der Stelle erschossen. Mein Bruder realisierte, dass ich vergessen worden war, kam zurück, schnappte mich so wie ich im Bett lag und trug mich dementsprechend nackt zu den Lastwagen. Es heißt, es habe an diesem Tag starken Schneeregen gegeben. Meine Lungen haben damals wohl Schaden genommen.«

Said-Magomed Chasijew hat nie Dokumente mit seinem Familiennamen erhalten, weil die Behörden am Verbannungsort einfach feststellten: »Was braucht der Bandit einen Familiennamen? Er wird sowieso ein Gefängnisbruder.«¹⁴⁷ Chasijew wurde später, bis Dezember 1999, Direktor des »Zentrums für Ethnische und Kulturelle Entwicklung der Tschetschenischen Republik«.

Die Tschetschenen wurden in Viehwaggons nach Zentralasien deportiert. Zwei Wochen dauerte die Reise in den versiegelten Zügen. »In der Kälte und dem Dreck breiteten sich Krankheiten aus. Die Leute wurden von Typhus niedergemäht, die Toten konnten nicht begraben werden. Wenn der Zug in der Steppe stehen blieb, entluden Soldaten die Leichen.«¹⁴⁸

In Alma Ata, der Hauptstadt von Kasachstan, wurden die Deportierten aufgeteilt und weitergeschickt: 239.768 Tschetschenen kamen in Lager nach Kasachstan, 70.997 landeten in Kirgisien und der Rest wurde auf Usbekistan, Tadschikistan und in die

145 L. Berija an J. Stalin, GARF, Ossobaja Papka Stalina (Stalins Sonderakten), Fond R-9401, Opis' 2, Del' 64, Telegramm Nr. 5807, 5833, 21/2/1944.

146 I.A.M.: *Chechnya, The Right to Culture*, Polinform-Talburj Publishers, Moscow, 1999, S.74.

147 Ebenda.

148 I. Mazur, *Tschetschenya: Tak eto bilo* (Tschetschenien: So war es), Vol. 2, Odessa, 1996, S. 143.

ASSR¹⁴⁹ Jakutien in Sibirien verteilt. Tausende Tschetschenen endeten in Arbeitslagern in Sibirien. 30.000 Tschetschenen aus der Nachbarrepublik Dagestan schickte Berija hinterher.

Auch die tschetschenischen und inguschischen Soldaten, die in der Roten Armee gegen die Deutschen kämpften, entgingen ihrem Schicksal nicht. Ein Erlass wurde an die Fronten geschickt, dass alle Soldaten tschetschenischer oder inguschischer Abstammung an bestimmten Orten zusammenkommen sollten. Erklärung gab es keine. Offiziere wie Gefreite wurden in Straflager nach Sibirien geschickt. Ihre Dokumente wurden eingezogen. Später wurden sie zu ihren Familien nach Kasachstan gebracht.

Es gab allerdings Ausnahmen, wie Magomed Musajew, der Leiter des nationalen tschetschenischen Archivs berichtete: »Viele Kommandeure schätzten die Tschetschenen ihrer Tapferkeit wegen und versuchten alles, um sie zu behalten. Einige von denen, die der Deportation auf diese Weise entkamen, stießen mit der Roten Armee nach Berlin vor. So war der erste sowjetische Soldat, der an der Elbe einem US-Soldaten die Hand reichte, ein Tschetschene namens Mowlit Wisaitow.«¹⁵⁰

In den Jahren 1944 bis 1948 starben rund ein Viertel der deportierten Völker in Kasachstan. »Manche Historiker geben aber auch ein Drittel oder gar die Hälfte an«¹⁵¹, sagte Archivdirektor Musajew.

Für jene, die Deportationen durchgeführt hatten, verlangte Berija in seinem Bericht vor dem ZK am 14. 3. 1944 Orden des 1. und 2. Grades. Sie wurden genehmigt. 549 Orden der verschiedenen Klassen wurden verliehen¹⁵².

Chaibach

Wer nicht gehen konnte, wurde vor Ort umgebracht. In einem Erlass vom 27. Februar 1944 schrieb Unteroffizier Gwischiani unter dem Vermerk »Streng geheim« an Berija: »Damit wir die »Operation Gori«¹⁵³ durchführen konnten, war ich gezwungen, mehr als 700 Leute zu erschießen.«¹⁵⁴

149 ASSR steht für *Avtonomnaja Sowjetskaja Sozialisticheskaja Respublika* und bedeutet *Autonome Sowjetische Sozialistische Republik*.

150 M. Musajew, Interview der Autorin, Grosny, 07/12/2005.

151 Ebenda.

152 Vgl. Aidajewa, Ju. A., *Die Tschetschenen: Geschichte und Gegenwart*, Verlag Mir Domu Tvojemu, Moskau, 1996, S. 266.

153 »Operation Berggebiete«.

154 Aidajewa, Ju. A., *Die Tschetschenen: Geschichte und Gegenwart*, S. 275.

Chaibach ist zum Symbol für die Schrecken des Jahres 1944 geworden, ähnlich wie Deir Jassin für die Palästinenser die Nakbah symbolisiert. »Der Bevölkerung wurde gesagt, die Alten, Bettlägerigen oder Kranken würden mit Flugzeugen ausgeflogen«¹⁵⁵, erzählte Salamat Gajew, Autor des Buches »Chaibach«, das eines der schlimmsten Massaker dieser Periode beschreibt.

»600 bis 700 Menschen aus Chaibach schloss man in Ställe ein und zündete sie an. Die, die weglaufen wollten, wurden niedergeschossen«¹⁵⁶, erzählte E. G. Malsagow über den 27. Februar 1944, Chaibach, aber auch die Dörfer Melchasta, Sumsoi, Urus Martan, Tschisnameri und Gilich wurden Orte des Massenmordes. »Niemand hatte etwas gegen die Sowjets getan. Irgend jemand wollte wohl, dass die Völker nicht in Frieden miteinander leben«¹⁵⁷, meinte Machdan Tuschajew aus Urus Martan.

»Alle, die dort lebten, wurden deportiert oder getötet. Die Überlebenden flüchteten in die Berge«¹⁵⁸, erzählte Tuschajew. Nach Abzug der russischen Truppen gab es im Dorf keine Lebenden mehr: »Wir fanden Leichen ohne Köpfe. Die Köpfe hatten die Soldaten ihren Kommandanten präsentiert.«

»Die Leute flüsternten sich das schreckliche Geheimnis von Chaibach nur hinter vorgelassener Hand zu, aus tierischer Angst vor dem NKWD«¹⁵⁹, schrieb der russische Politiker Wassili Rusin. Erst im August 1990 wurde eine Untersuchung über die Ereignisse in Chaibach eingeleitet und 1994 konnte das Standardwerk über das Massaker der russischen Armee an den Tschetschenen in den Bergdörfern schließlich erscheinen.

Salamat Gajew erzählte mir, unter welchen Umständen er das Buch »Chaibach« geschrieben hatte: »1964 saß ich mit dem Dichter und Ethnograf Suleiman Achmat zusammen. Er war damals 45, ich 25. Wir waren Freunde. Er hat angefangen zu weinen. Es war für mich sehr seltsam, einen Mann weinen zu sehen. Suleiman sagte: »Du bist in Chaibach geboren, du lebst unter den Zeitzeugen. 14 Verwandte deines Vaters wurden dort verbrannt. Nur du kannst das Buch zum Gedenken an Chaibach schreiben.«¹⁶⁰

Gajew sammelte mündliche Erinnerungen der Überlebenden. Er selbst überlebte das Massaker als Fünfjähriger, weil seine Mutter mit den Kindern gerade auf der Alm war. Von dort aus sahen sie, wie man die Leute zusammentrieb, auch aus den umliegenden Dörfern, sie einsperrte und verbrannte. »Niemand hat später gewusst, dass ich das

155 S. Gajew, Interview der Autorin, Nasran, 25/03/2004.

156 S. Gajew, Chaibach, Verlag Kniga, Moskau, 1994, S. 118.

157 Ebenda, S. 119.

158 Ebenda, S. 119.

159 W. Rusin, Die Würde der Stolzen, Mein Leben mit Tschetschenen und Inguschen, hrsg. M. u. V. Kotlarowitsch, Naltschik, 2005, S. 150.

160 S. Gajew, Interview der Autorin, Nasran, 25/03/2004.

Material für ein Buch zusammentrage. Auch meine Familie nicht. Ich habe auch erst später alles aufgeschrieben. Lange bewahrte ich die Erzählungen der Überlebenden nur in meinem Gedächtnis.«¹⁶¹

Auflösung der Tschetschenisch-Inguschischen Autonomen Republik

Am 7. März 1944 wird ein Erlass über die »Liquidierung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Tschetschenien-Inguschetien« herausgegeben, der die erfolgte Deportation besiegelt: »Während des Krieges, als die faschistischen Truppen im Kaukasus waren, verrieten viele Tschetschenen und Inguschen ihr Vaterland, liefen zu den faschistischen Besatzern über, wurden Späher und Saboteure, die von den Deutschen ins Hinterland geschickt wurden und dort auf Geheiß der Deutschen bewaffnete Banden gründeten, um gegen die Sowjetmacht zu kämpfen. Zahlreiche Tschetschenen und Inguschen haben jahrelang an militanten Operationen gegen die Sowjetmacht teilgenommen. Sie haben während der ganzen Zeit nicht gezögert, Überfälle auf Kolchosen der benachbarten Regionen zu unternehmen. Sie haben gestohlen und Sowjetbürger ermordet. Das Präsidium des Obersten Sowjet der Sowjetunion beschließt: 1. Alle Tschetschenen und Inguschen aus der Tschetschenisch-Inguschischen Republik und den umliegenden Regionen in andere Teile der Sowjetunion zu deportieren, und die ASSR zu liquidieren.«¹⁶²

In den Punkten 2 bis 4 wurde die Reorganisation des Gebietes festgelegt. Der größte Teil der ASSR wurde in die Region »Grosninskij« mit der Hauptstadt Grosnyi umbenannt. Ein anderer Teil der ehemaligen ASSR wurde der Nachbarsowjetrepublik Dagestan zugeschlagen. Zwischen Grosninskij und Dagestan wurde eine Grenze eingerichtet. Der dritte Teil der ASSR wurde der Sowjetrepublik Nordossetien zugeschlagen.

Die regionale Kommunistische Partei setzte den Erlass schnell um. Hatte man im Februar 1944 auf dem Parteikongress noch darüber diskutiert, wie die sowjetische Hymne ins Tschetschenisch-Inguschische übersetzt werden könnte, so war schon im März 1944 der Name »Tschetschenisch-Inguschische Region« auf dem Titelblatt des Berichts über das wöchentliche Treffen des lokalen Zentralkomitees durchgestrichen. Darüber stand handschriftlich »Grosninskij Oblast«.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Erlass vom 7. März 1944, zitiert nach: Zuzulajewa, Sapijat: *Repressirawannie Narodi Sewernawa Kawkasa* (Die unterdrückten Völker des nördlichen Kaukasus in den Jahren des großen vaterländischen Krieges 1941–1945: Probleme der Historiografie), Dissertation, Kasan, 2001, S. 76 f.

In den Parteigremien der »Grosninskij-Region« fiel am 13. März 1944 kein Wort darüber, dass die gesamte Bevölkerung der Republik zwei Wochen vorher deportiert worden war. Auf der Tagesordnung stand vielmehr die Reparatur von Traktoren¹⁶³.

Am 17. März 1944 gibt es einen einzigen Hinweis auf die Deportation: Genossin Abdulajewa wurde als Chefin der Personalabteilung im OBKOM¹⁶⁴ der VKP/B¹⁶⁵ entlassen wegen ihres »anti-parteilichen Verhaltens und der Diskreditierung von Sondermaßnahmen betreffend der Umsiedlung von Tschetschenen und Inguschen und der Verbreitung von Lügen über die sowjetischen Untersuchungsorgane.«¹⁶⁶ Die Genossin Abdulaewa hatte es als Einzige gewagt, Kritik an der Deportation zu üben.

Am 16. und 20. März 1944 wurde dann die gesamte Führungsschicht der lokalen Partei neu ernannt. Wer ersetzt wurde, blieb unerwähnt. Alle neu eingesetzten Parteifunktionäre hatten russische Namen (Alexej Kusnetsow, Iwan Samoilenko) oder jüdische Namen (Jakow Parí) oder einen Namen, der auf eine Roma-Abstammung hindeutete (Wassili Tsigankow). Nur einer der neuen Führung trug einen kaukasisch klingenden Namen: Schachwerdow. Er wurde im April 1944 als Leiter der Sonderkommission für die Registrierung und das Management der Besitztümer der Deportierten eingesetzt. Schachwerdow wurde »voll verantwortlich für diese Besitztümer«¹⁶⁷ und sollte jedes Jahrzehnt den Parteiorganen darüber berichten.

Nicht alle entvölkerten Dörfer konnten sofort neu besiedelt werden. Den Parteiorganen wurde es übertragen, um diese Dörfer Sicherheitsleute zu posieren und den Besitz zu bewachen. Tote Tiere sollten abtransportiert und Fensterläden und Türen gut verschlossen werden. »Ein Plan, wie diese Dörfer verwendet werden sollen, muss entwickelt werden«¹⁶⁸, hieß es am 25. April 1944 beim Treffen der kommunistischen Parteiorgane der Grosninskij-Region.

Im Mai und Juni 1944 begann die Umbenennung von Straßen, Bezirken und Dörfern. Aus dem Ataginski-Bezirk wurde der Priwalowski-Bezirk, benannt nach einem Bolschewiken, aus dem Atschchoi-Martanowski-Bezirk wurde der Lermontowski-Bezirk nach dem russischen Dichter Lermontow, aus dem Dorf Alchan-Kala wurde Jermolows-

163 Bericht des wöchentlichen Treffens des lokalen ZK, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 44, Del 284, S. 139.

164 OBKOM steht für Oblastnoi Komitet und übersetzt als Bezirkskomitee der KP und bedeutet Lokalregierung.

165 Damals hieß die KPdSU noch VKP(B): Vseschijnaja kommunističeskaja Partija (Bolschewiki) – »Alles vereinende kommunistische Partei der Bolschewiken.«

166 Bericht des wöchentlichen Treffens des lokalen ZK, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 44, Del 284, S. 144.

167 Bericht des wöchentlichen Treffens des lokalen ZK, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 44, Del 285, S. 63.

168 Ebenda, S. 87f.

koje¹⁶⁹ – eine besondere Provokation für die Tschetschenen. Den russischen General Jermolow hatten sie als Eroberer des Kaukasus in schlechter Erinnerung. Die neuen Namen wurden ab dem 17. Oktober 1944 verwendet.

Im Juni 1944 wurde der Diebstahl von Besitz der Sonderverschickten gemeldet, einige Parteiführer wurden direkt beschuldigt, »weggeschaut zu haben« und sogar »am Verkauf von Getreide und Vieh zu hohen Preisen zum eigenen Nutzen beteiligt« gewesen zu sein¹⁷⁰. Der Erste Sekretär des Bezirks Artschoi-Martan, Tsigankow, wurde für Diebstahl und wegen gemeinsamen Besäufnissen mit dem Chef der Miliz Tschekawkin aus der Partei ausgeschlossen¹⁷¹.

Nach einem halben Jahr brachten die Russen drei moslemische Würdenträger, die schon nach Kasachstan deportiert worden waren, wieder zurück nach Tschetschenien. Abdul Hamid Jandarow, Ba'udin Arsanow und Abbas Sugaipow sollten die Tschetschenen, die der Deportation durch Flucht in die Berge entkommen waren, aufrufen, sich zu stellen. Dann wurden sie nach Zentralasien deportiert. »Die Scheichs kümmerten sich darum«, sagte Elbert Chamsatow, »dass wir zu unseren Landsleuten nach Kasachstan durften. Dank ihnen wurden wir dorthin geschickt.«¹⁷²

In den Bergen blieben allerdings bis zum offiziellen Ende der Verbannung 1957 einige Widerstandskämpfer wie Chasucha Magomadow aktiv. Sie verübten immer wieder Überfälle auf ihre Dörfer, in denen Awaren oder andere Nationalitäten angesiedelt worden waren.

Der NKWD in Dagestan teilte mit, dass »zwischen Jänner und März 1944 12 Gruppen von Terroristen und 49 Personen liquidiert wurden« und dass »am Ende 1944 in Dagestan und den ehemaligen Gebieten von Tschetschenien–Inguschetien vier Gruppen von tschetschenischen Banditen mit insgesamt 16 Personen gefunden wurden. Diese Gruppen waren Kriminelle und solche, die der Deportation entkommen wollten.«¹⁷³

Die kommunistische Partei im Grosnyi-Bezirk beteiligte sich 1945/46 ganz regulär an der Vorbereitung zu den »Wahlen« zum Obersten Sowjet. »Agit-Punkte« und »Gesellschaften für politische Aufklärung« hielten spezielle Treffen für Jugendliche, Frauen und Intelligenzija¹⁷⁴ (sic!) ab. Bei einem solchen Treffen gab es sogar offene Kritik. »Am Ende des Treffens sagte Frau Petrossian: »Stalin ist gut, aber wir brauchen die Partei nicht.« Die gerichtliche Verfolgung gegen sie hat bereits begonnen.«¹⁷⁵

169 Bericht, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 44, Del 286, S. 99.

170 Ebenda, S. 127f.

171 Bericht, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 44, Del 287, S. 3f.

172 S. Gajew, Chaibach, S. 124.

173 N. F. Bugaz, Berija an Stalin, Gemäß Ihrer Anordnung, Airo – XX, Moskau, 1995, S. 112.

174 Bericht, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 88, Del 661, S. 2 bzw. 209 (doppelte Seitenbezeichnung).

175 Bericht, Archiv der KPdSU RGASPI, Fond 17, Opis' 88, Del 661, S. 2/209.

In allen Regionen der Sowjetunion – auch im Grosnyi-Bezirk – wurde Genosse Stalin als erster Kandidat nominiert. Als zweiter Kandidat wurde Molotow nominiert. Im Grosnyi-Bezirk folgte dann der Erste Sekretär des Grosnyi-OBKOM, Piotr Tschebhlakow. Dann Kalinin und Berija. »Oft folgte Stalins Nominierung langer Applaus. Leute schrien: Lang lebe unser großer Stalin! Hurra Stalin!«¹⁷⁶

Exil

Jahrzehnte später reflektierte Russlands berühmtester Dissident Alexander Solschenyzin den Zynismus der damaligen Sprachregelungen: »Stalin erfand eine spezielle Bezeichnung für die deportierten Völker, »Spez-Peressilentsie«¹⁷⁷. Ein Begriff, der bald für die deportierten Völker verwendet wurde.«¹⁷⁸ Und weiter: »Alle unsere geliebten und heiligen Namen beginnen mit diesem Präfix: »Spez-Abteilung«, eine KGB-Abteilung, oder »Spez-Kommunikation«, die Kontaktstelle in einem Ministerium für den Kreml.«

Solschenyzin erwähnte in seinem Beitrag auch, es habe ursprünglich einen Artikel 35 UK im Gesetzbuch gegeben, der die Deportation von Jugendlichen unter 16 Jahren verbot. Stalins Erlass über die deportierten Völker änderte dies: »Bitte sehr, ein Vorteil, wenn man gleich eine ganze Nation deportiert! Kein Sonderfall, keine Ausnahme, kein Protest. Alle gehen ohne Widerstand. Alle Altersgruppen, Frauen und Männer, selbst die, die noch nicht geboren sind, werden unter dem gleichen Erlass deportiert. In dem Moment, in dem sie die Welt erblicken, sind sie schon »Sonderverschickte.«¹⁷⁹

Die Lebensumstände der Deportierten in Zentralasien waren zumindest im ersten Jahr unmenschlich. Dies ist sogar aus den NKWD-Berichten ersichtlich:

Staatskomitee für Verteidigung an die Genossen Stalin, Molotow und Malenkow, 9. Juli 1944:

Die Umsiedlung ist zufriedenstellend ausgeführt worden. 502.193 Menschen wurden neu angesiedelt, davon 496.460 Tschetschenen und Inguschen. Sie wurden in Kolchosen, Sowchosen¹⁸⁰, Betrieben und Fabriken untergebracht. Der Großteil wurde nach Kasachstan gebracht, insgesamt 477.809 Menschen. Die Staatsautoritäten der kasachischen Republik haben sich nicht genug um Arbeit und ökonomische Lage der kaukasischen »Sonderverschickten« gekümmert. Als Resultat ist

176 Bericht, Archiv der KPdSU, RGASPL, Fond 17, Opis' 88, Del 661, S. 215.

177 »Sonderverschickte«.

178 A. Solschenyzin, Die Tschetschenen und die anderen, aus: Tak eto bilo, S. 245.

179 Ebenda, S. 246.

180 Im Gegensatz zu den kollektiv bewirtschafteten Kolchosen war eine Sowchose ein Landwirtschaftsbetrieb im Staatsbesitz mit angestellten Lohnarbeitern.

die Lage der »Sonderverschickten« und ihre Beteiligung an sozial nützlicher Arbeit unzufriedenstellend ausgeführt worden. Die verschickten Familien, die in Kolchosen untergebracht worden sind, sind nicht als Mitglieder landwirtschaftlicher »Artels«¹⁸¹ akzeptiert worden. Sie haben auch keine ausreichende Wohnmöglichkeiten, Gärten und Felder erhalten. Die »Sonderverschickten« in Sowchosen, Betrieben und Fabriken wurden nur bedingt in der Produktion eingesetzt.

Die Entscheidung des Staatsverteidigungskomitees über die ökonomische Einbindung der »Sonderverschickten« in die lokalen Bezirke sind nicht umgesetzt worden. Seit sie in Kasachstan angekommen sind, haben sich Massenkrankheiten, zum Beispiel Typhus, ausgebreitet. Der Kampf gegen den Typhus war nicht zufriedenstellend. Ernsthafte Rückschläge in ihrer ökonomischen Situation zwangen manche von ihnen, Verbrechen zu begehen, etwa Diebstahl von Vieh und Einbruch. Manche flohen von ihren neuen Wohnorten. Es gibt Zeichen von antisowjetischem Banditentum, kriminellen und anderen Feindaktivitäten, zumeist unter den Tschetschenen.

Um die Probleme der wirtschaftlichen Lage der kaukasischen »Sonderverschickten« zu lösen, ihre Arbeit zu organisieren, den operativen Dienst der »Tscheka« zu verbessern und um die Regime-Maßnahmen zu stärken, wurden im Mai dieses Jahres Genosse Gruglow, Abgeordneter zum SOWNARKOM und eine Gruppe von NKWD-Funktionären in die kasachische Republik entsandt. Als Resultat operativer Maßnahmen im Juni dieses Jahres wurden 2.196 »Sonderverschickte« verhaftet, 245 wegen antisowjetischer Aktivitäten und Banditentum, 1.255 für Viehdiebstahl und Diebstahl; für Fluchtversuche 448; für Stören der Ordnung des Regimes 248. Die Untersuchung ist gerade beendet worden und wird zur Überprüfung zum außerordentlichen Treffen des NKWD der UdSSR geschickt.

Um die Lebensumstände der »Sonderverschickten« zu begutachten, um die Fluchtversuche zu bekämpfen, um die Tscheka-Dienste zu verbessern und um der wirtschaftlichen Entwicklung der »Sonderverschickten«-Familien zu helfen, sind 429 Spezialagenten des NKWD in die Kasachische Republik abgeordnet worden. Die ökonomische Lage der »Sonderverschickten« ist eindeutig verbessert worden. Von 70.296 Familien, die in Kolchosen Platz gefunden hatten, sind 56.800 Familien oder 81 Prozent Mitglieder der landwirtschaftlichen »Artels« geworden. 83.303 Familien oder 74,3 Prozent haben Gärten und Küchengärten bekommen. Um den »Sonderverschickten« Wohnmöglichkeiten zu geben, durften sie sich Häuser aus lokalen Materialien bauen. Sie bekommen außerdem leerstehende Häuser. Gegenwärtig leben 12.683 Familien in ihren eigenen Häusern. Nach den SOWNARKOM-Entscheidungen bekommt jede Familie 200 Kilogramm Vieh, Kälber und Schafe.

Da es viele unbeaufsichtigte Kinder der »Sonderverschickten« gibt, haben die NKWD-Organen begonnen, sie ausfindig zu machen und sie in Kinder-Erziehungs- und Arbeitslager des NKWD unterzubringen. Im Juni des Jahres wurden 1.268 Kinder eingesammelt und dorthin gebracht. Als Resultat der lokalen Maßnahmen, Arbeit für die »Sonderverschickten« zu finden, ihre ma-

181 Gemeinschaften.

terielle Lage zu verbessern, kriminelle, faule und simulierende Elemente festzunehmen und vor Gericht zu stellen, haben fast alle »Sonderverschickten« aus dem Nordkaukasus begonnen, in der Landwirtschaft oder der Industrie zu arbeiten ...

NARKOM für Inneres der UdSSR, L. Berja.¹⁸²

In Zentralasien übten die Tschetschenen einen gewissen modernisierenden Einfluss auf die einheimische Bevölkerung aus – behaupten tschetschenische Quellen. Dschabraïl Tschokal erzählte seinem Sohn: »Als wir ankamen, haben wir gesehen, dass viele Leute noch in Lehmhütten wohnten. Sie lebten wie die Nomaden.«¹⁸³ Die Tschetschenen haben laut Tschokal den Kasachen und Kirgisen beigebracht, wie man Häuser baut, wie man Brot in einem Steinofen bäckt und wie man Gemüse anbaut: »Wir haben ihnen auch gezeigt, wie man Haustiere zähmt.«

Für die sowjetischen Autoritäten gab es genug Anlass, die Tschetschenen auch in der Verbannung nicht in Frieden zu lassen. Die »antisowjetischen Elemente« wurden weiter verfolgt:

15. November 1946,

An Genossen Stalin

Unter Bezugnahme auf ihre Wichtigkeit können 1.000 Mullahs und andere wichtige Persönlichkeiten unter den tschetschenischen »Sonderverschickten« im Interesse der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und des Einlebens der »Sonderverschickten« eingesetzt werden. Momentan werden 170 verwendet. In Kasachstan ist eine Operation im Jahr 1946 erfolgreich ausgeführt worden. Antisowjetische Gruppen, die aus moslemischen Geistlichen bestanden, wurden eliminiert. Im Semipalatinsk Bezirk ist eine Gruppe von 10 tschetschenischen Mullahs ausgehoben worden, die vom Mullah Baisarow geleitet worden war. Die Gruppe zielte darauf ab, antisowjetische Beziehungen mit der lokalen kasachischen Geistlichkeit aufzubauen und die ökonomische Entwicklung der »Sonderverschickten« Tschetschenen und Inguschen zu unterminieren. Diese Gruppe hat ihre antisowjetische Aktivität eingestellt und der Kopf der Gruppe Mullah Baisarow ist ein Mitglied der Kolchose geworden. Er macht jetzt Propagandaarbeit unter den »Sonderverschickten« für ehrliche Arbeit. In einem Brief hat er sich an die tschetschenischen »Sonderverschickten« gewandt: »Tschetschenische Brüder! Unser Volk hat den sowjetischen Autoritäten viel Schlechtes getan, für das wir hart bestraft werden müssen. Aber unsere Regierung hat uns freundlich behandelt. Hat uns nur fortgebracht und kümmert sich zur gleichen Zeit um uns wie eine Mutter um ihr Kind. Ich fordere euch auf, ehrlich in der Kolchose und in eurer Freizeit zu Hause zu arbeiten.«

Im Bezirk Taschkent haben sich Feindelemente unter den Tataren sehr angestrengt, provokative Gerüchte zu streuen über den kommenden Krieg zwischen UdSSR und Amerika« und über die

182 L. Berja an J. Stalin, GARF, Osoobaja Papka Stalina (Stalins Sonderakten) Fond R-9401, Opis' 2, Del 65, S. 311.

183 Zitiert nach: B. A. Tischkow, Die Gesellschaft in einem bewaffneten Konflikt, S. 82f.

Rückkehr der »Sonderverschickten« zu ihren früheren Siedlungsgebieten. Deshalb weigerten sich viele »Sonderverschickte« zu arbeiten und verkauften ihr Vieh.

Abgesehen von der toleranten muslimischen Geistlichkeit leisten die feindlichsten Mullahs unterminierende Arbeit. Wenn wir Evidenz finden, werden sie festgenommen und es wird ihnen der Prozess gemacht.

Innenminister der UdSSR S. Kruglow.¹⁸⁴

In einem weiteren NKWD-Bericht erzählt Innenminister Kruglow, wie die Tschetschenen sich an ihre neue Lage gewöhnen:

An Genossen Stalin, Molotow, Berija und Stanow

Die Publikation des Gesetzes zur Abschaffung der Tschetschenisch-Inguschetischen Republik wurde von der Mehrheit der tschetschenischen und inguschetischen »Sonderverschickten« als Maßnahme verstanden, um 100-prozentig zu verhindern, dass sie in ihre ursprünglichen Siedlungsorte zurückkehren ... Beim Treffen in der Kolchose »Das rote Banner« in Kasachstan sagte der Tschetschene Eigus Galamat: »Die Regierung hat uns zu Recht in Kasachstan angesiedelt. Unsere Republik ist abgeschafft. Und wir wissen, dass wir nicht in den Kaukasus zurückkehren können. So müssen wir, Tschetschenen und Inguschen, unser Bestes tun, unsere Loyalität hinsichtlich der Stärkung des sowjetischen Staates zu zeigen und uns für immer hier ansiedeln.«

Ein inguschischer Sonderverschickter wandte sich an eine Gruppe seiner Genossen: »Wir sind schuldig in den Augen des Sowjetvolkes. Deshalb hat man uns umgesiedelt. Unser Leben hier ist ruhiger und sicherer, weil es hier keine Banditen gibt. Wir müssen einfach gut in der Kolchose arbeiten.« Ein anderer Tschetschene sagte: »Wir können nicht weiter vom Kaukasus träumen. Wir müssen uns ansiedeln, Heu für das Vieh sammeln, Benzin aufstreuen und in den Kolchosen besser arbeiten, um mehr Nahrungsmittel zu erhalten.« Ein inguschischer »Sonderverschickter« sagte: »Wir haben den Verrätern des Mutterlandes nicht widerstanden, sie haben getan, was sie wollten, deshalb wurden wir nach Kasachstan gebracht. Das Gesetz der Abschaffung der Tschetschenisch-Inguschetischen und der Krim-Republik ist deshalb gerechtfertigt.«

Die ehemaligen inguschetischen Parteiführer haben zusammenfassend festgestellt, dass die Inguschen nicht deportiert worden wären, wären sie nicht mit den Tschetschenen im Bunde gewesen. Zwischen Tschetschenen und Inguschen herrscht Antagonismus. Die Inguschen beschuldigen die Tschetschenen, Banden organisiert und den Deutschen und den Besatzern des nördlichen Kaukasus geholfen zu haben. Ein inguschetischer »Sonderverschickter« namens Kulagatschew sagte in diesem Zusammenhang: »Es ist ein großes Glück für die Inguschen, dass die Regierung, die den Fall der Tschetschenen und Inguschen untersuchte, die Inguschen nicht genauso einstuft wie

184 S. Kruglow an J. Stalin, GARF, Osoobuja Papka Stalina' (Stalins Sonderakte) Fond R-9401, Opis' 2, Del 139, S. 378-380.

die Tschetschenen. Es ist die Schuld der Tschetschenen, dass wir verschickt wurden. Die Tschetschenen haben gegen die Sowjetmacht rebelliert. Zusammen mit deutschen Terroristen haben sie gegen die Rote Armee gekämpft. Natürlich, es gab auch unter den Inguschen Verräter. Aber sie waren wenige und sie haben nicht das Bild des Volkes geprägt.»

Die »Sonderverschickten« aus dem Bezirk Karatschajewo halten das Gesetz der Wiederansiedlung für korrekt, aber sie nehmen an, dass sie in den Kaukasus zurückkehren können, weil der autonome Bezirk der Karatschajen nicht abgeschafft worden ist. Die Karatschajen verbreiten Gerüchte und deshalb haben einige von ihnen aufgehört, Häuser zu bauen und haben begonnen, ihre Besitztümer zu verkaufen.¹⁸⁵

Die kasachische Kommunistische Partei berichtet ebenfalls im August 1946 in einem Bericht über die »Fehler und Unzulänglichkeiten in der Arbeit mit den »Sonderverschickten«¹⁸⁶: »Über 9.000 sind immer noch arbeitslos. 19.000 Familien haben keine permanenten Behausungen und leben in den Häusern der lokalen Bevölkerung. Dies ist die Schuld der Republikregierung, die nur 28 Prozent ihrer Bauverpflichtungen und nur 29 Prozent ihrer Renovierungsaufgaben erfüllt hat. . . Das Durchschnittseinkommen der Sonderverschickten beträgt 100 bis 200 Rubel im Monat. Die Zahlungen treffen meist fünf bis sechs Monate verspätet ein.«

»Sogar einige Fälle an feindlicher Behandlung der Sonderverschickten seitens der lokalen Bevölkerung wurden registriert. Es ist zu Schlägereien und sogar zu Morden gekommen«, heißt es in dem Bericht weiter. »Manchmal wird dieses Benehmen der Lokalbevölkerung auch noch von den Kolchosen-Vorsitzenden unterstützt.«¹⁸⁷ Die Parteiorgane Kasachstans werden aufgefordert, die Lage durch Maßnahmen zu verbessern.

Die von der Parteiführung beklagten »Vorurteile gegen die Sonderverschickten«¹⁸⁸ führten in manchen Fällen zu Pogromen. »Am 10. Juli 1946 kam es in der Kolchose »Lenins Weg« zu einem Skandal zwischen Lokalbevölkerung und »Sonderverschickten«. Eine Gruppe von ungefähr 40 Leuten, geführt von ehemaligen Soldaten und dem Vorsitzenden der Kolchose, bewaffnet mit Metallstöcken, Gewehren und Äxten zerstörten die Häuser der »Sonderverschickten« und zerschlugen alle Fenster in ihren Wohnungen. Zwei »Sonderverschickte« wurden getötet und verbrannt. Die Schuldigen wurden vor Gericht gestellt.«¹⁸⁹

185 S. Kruglow an J. Stalin, GARF, »Osobaja Papka Stalina«, Fond R 9401, Opis» 2, Del 138, 1380–384.

186 Bericht, Archiv der KPdSU/RGASPI, Fond 17, Opis» 122, Del 175, S. 1f.

187 Ebenda, S. 3.

188 Ebenda, S. 15f.

189 Ebenda, S. 15f.

Manche wurden tatsächlich für diese Vergehen verurteilt: »Die Führer der Komsomolz-Kolchose schlugen die ›Sonderverschickten‹ regelmäßig. Diese beklagten sich zwar beim Vorsitzenden des Dorf-Sowjets, aber dieser ignorierte ihre Beschwerde. Die Führer der Kolchose nannten die ›Sonderverschickten‹ Banditen und Verräter. Für eine derartige Misshandlung wurden 10 Exekutiv-Beamte vor Gericht gestellt und zu drei bis acht Jahren verurteilt.«¹⁹⁰

Obwohl als ›unzuverlässig‹ eingestuft, bemühten sich die lokalen Politfunktionäre offenbar, die Deportierten in die politische Arbeit einzubinden und ließen sie bei der Vorbereitung der ›Wahlen‹ helfen.

Die fortgeschrittensten »Sonderverschickten« arbeiten als Agitatoren und als Mitglieder der lokalen Wahlkommissionen. Im Semipalatinsk-Bezirk nahmen fast 100 Prozent der Tschetschenen an der Abstimmung zum Block der kommunistischen und nicht-kommunistischen, parteiblockfreien Abgeordneten teil.

Dennoch, die Erklärungsarbeit in vielen Gebieten ist nicht zufriedenstellend. Viele »Sonderverschickte« sind sich der wichtigsten politischen Ereignisse in unserem Land nicht bewusst und wissen wenig über den 4. Fünfjahresplan. Die Schwäche der aufklärerischen Arbeit unter den »Sonderverschickten« wird von anti-sozjetischen Elemente ausgenutzt, sie provozieren mit Rückkehr-Propaganda. Es gab ein Gerücht, dass alle Inguschen in den Kaukasus zurückgesendet werden. Die Kolchosenmitglieder von inguschetischer Nationalität haben davon gehört und verließen die Felder. Den Kolchosen-»Sonderverschickten« wurde der provokative Charakter dieser Gerüchte erklärt. Jetzt hat sich die Lage gebessert.

In manchen lokalen Parteiorganisationen hat es Fälle gegeben, in denen die Regebi der Partei bössartig missachtet wurden. Kommunistische »Sonderverschickte« wurden nicht bei lokalen Parteiorganisationen registriert und auch nicht zu Treffen eingeladen.¹⁹¹

Aus Kirgisien gibt es im Parteiarchiv einen ähnlichen Bericht zur selben Zeit. 85.505 Tschetschenen wurden dorthin deportiert. »Zu Beginn wollten die Sonderverschickten nicht arbeiten und hofften, in ihre alten Wohngegenden zurückfahren zu können. Sie bearbeiteten nicht einmal das Stück Land, das man ihnen zum persönlichen Gebrauch zugeteilt hatte. Ihre Einstellung änderte sich allerdings ab dem Frühling 1945.«¹⁹² Ab 1946 hatten fast alle Deportierten ihr eigenes Zuhause, die meisten Facharbeiter konnten in ihrem Beruf arbeiten – behauptete der Berichterstatter.

»Die politische Arbeit unter den Sonderverschickten ist allerdings immer noch gering«, heißt es dann. »Die meisten sprechen kein Russisch. Die politischen Organe müssen mit

¹⁹⁰ Ebenda, S. 9/23.

¹⁹¹ Ebenda, S. 6/20.

¹⁹² Ebenda, S. 4f.

den Kommunisten und der Intelligenzija unter den Sonderverschickten arbeiten, um die Masse zu erreichen. Die politische Arbeit erreichte ihren bisherigen Höhepunkt bei der Vorbereitung der Wahlen für die Abgeordneten im Obersten Sowjet. Die Sonderverschickten nahmen aktiven Anteil an diesen Wahlen.«¹⁹³

Auch in Kirgisien hielt sich lange Zeit das Gerücht, die Tschetschenen dürften bald wieder nach Hause zurückkehren. »Diese Provokation war sehr gefährlich. Es bedurfte großer Anstrengungen seitens der Parteiorgane, diese Gerüchte auszuräumen. Es gab auch einige Zusammenstöße zwischen lokaler Bevölkerung und Sonderverschickten. Diese Streitereien werden allerdings seltener. Die Partei Kirgisiens hat Maßnahmen ergriffen, um die politische Arbeit unter der Masse der Sonderverschickten zu verbessern und wählt nun Leute aus, die als Agitatoren arbeiten sollen.«¹⁹⁴

Ein weiterer Erlass aus dem Jahre 1948 dokumentiert die Lage der Verbannten: »Die Deutschen, Kalmücken, Inguschen, Tschetschenen, Finnen, Letten und andere ›Sonderverschickte‹ bleiben für immer dort und werden mit 20 Jahren Zwangsarbeit bestraft, wenn sie ihre Region verlassen.«¹⁹⁵

1951 wurde das Urteil lebenslang präzisiert. In einem ›Erlass über die immerwährende Verpflanzung der deportierten Personen in der Zeit des Grossen Vaterländischen Krieges‹ vom 9. Oktober bestätigte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, dass die deportierten Völker für immer in ihren Verbannungsorten bleiben sollten.¹⁹⁶

Alle Berichte aus dem Exil sprechen voller Abscheu von den demütigenden Umständen, unter denen die Tschetschenen bei den ›Spetskomandantskji‹ (›Sonderkommandanten‹) im Exil leben mussten. Sie wurden für schwere Arbeit missbraucht und von den Lagerleitern brutalisiert.

Hatte Stalin vorgehabt, den Willen der Tschetschenen zu brechen, bewirkte die Deportation das genaue Gegenteil. Das kollektive Erlebnis veränderte die Tschetschenen als Volk. Manche Auswirkungen waren negativ: Eine Generation von Kindern erhielt keine Schulbildung, die Analphabetenrate war hoch. Die Deportation förderte dagegen den tschetschenischen Nationalismus. Waren die Tschetschenen ursprünglich nach Clans organisiert, so »entstand im Exil ein neuer Sinn für Zusammengehörigkeit«¹⁹⁷, schrieb Brian Glyn Williams.

193 Ebenda, S. 5.

194 Ebenda, S. 5.

195 Zitiert nach S. Gajew, Chaibach, S. 22.

196 W. Murzaschew, Die rechtliche Lage der unterdrückten Völker des Nordkavkas in ihren Verbannungs-orten. Zweiter Teil der Artikelserie in der Zeitung ›Tschetschenskoje Obschtschestwo‹ (Tschetschenische Gesellschaft), 21/01/2004, S. 3.

197 B. G. Williams, Commemoration ›The Deportation‹, S. 117.

Durch die Misshandlung ihres Volkes wurde der von den Kommunisten propagierte «homo sovieticus», ein Atheist und Nicht-Nationalist, unter den Tschetschenen nicht populär. Im Gegenteil. Religiosität und Ethnizität nahmen zu. Besonders der Sufi-Islam, der mystische Islam, wurde im Exil populär. »Dieser Untergrund-Islam war natürlich anti-russisch und anti-sowjetisch«¹⁹⁸, stellte Williams fest. Die Autoren Alexandre Bennigsen und Enders Wimbush meinten ebenfalls, dass »seit der Deportation das supranationale Bewusstsein stark wurde, zur moslemischen »Umma« (=Gemeinschaft) zu gehören. Da er auf der Tradition des heiligen Krieges und auf dem Hass gegen die Russen basiert, ist dieser Nationalismus extrem xenophob.«¹⁹⁹

198 Ebenda

199 A. Bennigsen, E. S. Wimbush, *Muslims of the Soviet Empire: A Guide*, Bloomington, 1986, S. 189.

5. Das »unzuverlässige Volk« – die Jahrzehnte nach der Rückkehr 1957

Die Rückkehr

Erst nach Stalins Tod 1953 wurde die Rückkehr möglich. Der Weg nach Hause war – buchstäblich und bürokratisch gesehen – lang. Im Dezember 1954 erschien in der »Großen Sowjetischen Enzyklopädie« ein Artikel über »Die Völker der Sowjetunion«. Darin wurden Tschetschenen, Inguschen und Kalmücken nicht mehr erwähnt. Professor Juri Descherijew schrieb daraufhin einen Brief an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Nikita Chruschtschow, mit Kopie an das »Institut für die Entwicklung der Sprache«. Der tschetschenische Professor wies auf die Ungerechtigkeit hin, die nordkaukasischen Völker aus der Geschichte zu streichen. Die Eingabe des Professors hatte Erfolg. In der nächsten Fassung wurden die Tschetschenen und ihre Nachbarvölker wieder erwähnt.²⁰⁰

Die Kontrolle über die Deportierten ließ zusehends nach²⁰¹. Viele machten sich bereits auf den Heimweg, als dies offiziell noch verboten war. »Die nichtautorisierte Rückkehr hat den Beschluss über die Wiedereinführung der Autonomie beschleunigt«²⁰², schrieb der russische Exilhistoriker Alexander Nekritsch.

Entscheidend für das Schicksal der Tschetschenen war die geheime Rede von Chruschtschow vor dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Er kündigte ausdrücklich die Rehabilitation der Karatschaier, Balkaren, Kalmücken, Inguschen und Tschetschenen an. »Nicht nur für Marxisten-Leninisten, für jede sensible Person ist dies unverständlich und inakzeptabel: Wie konnten ganze Nationen inklusive Frauen, Kindern, Alten, Kommunisten und Komsomolzen für die Verbrechen von Einzelnen oder Gruppen verantwortlich gemacht werden? Wie konnte man sie Massenrepressionen, Mangel und Leid aussetzen?«²⁰³

Am 9. Juni 1956 wurde die erste tschetschenisch-inguschetische Delegation im Kreml empfangen. Zur selben Zeit versammelten sich neben dem Bolschoitheater Demonstran-

200 Zitiert nach: S. Schachbiev, S. 270.

201 Vgl. M. Lenhard, *Der Konflikt in Tschetschenien*, S. 5.

202 A. Nekritsch, *Die bestraften Völker*, Edition Chronik, New York, 1978, S. 115.

203 N. Chruschtschow, *Über den Personenkult und seine Folgen*, Granit-Archiv, Fond 1, Opis' 1, Del 17, S. 1–88; auch in: K. Eimermacher, *Kultur und Macht von Stalin bis Gorbatschow*, Dokumente, Rosspen, Moskau, 2002, S. 94.

ten, die in einem Appell an das Präsidium des ZK die Wiederherstellung der Republik Tschetschenien-Inguschetien forderten.

In einem mit ›Streng geheim‹ betitelten ›Bericht über den Inhalt der Briefe von Tschetschenen, Karatschajen, Balkaren, Kalmücken und Deutschen über die Wiedererrichtung ihrer Autonomien‹²⁰⁴ vom Juni 1956 wurde festgestellt, dass von den 362.282 Tschetschenen, die nach der Deportation an den Verbannungsorten registriert worden waren, am 1. Jänner 1954 noch 328.263 gezählt werden konnten. Im selben Dokument wird die Zahl der registrierten Tschetschenen mit 191.479 Erwachsenen und 200.868 Kindern – darunter auch inguschetische und karatschaische Kinder – unter 16 Jahren angegeben:

Die Tschetschenen und Inguschen sind hauptsächlich in Kasachstan und Kirgisien angesiedelt worden. Ihre ehemaligen Siedlungsgebiete werden heute von anderen Leuten bewohnt. Dies verringert die Chancen, die Autonomie in ihren alten Grenzen wiederzuerrichten, denn ihre Rückkehr würde eine Reihe von nicht wünschenswerten Konsequenzen nach sich ziehen. In diesem Zusammenhang ist darüber nachgedacht worden, einen autonomen Bezirk für die Tschetschenen und Inguschen in Kasachstan und Kirgisien zu schaffen.

Am 16. Juli 1956 gab es einen Erlass über die Aufhebung der Restriktionen gegen die Tschetschenen in den jeweiligen Verbannungsorten:

1. Punkt: Da es keine Notwendigkeit mehr gibt, die Tschetschenen und Inguschen zu kontrollieren, die sich in den besonderen Wohnbezirken befinden, beschließt das Präsidium, die Kontrolle des Innenministeriums über die Tschetschenen, die Inguschen und die Karatschajen aufzuheben.

2. Punkt: Die Tatsache, dass die Kontrolle aufgehoben wird, bedeutet nicht, dass das konfiszierte Vermögen zurückgegeben wird. Sie haben auch nicht das Recht, in jene Gebiete zurückzukehren, aus denen sie gekommen sind.²⁰⁵

Der Inspektor des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Rusakow, kam in der zweiten Hälfte 1956 in geheimer Mission nach Grosnyi. Er sollte die Zukunft der Tschetschenen und der anderen deportierten Völker planen. Als er das ganze Land bereist hatte, teilte er dem OBKOM mit, weshalb er gekommen war. Der Erste Sekretär des OBKOM, A. Jakowlew, sprach sich dafür aus, die Tschetschenen und Inguschen nicht zurückzuholen, ihr Gebiet sei längst von anderen besiedelt.

204 Bericht, GARF, Fond-P 94790, Opis' 10, Del 925.

205 J. Stalin an L. Berija, Sie müssen deportiert werden, Dokumente, Fakten, Kommentare, Moskau, Druschba Narodow, 1992, S. 274f.

Der Vorsitzende des OBLISPOLKOM²⁰⁶, G. Kowalenko, hielt dagegen: »Es ist der einzige Weg, die Rechte der illegal Deportierten wiederherzustellen und den schwarzen Fleck reinzuwaschen ... Jenen, die jetzt in ihren Häusern leben, muss man die Lage erklären, sich entschuldigen und sie mit Kompensationsgeldern wieder nach Hause schicken.«²⁰⁷

Rusakow fragte, ob es nicht eine dritte Möglichkeit gäbe: Die Tschetschenen zurückkehren zu lassen, die neuen Bewohner aber nicht wieder zu vertreiben. Bei seinem nächsten Besuch in Moskau schloss Jakowlew sich dieser dritten Variante an. So kam es dann auch. In einem zweiten Erlass wurde das Rückkehrverbot aufgehoben. Am 24. November beschloss das ZK der KPSS die Wiederherstellung der nationalen Gebiete, allerdings in engeren Grenzen.

1. Die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rechte der deportierten Völker sind bisher nicht ausreichend. Die Rehabilitation und die Wiederherstellung der Legitimität der deportierten Völker unter den anderen Sowjetvölkern können damit nicht gewährleistet werden.
2. Weil die Deportierten so weit entfernt waren und ihre nationalen Autonomien so lange nicht existiert haben, fehlen die notwendigen Bedingungen für die Entwicklung dieser Nationen, ihrer Wirtschaft und Kultur. Im Gegenteil, es gibt das Risiko, dass ihre nationale Kultur immer schwächer wird.
3. Das ZK glaubt, dass es notwendig ist, die nationale Autonomie der Kalmücken, der Karatschajer, der Balkaren, Tschetschenen und Inguschen wiederherzustellen, um das entstandene Unrecht wieder gut zu machen. Die Rückkehr wird erlaubt, aber ausschließlich freiwillig. Wer will, kann in den neuen Gebieten bleiben. Die sowjetischen Organe sollen dies mit Maßnahmen fördern.²⁰⁸

Abschließend hieß es in dieser Entscheidung:

Das ZK ist sicher, dass die Wiedereinführung der nationalen Autonomien der Kalmücken, der Karatschajer, der Balkaren, Tschetschenen und Inguschen ihre ökonomische und kulturelle Entwicklung erleichtern wird und zur weiteren Verbesserung der ewigen brüderlichen Freundschaft der Nationen der Sowjetunion beitragen wird.²⁰⁹

206 OBLISPOLKOM steht für Oblastnoi Ispolnitelnyi Komitet wird übersetzt als Bezirks-Exekutiv-Komitee und bedeutet Regierung. Die Macht aber lag in der Sowjetunion immer bei den Parteiorganen.

207 W. Rusin, Die Würde der Stolzen. Naltschik, 2005, S. 271.

208 ZK-Entscheidung, GRANI-Archiv, Fond 89, Peretschan 61, Dok 13, S. 65/2 ff., auch in: A. Nekritsch, Die bestraften Völker, S. 114f.

209 ZK-Entscheidung, GRANI-Archiv, Fond 89, Peretschan 61, Dok 13, S. 7/70.

Bereits 1956 waren laut Nekritsch 25.000 bis 30.000 Inguschen und Tschetschenen in ihre Heimatgebiete zurückgekehrt. Am 9. Jänner 1957 wurde der »Erlass über die Wiederherstellung der Autonomen Republik Tschetschenien-Inguschetien« in der Sowjetunion beschlossen: »Der Erlass vom 7. März 1944 und der zweite Punkt des Erlasses vom 16. Juli 1956, der das Verbot der Rückkehr beinhaltet, werden hiermit außer Kraft gesetzt.«²¹⁰

Der russische Schriftsteller Alexej Kosterin, Kriegskommissar im Bürgerkrieg 1917 im Nordkaukasus, fuhr 1957 nach Tschetschenien, um die Heimkehr zu beobachten. Zur gleichen Zeit wurde der 40. Jahrestag der russischen Revolution begangen. »Die Demütigung der Tschetschenen und Inguschen wird fortgesetzt«²¹¹, schrieb Kosterin in einem Brief 1958 an den damaligen Generalsekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow: »Wie verlief ihre Rückkehr? Die russische Bevölkerung in Tschetschenien hätte vorbereitet werden müssen. Der Sekretär des OBKOM²¹² in Grosnyi, Genosse Jakowlew, aber hat zur Vorbereitung Truppen stationiert. Denn er war der Meinung, dass die Rückkehr der Tschetschenen ein großer Fehler sei.«

Gedeckt vom OBKOM wehrte sich die russische Bevölkerung heftig gegen die Rückkehr der Tschetschenen. »Sie dachten immer noch, alle Tschetschenen seien Banditen, Diebe und Komplizen von Hitler. Niemand widersprach diesen provokativen Reden. Außerdem wurden die Rückkehrer von niemandem empfangen. Abgesehen von den Milizen, die zehntausende Familien von Rückkehrern »willkommen hießen«. So wurden die Rückkehrer erneut zu Opfern. Die Todesrate, speziell unter den Kindern, war hoch. Das OBKOM unter Jakowlew hatte die Grundlage für einen interethnischen Konflikt gelegt«²¹³, analysierte Kosterin.

Die Tschetschenen konnten nicht in ihre Häuser zurück. Dort wohnten zumeist Awaren aus Dagestan, Georgier oder Russen. Nur in seltenen Fällen durften sie gegen Geld ihre alten Häuser zurückkaufen. Das ORGKOMITET, das für die Rück siedlung zuständig war, versuchte zwischen den neuen und alten Besitzern zu vermitteln. Der russische Beamte Wassili Rusin erreichte in mehreren Fällen einen Kompromiss: »Die Tschetschenen wurden zwar in ihre ehemaligen Dörfer, nicht aber in ihre Häuser zurückgelassen. Sie wurden in Zelten untergebracht. Manche wurden als Mieter in ihre eigenen Häuser aufgenommen.«²¹⁴

210 Brief A. Kosterin an N. Chruschtschow, zitiert nach: *Tak eto bilo*, (So war es, Die nationale Unterdrückung in der UdSSR während der Jahre 1919–1952), drei Bände, Dokumente, Erinnerungen, Folklore, Publikationen, Prosa, Poesie, Dramaturgie, 2. Band, *Rassiski Meschdunarodnyi Fond Kulturi*, Moskau, Insan, 1993, S. 228.

211 Ebenda, S. 230f.

212 Oblastnoi Komitet bedeutet Regionalkomitee oder besser Regionalregierung.

213 Brief A. Kosterin an N. Chruschtschow, zitiert nach: *Tak eto bilo*, S. 231.

214 W. Rusin, *Die Würde der Stolzen*, S. 283f.

Das OBKOM beschloss, dass die Tschetschenen nicht in die Städte durften, sondern aufs Land in weniger fruchtbare Gegenden und in die Berggebiete ziehen mussten. Den Rückkehrern wurden auch dort nur einige bestimmte Orte zugewiesen. Bis heute gibt es tote Auls. »Hätte man die Tschetschenen in ihre Häuser und Dörfer zurückkehren lassen, dann gäbe es heute keinen Krieg«,²¹⁵ meinte der Historiker Seschil.

Doch die sowjetische Bürokratie wollte Konflikte zwischen den alten und den neuen Bewohnern vermeiden. »Man gab den Tschetschenen Dokumente, in denen ihnen spezielle Arbeitsplätze und Wohnorte zugewiesen wurden. In Dörfern in Dagestan. Ohne dieses Zertifikat konnten die Tschetschenen nicht zurückkehren. Die Tschetschenen akzeptierten diese Vorgangsweise, weil sie wenigstens in die Nähe ihrer ursprünglichen Dörfer wollten«,²¹⁶ schrieb Dschabrailow Umalatow. Die Bewohner der Region Auchowski zum Beispiel durften nicht mehr in ihren alten Dörfern leben. Von Kompensation war ebenfalls keine Rede.

Am 16. Juli 1958 veröffentlichte die Regierung von Dagestan einen Erlass über einen speziellen Pass für die Tschetschenen. Nach diesem Dekret war es den Tschetschenen verboten, nach Chasawiurt zurückzukehren. Wer es tat, wurde zurückgeschickt. Chasawiurt war 1942 sehr nahe der Front gelegen. Den Tschetschenen wurde vorgeworfen, Kontakte mit den deutschen Fallschirmspringern geknüpft zu haben. In dem Dorf Auchjurt wurden damals 36 Menschen gefangen genommen, von denen 20 erschossen wurden. »Niemand von den Gefangenen kam jemals zurück.«²¹⁷

Der Vorwurf der Kollaboration wurde nie zurückgezogen, wie der Spezialpass 1958 zeigt. Illegale Rückkehr nach Chasawiurt wurde mit Gefängnis bestraft.

Gelani Inderbajew, Dozent für Literatur am staatlichen pädagogischen Institut Tschetscheniens, bekam bei seiner Rückkehr immer wieder, auch von den Behörden, zu hören: »Du bist ein »Sonderverschickter«. Geh dorthin zurück, wohin man dich deportiert hat!«²¹⁸ Man sandte ihm und anderen Tschetschenen eines Tages sogar Lastwagen für die Rücksiedlung nach Kasachstan.

Erst bei ihrer Rückkehr realisierten die Tschetschenen, dass fast alle Dörfer 1944 mit russischen Namen versehen worden waren. Eines hieß zum Beispiel Jermolowka, in Erinnerung an den russischen General Alexej Jermolow. 1918 war ein Denkmal für Jermolow zerstört worden. In den Fünfzigerjahren wurde es wieder aufgebaut. »Diese Tatsache verletzte die Tschetschenen besonders«, schrieb Kosterin in seinem Brief an Chruschts-

215 J. Seschil, *Schrammen auf den Trümmern*, S. 13.

216 *Tak eto bilo*, S. 242.

217 *Ebenda*, S. 243.

218 G. Inderbajew, *Ich habe den gleichen Weg wie das Volk gewählt*, aus: *Bestnik LAM* Nr. 1, Grosny, 2004, S. 28.

schow: »Denn viele Tschetschenen erinnerten sich noch sehr gut an den »Beschützer-Jermolow unter dem Zaren. Ich werde alles daran setzen, dass kein Tschetschene im Kaukasus bleibt«, hatte Jermolow gesagt. Hunderttausende Tschetschenen leben seitdem in Syrien und der Türkei.«²¹⁹

Kosterin wies auf eine weitere absichtliche Kränkung der Rückkehrer hin: Ein Monument für Aslanbek Scharipow, den ersten tschetschenischen Kommunisten 1919, wurde zum 40. Jahrestag der Russischen Revolution zerstört. Auch der Gikalo-Platz, der nach dem ersten Kriegskommissar aus Tschetschenien benannt worden war, bekam einen neuen Namen. Dafür wurde eine der Straßen in Grosnyi nach Josef Stalin, dem Auftraggeber der Deportation, benannt.

Der Leiter des Organisationskomitees, Genosse Gairbekow, empfing Kosterin nicht einmal, um sich dessen Kritik anzuhören. Seine Fragen stellte Kosterin in dem Brief an Moskau: »Was macht das Organisationskomitee gegen diese bizarren Vorkommnisse, wenn ein Rückkehrer für viel Geld sein eigenes Haus von jemandem zurückkaufen muss, der dort umsonst gewohnt hat? Warum sind einige Dörfer Tschetscheniens wie Basorkino Ossetien zugeschlagen worden? Warum lässt man die Kosaken im Zentrum der Republik wohnen und die Tschetschenen müssen in den Randbezirken leben?«²²⁰

Dauerhafte Spannungen ergaben sich zudem daraus, dass das Gebiet nach der Zwangsumsiedlung systematisch von Russen und anderen Kaukasiern bevölkert worden war. »Die Osseten waren gegen ihren Willen in die Häuser der deportierten Tschetschenen und Inguschen geschickt worden«²²¹, sagte Galina Soldatowa vom Zentrum für psychologische Betreuung von Immigranten in Moskau. »Sie lebten in ständiger Furcht vor der Rückkehr der Tschetschenen. Diese Mine ging später hoch.« Die Tschetschenen forderten ihre Häuser zurück.

77.000 Osseten, Awaren und Darginier baten die regionale Führung, sie in ihre ursprüngliche Heimat zurückzusiedeln. Manchen wurde erlaubt, in die Region Auchowski nach Dagestan zurückzukehren.²²² Bis zum Jahr 1958 waren die meisten Dagestaner wieder in ihre angestammte Heimat zurückgekehrt. 36.000 Russen, die meisten qualifizierte Arbeitskräfte, verließen mit ihren Familien das Land.

Die meisten Tschetschenen hatten keine Arbeit, weil sie nicht in Kolchosen aufgenommen werden durften. Deshalb bekamen sie auch kein privates Land zur Gemüseanpflanzung zugeteilt. Sie blieben arbeitslos und hungrig. Wassili Rusin erzählte von der Personalpolitik im Landwirtschaftsministerium, in dem er damals arbeitete. Nur

219 Tik eto bilo, S. 231.

220 Ebenda, S. 233f.

221 G. Soldatowa, Interview der Autorin, Moskau, 15/03/04.

222 Vgl.: A. Nekritsch, Die bestraften Völker, S. 124.

Bewerber mit akademischem Abschluss durften angestellt werden. Die aus der Verbannung Heimkehrenden hatten aber in Kasachstan keine Universitäten besuchen können.

Diese Praxis wurde revidiert. 1958 wurde Jakowlew abgesetzt und ein verständigerer Mann, Alexander Trafimow, an seine Stelle gesetzt. 1959 gab man 28.000 Tschetschenen und 9.000 Inguschen die Möglichkeit, in die Stadt zu ziehen. Nach Grosnyi durften 22.000 Tschetschenen und Inguschen.²²³ Arbeit in der lukrativen Ölindustrie blieb ihnen freilich verwehrt. Höhere Bildung auch. Die Volksschulbildung am Land reichte nicht für ein Universitätsstudium. An der Universität in Grosnyi waren die Studienplätze für Tschetschenen eingeschränkt. »Wir haben uns damals nichts dabei gedacht«, erzählte die tschetschenische Psychologin Raissa Tagirowa²²⁴, »für uns war das normal«.

Unter den 8.997 spezialisierten Akademikern in Tschetschenien-Inguschetien waren 1959 nur 177 Tschetschenen und 124 Inguschen. Die Zahlen für die Mittelschulen sahen nicht viel besser aus. Von 14.150 Absolventen waren bloß 403 Tschetschenen und 248 Inguschen.²²⁵ Selbst wenn jemand in einer anderen Republik studieren konnte, fand er später selten Arbeit in Tschetschenien.

Auf dem Stundenplan der Arbeiterschulungen standen Lenins Arbeiten und seine Biografie, wird in einem Bericht des Tschetschenisch-Inguschetischen Komitees über das akademische Jahr 1958/59 berichtet. Außerdem wird lobend die Geschichte der politischen Bewegung in Tschetschenien vor der Revolution erwähnt. Es habe einen von den Bolschewiki organisierten Streik in Grosnyi im Jahr 1913 gegeben. Die Öl-Magnaten und der Zar hätten den Forderungen nachgeben müssen. Die Arbeiter hätten gewonnen. Das, hieß es in dem Bericht, »war der Anfang des mächtigen Aufstandes des Proletariats von Grosnyi vor dem Ersten Weltkriege«²²⁶. Als einziges Problem des Jahres 1959 wurde der Mangel an Büchern angeführt. Dass zu dieser Zeit gerade 10.000 Familien aus der Verbannung zurückgekehrt waren, wurde verschwiegen.

Die zurückgekehrten Kinder verdrängten oft die Demütigungen des Verbannungslbens. Sie wuchsen wieder in Tschetschenien auf und versuchten dort, ein »normales« Leben zu führen. »Wir kamen 1957 aus dem Exil zurück. Vater war entschlossen, in das Land seiner Vorfahren zurückzukehren, in das Soskiotar-Farmland in der Region von Gudermes. Von dort war unsere »Kulaken«-Familie schon in den dreißiger Jahren ins Exil geschickt worden. Bei unserer Rückkehr fanden wir kein Farmland vor und ließen uns

223 Zitiert nach: J. Seschal, Schrammen auf den Trümmern, S. 82.

224 R. Tagirowa, Interview der Autorin, Moskau, 18/03/04.

225 Zitiert nach A. Nekritsch, Die bestrafte Völker, S. 129.

226 Bericht, Archiv GRANI, Fond 5, Opis' 34, Del 69, Rolik 5743, S. 1.

auf einem Stück Brachland nieder, wir fingen buchstäblich bei Null wieder an«²²⁷, berichtete Zura Radujewa, die 1950 im Exil in Kasachstan geboren wurde.

Radujewa wurde später Schauspielerin am Theater in Grosnyj. Vor der Zerstörung der Stadt spielte sie in der Produktion ›Scheich Mansur‹ die russische Zarin Katharina die Große. »Es war die erste ›böse‹ Rolle meines Lebens«²²⁸, erzählte sie, »und die Rolle hat eine gewisse Ironie für mich. Meine Mutter war nämlich auch Deutsche. Als dreijährige Waise wurde sie von einer tschetschenischen Familie adoptiert und gemeinsam mit deren Kindern aufgezogen. Ich konnte die Rolle also nicht ablehnen, obwohl ich Katharina die Große dafür hasste, dass sie den gesamten Kaukasus unterworfen hat. Gleichzeitig fand ich sie als Frau und Persönlichkeit toll. Ich spielte also eine Russin mit deutschen Vorfahren, dabei fühlte ich mich ganz gegenteilig: Als Tschetschenin mit deutschen Wurzeln trat ich für die Unabhängigkeit meines Landes ein. Auf dem Höhepunkt meines Monologs, als ich sagte ›... alle diese Bergvölker zu unterdrücken ...‹, hörte ich deutlich jemanden im Publikum ein Schimpfwort zischen. Die Aufführung dauerte drei Stunden, die Spannung im zum Platzen vollen Zuschauerraum wurde immer größer und wenn jemand auf mich geschossen hätte, wäre es ein wunderschöner Tod gewesen. Nachher tröstete mich der Regisseur hinter den Kulissen: ›Wenn sie dich beschimpfen, dann weißt du, dass du hervorragend gespielt hast.‹«

»Unzuverlässiges Volk«

»Der Ausgangspunkt der tschetschenischen Tragödie war die Deportation 1944. Nach ihrer Rückkehr waren die Tschetschenen nicht mehr Herren über ihr Land, sie glichen Schatten ihrer selbst, ein unterdrücktes Volk. Während der gesamten sowjetischen Ära wuchs eine Generation nach der anderen als verlorene Generation auf«²²⁹, schrieb der Historiker Seschil.

Der nationalen Katastrophe öffentlich zu gedenken war zu Sowjetzeiten undenkbar. Auch wenn 1956 die Anklage wegen Massenverrats fallen gelassen wurde, galten die Tschetschenen weiterhin als ein »unzuverlässiges Volk«. Kurz nach Chuschtschows Rede auf dem XX. Parteitag war es zumindest im Zentralkomitee der KPSS möglich, an der Deportationspolitik Stalins Kritik zu üben. So sagte Genosse Ignatow am 5. September 1958 vor dem Plenum des ZK:

227 LAM, Chechnya, *The Right to Culture*, S. 71.

228 Ebenda, S. 73.

229 J. Seschil, *Schwammen auf den Trümmern*, S. 84.

Unter Stalins Herrschaft wurden Lenins Prinzipien hinsichtlich der Nationen²³⁰ wegen des Personenkults untergraben. 1943–44 wurden eine Anzahl von Nationen umgesiedelt und ihre autonomen Republiken aufgelöst. Dies wurde von Genosse Chuschtschow zu Recht verurteilt ... Die Beschlüsse des XX. Parteitag bescheinigten diese Repressionen als falsch. Sie waren nicht durch den Krieg notwendig geworden, sondern ein Nebeneffekt des Personenkults um Stalin und ein Bruch mit den Kernprinzipien der Nationenpolitik unserer Partei ...

Das Zentralkomitee der KP erachtete es als notwendig, diese unfairen Maßnahmen zurückzunehmen und die nationalen Autonomien von Kalmücken, Karatschajen, Balkaren, Tschetschenen und Inguschen wiederzuerrichten.²³¹

Ignatow fuhr fort, dass 60.000 tschetschenische und inguschische Familien zurückkehrten und Unterstützung für Wohnungsbau und Arbeitssuche vom Staat erhielten. Die Mehrheit der Rückkehrer hätte Arbeit gefunden. Doch sein Bericht enthielt nicht nur Lob.

Dennoch muss man sagen, dass die Partei und die sowjetischen Organe die Rückkehr der Tschetschenen und Inguschen nicht gut genug vorbereiteten und sich nicht um die nationalen Besonderheiten kümmerten. Die Sicherheitsorgane schritten nicht entschlossen genug ein, als es zu feindlichen Akten gegen Einzelne kam.²³²

Die russische Bevölkerung in Tschetschenien begehrte gegen die Rückkehrer auf und verlangte während Ausschreitungen im August 1958, dass die Tschetschenen und Inguschen die ASSR wieder verlassen.²³³ Die Unruhen begannen am 26. August.²³⁴ Drei Tage vorher hatte ein russischer Marine-Soldat eine Frau zum Tanzen aufgefordert, die wiederum die Freundin eines Inguschen war. In der darauffolgenden Prügelei starb ein russischer Arbeiter einer Chemiefabrik. Der Begräbniszug am 26. August führte am Gebäude des Regionalkomitees vorbei und entwickelte sich zu einer Demonstration. Eine Frau kletterte auf einen Lastwagen und forderte eine Verfügung mit drei Befehlen: Erstens sollten die Tschetschenen und Inguschen erneut deportiert werden; zweitens sollte in ihren Häusern nach Waffen gesucht werden und im Falle des Falles sollten die Besitzer sofort exekutiert werden; drittens sollte die russische Vorherrschaft konsolidiert werden.

230 Auf dem VIII. Parteitag der KP im März 1919 setzte Lenin die Aufnahme des Punktes über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ins Programm durch. Bucharin hatte gegen die Gleichberechtigung der Nationen unter dem Vorwand argumentiert, dass dies die Vereinigung der Proletariat verschiedener Nationalitäten behinderte.

231 Bericht, Archiv GRANI, Fond 2, Opis' 1, Del 329, Rolik 6257, S. 31.

232 Ebenda, S. 32.

233 Vgl.: M. Lenhard, Der Konflikt in Tschetschenien, S. 5.

234 Vgl.: A. Nekritsch, Die bestraften Völker, S. 126.

Der Präsident des ZK der KPSS entsandte am 27. August die Genossen Tschurajew und Jassnow, um den Partei- und sowjetischen Organen zu helfen, die Ordnung wiederherzustellen.

Sie kamen um neun Uhr abends an, sprachen mit dem Ersten Sekretär des Stadtkomitees der KP, dem Genossen Schepelzew, und den Kommissaren des nordkaukasischen Militärbezirks Pljewa und Waschura. Die Lage in der Stadt war sehr gespannt. 10.000 Menschen waren im Stadtzentrum zusammengelassen, aufgerufen von antisowjetischen Elementen und Unruhestiftern. Die Meute warf die Fensterscheiben des OBKOM-Gebäudes ein, drang in das Haus vor, verwüstete alles, zerbrach das Mobiliar, zerstörte und entwendete Gegenstände, verprügelte einige OBKOM-Führer. Vom Balkon des besetzten Gebäudes aus wurden Reden gehalten und antisowjetische Flugblätter hinuntergeworfen. Dann rief die Meute dazu auf, den Mörder zu lynchen²³⁵. Sie forderten den Rücktritt der für die Rückwanderung der Tschetschenen und Inguschen zuständigen Beamten und forderten die Liquidierung der Republik.

In diesem Zusammenhang wurden Truppen einberufen, denen gesagt wurde, sie sollten auf keinen Fall ihre Waffen einsetzen ... Am 28. August herrschte bereits wieder Ruhe und am 30. August konnten die Truppen abziehen.²³⁶

Doch die Tschetschenen akzeptierten die russische Gerichtsbarkeit nicht. Auch deshalb, weil ihre Traditionen andere Gesetze kannten. Auch in den Sechzigerjahren gab es noch Fälle von Vendetta, in die Elias Almasow, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, gewissermaßen der Sprecher der gesetzgebenden Versammlung, eingreifen musste.

Politische Aktivität war den Tschetschenen auch nach ihrer Rückkehr nur sehr beschränkt erlaubt. Als 1957 die Tschetschenisch-Inguschetische Republik wiedererrichtet wurde, schickte die KPdSU eine Abordnung von tschetschenisch-inguschetischen Männern sechs Monate nach Moskau zur Ausbildung. Darunter waren Tschachikijew, ein Ingusche, der später Zweiter Sekretär der tschetschenisch-inguschetischen KP wurde; Aslan Aslanbekowitsch, ein Tschetschene; Abdul Hamid Masbijew, ein Ingusche; Gajew Berkuw, ein Tschetschene, der später Premierminister wurde; und Mias Almasiow, ein Ingusche. Diese ausgewählten Männer, allesamt loyal zur Sowjetunion, bildeten in den Jahren danach den Grundstock der tschetschenisch-inguschetischen Politikerriege, von denen Moskau keine Kritik zu fürchten brauchte.

Außerhalb der KP-Kader freilich begannen die Tschetschenen in den Sechzigerjahren politisch wieder die Köpfe zu heben. In einem Dokument an das ZK der KPSS beschrieb der Präsident des KGB, V. Simitschastnij, am 14. April 1966 die »nationalistischen und chauvinistischen Manifestationen unter der Intelligenzija und der Jugend der tschetsche-

²³⁵ Im russischen Original wird hier der Begriff *Samosud* (Selbstjustiz) verwendet.

²³⁶ Bericht, Archiv GRANI, Fond 2, Opis' 1, Del 322-330, Rolik 6257, S. 31-34.

nisch-inguschetischen ASSR und das Ansteigen von interethnischen Vorfällen²³⁷: »Die Tschetschenen und Inguschen hegen gegenüber anderen Nationalitäten in der Republik, besonders gegen die Russen, feindliche Gefühle. Die tschetschenischen Schriftsteller Magomed Mamakajew und N. Mursajew haben geschrieben, dass die Russen alle Direktorenposten innehaben und dass sie die Interessen der Tschetschenen und Inguschen nicht vertreten. Sie schreiben, dass man die Russen nach Hause schicken, ihre Posten übernehmen und eine eigene Republik ausrufen sollte.«

1970 erschien ein Roman, der die nationalistischen Gefühle der tschetschenischen Leser anheizte: »Lange Nächte« von Abusar Aidamirow bot einen eindrücklichen Bericht der tschetschenisch-russischen Kriege im 19. Jahrhundert. Auch der Massenexodus in das Osmanische Reich wurde beschrieben. Die spätere tschetschenische Nationalhymne wurde dem Liedschatz des Bandes entnommen. Das Buch entfaltete seine Wirkung erst, als die Sowjetunion zerbrach: »Nationalistische Ideen der späten Achtzigerjahre entstanden in einer marginalisierten Intelligenzija, die in ihrer Jugend Aidamirow gelesen hatte und sich Chasucha Magomadow²³⁸ zum Rollenmodell nahm²³⁹, erzählte Aslan Dukajew, ein Englischlehrer aus Grosnyi.

Am Gedenktag der Deportation, dem 23. Februar 1973, kamen aus fünf Regionen Inguschetiens Demonstranten nach Grosnyi, um bei den Behörden eine Petition abzugeben, die von einigen Tausend Menschen unterzeichnet worden war. Es ging darin um die Region Prigorodni, die bis 1944 zu Inguschetien gehörte und nach der Deportation Nordossetien zugeschlagen wurde²⁴⁰.

Schon in den Jahren davor hatte es immer wieder Unruhen wegen der ungelösten Prigorodni-Frage gegeben. »Die Feindseligkeiten, die von nationalistischen und chauvinistischen Elementen angeheizt werden, führen immer wieder zu Exzessen und Zusammenstößen zwischen Tschetschenen und Inguschen²⁴¹, hieß es dazu 1963 in einem KGB-Bericht zum Thema Nationalismus für das Zentralkomitee.

237 B. A. Tischkow, *Die Gesellschaft in einem bewaffneten Konflikt*, S. 252.

238 *Legendärer Rebelle der Vierzigerjahre*.

239 A. Dukajew, *Tales of Chechnya*, *Transitions*, Mar 1998, No. 5, S. 83f, zitiert nach: T. De Waal, *Zwei Jahrhunderte Konflikt. Eine Einführung*, in: F. Hassel, *Der Krieg im Schatten. Tschetschenien und Russland*, subkamp edition 2326, Frankfurt, 2003, S. 22.

240 Der Grund, warum Prigorodni nicht an Inguschetien zurückgegeben wurde, wie die anderen inguschetischen Gebiete, könnte nach Angaben von ZK-Dokumenten gewesen sein, dass Prigorodni ursprünglich ein Gebiet war, in dem Kosaken und Nogajer angesiedelt waren. Die Behörden wollten keinen Präzedenzfall schaffen, indem sie den Inguschen eine Region gaben, die dann wieder von anderen beansprucht hätte werden können.

241 Bericht, *Grani-Archiv, Fond 2, Opis' 1, Del 626, Rolik 6306*, S. 90.

1973 forderten die Petitionisten aber nicht die Rückgabe von Prigorodni, sondern bloß, dass die Inguschen in dieser Region die gleichen Rechte wie die anderen Bewohner haben sollten.

Die Petition blieb erfolglos. Einige Tage lang kam es zu Ausschreitungen in Grosnyi. Hohe Funktionäre wie der Präsident des sowjetischen Ministerrates Salominzew kamen in die Stadt, um die Lage zu beruhigen. Trotz der Zusicherungen, nicht mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen, wurde der harte Kern der Protestbewegung mit Wasser-schläuchen und Knüppeln zum Aufgeben gezwungen. Die meisten Demonstranten waren schon mit Lastwagen wieder in ihre Dörfer zurückgebracht worden. »Wir wollten in unsere Heimat zurück. Dafür hat man uns ins Gefängnis gesteckt«²⁴², sagte der inguschische Agrartechniker Aslan Artschakow. »In den Zeitungen wurde darüber wie üblich nicht berichtet«, schrieb Alexander Nekritsch, »erst einige Zeit später gab es eine Art Untersuchung der Vorfälle und dies wurde in der Zeitung ›Der Arbeiter von Grosnyi‹ erwähnt.«²⁴³

Die interethnischen Spannungen verstärkten sich in den kommenden Jahren. Nekritsch nennt dafür drei Gründe: Erstens, der Einfluss der ›Rod‹, der Clans, die sich die Posten nach Familienbanden aufteilten. Nach den Februarunruhen kam es im März, April und Mai beim 10., 11., 12. und 13. Plenum des OBKOM zu Aussprachen. Der Chef des KGB der Republik, B. I. Schigalow und der Sekretär des OBKOM, M. A. Kirimow, erklärten, dass es unbedingt notwendig sei, damit aufzuhören, »Personen nach Clan-Verbindungen auszuwählen«.

Der zweite Grund, so Nekritsch, war der Einfluss des Islam auf einen Großteil der Bevölkerung. Nach den inoffiziellen Angaben eines georgischen Historikers gab es 150 verschiedene islamische Gruppen und Sekten. 1973 stellte man fest, dass sich während des Hadsch nach Mekka der religiöse Fanatismus verstärkte. Im ›Arbeiter von Grosnyi‹ wurde vermerkt, dass »die islamische Führung wie ein Staat im Staat agierte«. Mit Unterstützung der Mullahs wurden die sogenannten ›Kchel‹, die geheimen Gerichte eingeführt. Die ›Kalim‹, die Entführungen von Frauen zum Zwecke der Heirat, fanden weiterhin statt.

Der KGB versuchte, die religiösen Fundamente zu untergraben. Wenn ein Tschetschene seinen Sohn beschneiden ließ, drohten ihm sofort Probleme mit dem Sicherheitsapparat. »Die Parteiorgane und der Sekretär des OBKOM, der zuständig für den KGB war, Dorochow, versuchten die Tschetschenen dazu zu bringen, ihre nationalen Traditionen aufzugeben ... Auf die Frauen wurde eingewirkt, ihre Kopftücher abzulegen.«²⁴⁴ Im KGB-Jargon hieß dies ›Kampf gegen Rudimente‹.

242 A. Artschakow, Interview der Autoren, Nasran, 23/03/2004.

243 A. Nekritsch, *Die bestraften Völker*, S. 132.

244 W. Rusin, *Die Würde der Stolzen*, S. 383.

Außerdem erschienen in der lokalen Presse Artikel mit dem Inhalt, dass die Politik der Zaren gegenüber dem Kaukasus – wie der Einsatz des »Würgers« Jermolow – nicht schlecht gewesen sei. Der Sekretär des OBKOM, M.O. Bursotanow, wurde im »Arbeiter von Grosny« mit den Worten zitiert, dass »die Einbindung der Tschetschenen und Inguschen in Russland progressiven Wert hatte, sonst wären sie nie eine sozialistische Nation geworden.«²⁴⁵

Weder auf föderaler noch auf lokaler Ebene gab es politische Repräsentanten der Tschetschenen und Inguschen an der Spitze der Sowjetorgane. Nicht einmal die regionale KPdSU von Tschetscheno-Inguschetien wurde von einem Tschetschenen oder Inguschen geführt. Für die Autonome Sowjetrepublik Tschetschenien sprach als Erster Generalsekretär immer ein Russe. Rusin hielt dies für den schwersten Fehler der Anfangszeit: »Mehr noch: Jeder Erste Sekretär blieb nur fünf oder sechs Jahre in Tschetschenien.«²⁴⁶ Die meisten Russen hatten kein Vorwissen und wenig Kontakt zu der Bevölkerung, die er regieren sollte.

Erst unter Michail Gorbatschow wurde Doku Sawgajew im Zuge der Perestroika 1989 als erster Tschetschene Erster Generalsekretär der lokalen KPdSU. Er war vorher Zweiter und davor Dritter Generalsekretär gewesen. Bis Ende der Achtzigerjahre war es sowjetische Tradition, als zweiten Generalsekretär einen Tschetschenen und als dritten Generalsekretär einen Inguschen einzusetzen – oder umgekehrt.

Nach dem Abgang des letzten russischen KP-Chefs in Tschetschenien, Wladimir Fo-tejew, setzten die Tschetschenen in ihrer Sektion einen der Ihren durch. Doku Sawgajew wurde 1942 in Tschetschenien geboren und wuchs in der Verbannung in Kasachstan in der Region Petropawlowsk auf. Er begann als einfacher Arbeiter in einer Kolchose und arbeitete sich zum Manager in der verstaatlichten Industrie hinauf.

Manche der ZK-Mitglieder in Moskau hielten ihn für einen guten Politiker, schrieb Seschil: »Sawgajew war in der Kunst des Machtspiels und der Parteiintrige bewandert.« Das bewahrte ihn allerdings nicht vor der völligen Fehleinschätzung der Perestroika. »Er glaubte fest daran, dass die Partei mit dem internationalen Imperialismus und dem Volk nur ihr Spiel trieb. Bis zum Schluss wartete er darauf, dass die Partei durchgreifen würde.«²⁴⁷ Im Machtkampf zwischen Gorbatschow und Jelzin stellte sich Sawgajew auf Gorbatschows Seite. Als Chef der Republik war er finanziell und organisatorisch abhängig von der Zentralregierung.²⁴⁸

245 Zitiert nach A. Nekritsch, *Die bestrafen Völker*, S. 135.

246 W. Rusin, *Die Würde der Stolzen*, S. 314.

247 J. Seschil, *Schrammen auf den Trümmern*, S. 26f.

248 Nach Ausbruch des ersten Tschetschenisch-Russischen Krieges 1994 gehörte der sowjetisch denkende Sawgajew eindeutig einer untergegangenen Epoche an. Dennoch brachten ihn die Russen – Zeichen

«Die eigenen Leute konnten ihn nicht leiden, weil unter seiner Führung Protektionismus und Korruption gang und gäbe waren», stellte der Historiker Tischkow fest: »Außerdem spielten einige seiner privaten Konflikte im öffentlichen Leben der Republik eine große Rolle. Als sein Konkurrent Ruslan Chasbulatow Rektor der Universität Grosnyi werden wollte, waren dort schon Sawgajews Geschwister tätig. Sawgajew schickte Chasbulatows Kandidatur nie nach Moskau. Chasbulatow war sehr gekränkt.«²⁴⁹

Für Tischkow handelt es sich bei dem Widerstand gegen Sawgajew um eine Mischung aus Missgunst – »Bisher waren es nie Tschetschenen, sondern immer Russen gewesen, die auf dem Posten des Generalsekretärs gesessen hatten«²⁵⁰ – und Neid: »Wir sollten Sawgajew nicht durch Dudajew ersetzen«, meinte ein tschetschenischer Würdenträger, als Dudajew Sawgajews Nachfolger wurde. »Wir haben die Sawgajews schon so viel gefüttert, jetzt müssen wir bei den Dudajews wieder bei Null anfangen.«²⁵¹

Die Deportation von 1944 wurde bis in die späten Achtzigerjahre gerechtfertigt. 1988 etwa erschien in der sowjetischen Zeitung »Kommunist« ein Artikel, in dem es hieß, dass »sich während des Großen Vaterländischen Krieges« das wahre Gesicht der antisowjetischen Elemente gezeigt hat ... Verräter und Feinde der sowjetischen Autoritäten ... bildeten terroristische Gruppen, begingen Sabotage-Akte und ermordeten Parteiaktivisten ... Ihre schmutzigen Verbrechen führten unter anderem zu der Tragödie, die Tschetschenen und Inguschen dann befiel – die Massenvertreibung aus ihrem Heimatland.«²⁵²

»Bis Anfang der Neunzigerjahre wurde kein einziges Buch zum Thema Deportation publiziert«, erklärte die Historikerin Sapijat Zuzulajewa²⁵³. Die tschetschenische Historikerin war die erste, die sich überhaupt mit diesem Thema auseinandersetzte. Zuzulajewa konnte ihre Dissertation weder in Grosnyi noch in Moskau verteidigen. Nur in Kasan, der Hauptstadt von Tatarstan, wurde sie als Doktorandin angenommen.

Erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann »der Abschied vom blinden Dogmatismus der marxistischen Methodologie. In den letzten zehn Jahren hat eine

einer hilflosen Kaukasuspolitik – 1995 wieder zurück ins Spiel. Sawgajew wurde von Moskau als tschetschenischer Ministerpräsident eingesetzt. Wie später wählte Moskau mit Sawgajew einen Politiker, der unter den Tschetschenen besonders unbeliebt war.

249 B. A. Tischkow, *Die Gesellschaft in einem bewaffneten Konflikt. Ethnografie des tschetschenischen Krieges*, S. 112.

250 Ebenda, S. 113.

251 Ebenda.

252 A. Avtokhanov, *The Chechens and Ingush during the Soviet Period and Its Antecedents*, aus: M. Bennigsen Broxup et al., *The North Caucasus Barrier: The Russian Advance towards the Muslim World*, London, 1992, S. 189.

253 S. Zuzulajewa, Interview der Autorin, Nasran, 25/03/2004.

neue Periode in der Geschichtsschreibung begonnen«²⁵⁴, schrieb sie in ihrer Dissertation. Jahrzehntlang war es verboten, auch nur die Tatsache zu erwähnen, dass es eine Deportation gegeben hatte.

Erst mit der Unabhängigkeit Tschetscheniens begann die Geschichtsschreibung zur Deportation. Im Kaukasus wie in Moskau erschienen innerhalb weniger Jahre mehrere Bücher. Zum 50. Gedenkjahr an das Massaker von Chaibach erschien 1994 eine Sondernummer der auf Russisch publizierten Zeitung »Arbeiter von Grosnyj«, in der die persönlichen Schicksale der Bewohner von Grosnyj anhand von Zeugnisaussagen beschrieben wurden.

Auch zum 60. Jahrestag der Deportation konnten trotz der neuerlichen politischen Repression seitens der Russen in der lokalen Presse der Nachbarrepublik Inguschetien historische Artikel zur Deportation erscheinen. In der Zeitung »Tschetschenische Gesellschaft« wurde im März 2004 eine Artikelserie des Historikers Wacha Murtasalijew über die Deportation 1944 publiziert²⁵⁵.

Diese Artikel in der lokalen Presse entstanden auf Basis von Dokumenten, die durch die Öffnung der Archive Anfang der Neunzigerjahre zugänglich wurden. In der in Grosnyj auf Tschetschenisch publizierten Zeitung »Dajmoxk« wurde am 22. Februar 1992 dazu ein spezieller Bericht gebracht. Erstmals konnten die Tschetschenen in der Zeitung lesen, welche Telegramme Berija 1944 an Stalin geschickt hatte.

Zum ersten Mal seit der kurzen Tauwetterperiode unter Chruschtschow 1956 dachte Boris Jelzin Ende der Achtzigerjahre an Wiedergutmachung. Am 14. November 1989 erklärte der Oberste Sowjet der Sowjetunion, dass »die repressiven Akte gegen die Völker, die zwangsdeportiert wurden, als illegal und kriminell angesehen werden«.²⁵⁶ Das »Gesetz der RSFSR²⁵⁷ über die Rehabilitation der unterdrückten Völker« wurde am 26. April 1991 von Jelzin unterzeichnet.

Die Rehabilitation wurde in jeder Hinsicht geregelt: territorial (Artikel 6), politisch (Artikel 7) und sozial (Artikel 10): Die Schäden sollten in Etappen kompensiert werden. In Artikel 10 hieß es: »Den deportierten Bürgern wird ihre Zeit im Exil dreifach für ihren Pensionsanspruch angerechnet.« Auch an kulturelle Wiedergutmachung wurde ge-

254 S. Zuzulajewa, Die unterdrückten Völker des nördlichen Kaukasus in den Jahren des großen vaterländischen Krieges 1941–1945: Probleme der Historiographie, Kurzfassung der Dissertation, Kasan, 2001, S. 25.

255 W. Murtasalijew, Die rechtliche Lage der unterdrückten Völker des Nordkaukasus in ihren Verbannungs-orten, S. 3.

256 Zitiert nach: S. Zuzulajewa, Die unterdrückten Völker des nördlichen Kaukasus in den Jahren des großen vaterländischen Krieges 1941–1945, S. 21.

257 RSFSR steht für Rossijskaja Sowjetskaja Federativnaja Sozialistscheskaja Respublika und bedeutet Russisch-Sowjetisch-Föderalistische Sozialistische Republik.

dacht. »Artikel 11: Das spirituelle Erbe soll wiederhergestellt werden. Die unterdrückten Völker können ihre historischen Gebäude, Plätze und Straßen wieder so benennen, wie sie früher hießen.«²⁵⁸

Der Ingusche Aslan Artschakow erhielt anstelle seines Vaters, der während der Deportation 1944 starb, und seiner Mutter, die 1946 in Kasachstan starb, für den verlorenen Besitz der Familie im Jahre 2001 tatsächlich Kompensation: »8.000 Rubel haben sie mir gegeben, das ist der Wert von zwei Ziegen«²⁵⁹. Selbst diesen geringen Betrag bekamen zu dieser Zeit nur die Inguschen, die sich per Referendum 1991 dafür ausgesprochen hatten, in der Russischen Föderation zu bleiben.

Die Furcht vor einer Radikalisierung der tschetschenischen Separatistenbewegung wurde im Obersten Sowjet der Russischen Föderation angesprochen. »Dieses Gesetz kann angenommen werden, weil es die historische Gerechtigkeit wiederherstellt. Dennoch kann dieses Gesetz sehr schwerwiegende Folgen haben, nicht nur innerhalb der Russischen Föderation, sondern auch außerhalb. Wir haben viele Briefe von Leuten bekommen, die in den Gebieten der wiederangesiedelten Völker leben. Diese Menschen sind über die weitere Entwicklung der Dinge beunruhigt. Die Lage ist besonders schwierig in Nord-Ossetien und in der Tschetschenisch-Inguschetischen Republik.«²⁶⁰

Bevor die Bestimmungen für Tschetschenien ernsthaft umgesetzt werden konnten, brach zwischen Tschetschenen und Russen der jahrhundertalte Konflikt wieder auf.

258 Gesetz, GRANI-Archiv, Fond 89, Per 5, Dok 21, S. 2.

259 A. Artschakow, Interview der Autorin, Nasran, 23/03/2004.

260 Protokoll der Debatte im Obersten Sowjet der RF, GRANI-Archiv, Fond 89, Per 5, Dok 21, S. 23.

6. Die Kriege 1994 bis 2006

Unabhängigkeit 1991

Im Zuge der Perestroika begannen sich ethnische Gruppen wie die Wolga-Deutschen, die Krim-Tataren, nordsibirische Minderheiten wie die Ewenken oder eben die Inguschen und Tschetschenen intensiv und explosiv mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. »In vielen Fällen führte die Erkenntnis, dass sie von den Russen zu Opfern gemacht worden waren, bei diesen Völkern zu antirussischen Gefühlen«²⁶¹, schrieb Brian Glyn Williams. Er stellte einen klaren Zusammenhang zwischen Vergangenheitsbewältigung und steigendem Nationalismus her: »Die zunehmende Betonung der Erinnerung an die Deportation hatte politische und symbolische Wichtigkeit für Tschetscheniens Beziehungen mit Russland.«

Als Dschochar Dudajew, der erste Präsident des unabhängigen Tschetschenien und ein ehemaliger Generalmajor der Luftstreitkräfte der UdSSR, 1991 an die Macht kam, ließ er eine Gedenkstätte für die Deportation errichten. Die Grabsteine, die dafür verwendet wurden, waren nach der Deportation 1944 von den Friedhöfen entfernt worden und hatten zur Pflasterung der Strassen von Grosny gedient. Erst 1991 wurden die Grabsteine von den Straßen entfernt und ins Monument integriert. »Bis dahin waren die Deportationen ein Tabuthema«²⁶², schrieb der Journalist Timur Aliew.

Dudajew sagte bei der Einweihung des Denkmals am 23. Februar 1993: »Von heute an wird der 23. Februar kein Tag der Trauer mehr sein. Ich rufe mein Volk auf, nicht mehr zu trauern. Wir werden nicht weinen, um dem Reich zu gefallen.«²⁶³

Die tränenlose Vergangenheitsbewältigung führte die Tschetschenen geradewegs in einen politischen Radikalisierungsprozess voller Trotz und Zorn: Im November 1990 rief der Volkskongress der Tschetschenen die Unabhängigkeit der Republik Itschkeria aus und verabschiedete eine Erklärung über ihre staatliche Souveränität. Moskau gab sich immer noch der Illusion hin, die Abspaltungstendenzen würden sich nicht zu sehr verstärken.

In einem Bericht des Sekretariats des Zentralkomitees der KPSS hieß es am 21. Juni 1991: »Die Lage ist immer noch schwierig, die nationalistischen Kräfte werden stärker. Es gibt Versuche, alternative Machtorgane zu entwickeln. Entscheidungen und Maß-

261 B. G. Williams, *Commemorating 'The Deportation'*, S. 107.

262 T. Aliew, *Chechnya: Rewriting History*, S. 2.

263 Ebenda.

nahmen der Zentralorgane werden behindert. Es gibt Unordnung und Streiks, man ruft zu Neuwahlen auf. Sie wollen einen unabhängigen Staat. Die sich vertiefende politische Konfrontation eskaliert die Migrations-Probleme, vor allem Russen fühlen sich bedroht. Seit 1989 haben 60.000 Russen die Republik verlassen.«²⁶⁴

Nach einem Putsch der alten tschetschenisch-kommunistischen Nomenklatura parallel zum Moskauer Staatsstreich der reaktionären Sowjets wurde im August/September 1991 der Oberste Sowjet der Autonomen Republik Tschetschenien aufgelöst. Am 27. Oktober wurde Dudajew zum ersten Präsidenten der Republik gewählt. Sein Ziel: eine unabhängige Republik Tschetschenien.

Schon der Beginn der Unabhängigkeit war chaotisch. Das Geheimdienstarchiv in Grosnyj wurde geplündert. »Bei einer Kundgebung im Zentrum Grosnyjs wurde mir die Akte von Hussein Ismailow²⁶⁵ zugesteckt«, sagte Archivdirektor Magomed Musajew. »Später gab es die gestohlenen Akten nur noch zu kaufen. Die von Abdurahman Avtorchanov²⁶⁶ hätte ich für 120.000 Dollar kaufen können, aber dafür hatten wir kein Geld.«

Zum ersten Mal im 20. Jahrhundert gingen die Tschetschenen einen anderen Weg als die Inguschen. Die beiden Völker waren von den Russen jahrzehntelang in gleicher Weise schlecht behandelt worden. Das hatte sie lange Zeit zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt. Doch 1991 entschieden die 400.000 Inguschen in einem Referendum, dass sie im Verband der Russischen Föderation bleiben wollten. Im Vergleich zum ölreichen Tschetschenien fühlte sich das kleine inguschetische Volk nicht stark genug, um für seine Unabhängigkeit einzutreten.

Mit steigendem Nationalismus begannen die Tschetschenen die Inguschen in Tschetschenien zu diskriminieren. Viele Inguschen lebten damals in Grosnyj, der größten Stadt des nördlichen Kaukasus. Plötzlich wurde Brot nur noch an Leute verkauft, die in ihrem Pass einen Stempel hatten, der sie als Tschetschenen auswies. »Obwohl ich direkt neben dem Gastronom²⁶⁷ gewohnt habe und meine Nachbarn mich sehr gut kannten, haben sie mir kein Brot mehr gegeben«²⁶⁸, erzählte der inguschetische Agrartechniker Aslan Artschakow.

Nicht nur das Verhältnis zwischen den einstigen Leidensgenossen Tschetschenen und Inguschen verschlechterte sich. Tschetschenien rutschte zwischen 1991 und 1994 ins Chaos ab. Russland hatte genug damit zu tun, aus der Konkursmasse der Sowjetunion zu retten, was zu retten war. Am 12. März 1992 trat die neue tschetschenische Verfassung

264 Bericht, Gram Archiv, Fond 89, Per 20, Dok 69, S. 1

265 Legendarer Rebell der Vierzigerjahre.

266 Tschetschenischer Politologe und Sowjetologe.

267 Supermarkt.

268 A. Artschakow, Interview der Autorin, Nasran, 23/03/2004

in Kraft. Knapp danach unterschrieben in Moskau alle bisher Autonomen Republiken den Vertrag der Russischen Föderation. Die Tschetschenen unterschrieben nicht. Sie fühlten sich unabhängig. De facto blieben sie sich selbst überlassen. Russland verhängte ein Wirtschaftsembargo, das sich auf die kleine, vollkommen unvorbereitete Republik verheerend auswirkte. Als Dudajew den Föderationsvertrag doch noch mit Sonderbedingungen unterschreiben wollte, wurde dieses Ansinnen von der Zentralregierung in Moskau abgelehnt.

Verhandlungen über den endgültigen Status Tschetscheniens führten zu nichts. »Im August 1994 hatte sich Tschetschenien in ein Shakespearesches Königreich verwandelt – bewaffnete Gruppen terrorisierten das Land. Fixe Grenzen und Frontlinien gab es nicht«²⁶⁹, schrieben Carlotta Gall und Thomas de Waal.

Dschochar Dudajew hatte im estnischen Tartu eine kurze Lehrstunde in Nationalismus genommen. Die baltischen Republiken errangen in der Folge mit internationaler Unterstützung ihre Unabhängigkeit. Dudajews Irrtum, das Beispiel der Balten lasse sich analog auch in Tschetschenien erfolgreich anwenden, sollte sich als verheerend erweisen. Die westlichen Demokratien verhielten sich Tschetschenien gegenüber abwartend. Der tschetschenische General der sowjetischen Armee entwickelte sich zwar innerhalb kürzester Zeit zu einem fanatischen tschetschenischen Nationalisten, doch gelang es ihm als erstem Präsidenten der unabhängigen Republik «Itschkeria» nicht, Strukturen eines unabhängigen Staates aufzubauen.

»Dudajews Regime war auf dem niedrigst möglichen Stand der Popularität angelangt und begann vor unseren Augen zusammenbrechen«²⁷⁰, erinnerte sich Jegor Gaidar, »er hatte keine Kontrolle mehr über die Lage im Land«. Der in Bedrängnis geratene Präsident versuchte, Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen.

Statt diese Chance zu ergreifen, folgte die politische Führung in Moskau ihrer eigenen Logik: Um die xenophobe Stimmung gegen die Tschetschenen zu nutzen, Boris Jelzins Popularität zu erhöhen, dem ultranationalistischen Politiker Wladimir Schirinowski Stimmen abzujagen, um eine Öl-Pipeline von Aserbaidschan zum Schwarzen Meer zu nutzen, die durch Tschetschenien führte – aus all diesen Gründen schien es Moskau opportun, die Tschetschenen mit Gewalt in der Russischen Föderation zu halten. »Eine Verhandlungslösung wäre möglich gewesen«, glaubte Gaidar: »Doch statt dessen wurden in diesem Moment die größten und nicht zu entschuldigenden Fehler begangen.«²⁷¹

269 C. Gall, T. De Waal, Thomas, *Chechnya*, S. 137.

270 Zitiert nach: C. Gall, T. De Waal, *Chechnya*, S. 143.

271 Ebenda, S. 144.

Erster Tschetschenienkrieg 1994

Im November 1994 begann die große Zerstörung. »Der erste Tag des Krieges war für mich der 26. November«, erzählte Saïnap Batukajewa²⁷². »Ich nahm meinen neun Jahre alten Sohn bei der Hand, hängte eine Handtasche über meine Schulter, ließ meinen Blick noch einmal über meine Wohnung gleiten und ging. Ich bin nie wieder nach Hause zurückgekommen. Meine Verwandten sagten zu mir: »Wie konntest du einfach weggehen und nicht einmal deinen Pass mitnehmen?« Ich wusste nicht, was ich antworten sollte. Wie sollte ich erklären, dass ich so unbedingt zurückkommen wollte unter mein Dach, dass ich mir einredete, ich ginge nur für einen oder zwei Tage weg.«

Nach dem ersten Krieg von 1994 bis 1996 kam Saïnap Batukajewa nach Grosnyi zurück und arbeitete als Chetin des Zentrums für medizinische, psychologische und erzieherische Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen, genannt »Serlo«, in Grosnyi. Auch sie wurde 1956 in der Verbannung in Kasachstan geboren.

Der erste Tschetschenienkrieg der Neunzigerjahre war, wie alle zuvor, ein äußerst asymmetrischer Konflikt. Den 40.000 russischen Soldaten standen 1.000 tschetschenische Kämpfer gegenüber, behauptete der damalige Generalstabschef Aslan Maschadow. Die russische Armee brauchte trotzdem drei Monate, um die tschetschenischen Rebellen aus der Stadt zu jagen. Dieser desaströse Kriegsbeginn kostete die russische Armee Prestige und die Tschetschenen 27.000 Zivilopfer. Grosnyi lag danach in Trümmern.

In der zerstörten Hauptstadt installierte Moskau eine prorussische Regierung unter Salambek Chadshijew. Beslan Gantemirow bekam seinen Job als Bürgermeister von Grosnyi zurück. Parallel dazu entstand eine russische Führung Tschetscheniens unter Nikolai Semjonow, dem ehemaligen Ersten Sekretär des KP-Komitees von Grosnyi.

Die russische Offensive außerhalb Grosnyis wurde von den tschetschenischen Rebellen mit erbittertem Widerstand bekämpft. Präsident Dudajew und sein Generalstabschef Maschadow aber mussten bald erkennen, dass sie auf Dauer unterliegen würden.

Am 14. Juni 1995 begann eine neue Phase des Krieges: Schamil Bassajew, Anführer der radikalsten Fraktion der Rebellen, trug den Krieg über die Grenze nach Russland, in die Provinzstadt Budjonnowsk. Er besetzte das Krankenhaus der Stadt. Präsident Dudajew verurteilte die Operation. Nach tagelangen Verhandlungen und Schießereien, bei denen etwa 100 der 500 Geiseln starben, gab Russland nach: Bassajew entkam unverletzt. Auf Seiten der tschetschenischen Rebellen wurde Bassajew danach als Held gefeiert.

Die Rebellen radikalisierten sich zusehends. Die Spannung zwischen den »Wahhabiten« um Schamil Bassajew und der tschetschenischen Regierung wuchs. Bassajew

272 LAM, Hrg., Chechnya, The Right to Culture, S. 8.

war unter den Einfluss eines religiösen Eiferers namens Emir Chattab geraten, der mit seinem Gefolge schon in Afghanistan gegen die Russen gekämpft hatte. Chattab und zunehmend auch Bassajew und seine Kämpfer folgten der in Saudiarabien gebräuchlichen, auch von Al-Quaida-Erfinder Ossama ben Laden propagierten radikalislamistischen Interpretation des Koran.

Um den Kämpfern mit den langen Bärten den Wind aus den Segeln zu nehmen, erklärte der amtierende Präsident Janderbijew sogar die Scharia zum Rechtssystem der Republik, sowjetische und russische Gesetze wurden abgeschafft. Säkulare Gerichte wurden zugesperrt, ein Scharia-Höchstgericht geschaffen, dessen Rechtskodex jenem des Sudan nachempfunden worden war. Einige Mitglieder der Regierung waren Wahhabiten. Auch gesellschaftlich machten die religiösen Eiferer Druck. Die Frauen sollten gezwungen werden, sich zu verschleiern. Bis heute ist dies aber in Tschetschenien nicht Brauch geworden, obwohl das traditionelle Kopftuch allorts zu sehen ist.

Die Antwort der russischen Armee auf die Radikalisierung der Rebellen war unerbittliche Gewalt. 1996 betrug die Zahl der Opfer auf beiden Seiten nach verschiedenen Schätzungen 30.000 bis 100.000 Menschen. Die russische Statistik sprach von 30.000 bis 40.000 Toten. Die Menschenrechtsorganisation Memorial hielt 30.000 bis 45.000 Tote für eine realistische Zahl.

In Grosnyj wurden alle Gebäude, die für die tschetschenische Selbstständigkeit von Bedeutung waren, dem Erdboden gleichgemacht. Auch die Museen und Archive. »Unser Hauptarchiv war im Zentrum von Grosnyj. Eines neben dem Präsidentenpalast und eines neben der Tschechow-Bibliothek. Sie wurden völlig zerstört«²⁷³, schrieb Tatiana Gvosdikova vom Nationalarchiv der Tschetschenischen Republik: »Nur ein Archiv, das im Keller eines kaputten Wohnhauses untergebracht war, überlebte wunderbarer Weise.«

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe im Jänner 1995 traf der Vizechef des Staatsarchivdienstes Russlands in Grosnyj ein. Er kontaktierte die Archivleitung, fand das Dokumentationszentrum und stellte einen Militärposten dafür ab, das Gebäude zu bewachen. Kurz darauf wurde gerade diese Straße gebombt. Das Archiv ging in Flammen auf.

Gvosdikovas Bilanz: »Im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen 1994 bis 1996 wurden 80 Prozent der Dokumente des Nationalarchivs der Tschetschenischen Republik zerstört. Von 663.267 Dokumenten konnten nur 90.000 gerettet werden. Das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in unserer Republik von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu den Neunzigerjahren war in diesem Nationalarchiv aufbewahrt worden.«²⁷⁴

273 T. Gvosdikova, in: *Chechnya, The Right to Culture*, Polinform-Talburj Publishers, Moscow, 1999, S. 101.

274 Ebenda.

Aus vorrevolutionären Zeiten gab es nur 4.952 Dokumente. Das Material der Volkszählung, die von der Verwaltung des Zarenreiches durchgeführt worden war, galt als besonders wertvoll. Auch die Archive der Kommunistischen Partei, die 1991 Teil der Nationalarchive der Republik Tschetschenien geworden waren, stellten eine wichtige Quelle für die Sowjetperiode dar. Die meisten Dokumente wurden im Krieg zerstört.

Ebenso verloren gingen die Ergebnisse der Volkszählung durch den NKWD 1944 und die Registrierungsakte der Deportierten. Auch das Fotoarchiv mit 19.000 Fotos und 1.462.450 Mikrofilmen verbrannte. Die Bibliothek der Zeitschriften »Towarischtsch« (Genosse) oder »Grosnenskij Rabotschij« (Der Arbeiter von Grosnyi) wurde ebenfalls zerstört.

Im April 1996 wurde Dudajew durch eine russische Zielschrakete getötet. Trotzdem eroberten die Rebellen im August Grosnyi zurück. Dank des Einsatzes des russischen Generals Alexander Lebed – und Boris Jelzins Angst um seine Wiederwahl – konnte danach eine Verhandlungslösung gefunden werden. Die »Chassawjurter Erklärung« wurde am 31. August 1996 von Lebed und dem tschetschenischen Generalstabschef Aslan Maschadow unterzeichnet. Vornehmlich ging es darin um einen Waffenstillstand. Die politische Lösung sollte aufgeschoben werden.

Im Jänner 1997 gewann Maschadow die Präsidentenwahlen, im Mai unterzeichneten Boris Jelzin und der neue tschetschenische Präsident einen Friedensvertrag, in dem es hieß, die Unabhängigkeit Tschetscheniens werde um fünf Jahre verschoben. Die Lage in Tschetschenien aber stabilisierte sich nicht. »1998 ist Tschetschenien zu einem kriminellen El Dorado geworden«²⁷⁵, schrieb der deutsche Journalist Florian Hassel. Maschadow rief den Ausnahmezustand aus.

Zweiter Tschetschenienkrieg 1999

Im Sommer 1999 besetzten Schamil Bassajews Rebellen Bergdörfer in Dagestan. Im September starben mehr als 300 Russen bei Bombenanschlägen in und um Moskau. Im Dezember begann die russische Armee den Sturm auf Grosnyi. Die ohnehin schon im Winter 1994 zerstörte Stadt wurde noch einmal in Grund und Boden bombardiert. Im Februar 2000 lag die Stadt in Schutt und Asche. In diesem Winter starben nach Angaben der Menschenrechtsorganisation »Memorial« noch einmal 6.500 bis 10.500 Menschen.

Der Kampf der Rebellen verlagerte sich mehr und mehr auf einen Krieg gegen russische Zivilisten. Ab dem Jahre 2000 wurden Selbstmordattentate unter tschetschenischen Männern und Frauen populär (siehe Kapitel 9). Der russische Präsident Putin beschloss parallel dazu, den Konflikt zu »tschetschenisieren« und installierte in Grosnyi einen

275 E. Hassel, *Der Krieg im Schatten*, S. 240.

moskautreuen Statthalter: Ahmed Kadyrow. Der ehemalige Mufti der Tschetschenen hatte noch 1995 zum Dschihad gegen Russland aufgerufen. 1999 wechselte er die Seiten und ließ sich für russische Zwecke einspannen.

Am 23. März 2003 führte Russland ein Referendum in Tschetschenien durch. Die Tschetschenen nahmen eine Verfassung an, nach der ihr Land Teil der Russischen Föderation blieb. Der Text war von russischen Juristen ausgearbeitet und ohne Änderungen von der tschetschenischen Regierung dem Volk zur ‚Abstimmung‘ vorgelegt worden: »Der Autonomiegrad, der Tschetschenien als ‚Föderationssubjekt‘ zugebilligt werden soll, liegt weit unter dem sogenannten ‚Tatarstan-Modell‘, das häufig als Vorbild für politische Selbstbestimmung unterhalb der Eigenstaatlichkeit diskutiert wurde«²⁷⁶, kritisierte Uwe Halbach von der Stiftung ›Wissenschaft und Politik‹. Putin kann zum Beispiel den Präsidenten Tschetscheniens jederzeit entlassen.

Am 5. Oktober 2003 ließ Russland in Tschetschenien Präsidentenwahlen abhalten. Ahmed Kadyrow wurde mit großer Mehrheit ›gewählt‹ – von freien und fairen Wahlen konnte keine Rede sein. Diese wie alle weiteren Urnengänge fanden ohne internationale Beobachter statt, weil die Menschenrechtsorganisationen sich nicht als Feigenblatt benutzen lassen wollten.

»Wo ein ausländischer Aggressor im Vormarsch ist, da kann es keinen Bürgerkrieg geben. Wir werden die Besatzer von unserem Land jagen und die Beziehungen zwischen Russland und Tschetschenien beenden«²⁷⁷, sagte Aslan Maschadow im Oktober 2003. Interviews konnte der 1997 gewählte Präsident, der längst im Untergrund lebte, nur noch via Audiokassetten geben. Die Radikalisierung hatte auch vor ihm nicht haltgemacht.

Der Präsident Tschetscheniens von Russlands Gnaden, Ahmed Kadyrow, folgte in seiner Amtsführung der alten russischen Tradition, die Tschetschenen für ein ›unzuverlässiges Volk‹ zu halten. Obwohl selbst Tschetschene und Präsident Tschetscheniens ernannte er im März 2004 einen ethnischen Russen zum Premierminister der autonomen Republik. Sergej Abramow war bis 2003 Finanzminister in Grosnyi. Diese Bestellung begründete Kadyrow damit, dass »der Kreml tschetschenischen Bürgern in solchen Positionen kaum vertrauen würde«²⁷⁸.

Offenbar war auch das Vertrauen in ihn nicht sehr groß: Am 9. Mai 2004 fiel er einem Sprengstoffanschlag zum Opfer. Geplant wurde das Attentat von Schamil Bassajew. Der 9. Mai ist der Gedenktag des Sieges der Sowjetunion über Nazi-Deutschland. Kadyrow stand auf der Tribüne des Stadions von Grosnyi, als unter ihm eine Bombe explodierte.

276 U. Halbach, Das Verfassungsreferendum in Tschetschenien, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Russland/GUS, Nr.04, März 2003.

277 A. Maschadow, Audiokassetten-Interview mit *Le monde*, 09/10/03.

278 Zitiert nach: Moskauer Deutsche Zeitung, Nr. 6, März 2004, S. 2.

Zum starken Mann und Vertrauten des Kreml wurde daraufhin sein Sohn Ramsan ausgerufen. Der damals 27-jährige Mann leitete die Kadyrow-Milizen und galt als korrupter, brutaler Bandenführer. Kadyrow junior war für den Präsidentenposten, den man erst mit 30 Jahren einnehmen kann, noch zu jung. Ende August 2004 wurde daher Alu Achranow, ehemaliger Innenminister in der von Moskau eingesetzten Regierung, in ebenfalls gefälschten Wahlen zum Präsidenten gemacht. Mit Ramsan als Königsmacher und Chefbodyguard war die moskautreue, tschetschenische Führung auf ihrem moralischen Tiefpunkt angelangt.

Wie als Antwort kam es zu einer Welle von Terroranschlägen in Russland. Am 24. August wurden simultan zwei russische Linienflugzeuge in die Luft gesprengt. 90 Menschen starben. Eine Selbstmordattentäterin sprengte sich ebenfalls Ende August vor einer Metrostation in Moskau in die Luft. Zehn Menschen starben. Am 1. September besetzten vornehmlich tschetschenische Terroristen eine Schule in Nordossetien. Mindestens 332 Menschen, vornehmlich Kinder, starben bei dieser Geiselnahme in Beslan.

Die Schockwellen erreichten auch den Kreml. Am 7. September, wenige Tage nach dem blutigen Ende des Beslan-Dramas meinte Putin in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten über die Tragödie der Tschetschenen: »Bis zur letzten Kugel und dem letzten Blutstropfen«²⁷⁹ hätten die Tschetschenen an der Front gegen die Nazis gekämpft. Die Tschetschenen hätten proportional mehr Helden gehabt als andere ethnische Gruppen, sie seien ein »tapferes Volk«. Die Fehler der sowjetischen Führung seien mannigfaltig. Putin kritisierte die Deportation 1944 unter Stalin, viele Tausende seien schon auf der Fahrt in die Verbannungsorte gestorben. »Ich war in den Lagern im Norden, selbst heute ist es schrecklich zu sehen, was für Bedingungen dort herrschten.« All diese Ungerechtigkeiten gegenüber den Tschetschenen »hätten zu nichts anderem führen können als Separatismus«.

Dennoch verfolgte Wladimir Putin eine klare Strategie gegenüber den Tschetschenen, die diese Einsicht in die psychische Verfasstheit der Tschetschenen nicht widerspiegelte. Von Unabhängigkeit kann keine Rede sein. Der von Moskau eingesetzte Kadyrow-Clan sollte Ruhe herstellen, egal mit welchen Mitteln.

Am 8. März 2005 wurde Aslan Maschadow – der zwar machtlose und im Untergrund lebende, aber immerhin 1997 direkt und frei gewählte Präsident Tschetscheniens – von föderalen Truppen in einem Bunker im tschetschenischen Dorf Tolstoj-Jurt getötet. Eine Verhandlungslösung rückte damit in noch weitere Ferne: »Maschadow hat keinen Nachfolger, der Verhandlungen mit Russland befürworten würde«, meinte Anna Polikowskaja²⁸⁰.

279 W. Putin, Hintergrundgespräch, zitiert nach: *The Independent*, 04/09/2005.

280 A. Polikowskaja, Interview der Autorin, Moskau, 08/03/2005.

Gleichzeitig arbeiteten die prorussische Regierung in Grosnyj und die Moskauer Regierung im Jänner 2005 ein Autonomieabkommen aus, wonach die Teilrepublik Tschetschenien zwar Teil der Russischen Föderation werden, aber weitgehende Autonomie genießen sollte.

Im Abkommen enthalten war ein Plan, die 1991 beschlossenen Entschädigungen für die tschetschenischen Opfer des Stalinismus – die Deportierten von 1944 und die Zwangsumgesiedelten von 1957 – tatsächlich auszuzahlen. Taus Dschabrailow, der Vorsitzende des tschetschenischen Staatsrates, des Beratungsorgans der Regierung, sagte: »Allein diese Zahlungen würden Moskau Milliarden Rubel kosten!«²⁸¹

Vielleicht verdankte Putin Kadyrow senior die Einsicht, dass ein offizieller Akt der Wiedergutmachung für die Verbrechen von Josef Stalin der tschetschenischen Bevölkerung gut tun könnte. »Das Unrecht gegenüber den Tschetschenen ist nie gutgemacht worden«, klagte Kadyrow Senior in einem Interview mit »Interfax« anlässlich des 60. Jahrestages der Deportation im Februar 2004. »Das Gesetz zur Rehabilitierung der unterdrückten Völker wird nicht auf die Tschetschenen angewandt. Es müsste sich gegen jene richten, die aufgrund von ethnischer Herkunft Hass oder Ausschreitungen provozieren. Es sollte jene richten, die von dem Streit zwischen den Volksgruppen profitieren.«²⁸²

Im April 2005 begann die »Operation Entschädigung«. Deportierte, die 1944 eine Familie und ein Haus hatten, sollten mit 10.000 Rubel (knapp 300 Euro) entschädigt werden. Wer in der Verbannung geboren wurde, stand die Hälfte zu. Pensionisten sollten monatlich 200 Rubel zusätzlich erhalten.

An das Geld tatsächlich heranzukommen, war allerdings ein Spießrutenlauf. Denn mit der Wiedergutmachung verhielt es sich wie mit der Demokratie: Für beide gab es in Tschetschenien keine Voraussetzung. Die Verantwortlichen waren korrupt, die Bürokratie ineffizient und die Betroffenen vollkommen machtlos. Mit den Entschädigungen wurde Schindluder getrieben. Sogenannte »Vermittler« verlangten dafür, dass sie die nötigen Dokumente zusammenstellten, einen Teil der Kompensationsgelder. Oft verschwanden sie mit dem Geld. Andere brachten zwar Formulare, leiteten den Fall dann aber nicht weiter. Die Betroffenen konnten wenig dagegen tun.

Zwischen April und Dezember 2005 hatten rund 50.000 Tschetschenen einen Antrag auf Kompensation gestellt. 3.033 Deportierte wurden entschädigt. Von 93 Personen konnten keine Dokumente gefunden werden. Die übrigen Anträge – etwa 47.000 – werden zur Zeit noch bearbeitet.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow zeigte sich im Mai 2006 über die russische Strategie zur Befriedung der rebellischen Separatistenbewegung hoch zufrieden: »Die

281 Bericht in der »Nesawissimaja Gaset«, 25/01/2005.

282 Interview mit A. Kadyrow, Agentur Interfax, 23/02/2004.

Tschetschenen haben sich in einem Referendum dafür ausgesprochen, in der Russischen Föderation zu verbleiben, sie haben einer Verfassung zugestimmt, sie haben einen Präsidenten gewählt und ein Parlament und sie entwickeln sich jetzt voller Vertrauen im größeren Rahmen der Russischen Föderation. Das ist ein Beispiel, wie man ein Volk fragen kann, was es will.«²⁸³

Am selben Tag starben bei einem Terroranschlag in Inguschetien der stellvertretende Innenminister und fünf weitere Personen. Von «Vertrauen in den größeren Rahmen der Russischen Föderation» konnte im Nordkaukasus keine Rede sein.

Insgesamt sind nach Angaben von «Memorial» in den beiden Tschetschenienkriegen in den letzten zwölf Jahren bis zu 80.000 Tschetschenen gestorben. Bis zu 45.000 im ersten Krieg 1994 bis 1996, bis zu 10.500 im Bombardement von Grosnyi im Winter 1999–2000 und bis zu 25.000 in den darauffolgenden sechs Jahren, in denen man in Tschetschenien dem russischen Präsident Putin zufolge bereits in Frieden lebte.

Das Leben in Tschetschenien begann sich unter der Herrschaft Ramsan Kadyrows zu stabilisieren. Es gab zwar weiterhin keinen Rechtsstaat; Menschen verschwanden wie zuvor, junge Männer wurden auf Verdacht gefoltert und es gab keine Behörde, bei der die Verwandten sich wirkungsvoll nach ihrem Verbleib erkundigen, geschweige denn dagegen klagen konnten.

Doch so wie Sergej Lawrow war auch die tschetschenische Bevölkerung bereit, über diese Tatsachen hinwegzusehen. «Die Tschetschenen belügen sich selbst, weil sie es gerne hätten, wenn Ramsan Kadyrow ein mutiger tschetschenischer Führer wäre»²⁸⁴, meinte Alexander Tscherkassow von der Menschenrechtsorganisation «Memorial». «Sie sind müde, sie wollen Frieden. Deshalb akzeptieren sie, dass Kadyrow und der Kreml das Prinzip der »organisierten Kriminalität« für sich perfektionieren.»

Im April 2007 wurde Ramsan Kadyrow, gerade 30 Jahre alt, vom Kreml zum Präsidenten Tschetscheniens erklärt. Sein Auftrag: Die Überführung der Republik von der Anarchie zu einem Feudalsystem der organisierten Kriminalität. Wenn auch von einer Demokratie weit entfernt, so schienen die Bewohner froh, dass es nach 15 Jahren Krieg und Chaos wieder gewisse Regeln des Alltagslebens gab. Wladimir Putins Strategie, den Konflikt zu »tschetschenisieren« war zwar nicht von großem Erfolg gekrönt, weil der Terrorismus aus Tschetschenien nach Russland exportiert worden war. Vermehrt kam es zu Anschlägen in den an Tschetschenien grenzenden Nachbarrepubliken.

Doch innerhalb Tschetscheniens führte das Konzept zu einer temporären Beruhigung der Lage.

283 S. Lawrow, Interview der Autorin, G. Hoffmann-Ostenhof, A. Iwanowski, Moskau, 17/05/2006.

284 A. Tscherkassow, Interview der Autorin, Moskau, 24/05/2006.

7. Trauma und Nation

Kollektive Erinnerung und Nationalismus

»Jeder dritte heute lebende Tschetschene hat die Zwangsaussiedlung erlebt. Das schwere Trauma der Deportation ist auch jetzt noch spürbar in der panischen Furcht der tschetschenischen Bevölkerung vor einer Wiederholung, ihrer Neigung, hinter allem »die Hand des KGB« zu vermuten und Anzeichen für eine neuerliche Vertreibung erkennen zu wollen.«²⁸⁵

Dieses »chosen trauma«, das »gewählte Trauma«, beeinflusst das Volk nachhaltig, meinte Psychoanalytiker Vasmik Volkan: »Die Erinnerungen, Perzeptionen, Erwartungen, Wünsche, Ängste und andere Emotionen, die mit den Bildern der historischen Katastrophe verbunden sind, können ein wichtiger Identitätspfeiler des Kollektivs werden. Ebenso ist identitätsstiftend, wie sich eine Gruppe gegen eine Wiederholung der Katastrophe schützt. Jahre, sogar Jahrhunderte später, wenn eine große Gruppe neue Konflikte mit neuen Feinden erlebt, wird das gewählte Trauma reaktiviert, um die bedrohte Gruppenidentität zu konsolidieren und zu stärken.«²⁸⁶

Die gemeinsam erlebte »al-Nakbah«, die Katastrophe von 1948, schweißte die palästinensischen Flüchtlinge jahrzehntelang zusammen. Die Palästinenser kamen nur deshalb einem unabhängigen Staat so nahe, weil die palästinensischen Flüchtlinge und ihre politische Führung ihr »chosen trauma« pflegten. Teil dieser politischen Strategie war es, die Flüchtlingslager zu erhalten – auch dort, wo die Flüchtlinge integriert werden hätten können. Außerdem wurde die Erinnerung an Orte in Palästina wachgehalten, als wären dort nicht längst von den Israelis neue Verhältnisse geschaffen worden.

Ähnlich lag der Fall der Tschetschenen, vielleicht war die Situation dort noch extremer: Die Chance auf Unabhängigkeit von der russischen Übermacht war ausgesprochen gering. Die von den Russen seit 200 Jahren ausgeübte Repression, mit dem Höhepunkt der Deportation 1944, bestärkte die Tschetschenen in ihrem Streben nach Unabhängigkeit. Nach einer kurzen de facto unabhängigen Phase 1991 bis 1994 und 1996 bis 1999, die mit der Zerstörung der Republik durch die russische Armee endete, wurde Tschetschenien zurück in die Russische Föderation gezwungen. Russische Armee und tschetschenische Separatisten kämpfen nach wie vor gegeneinander.

285 A. Politkovskaja, Tschetschenien, Die Wahrheit über den Krieg, S. 321.

286 V. D. Vasmik, Traumatized societies and psychological care: Expanding the concept of preventive medicine, 11: 177–194, 2000.

Wie wichtig sind nun nationale Gründungsmythen für politische Bewegungen? Der palästinensische Historiker Rashid Khalidi merkte an: »Es wird über manche Identitäten oft gesagt – und im Falle der Palästinenser wird dies ständig getan, dass sie jung, unklar und künstlich sind, während andere Traditionen haben, die lang, tief verwurzelt und naturgegeben sind ... Diese Argumentation entbehrt jeder Vernunft.«²⁸⁷ Wenn das Gefühl einer nationalen Zugehörigkeit entstanden ist, dann ist dies ein *«fait accompli»*, das niemandem abgesprochen werden kann. Es spielt insofern keine Rolle, ob der palästinensische Nationalismus jüngeren Datums als der Zionismus ist.

Ob der Wunsch nach einem unabhängigen Staat von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird, ist eine andere Sache. Sinn und Unsinn nationaler Unabhängigkeitsbewegungen müssen von Fall zu Fall beurteilt werden.

Mit der Meinung, es sei müßig, die »Echtheit« einer Nation prüfen zu wollen, steht Khalidi nicht allein. Dabei gehe es oft nicht um die historische Wahrheit, wie der Historiker Eric Hobsbawm bemerkte: »Kein seriöser Historiker, der über Nationen und Nationalismus gearbeitet hat, kann ein überzeugter politischer Nationalist sein ... Nationalismus braucht einen zu großen Glauben an etwas, was ganz offensichtlich nicht wahr ist.«²⁸⁸

Der Politologe Benedict Anderson untersuchte die Schaffung von »imagined communities«²⁸⁹ in seinem gleichnamigen Klassiker der Nationalismusforschung. Alle Gemeinschaften seien erdacht, eingebildet oder erfunden, da ein Einzelner niemals alle Mitglieder seiner Nation persönlich kennenlernen könne. Anderson analysierte die Prozesse, die zum individuellen und kulturellen Gefühl einer Nation anzugehören in der Neuzeit führten: die Territorialisierung von religiösem Glauben; der Niedergang des antiken Königtums; die Interaktion von Kapitalismus und Buchdruck; die Entwicklung von Landessprachen; und die sich verändernde Konzeption der Zeit. Er zeigt zum Beispiel, wie die Gutenberg-Pressenicht nur die Volksbildung revolutionierte, sondern auch, wie die Möglichkeit, billig und schnell zu drucken, den Landessprachen zum Durchbruch verhalf: »Die Erhebung der Landessprachen zur Sprache der Machthaber trug wesentlich zum Niedergang der eingebildeten Gemeinschaft des Christentums bei.«²⁹⁰

Dem Christentum wie den Monarchien, die zumeist durch religiöse Unterwerfung und Heirat innerhalb der Königshäuser einen internationalen Charakter hatten, wurde die Macht vom neu entstehenden Nationalismus bald streitig gemacht. Ende des 18. und während des 19. Jahrhunderts führten diverse Erfindungen zu revolutionären Konse-

287 R. Khalidi, *Palestinian Identity*, S. XIII.

288 E. Hobsbawm, *Nations and Nationalism since 1788: Program, Myth, Reality*, Cambridge University Press, 1990, S. 12.

289 B. Anderson, *Imagined Communities*, 2003.

290 Ebenda, S. 42.

quenzen in Europa: »Zensus, Landkarte und Museum schufen eine menschliche Landschaft von perfekter Visibilität«²⁹¹, schrieb Anderson. Der Staat wurde immer mehr über das Staatsgebiet definiert. Dass sie über ein historisch angestammtes Siedlungsgebiet verfügten, nützte Tschetschenen und Palästinensern allerdings wenig.

Da sie am Rande der europäischen Entwicklung angesiedelt waren, profitierten weder Palästinenser noch Tschetschenen direkt vom Entstehen des Nationalismus im 19. Jahrhundert. Beide Völker hatten vielmehr damit zu kämpfen, dass äußere Mächte Anspruch auf ihr Land erhoben. Die Juden wanderten in Palästina ein, beriefen sich ebenfalls auf ein historisches Heimatrecht und begannen, parastaatliche Strukturen aufzubauen. Den Nordkaukasus dagegen hatte Russland schon im 18. Jahrhundert in sein Reich inkorporiert.

Beiden Völkern wurde das Recht auf nationale Selbstbestimmung von anderen abgesprochen. Sie kennen zwar ein historisch gewachsenes Territorium, können über dieses aber nicht selbst verfügen. Der Mangel an festen Grenzen hat zudem ein weiteres Problem der Lokalisierung der Palästinenser und Tschetschenen geschaffen. Palästina existierte für Moslems, Christen und Juden als »heiliges Land« über Jahrtausende in verschiedenen Ausformungen. Auch konkret hatte Palästina fließende Grenzen. Das Osmanische Reich setzte andere Grenzen als das britische Mandat. Für arabische Führer war Palästina Teil Arabiens und damit auch wieder ein ganz anderer Ort.

»So sehr staatliche Grenzen eine komplexe, zweideutige, fiktive, schwer zu definierende und schimärische Angelegenheit sind, so sehr werden sie benutzt, um kollektive Identität zu markieren und den eigenen Nationalismus zu verkörpern«²⁹², schrieb die israelische Historikerin Idith Zertal.

Im Falle der Tschetschenen bildeten sie zwar über Jahrhunderte den Kern des nordkaukasischen Widerstands gegen die Russen. Die Tschetschenen waren aber doch Teil des Vielvölkergemischs im Nordkaukasus. Bis heute gilt als der große Held der tschetschenischen Nationalbewegung einer, der kein Tschetschene war: Imam Schamil war ein Aware aus Dagestan.

Da Nationen nicht von Eltern gezeugt werden und ihre Herkunft daher weniger klar definiert ist, hat der Nationalist keine andere Wahl: Das Narrativ, die nationale Erzählung, analysierte Benedict Anderson, müsse geformt werden, müsse »auf einen besonderen Zeitpunkt hin zurückgeschrieben werden«, kurz: erdacht werden²⁹³.

Idith Zertal beschrieb dieses Phänomen in ihrem Buch »Nation und Tod – Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit«. Die Staatsführung des jungen Israels be-

291 Ebenda, S. 185.

292 I. Zertal, *Nation und Tod*, S. 288.

293 B. Anderson, *Imagined Communities*, S. 205.

diente sich der Schoah, um das Nationsgefühl durch die gemeinsame Erinnerung zu stärken. Hatte man sich direkt nach dem Krieg auf die jüdischen Heldensagen wie den Warschauer Ghettoaufstand konzentriert, so stellte der Eichmann-Prozess 1961 den Wendepunkt dar: »So wie die Errichtung der israelischen Nation in ihrer konstitutiven Phase zunächst ein – um mit Ernest Renan zu sprechen – Vergessen der Vergangenheit« oder, wie Benedict Anderson es bezeichnet hat, eine »kollektive Amnesie« erfordert hatte, war das nationale Projekt David Ben Gurions nun, nach mehr als einem Jahrzehnt erfolgreicher Souveränität, auf eine Zementierung neuer Erinnerungen angewiesen, die zu dem spezifischen Bild, das die Gesellschaft von sich selbst hatte, und zu dessen Zielsetzungen passten.«²⁹⁴

Auch die PLO benutzte die »Nakbah« für ihre Zwecke. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Palästinenser zu stärken, wurde das Narrativ über die Vertreibung der Hälfte des Volkes und die Entstehung Israels entsprechend ausgeschmückt und horrifiziert. Der an sich sinnlose Kampf des kleinen kaukasischen Bergvolkes der Tschetschenen gegen die Übermacht des russischen Reiches und später der Sowjetmacht wurde ebenfalls nie auf seine realen Chancen überprüft. Mit der Erzählung der furchtbaren Ungerechtigkeiten gegen das tschetschenische Volk wurden vielmehr Emotionen geschürt.

»Nationalismus«, notierte der tschechisch-britische Philosoph und Anthropologe Ernest Gellner, »ist eine politische Doktrin, die verlangt, dass die politische und nationale Einheit übereinstimmen.«²⁹⁵ Die Homogenität, die der klassische Nationalismus seiner Bevölkerung abverlangt, ist nie gegeben und kann auch nie erreicht werden. Dennoch warfen auch die Tschetschenen, sobald sie ihre kurze Unabhängigkeit im Jahre 1990/91 errungen hatten, sofort die Russen, aber auch die bis dahin eng verbündeten Inguschen aus dem Land. »Nationale Homogenität war immer ein Hirngespinnst«²⁹⁶, stellte auch der türkische Politologe Umut Özkirimli fest.

Welchen zivilrechtlichen Status eine jüdische Minderheit in einem unabhängigen Palästinenserstaat hätte, ist nicht abzusehen. Nach der PLO-Charta sollte das unabhängige Palästina ein »demokratischer, säkularer Staat für alle seine Bürger« werden. Unter Arafats Führung war in den Autonomiegebieten von Demokratie allerdings wenig die Rede – und das war nicht nur die Schuld der israelischen Besatzungsmacht, die dem Palästinenserpräsidenten das Regieren unmöglich machte. Die Hamas-Bewegung, die seit Frühling 2006 regiert, ist von den westlichen Konzepten einer demokratischen Verfassung noch weit entfernt.

294 I. Zertal, *Nation and God*, S. 154.

295 E. Gellner, *Thought and Change*, Weidenfeld and Nicholson, London, 1964, S. 169.

296 U. Özkirimli, *Contemporary Debates on Nationalism, A Critical Engagement*, Palgrave MacMillan, London, 2005, S. 1.

Alles, was nicht in das nationale Narrativ passt, wird unterdrückt. Der Erdenkungsprozess von Nationen schließt auch das Vergessen von Vorkommnissen mit ein. »Die Essenz einer Nation ist, dass alle Individuen viel gemeinsam haben, und auch, dass alle vieles vergessen haben«, schrieb der französische Historiker Ernest Renan in »Was ist eine Nation?«²⁹⁷ bereits im 19. Jahrhundert. Letztlich beziehen sich Nationen oft auf Geburtsmythen, die nur unter grober Auslassung von Fakten als solche verwendbar sind. Die europäischen Völker waren ihrer Natur nach selten so französisch oder englisch wie sie behaupteten. Die russischen Herrscher, etwa die Romanows, hatten zumeist deutsche Zarrinnen an ihrer Spitze. Manche, wie Katharina die Große, wurden zwar russischer als die Russen, dennoch: Nur unter der Voraussetzung, das deutsche Erbe zu vergessen, konnte Katharina die Große als russische Zarin in die nationale Historie Russlands eingehen.

Während Anderson das kreative Moment der »Nationseinbildung« betonte und Renan das »Vergessen« unpassender Vorgänge einbrachte, beschrieb Gellner die Falsifizierung historischer Zusammenhänge: »Nationalismus ist nicht das Erwachen von Nationen zu Selbst-Bewusstsein: Er erfindet Nationen, wo es sie nicht gibt.«²⁹⁸ Hobsbawm wies darauf hin, dass bei der Entstehung von Nationen »ein Element von Kunsterzeugnis, Erfindung und sozialer Konstruktion eine Rolle spielt«²⁹⁹.

Auch Rashid Khalidi schloss sich der generellen Überlegung an, dass »nationale Identität konstruiert ist«³⁰⁰. Der palästinensische Nationalismus sei in diesem Sinne nicht anders als andere entstanden, indem »die Geschichte benutzt wird, einer Vision eine bestimmte Form zu geben. Die Folgen eines mächtigen Schocks wirken sich auf die Identität aus. Auch externe Faktoren spielen für die Bildung einer nationalen Identität eine Rolle.«

Der geschlossene Kreis

Das Trauma der Deportation 1944 wurde durch die beiden jüngsten Kriege in Tschetschenien – 1994 bis 1996 und ab 1999 – überlagert. Grosnyi gleicht bis heute einer Geisterstadt, in dem kaum ein Haus intakt ist. Die Bewohner kehren nur zögernd zurück, weil sie sich ihres Lebens bis heute nicht sicher sein können. Die komplette Zerstörung der tschetschenischen Hauptstadt durch die russische Armee im Winter 1999/2000 hat die Erinnerung an die Deportation unter Josef Stalin 1944 verdrängt.

297 E. Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, *Ceuvres Complètes*, Vol. 1, S. 892.

298 E. Gellner, *Thought and Change*, S. 169.

299 E. Hobsbawm, *Nations and Nationalisms since 1780: Program, Myth, Reality*, S. 10.

300 R. Khalidi, *Palestinian Identity*, S. XI.

Seit 13 Jahren herrscht in Tschetschenien Gesetzlosigkeit. Die Gesellschaft ist zerrüttet, die große Mehrheit arbeitslos. Manche haben sich radikalisiert, die meisten resigniert. »Die physischen Traumata vergehen bald und hinterlassen oft gar keine Spuren«³⁰¹, schrieb der tschetschenische Psychiater K. A. Idrissow, »aber die psychischen Traumata bleiben. Man muss hart daran arbeiten, damit die Erinnerungen nicht destruktiv werden, sondern sich in die personelle Erfahrung eines Menschen integrieren und ihm helfen, weiterzuleben.«

Genau diese professionelle Hilfe aber, beklagte Idrissow, bleibt den Tschetschenen heute verwehrt. In Grosnyj gab es nach seinen Angaben zu Beginn des Jahres 2004 nur zwei Psychiater statt 20, wie vor dem Krieg. Es gibt auch kaum Psychotherapeuten oder Psychologen in den Spitälern.

Die Lage in Palästina ist etwas besser, aber bei weitem nicht zufriedenstellend. Es gibt zwar in den meisten Westbank-Spitälern Psychiater, aber zu wenige. Im Gazastreifen baute der Psychiater Ejad Sarraj in den letzten 25 Jahren ein Therapiezentrum auf. Das war nicht nur deshalb schwierig, weil die finanziellen Mittel beschränkt waren, erzählte Sarraj: »In der traditionellen arabischen Gesellschaft die Psychotherapie zu etablieren schien zu Beginn ein Ding der Unmöglichkeit.«³⁰²

Dieser Mangel an Therapie ist nicht nur für die Opfer verheerend. Auch die Täter sollten therapiert werden, meinte der Psychohistoriker Lloyd deMause, der allerdings die meisten Konflikte monokausal auf die rigide und gewalttätige Erziehung zurückführte: »Wenn frühe Traumata eher als die aggressive menschliche Natur der Grund für unsere Gewalttätigkeit sind, könnten Anstrengungen, diese Traumata radikal zu reduzieren, erwarten lassen, dass Krieg und Herrschaft zurückgehen.«³⁰³

Die tschetschenische Psychologin Raissa Tagirowa führte für ihre Dissertation über die »Bildung der Persönlichkeit der Tschetschenen« 250 Interviews mit Vertretern von drei Generationen der Tschetschenen vor Ort. Sie untersuchte die Toleranz gegenüber anderen in den verschiedenen Altersgruppen. Toleranz manifestiert sich in der Krise. Die Stabilität der neuropsychologischen Toleranz, also die mentale Widerstandsfähigkeit einer Person, und die soziale Toleranz, also die Resistenz einer Person innerhalb einer Gesellschaft, hängen von vielen Faktoren ab: eine Mischung aus den nationalen, kulturellen Traditionen, die einen Verhaltenskodex vorgeben, und der persönlichen Einschätzung, welches Benehmen das richtige ist. »In Tschetschenien ist immer noch sehr wichtig, was »das Dorf« denkt«, sagte Raissa Tagirowa³⁰⁴.

301 K. A. Idrissow, Der Einfluss des Krieges auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung der tschetschenischen Republik, aus: LAM, Bulletin 21, Nr. 1, Grosnyj, 2004, S. 14.

302 E. Sarraj, Interview der Autorin, Gaza, 25/02/2004.

303 L. DeMause, Das emotionale Leben der Nationen, Drava Verlag, Klagenfurt, 2005, S. 68.

304 R. Tagirowa, Interview der Autorin, Moskau, 18/03/04.

Die älteste Generation, ergab die Auswertung ihrer Studie, balancierte die existentielle Verunsicherung mit religiösem Glauben aus. Die Alten hatten die Deportation erlebt, ihr Vertrauen in die Russen und in die Welt war äußerst gering. Die Generation der 40-jährigen dagegen war in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren in einer Phase der relativen Stabilität aufgewachsen. Man hatte viel zivilen Kontakt mit den Russen, die Beziehungen waren angenehmer, es gab mehr Vertrauen zu den Russen. Die junge Generation dagegen ist sehr aggressiv, sie ist wieder eine Kriegsgeneration. Diese Kinder des Krieges wollen irgendwo leben, nur nicht in Russland. »Die Erinnerung an die Geschichte der Vertreibung manifestiert sich in den Jungen«, sagte Tagirowa. Ihnen fehlt zum Ausgleich für das zerstörte Vertrauen in die Menschheit auch noch der religiöse Rückhalt, der in den sowjetischen Jahrzehnten zurückgedrängt worden war. »Die Jungen kennen nichts anderes als die Demütigung durch die Russen. Sie fühlen sich wie in einem geschlossenen Kreis, aus dem es keinen Ausweg für sie gibt.«³⁰⁵

Als Kinder haben die Großeltern von der Schande, der Demütigung und dem Leid von 1944 bis 1957 erzählt. »Die Babuschka³⁰⁶ hat uns von der Deportation erzählt«³⁰⁷, sagte die 19-jährige Tschetschenin Raissa Ganiewa. »Mein Großvater ist dort wohl umgekommen. Die Eltern aber wollten nicht über diese Zeit reden.«

Das Syndrom des »geschlossenen Kreises«, der ewige Krieg, ist ein starkes Sujet in der tschetschenischen Vorstellung. Mit Ausnahme der Sechziger- und Siebzigerjahre, in denen die Tschetschenen, zurück aus dem Exil, zur politischen Untätigkeit verdammt, Grosny kulturell und materiell zum Blühen brachten, ist die tschetschenische Geschichte voll von kriegerischen Auseinandersetzungen mit immer dem gleichen Gegner: Russland.

Bei den Palästinensern findet sich ein ähnliches Phänomen. Nach der Flucht 1948 kam die Besetzung 1967 wie eine zweite Welle der Destabilisierung über die Flüchtlinge. Die wenig aussichtsreiche Lage der Palästinenser am Ende des Oslo-Prozesses, der mit vielen Hoffnungen 1993 begonnen wurde und mit Ausbruch der zweiten Intifada endete, führte zu psychischer Instabilität: »Die traumatischen Erfahrungen der Flucht 1948, kombiniert mit der momentanen unsicheren politischen Situation, dürften der Grund sein, warum die meisten Flüchtlinge in einem kontinuierlichen psychologischen Limbo leben. Ihnen fehlt die Fähigkeit, sich permanent niederzulassen. Sie haben immer noch Angst, dass jede neue politische Entwicklung sie wieder zur Flucht zwingen könnte«, schrieb der Archäologe Adel Yahya: »Dieser Geisteszustand der Flüchtlinge hält sie wahrscheinlich bis heute davon ab, ein neues Leben zu beginnen.«³⁰⁸

305 Ebenda.

306 Großmutter.

307 R. Ganiewa, Interview der Autorin, Grosny, 11/09/2003.

308 A. H. Yahya, *The Palestinian Refugees 1948–1998*, S. 93.

Den Palästinensern fällt es schwer, aus diesem Verhaltensmuster auszubrechen, auch wenn dies politisch angeraten wäre. »Es ist nicht so wie Abba Eban gesagt hat, dass die Palästinenser nie eine Chance verpassen, eine Chance zu verpassen«, zeigte sich US-Verhandler Dennis Ross nach den gescheiterten Camp-David-Verhandlungen frustriert: »Sie fühlen sich allerdings immer als Opfer und immer wenn etwas schief geht, beschuldigen sie jemand anderen. Derart umgehen sie Eigenverantwortlichkeit, statt sie zu ergreifen.«³⁰⁹

Auch Psychoanalytiker Ejad Sarraj aus Gaza sprach über das Phänomen des »geschlossenen Kreises«: »Es handelt sich bei uns um eine destabilisierte Gesellschaft. Irgendetwas passiert immer, um die Palästinenser daran zu erinnern, dass sie Flüchtlinge sind. Die israelische Politik, als kollektive Strafe Häuser zu zerstören, hat starke Auswirkungen auf die Psyche der Palästinenser. Unbewusst, teilweise auch bewusst, weisen die Israelis immer daraufhin, dass die Palästinenser hier nicht bleiben sollen. Für zwei Völker, so wird suggeriert, gibt es in diesem Land keinen Platz.«³¹⁰

Im Juni 2004 zerstörte die israelische Armee 100 palästinensische Häuser am südlichen Rand des Gazastreifens. In einigen dieser Häuser sollen sich, so die offizielle Begründung, Kämpfer der Hamas aufgehalten haben. Doch diente die Hauszerstörung nebenbei noch einem anderen Zweck: einen Streifen Niemandsland zu schaffen zwischen dem palästinensischen Gazastreifen und der Grenze zu Ägypten. Da Israel nach dem Abzug der Armee aus dem Gazastreifen die Außengrenze zu Ägypten weiter kontrollieren wollte, schufen die Armeestrategen eine Pufferzone.

Dass dies auf dem Rücken von 16.000 Palästinensern geschah, die deshalb ihre Behausungen verloren, wurde in Kauf genommen. »Vielleicht bekommen wir irgendwann ein neues Haus«, erzählte Jacqueline Abu Tuameh in einem BBC-Interview³¹¹, »später aber, vielleicht in einer Generation, werden die Israelis wiederkommen und auch dieses neue Haus wieder zerstören.«

Diaspora versus Flüchtlinge

Als Motiv, warum die Palästinenser ihren Kampf um einen unabhängigen Staat nicht aufgeben, erwähnte Ghada Karmi auch den Einfluss des Exils auf ihre Identität. Die 1948 aus Jerusalem nach London geflüchtete Palästinenserin beeindruckten die unverfälschten Behauptungen mancher Israelis tief: »Die israelische Premierministerin Golda Meir sagte

309 D. Ross, *Camp David: An Exchange*, *New York Review of Books*, Volume 48, Nr. 14, Sept. 20, 2001.

310 E. Sarraj, Interview der Autorin, *Gaza*, 25/02/2004.

311 BBC-Bertrag 07/06/2004.

1969: »Es war nicht so, dass es in Palästina ein palästinensisches Volk gegeben hätte und dass wir gekommen wären, sie hinausgeworfen und ihnen das Land weggenommen hätten. Sie existierten nicht.« Wäre mein Leben anders verlaufen, wenn es nicht solche Bemerkungen gegeben hätte?«³¹²

Der palästinensisch-französische Historiker Elias Sanbar merkte dazu an, dass sich diese Negierung der Existenz der Palästinenser nicht nur auf die Flüchtlinge bezog, »es betraf in der Realität ja das gesamte Volk, das sich folglich als Exilgesellschaft verstand, das nicht nur zerstreut worden war, sondern auch negiert«³¹³. Das Rückkehrrecht wurde »nicht nur die Rückkehr zur Erde, sondern die Rückkehr zum Leben, zur Existenz«.

Eine ähnliche Situation ergab sich für die Tschetschenen nach ihrer Rückkehr 1957. »Die Rückkehr bedeutete eine erneute Demütigung und neues Leiden«³¹⁴, schrieb Dschabrailow Umaladow in »Tak eto bilo«. Um Konflikte zu vermeiden, wurden die Tschetschenen oft nicht in ihre ursprünglichen Dörfer zurückgelassen. Anderen wurden neue Wohnorte im benachbarten Dagestan zugeteilt. Die Politik der Vertreibung wurde somit auch nach 1957 nicht aufgegeben.

Erst unter Boris Jelzin gab es einen Versuch, den Flüchtlingen Kompensation anzubieten. Da es jedoch 1994 bereits zum Krieg zwischen Russen und Tschetschenen kam, blieb es bei Ankündigungen.

Flüchtlinge der ersten Generation wie Ghada Karmi, die als Kind nach London kam, suchten ihre Identität zwischen Assimilation, Transnationalismus und Diaspora. Der Begriff »Diaspora« freilich ist in palästinensischen Kreisen ein verpönte Begriff, bedeutet er doch ein Abrücken vom »Flüchtlingsdasein«, die Akzeptanz der Existenz fern der ursprünglichen Heimat.

Der palästinensische Soziologe Sari Hanafi forderte eine Neubewertung des Begriffs: »Die Kategorie des »Flüchtlings« ist eher eine rechtliche und administrative, während die Kategorie der »Diaspora« eher soziologisch definiert ist. Laut UNHCR ist ein Flüchtling jene Person, die sich außerhalb des Landes ihrer Nation aufhält ... Grund dafür kann sein, dass die Person eine wohlbegründete Angst vor Verfolgung aus rassischen, religiösen, nationalen Gründen oder wegen der Mitgliedschaft in einer speziellen sozialen oder politischen Gruppierung hat. Aus dieser Furcht heraus möchte sich der Flüchtling nicht unter den Schutz der Regierung in dem Land seiner Nationalität begeben«³¹⁵.

Den Begriff der »Diaspora« zu verwenden, hieß nach Hanafi nicht, die Sache der Palästinenser – die Rückkehr nach Palästina – aufzugeben. Es hieß vielmehr, »die Wichtigkeit

312 G. Karmi, *In Search of Fatima*, S. 384.

313 E. Sanbar, *Palestine 1948*, S. 209.

314 *Tak eto bilo*, 2. Band, *Russiskij Meschdunarodnij Fond Kul'tury*, Moskau, Insan, 1993, S. 242.

315 S. Hanafi, *Rethinking the Palestinians Abroad as a Diaspora*, S. 11.

der Beziehung zwischen Bevölkerung, Gastländern und Heimat zu betonen.«³¹⁶ Benedict Anderson nannte die Diaspora deshalb »long-distance nationalism«, ein Begriff, der wie der »long-distance call« besondere Sehnsucht und Wichtigkeit implizierte.

Ghada Karmi beschrieb, wie sie die öffentliche Meinung zum Nahost-Konflikt in Großbritannien nach dem israelischen Sieg 1967 erlebte: »Die palästinensische Sichtweise von der Entstehung Israels durfte das idyllische Bild von einem jungen Staat, aufgebaut von mutigen Pionieren, dank deren Einsatz die Wüste zum Blühen gebracht worden war, nicht stören. Ich realisierte, dass ich nicht nur mein Land verloren hatte, sondern dass ich auch noch nicht einmal das Recht hatte, es zu betrauern, oder Hass zu empfinden, weil andere es erobert hatten.«³¹⁷

Psychoanalytiker Vasmik Volkan meinte dazu: »Wenn eine Gruppe nicht gemeinsam trauern kann, wenn sie die Demütigung dieser Opfer-Rolle nicht überkommen kann oder sich dafür rächen kann, geht dieses Trauma auf die nächste Generation über.«³¹⁸ Die Erinnerung wird aufrechterhalten, um zu verhindern, dass ein derart schreckliches Erlebnis wieder vorkommt.

Die Tschetschenen kämpften bis 1957 um ihre Rückkehr, um die Anerkennung als Volk. Und öffentliche Erinnerung war bis 1989 nicht möglich. »Sollen wir wirklich diesen Morgen vergessen?«, hieß es in einem tschetschenischen Lied: »Sollen wir wirklich diese Nacht vergessen?«

Auch die Palästinenser kämpften lange Zeit gegen die offizielle Geschichtssicht Israels an, dass der Exodus von 750.000 Palästinensern 1948 entweder freiwillig oder aber auf Aufforderung der arabischen Führer erfolgt war. Jetzt, wo sich durch die neuen Historiker in Israel eine andere Sicht durchgesetzt hat, könnten auch die Palästinenser in ihrer Identitätssuche einen Schritt weitergehen. Es könnte eine Transformation vom Vertreibungstrauma zur Bejahung der Staatsgründung in Klein-Palästina, dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ostjerusalem geben. Doch diese Transformation findet nicht oder nur ungenügend statt, was wiederum nicht nur daran liegt, dass Israel die Entwicklung durch den fortgesetzten Siedlungsbau behindert.

»Viele in der palästinensischen Diaspora haben das Vertrauen verloren, dass die Palästinensische Nationalbehörde (PNA) einen effizienten Staat aufbauen könnte«, schrieb Sari Hanafi. Zudem habe »die palästinensische Diaspora 50 Jahre lang eine große Rolle darin gespielt, die PLO zu unterstützen. Doch jetzt will sie die Rolle eines »Rothschild« nicht übernehmen.«³¹⁹ Palästinensische Geschäftsleute investieren am ehesten in Jordanien,

316. Ebenda.

317. G. Karmi, *In search of Fatima*, S. 387.

318. B. G. Williams, *Commemoration 'The Deportation'*, S. 116.

319. S. Hanafi, S. 17.

wo die wirtschaftlichen Bedingungen und die palästinensischen Zugangsmöglichkeiten stabiler wirken: »Jordanien ist das einzige arabische Land, das den palästinensischen Flüchtlingen die Staatsbürgerschaft gegeben hat.«³²⁰

Wie im palästinensischen, so scheint auch im tschetschenischen Fall die Unabhängigkeit das einzige Mittel gegen die chronische Destabilisierung der Gesellschaft darzustellen. Bei beiden stehen die Chancen dafür heute sehr schlecht.

Aslan Maschadow gab knapp nach den von Russland diktierten Präsidentschaftswahlen 2003 in Tschetschenien – an denen der 1997 gewählte Präsident Maschadow nicht teilnehmen konnte, weil er längst im Untergrund lebte – »Le Monde« ein Interview, in dem er sein politisches Vermächtnis zu Protokoll gab. Er nimmt dabei auf die ebenfalls unterdrückten Palästinenser Bezug, was als »Islamisierung« des tschetschenischen Untergrunds interpretiert werden könnte: »Die Palästinenser haben eine Administration bekommen und sollten vom internationalem Recht geschützt werden. Aber sie leben auf dem Gebiet eines fremden Staates, der mit ihnen macht, was er will. Unschuldige Menschen sterben auf beiden Seiten. Deswegen ist der Plan von Ruslan Chasbulatow³²¹ undurchführbar. Er sieht vor, dass Tschetschenien ein legales, unabhängiges Gebilde wird, das aber das russische Staatsgebiet nicht verlässt. Das ist uns nicht genug. Denn es ist für uns Tschetschenen gefährlich, unter russischer Herrschaft zu bleiben.«³²²

Der Zusammenhang zwischen Geschichte und Gedächtnis wird hier deutlich. Die Beziehung zwischen diesen beiden Komponenten des Nationalismus ist allerdings ein zweiseitiges Schwert. Denn unterdrückt man das Wissen über die Traumata eines Volkes, wie es im Falle der Tschetschenen und Palästinenser jahrzehntelang geschehen ist, kann der ungelöste Konflikt irgendwann mit furchtbaren Konsequenzen an die Oberfläche des kollektiven Bewusstseins vordringen.

Andererseits brächte die Wahrheit, wenn aufgedeckt, nicht unbedingt Versöhnung, argumentierte der israelische Philosoph Avischai Margalit: »Erinnerung atmet genauso oft Rache. Die Hoffnung durch befreite Erinnerungen eine Katharsis zu erreichen, könnte sich als Illusion erweisen.«³²³

320 Ebenda.

321 R. Chasbulatow, tschetschenischer Politiker, ehemaliger Sprecher des russischen Parlaments.

322 A. Maschadow, Interview mit *Le Monde*, 09/10/03.

323 A. Margalit, *The Ethics of Memory*, Harvard University Press, Cambridge, 2002, S. 5.

8. Trauma und Führer

Nationale Führer sind nicht immer die überzeugtesten Idealisten. Warum jemand sich an die Spitze seines Volkes stellt, hängt oft eher von persönlichen als politischen Gründen ab. Diese Biografien aber verdeutlichen besonders zugespitzt die komplexe Identitätsgeschichte eines Volkes.

So findet sich das Phänomen der Peripherie bei palästinensischen und tschetschenischen Präsidenten. Wer geografisch oder ethnisch kein »echter« Volksgenosse ist, kompensiert dieses Minderwertigkeitsgefühl mit besonderem nationalistischen Eifer. Jassir Arafat etwa stammte zwar aus einer palästinensischen Familie, wurde aber in Kairo geboren.

Die geografische Verschiebung haben alle vor 1948 geborenen Palästinenserführer erlebt: Scheich Jassin wurde in der Nähe von Aschkelon im heutigen Israel geboren. Abu Masen in Safed, heute ebenfalls Israel. Bei den Tschetschenen wurde dieses Phänomen durch die Massendeportation noch verschärft: Die meisten später ultranationalistischen Führer der Neunzigerjahre wurden in der Verbannung fern des Heimatlandes geboren.

Auch die interfamiliäre Traumatisierung der tschetschenischen und palästinensischen Führungspersönlichkeiten ist nicht zu unterschätzen. Die Eltern kämpften in Verbannung, Exil oder unter Besatzung oft um das nackte Leben und/oder um eine würdevolle Existenz. Die Diffamierung als »Feind des Volkes«, wie die Tschetschenen pauschal in der Sowjetunion bezeichnet wurden, war ein Brandmal.

Die Palästinenser wurden weder von den Israelis noch ihren arabischen Nachbarn geschätzt: Sie waren im ewigen Flüchtlingslager, im staatlichen Niemandsland gestrandet. Aus diesem Zustand gab es weder ein Vor noch Zurück.

Bei den Tschetschenen, die nach ihrer Rückkehr einige Jahrzehnte als Sowjetbürger lebten, kam es in dieser Zeit oft zu einer Überidentifizierung mit dem sowjetischen Gesellschaftsmodell. Dschochar Dudajew machte sogar – unter Verschweigung seiner Herkunft – Karriere in der Roten Armee. Später schlug die Überanpassung – besonders extrem bei Schamil Bassajew – in ihr Gegenteil um.

Die Palästinenser

JASSIR ARAFAT

Er selbst hat oft und gerne behauptet, er sei in Jerusalem geboren. Das hätte gut in die Biografie des nationalen Führers gepasst: Geboren in Jerusalem, der heiligen Stadt,

vertrieben 1948. Jassir Arafat aber wurde im August 1929 in der ägyptischen Hauptstadt Kairo geboren. Vielleicht wurde er auch deshalb ein besonders eifriger Nationalist, weil er seine Verwurzelung in Palästina mehr als andere beweisen musste?

Seine Familie war palästinensisch. Seine Mutter starb in Kairo, als er drei Jahre alt war. Jassir wuchs dann einige Jahre in Jerusalem bei den Eltern der Mutter auf. Die Großeltern wohnten im Zentrum des Konflikts, im Abu Saud Zawia, einem religiösen, abgeschlossenen Häuserkomplex vor der Klagemauer³²⁴.

1929 und 1930 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den religiösen Juden, die vor der Mauer beten wollten und den Moslems, die ihre Vorherrschaft über die religiöse Stätte nicht aufgeben wollten. Im Kampf um den Haram al Scharif oder Tempelberg war neben dem Großmufti von Jerusalem Haj Amin al Husseinî ein Verwandter Arafats eine zentrale Figur: Scheich Hassan Abu Saud. Zum höchsten jüdischen Feiertag im August 1929, Jom Kippur, dem Tag der Versöhnung, kam es zum Eklat. Die Juden hatten Lichter, Buchständer, Bücher und eine Abtrennung für Frauen vor der Westmauer aufgestellt. Scheich Hassan, mit hohem, weißen Hut und schwarzem Umhang, ging durch die Reihen der Betenden. »Er klappte das Buch zu, löschte das Licht und kam zurück«, erinnerte sich sein Sohn³²⁵. Haj Amin sah von seinen Bürofenstern aus zu. Diese Auseinandersetzung blieb gewaltlos. Doch sie war der Auftakt zu blutigen Unruhen im ganzen Land.

Arafat verbrachte in diesen Jahren auch Zeit bei der Familie des Vaters in Gaza. Später heiratete sein Vater erneut und ab 1942 wohnte Jassir wieder bei ihm in Kairo. Dort ging er auch zur Schule.

Ende des Zweiten Weltkrieges lebten die wichtigsten palästinensischen Führer in Kairo: Haj Amin Al-Husseini, der Mufti von Jerusalem, hatte mit den Nazis sympathisiert und war von den Briten verjagt worden; Scheich Hassan Abu Saud, Arafats Verwandter, lebte auch in Kairo. Besonders begeisterte sich der junge Arafat für Abd al-Kader al-Husseini, der ein Führer der arabischen Revolte 1936 bis 1939 gewesen war. Er freundete sich mit dessen Sohn Faisal al-Husseini an. Viele Jahre später ernannte der PLO-Chef Husseinî zum PLO-Vertreter in Jerusalem im Ostjerusalem Orienthaus.

Abd Al-Kader Al-Husseini starb in der Schlacht um Castel vor Jerusalem gegen die jüdischen Truppen im Winter 1947/48, noch vor der Proklamation Israels im Mai. Arafat, Student in Kairo im ersten Jahr, war schwer geschockt, meldete sich als Freiwilliger zur ägyptischen Armee und kämpfte im Gazastreifen. Nach zwei Wochen schickte die Armeeführung allerdings die irregulären Freiwilligen nach Hause. Sie störten mehr denn sie halfen.

324 Nach der Besetzung der Altstadt 1967 durch Israel wurde dieses Viertel abgerissen, um Platz vor der Klagemauer zu schaffen.

325 Zitiert nach: J. & J. Wallach, *Arafat, In the eyes of the beholder*, S. 52.

Die arabischen Truppen verloren trotzdem. Die Gründung des Staates Israel konnte nicht verhindert werden. Dieses Schlüsselerlebnis hatte gravierende Folgen für Arafat. Der junge Palästinenser hatte die unentschlossenen und untereinander zerstrittenen arabischen Heerführer erlebt. Er vergaß diese Eindrücke nie. Später gefragt, wer an der palästinensischen Tragödie schuld sei, meinte er: »Die Araber haben uns betrogen.«³²⁶ Sie hätten nicht nur konfus agiert, sie hätten die Palästinenser absichtlich davon abgehalten, für sich selbst einzustehen. »Arafat schwor sich danach, nur dem palästinensischen Volk gegenüber loyal zu sein,«³²⁷ meinte der israelische Palästinenser-Experte Danny Rubinstein.

Als junger Ingenieur in Kuwait rief Arafat 1959 mit Gleichgesinnten die »Palästinensische Befreiungsbewegung« ins Leben. »Fatah« heißt rückwärts gelesen »Eroberung« oder »Befreiung«. Arafat wollte sein Land nicht nur von den Israelis befreien, sondern auch von den verschiedenen arabischen Führern.

»Arafat und seine Kollegen gründeten Fatah 1959 in der Hoffnung, die palästinensische Nationalbewegung wiederzubeleben, die zu jener Zeit von einer uninspirierten Führung geleitet wurde. Und sie gründeten Fatah, um ihre Unabhängigkeit zu betonen, die bis dahin von der Gnade der ambitionösen arabischen Staaten abhing«³²⁸, schrieben Hussein Agha und Robert Malley. »Erreicht haben sie beides: Fatah transformierte die palästinensische Politszene, repräsentierte die nationalen Hoffnungen und behielt ihre regionale Autonomie.«

Arafats »Fedajin« begannen, israelische Ziele anzugreifen und zu überfallen. Nach dem Sechstagekrieg, in dem die Palästinenser auch im Westjordanland und dem Gazastreifen von Israel besetzt wurden, stieg Arafat zum weltbekannten Guerilla-Chef auf. Mit Terroranschlägen – Flugzeugentführungen, Überfällen, Bombenanschlägen – erregten die Palästinenser weltweit Aufsehen. Der Anschlag auf das israelische Team bei den olympischen Spielen in München 1972 war der Höhepunkt dieser Anschlagsserie. Neun israelische Athleten starben. In einem Interview dazu befragt, ob er selbst etwas mit den Terroristen zu tun hatte, antwortete Arafat: »Ist das eine Untersuchung? Nein, das ist keine Untersuchung. Sie sprechen mit dem Präsidenten von Palästina. Ich darf Sie warnen. Machen Sie hier keine Untersuchung.«³²⁹

Die Gewalt erzeugte zwar international Aufmerksamkeit für die palästinensische Sache, brachte die Palästinenser aber einem Staat nicht näher. Arafat begann sich daher

326 Zitiert nach: D. Rubinstein, Yasser Arafat: An enigma until the end, Haaretz, 12/11/2004.

327 D. Rubinstein, Yasser Arafat: An enigma until the end, Haaretz, 12/11/2004.

328 H. Agha, R. Malley, The Lost Palestinians, The New York Review of Books, Volume 52, Number 10, June 9, 2005, S. 1.

329 Zitiert nach: Yasser Arafat, BBC-Dokumentation anlässlich von Arafats Tod, 11/11/2004.

für einen friedlichen Weg zur Lösung des Nahostkonfliktes zu interessieren. Israelis war es damals per Gesetz verboten, sich mit Repräsentanten der PLO zu treffen. Umgekehrt trafen sich palästinensische Politiker nicht mit Vertretern Israels, dessen Existenz Fatah nicht anerkannte.

Mitte der Siebzigerjahre kam es zu den ersten inoffiziellen Kontakten zwischen Palästinensern und Israelis. Arafat sandte einige Mitstreiter als inoffizielle Abgesandte nach Europa, um dort kompromissbereite Israelis zu treffen und die PLO salonfähig zu machen. Langsam reifte in Arafat die Überzeugung, dass die PLO nur parallel zu Israel einen palästinensischen Staat fördern konnte.

1974 wurde der PLO-Chef als legitimer Repräsentant der Palästinenser eingeladen, vor der UN-Generalversammlung in Genf zu sprechen. Er erschien mit einer Pistole im Halfter, trug wie immer seine Fantasieuniform und das PLO-Tuch, das er in Form der Landkarte Palästinas um seinen Kopf drapiert hatte. Er sprach aber auch davon, einen Olivenzweig als Zeichen seines Willens zum Frieden zu tragen.

Bevor die PLO Israels Existenz anerkannte, kam es zu einer Reihe von Rückschlägen: Im Schwarzen September 1970 warf der jordanische König Hussein Arafat und seine Kämpfer aus Jordanien hinaus; 1982 marschierte Israel im Libanon ein. Arafat musste nach Tunis weiterziehen. Arafats inoffizielle Abgesandte auf Friedensmission in Europa wurden von der radikalen Abu-Nidal-Gruppe ermordet.

Doch 1988 bekannte sich die PLO zur Zweistaatenlösung. Parallel zum Olivenzweig hielt Arafat aber stets seine Pistole griffbereit. Diese doppelte Strategie schien ihm erfolgversprechend. So kam es zur ersten großen Friedenskonferenz 1991 in Madrid, an der die Palästinenser noch als Teil der jordanischen Delegation teilnehmen mussten. Heimlich verhandelte Arafat ab 1992 mit Vertretern der linken israelischen Regierung unter Jitzhak Rabin. 1993 wurde das Oslo-Abkommen in Washington unterzeichnet. Diese Grundsatzerklärung zwischen Israel und der PLO sollte einen Verhandlungsprozess einleiten und zur Lösung des Nahostkonflikts führen. Arafat erhielt dafür 1994 den Friedensnobelpreis – gemeinsam mit Rabin und dessen Außenminister Schimon Peres. Im Juli 1994 kehrte Arafat im Triumph aus dem Exil in seine Heimat Palästina zurück.

Kurzfristig schien es, als habe der Vater der palästinensischen Befreiungsbewegung den Schritt vom Kämpfer zum Staatsmann geschafft und als stünde er vor seinem unmittelbaren Ziel: der Schaffung eines palästinensischen Staates.

Doch dem Osloprozess war kein Erfolg beschieden. In dem Abkommen war verabsäumt worden, das Endziel beim Namen zu nennen: einen unabhängigen Staat Palästina neben Israel. Es war einer der großen Fehler Arafats, dies bei den Oslo-Verhandlungen zugelassen zu haben.

Sein zweiter großer Fehler war nicht strategischer Natur, sondern entsprach seinem Charakter. Der ehemalige Guerilla-Kämpfer taugte nicht zum Zivilpolitiker, der als Chef

der palästinensischen Autonomiebehörde Institutionen aufbauen sollte. Arafat regierte weiterhin wie ein absoluter Herrscher, der sein Parlament nicht ernst nahm und von Ministern und Volk absoluten Gehorsam verlangte.

Ab Jänner 1996 wurde zwischen Israel und den Palästinensern immer weniger verhandelt und immer mehr gegenseitige Gewalt ausgeübt. Auch die linken israelischen Regierungen ließen es zu, dass sich die Zahl der Siedler in den Jahren des Oslo-Prozesses verdoppelte. Arafat begann bald, Gewalt gegen Israelis wieder als strategisches Mittel zu sehen. Das alte Misstrauen zwischen den beiden Lagern brach wieder auf.

Waren anfangs die islamistischen Gruppen Dschihad und Hamas für die meisten Selbstmordanschläge verantwortlich, so kamen ab der zweiten Intifada, die im Herbst 2000 ausbrach, auch der Fatah nahestehende Attentäter zum Einsatz. Überhaupt war die Zweite Intifada von den Tansim getragen, den der Fatah nahestehenden Jungen in den besetzten Gebieten. Deren Aufstand gegen Israel war auch eine Rebellion gegen Arafats Herrschaft, die nach Oslo mit Israels Besatzung assoziiert wurde.

Arafat lebte die letzten dreieinhalb Jahre seines Lebens wie ein Gefangener in der Muqata'a, seinem von den Israelis zusammengeschossenen Hauptquartier in Ramallah. Auch sein Grab befindet sich dort.

Sein Begräbnis am 11. November 2004 wirkte wie ein Volksaufstand und zeigte noch einmal, wie stark sich die Palästinenser als Volk mit dem PLO-Chef verbunden fühlten. »Arafat hat bewiesen, dass wir hier nicht über ein Land ohne Volk reden, sondern von einem Volk ohne Land«³³⁰, meinte die palästinensische Politikerin Hanan Aschrawi. Der erste gewählte Präsident der Palästinenser hat vielleicht keinen unabhängigen Staat geschaffen, aber ein eigenständiges Volk.

SCHEICH AHMED JASSIN

Ahmed Jassin wurde 1936 in einem Fischerdorf in der Nähe von Majdal, dem heutigen israelischen Ashkelon geboren. 1948 floh der Zwölfjährige mit der Familie in den Gazastreifen. Sie lebten im Flüchtlingslager Schati.

1952 hatte er einen Sportunfall, der ihn paralytisch zurückließ. Er wurde trotzdem Volksschullehrer und koordinierte ab 1968 die Aktivitäten der »Moslem-Bruderschaft« im Gazastreifen.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren übernahmen die Moslembrüder langsam die Waqf-Organisationen, inklusive der Islamischen Universität von Gaza und die meisten Moscheen. Damit bekam die Organisation eine institutionelle und finanzielle Basis. All das geschah unter Jassins Leitung, der 1973 das Islamische Zentrum in Gaza gegründet

330 H. Aschrawi, BBC-Interview, 11./11./2004

hatte. Als Geburtstag der Hamas wird der 15. Dezember 1987 angegeben – das Kürzel »Hamas« steht für »Harakat al-Muqaqama al-Islamiya« und heißt auf Deutsch »Eifer«. Die Hamas-Charta wurde am 18. August 1988 verabschiedet. Ein militärischer Flügel, die »Izz ad-Din al-Qassam«-Brigaden, wurde infolge der Intifada 1991 gegründet.

»Jassin enthielt sich jeglicher expliziter politischer Verhetzung, obwohl die Publikationen seiner Bewegung oft einen heftig antisemitischen Ton hatten«³³¹, schrieb Benny Morris: »Er kombinierte religiösen Enthusiasmus mit einem kalten, präzisen Intellekt, beide in einem Körper, der vom Hals ab gelähmt war. Israelische Beamte waren immer wieder erstaunt über den Kontrast zwischen seiner Unfähigkeit, seinen Körper zu bewegen und seiner Kapazität, mit einem Lidschlag eine massive politische Bewegung zu kontrollieren.«

Die Stunde der Hamas schlug mit Ausbruch der Ersten Intifada im Dezember 1987. Mit Mühe konnte Arafats Fatah-Bewegung den von jugendlichen Steinewerfern begonnenen Aufstand unter Kontrolle bringen. Die Hamas dagegen profitierte von der Volkswut. Israel hatte die Hamas anfangs als willkommene Konkurrenz zu Arafats Fatah gesehen, sah sich aber nun einem immer gefährlicher werdenden Gegner gegenüber: Denn die Hamas verfügte über reiche Spendengelder aus den Golfstaaten und dachte politisch bis in die Neunzigerjahre nicht an einen Kompromiss mit Israel.

Um die Macht der Islamistengruppe zu brechen, deportierte Israel die Führer der Hamas außer Landes. Im Dezember 1992 wurden 415 radikale Palästinenser auf einem Hügel im Südlibanon ausgesetzt. Diese Deportation »war ein großer Fehler seitens Israel, weil die Hamas angefangen hat, mit der Hisbollah zu kooperieren«, analysierte Nizar Ammar, ein palästinensischer Beamter im Sicherheitsapparat in Gaza: »Hamas wurde durch die Deportation komplett transformiert. Führer wie Abdel Asis al-Rantisi und Mahmoud al-Zahar tauchten in dieser Zeit auf.«³³² Die neuen Führer waren weitaus radikaler als der gelähmte Scheich.

Israel änderte daher die Politik und entließ Scheich Jassin im Oktober 1997 aus der Haft. Jassin war hinfällig, sein Tod im israelischen Gefängnis hätte seinen Märtyrerstatus noch verstärkt. Nach außen hin blieb Scheich Jassin immer ein Feind Israels. Er wurde in der Folge auch immer wieder von Arafats PA eingesperrt. Seine Haft dauerte allerdings nie lange.

Israel erklärte 2003, Jassin sei nicht immun gegen eine außergerichtliche Exekution. Ein erster Versuch, ihn umzubringen, scheiterte allerdings. Der Scheich ließ sich auch in der Folge nicht wesentlich besser schützen. Sein Aufenthaltsort war bekannt.

331 B. Morris, *Righteous victims, A history of the Zionist-Arab conflict, 1881–1999*, Alfred Knopf, New York, 1999, S. 564.

332 J. Stern, *Terror in the name of God*, S. 47.

Am 22. März 2004 wurde der im Rollstuhl sitzende Hamas-Führer von Israels Sicherheitskräften mit einer Höllefeuer-Rakete von einem Hubschrauber aus umgebracht. Jassin hatte soeben eine Moschee in Gaza nach dem Morgengebet verlassen. Er, seine beiden Leibwächter und sechs Passanten waren sofort tot. In einer Aussendung der israelischen Armee hieß es: »Jassin, verantwortlich für viele, tödliche Terroranschläge, die vielen Zivilisten das Leben gekostet haben, Ausländern wie Israelis, wurde bei diesem Anschlag getötet.«³³³

Die Palästinensische Autonomiebehörde verhängte eine dreitägige Trauerperiode. 200.000 Menschen folgten dem Begräbniszug in Gaza. Jassir Arafat betete für Jassin und Hamas-Politiker Ismail Hanijeh sagte: »Das ist der Moment, von dem Scheich Jassin geträumt hat.«³³⁴

Der pragmatische Politiker Jassin aber träumte wohl nicht nur davon, als Märtyrer in das Paradies zu kommen. Vorher wäre er vielleicht lieber nach Majdal, in das Fischerdorf seiner Kindheit, zurückgekehrt. Dafür standen die Chancen gleich Null. Zweitens aber arbeitete Jassin jahrlang darauf hin, die Hamas-Bewegung zu einer politischen Kraft zu machen und der Fatah die Macht abzugeben.

Dieser Traum wurde nach seinem Tod Realität. Im Jänner 2006 gewann die Hamas die absolute Mehrheit im Palästinensischen Legislativrat, dem Parlament der Palästinensischen Autonomiebehörde.

MARWAN BARGHOUTI

Der Held der zweiten Intifada war nicht mehr Jassir Arafat, sondern Marwan Barghouti. 1959 in einem Dorf außerhalb Ramallahs in eine gutsituierte, alte Familie hineingeboren, gehört Barghouti einer anderen Generation an als die Gründer der Fatah-Bewegung. Barghouti trat bereits nicht nur gegen die israelische Besatzungsmacht an, sondern auch gegen die Korruption der ersten Fatah-Generation auf. Kaum war er in die Fatah eingetreten, legte er sich bereits mit den »korrupten Bonzen« und »machthungrigen Kleingeistern« an, die in Arafats Umkreis zu Hause waren. An der Bir-Zeit-Universität, wo Barghouti in diesen Jahren die Jugendorganisation der Fatah leitete, überflügelte er die radikal-islamische Hamas.

In der ersten Intifada ab 1987 entwickelte sich der Politologie-Student schnell zu einer der zentralen Figuren des Aufstandes. Die israelische Besatzungsmacht steckte ihn dafür sechs Jahre ins Gefängnis. Doch schon diese erste Zeit hinter Gittern verfehlte ihre Wirkung: Die Intifada ging trotzdem weiter, Fatah erhielt noch mehr Zulauf und Barghouti

³³³ Zinert nach: International Herald Tribune, 22/04/2004, S. 6.

³³⁴ Ebenda.

zog die Fäden aus dem Gefängnis. Er lernte in dieser Zeit Hebräisch. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis ging Barghouti über Jordanien nach Tunis, wo er einige Zeit im Dunstkreis der PLO-Exilführung zubrachte.

1993 gehörte er zu den stärksten Befürwortern des Oslo-Abkommens. Zurück in Ramallah versuchte Barghouti seine Kampfgefährten aus der Intifadazeit von der Friedenschance zu überzeugen. Arafat machte ihn zum Fatah-Vorsitzenden im Westjordanland. Er war einer der wenigen Palästinenserführer, die das Vertrauen Arafats und den Respekt der Tansim, der jungen Träger der Intifada, besaßen.

Barghouti traf in den ersten Jahren des Oslo-Prozesses gerne Journalisten in seinem Büro in Ramallah. Umringt von zahlreichen Helfern saß er unprätentiös in deren Mitte und gab Anweisungen. Der kleinwüchsige Mann strahlte eine natürliche Autorität aus. Freundlich, aber bestimmt regierte er die Fatah-Gremien in der Westbank. Für Israel war er einer der wichtigsten Verbündeten.

Doch der Osloprozess scheiterte. Mit Ausbruch der zweiten Intifada kehrte Barghouti zum bewaffneten Widerstand zurück. »Ich habe mich mit ihm hingesetzt und wir haben diskutiert: für und gegen gewalttätigen Widerstand«, erzählt Sari Nusseibeh über diese Zeit³³⁵: »Er glaubte keine Wahl zu haben: Entweder er rettet für die Fatah die Unterstützung der jungen Generation, indem er gegen die Besatzung auftritt oder er überlässt das Feld der Hamas.«

In dieser Zeit ging das Gerücht, Barghouti wolle Arafat beerben. Arafats Entourage begann Barghouti schlecht zu machen: Er spiele sich auf, gebe den internationalen Medien zu viele Interviews. Barghouti wurde von Arafats Hof verbannt. Ohnehin musste er untertauchen, weil er auf der Gesuchtenliste der Israelis ganz oben stand. Aus dem Partner im Friedensprozess wurde schnell wieder ein gehasster Erzfeind. »Marwan hat aber nie Anschläge gegen Zivilisten in Israel befürwortet«, sagt Saad Nimr vom »Komitee zur Befreiung Marwan Barghoutis«: »Die Intifada richtet sich gegen die Besatzer in den 1967 besetzten Gebieten – die israelische Armee und die israelischen Siedler.«³³⁶

Die israelischen Entscheidungsträger dürften dies verstanden haben. Obwohl Israel alle Palästinenser, die einer führenden Rolle im Organisieren von Terroranschlägen bezichtigt wurden, in außergerichtlichen Exekutionen umbrachte, wurde Barghouti im April 2002 »nur« verhaftet. In einem vielbeachteten Prozess wurde er zu fünf Mal lebenslänglicher Haft verurteilt. Es schien fast, als sei sich Israels Regierung der Relativität der terroristischen Aktivität im Nahostkonflikt bewusst und wolle Barghouti lebend im Gefängnis aufbewahren – für einen möglichen späteren Einsatz als Palästinenserpräsident in besseren Zeiten.

335 S. Nusseibeh, Interview der Autorin, 04/01/2002.

336 S. Nimr, Interview der Autorin, 27/01/2004.

Nach Arafats Tod dachte Barghouti kurz daran, bei den Präsidentenwahlen am 9. Jänner 2005 zu kandidieren. Fatah aber nominierte am Ende Arafats bisherige Nummer Zwei, Mahmoud Abbas alias Abu Masen und Barghouti verzichtete auf eine Kandidatur.

Bei den Parlamentswahlen am 25. Jänner 2006 allerdings durfte Marwan Barghouti die Fatah-Liste anführen. In einem Interview aus dem Gefängnis heraus, konnte er seine Landsleute dazu auffordern, zu den Urnen zu gehen und ein demokratisches Parlament zu wählen.

Dies taten die Palästinenser dann auch, sie stimmten allerdings nicht für Fatah, sondern für die islamistische Hamas. Barghouti trifft dafür wohl noch am wenigsten die Schuld. Erstens sitzt er im Gefängnis. Zweitens sitzt er dort für die Beteiligung an Anschlägen gegen Israelis, was unter den Palästinensern populär ist. Außerdem aber repräsentiert er die junge Generation in Fatah, die gegen die Korruption der alten Arafat-Generation kämpft.

Seine Stunde könnte schlagen, wenn die Hamas-Regierung an den Anforderungen der Macht scheitern sollte.

MAHMOUD ABBAS ALIAS ABU MASEN

Mahmoud Abbas wurde 1935 in Safad geboren. Heute ist Safad eine israelische Stadt. Damals war es eine palästinensische Stadt. 1948 flüchtete die Abbas-Familie nach Syrien. »Ich hoffe, dass ich irgendwann meinen Traum realisieren kann, nach Safad zurückzukehren«, sagte er noch 1996 in einem Interview mit der israelisch-arabischen Zeitung »Kul al-Arab«³³⁷.

Abbas gehörte zu den Gründern von Fatah. Er war führend an der Einrichtung des ersten PLO-Zentralkomitees in Damaskus beteiligt. In den Sechziger- und Siebzigerjahren galt er als »Finanzoffizier« der PLO.

1982 schrieb er seine Dissertation in Moskau am Orient-Kollege über die Kollaboration der Zionisten mit den Nazis. Aus heutiger Sicht passt das Werk gut in den arabisch-sowjetischen Diskurs zum Zionismus: es ist tendenziös, antiwestlich und antiisraelisch. Sämtliche Klischees des antizionistischen Repertoires spielt Abbas durch: »Niemand kann die genaue Zahl der Opfer verifizieren, die Zahl der jüdischen Opfer könnte sechs Millionen sein, aber auch viel geringer. Dennoch, selbst wenn man die Zahl diskutiert, soll dies in keiner Weise die Schwere des Verbrechens gegen die Juden verharmlosen, denn Mord, auch nur von einem Menschen, ist ein Verbrechen, das die zivilisierte Welt nicht akzeptieren kann.«³³⁸

337 M. Abbas, Interview mit Kul al-Arab, Israel, 23/05/1996.

338 M. Abbas, *The Other side: The secret relations between Nazism and the leadership of the Zionist movement*, 1983, Dissertation, S. 2. Zitiert nach: Memri, Inquiry and Analysis Series No. 95, www.memri.org.

Die Dissertation ist aber auch ein Zeichen für sein Interesse an der »anderen Seite«, die ihre Interessen so viel besser wahrte als die Palästinenser. Abbas gehörte auch zu den ersten, die sich für Kontakte mit Israel einsetzten. Nicht zuletzt deshalb bestimmte Jassir Arafat seinen Kampfgefährten Abu Masen 1993 zum geheimen Chefverhandler mit den israelischen Abgesandten von Jitzhak Rabin und Schimon Peres in Oslo. Als Architekt von Oslo galt er den Amerikanern und Israelis als versöhnlicher Partner.

Dabei wich er in seinen Positionen nicht von jenen Arafats ab. Zum Rückkehrrecht hat Abu Masen oft Stellung bezogen: »Das Thema Rückkehrrecht ist äußerst sensibel. Es gibt vier Millionen Flüchtlinge, die das historische Land Palästina verlassen haben. Es ist ihr Recht, in ihre Häuser zurückzukehren. Wir verlangen nicht, dass sie nach Hause zurückkehren. Doch wenn sie es wollen, dann muss es möglich sein. Das wird im Rahmen eines Abkommens geschehen.«³³⁹

Im Wahlkampf 2004/2005 sagte er dann erstmals, die Flüchtlinge sollten »in die Heimat« zurückkehren können. Dieser interpretierbare Begriff könnte auch heißen, die Flüchtlinge sollten in den geplanten Staat Palästina zurückkehren können. Explizit erklärte Abu Masen die Bedeutung seines »Heimat«-Begriffes nicht.

Er selbst jedenfalls war 1994 mit Jassir Arafat zurückgekehrt, nicht nach Safad in Israel, sondern nach Gaza und Ramallah, wo er jeweils eine prächtige Villa baute.

Die Israelis begrüßten ihn als Nachfolger Arafats, weil Abu Masen sich 2000 gegen den Einsatz von Gewalt in der zweiten Intifada ausgesprochen hatte. »Ich glaube, der Einsatz von Waffen in der Intifada – egal ob in den Gebieten, die 1967 besetzt wurden oder in den Gebieten von 1948 – zieht uns in einen Teufelskreis hinein. Wenn es Operationen in den besetzten Gebieten gibt, dann werden sie sich sicher auch in die 1948er Gebiete ausbreiten. Alle militärischen Operationen müssen gestoppt werden, sowohl in den besetzten Gebieten als auch in den Gebieten von 1948. Dann müssen wir der Welt sagen, dass wir verhandeln wollen.«³⁴⁰

Auf der palästinensischen Straße machte er sich damit unbeliebt. Der unter Hausarrest stehende Arafat bestimmte seine Nummer Zwei dennoch im April 2003 zum Premierminister. Abbas hatte Arafat einige Zugeständnisse abgetrotzt, die die Macht des Präsidenten einschränkten. So war dieser nur noch Generalstabschef, zuständig für die Verhandlungen mit Israel, und er durfte die Regierung ernennen. Arafat hat sich allerdings um diese Reformen nicht gekümmert. Abbas trat deshalb bereits nach 129 Tagen als Regierungschef zurück.

Nach Arafats Tod am 11. November 2004 wählte das PLO-Exekutivkomitee ihn zum Vorsitzenden und nominierte ihn auch als Chef der Palästinensischen Autonomie-

339 M. Abbas, Interview, Kul Al-Arab, Israel, 25/08/2002.

340 M. Abbas, Interview with Al-Ahram (Ägypten), Al-Raya (Qatar) und Al-Khaleej (UAE), 01/12/02.

behörde. Er repräsentierte zwar für die junge Garde in Fatah die alte Generation und wurde dafür auch heftig kritisiert. Gleichzeitig aber bemühte er sich in seinen Wahlkampfreden darum, die Jungen einzubinden. Er trat im Wahlkampf im zivilen Anzug mit einem um die Schultern gelegten PLO-Tuch auf – ein symbolischer Wandel von Arafats Kopfschmuck des Befreiungskämpfers zum Schal eines westlich orientierten Pragmatikers. Am 9. Jänner wurde Mahmoud Abbas zum Präsidenten der Autonomiebehörde gewählt. Er galt den meisten allerdings nur als »Interimspräsident«³⁴¹, wie Rami Nasrallah vom Ostjerusalemener Politinstitut IPCC meinte.

Seit dem Wahlsieg der islamistischen Hamas-Bewegung im Jänner 2006 wurde die Position von Arafats Nachfolger noch schwieriger. Er stand als Präsident einem feindlichen Parlament und einer feindlichen Regierung gegenüber, die international geschnitten wurden.

Im Juni 2007 brachen die Spannungen zwischen Fatah und Hamas offen auf, im Gaza-Streifen brach ein Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen bewaffneten Gruppen aus. Hamas-Kämpfer besetzte Abu Masens Präsidentenbüro in Gaza. Der gedemütigte Präsident rief daraufhin eine Notstandsregierung in Ramallah aus. Israel und die internationale Gemeinschaft – froh, wieder einen Partner zu haben – unterstützten die von Abbas geführte Regierung finanziell und diplomatisch.

Abu Masens Popularität bei der Bevölkerung stieg durch die neue Finanzkraft. Andererseits wurden auch jene Stimmen lauter, die ihn als Kollaborateur bezeichneten.

Die Tschetschenen

DSCHOCHAR DUDAJEW

Dschochar Dudajew war der erste Präsident des unabhängigen Tschetschenien, der Republik »Itschkeria«. »Eine Revolution braucht einen Führer, und Dudajew erfüllte diese Rolle perfekt«, schrieben Carlotta Gall und Thomas de Waal³⁴². Dafür gab es mehrere Gründe.

Dudajew wurde am 15. Februar 1944 im Bergdorf Jalkhoroi im Südwesten Tschetscheniens geboren, acht Tage vor der Deportation seines Volkes nach Kasachstan. Er war das jüngste von 14 Geschwistern. Sein Vater, ein Veterinärmediziner, stammte aus dem Teip³⁴³ der Jalkhoroi, einer unbedeutenden Familie des halbinguschischen Volkes der Karabulaken. Dudajew war demnach weder ein wichtiger noch ein richtiger

341 I. Günther, T. Szyszkowitz, profil, 10/01/2005, S. 58.

342 C. Gall, T. de Waal, *Chechnya*, S. 83.

343 Clan.

Tschetschene. Später hat er seine mangelhafte Herkunft mit besonders eifriger Vaterlandsliebe kompensiert.

In der Verbannung sicherte Dschochars Vater das Überleben der Familie, indem er Gemüse auf einem Feld anbaute. Die Erinnerung an diese Kindheit in Demütigung und bitterster Armut dürfte seinen fanatischen Nationalismus ebenfalls beflügelt haben. »Ich lebte damals mit einem Traum: Den schamvollen, unwürdigen Umständen unseres Lebens zu entkommen«³⁴⁴, erklärte er 1992.

Bis 1957 lebte Dudajew in Kasachstan. Er kehrte als Erster seiner Familie nach Tschetschenien zurück. Da er keinen Platz mehr im Zug selbst bekommen hatte, verbrachte er die Reise auf dem Dach eines Waggons. Zurück in Tschetschenien nahm er den Wiederaufbau buchstäblich selbst in die Hand und baute für seine Familie ein Haus mit zwei Zimmern. Das galt unter den Heimkehrern als grandios. Doch als die Tochter der Schuldirektorin anstelle von Dschochar, dem Klassenbesten, auf eine Reise nach Ungarn geschickt wurde, sagte sein Vater zu ihm: »Uns bleiben alle Wege verschlossen, merke dir das.«³⁴⁵

Es hielt ihn daher nicht lange in Tschetschenien. Nach dem Besuch einer Abendschule und einem Jahr Physikstudium an der Universität in Nordossetien wechselte er abrupt und ohne seine Familie darüber zu verständigen, an die »Höhere Schule für Militärflugausbildung«. Tschetschenen wurden im Allgemeinen für die Ausbildung zum Piloten nicht angenommen. Gall und de Waal schrieben, »er schaffte dies nur, weil er in das Feld »Nationalität: »Ossetier« eintrug. Den ersten Antrag im Jahr davor hatten die russischen Behörden abgelehnt.«³⁴⁶ Dudajews Frau bestätigt dies im Buch über ihren Mann: »Als Sohn eines verstoßenen Volkes war es praktisch unmöglich, sich den Traum zu erfüllen, ins Militär aufgenommen zu werden. Er hat sich deshalb als Ossetier ausgegeben.«³⁴⁷

Daraufhin machte er Karriere als Luftwaffengeneral der Roten Armee. »Er war der erste tschetschenische General in der gesamten Geschichte der UdSSR«³⁴⁸, behauptete der Historiker Seschil. 1968 trat er in die KPdSU ein. 1969 heiratete er die Tochter seines russischen Ausbildners. »Sein Benehmen erinnerte mich an die Haltung eines Generals aus dem 19. Jahrhundert«³⁴⁹, erinnerte sich Alla Dudajewa, ehemalige Kulikowa. »Edel und mutig wie ein Held in den Romanen des russischen Schriftstellers Michail Lermontow« kam er ihr vor.

344 Zitiert nach: P. Felgenhauer, Chechen Rebels Bypass Moscow, *The Moscow Times*, 20. 10/ 1994.

345 A. Dudajewa, *Eine Million und einer (Million Perwyi)*, Ultra: Kutura, Jekaterinenburg, 2005, S. 34.

346 C. Gall, T. De Waal, *Chechnya*, S. 84.

347 A. Dudajewa, *Eine Million und einer*, S. 35.

348 J. Seschil, *Schrammen auf den Trümmern*, S. 99.

349 A. Dudajewa, *Eine Million und einer*, S. 20.

Dudajew verheimlichte die Ehe gegenüber seiner Familie. Erst mit der Geburt eines Sohnes 1970 versöhnten sich die Familien. Diese Überidentifizierung mit den Russen, in deren Reihen er eine militärische Musterkarriere bis zum Generalmajor durchlief und für die er seine eigentliche Herkunft jahrelang verleugnete, ging Jahre später nahtlos in unkritischen tschetschenischen Nationalismus über.

Den vaterländischen Eifer der Kleinstaaten lernte er in Estland kennen. Dort war er nach dem Krieg in Afghanistan als Aufseher über die sowjetischen, mit Atomwaffen bestückten Langstrecken-Kampfbomber stationiert. In Tartu, Estlands zweitwichtigster Stadt, verbrachte er viele Stunden in Diskussionen über die Unabhängigkeit des kleinen Landes mit Hauptmann Ants Laaneots, dem Chef des lokalen Militärbezirkes.

Die Kleinstaaterei war ansteckend. Der Sowjetgeneral wurde aus der Entfernung heraus tschetschenischer Separatist. Er entdeckte seine tschetschenischen Wurzeln und las Bücher über die tschetschenischen Helden Imam Schamil und Scheich Mansur. Im November 1990 flog er nach Grosny und wurde dort zum Vorsitzenden des Tschetschenischen Nationalkongresses gewählt. Im März 1991 legte er seine militärischen Ämter nieder und zog nach Grosny.

Die tschetschenische Separatistenbewegung hatte Dudajew nicht zufällig für sich entdeckt, beschrieb der Historiker Juri Seschil. Da die Tschetschenen keine Hierarchie duldeten, holten sie ihre Führer gerne von außen. Das sei bereits bei Schamil im 19. Jahrhundert der Fall gewesen. Schamil war ein Aware aus Dagestan: »Wenn Dudajew in Tschetschenien gelebt hätte, wäre er niemals als Führer anerkannt worden.«³⁵⁰

Nach seiner Wahl zum Präsidenten 1991 rief er die Unabhängigkeit der Republik aus. Doch seine Präsidentschaft erwies sich als wenig erfolgreich. Bereits 1993 löste er das tschetschenische Parlament auf, nachdem Kritik an seinem autokratischen Herrschaftsstil laut geworden war. Tschetschenien wurde unter Dudajews Leitung kein demokratischer Staat, sondern ein rechtsfreies Banditenparadies. Statt mit den vernünftigen Kräften in Moskau zu verhandeln, steuerte Dudajew sein Land auf Konfrontationskurs. Auch in Moskau siegten die kriegstreiberischen Kräfte. 1994 begann der Krieg.

Die russische Armee setzte 1995 eine Million Dollar auf Dudajews Kopf aus. Ab diesem Zeitpunkt lebte Dudajew im Untergrund, wechselte ständig seinen Aufenthaltsort. Am 21. April 1996 wurde Dudajew bei einem russischem Luftangriff im Dorf Schalasche getötet, nachdem er über das Signal seines Satellitentelefon ausgeforscht worden war. »Russland wird bedauern, was es mit Tschetschenien gemacht hat«, hörte ich Dschochar sagen. Ich zog mich zurück. Plötzlich hörte ich von links das Sausen einer Rakete. Hinter meinem Rücken gab es eine Explosion und die Druckwelle warf mich in den Straßengraben.«³⁵¹

350 J. Seschil, *Schrammen auf den Trümmern*, S. 99.

351 A. Dudajewa, *Eine Million und einer*, S. 353.

Der erste gewählte Präsident Tschetscheniens war tot. Bei seinem eigenen Volk galt er weiterhin als Held. »Dudajew war kein Fanatiker«, notierte Seschil: »Immerhin hatte man Dudajew als General die strategischen, nuklearen Luftwaffen anvertraut.«³⁵²

ASLAN MASCHADOW

Aslan Maschadow, gesprochen Mas-chadow, wurde am 21. September 1951 in Schakai geboren, einer Stadt in Kasachstan. Die ersten sechs Jahre seines Lebens war er ein »Spezperessilientie«, ein »Sonderverschickter«. 1957 kehrte er mit seiner Familie nach Tschetschenien zurück.

Wie Dudajew hielt es Maschadow nicht lange in Tschetschenien. Er ging zur sowjetischen Armee. 1972 beendete er seine Ausbildung an der Artillerieschule in Tiflis, heute Georgien. Er absolvierte dann die Militärakademie in Leningrad, heute St. Petersburg, die er 1981 abschloss. Dann diente er 1990 als lokaler Kommandant der sowjetischen Raketenkräfte und Artillerie in Vilnius, im heutigen Litauen, wo er an der wenig erfolgreichen Unterdrückung der litauischen Unabhängigkeitsbewegung teilnahm. Dort lernte er, auch dies eine Parallele zu Dudajew, die verführerische Kraft des Separatismus kennen. 1992 nahm er seinen Abschied von der Russischen Armee und kehrte nach Tschetschenien zurück.

Zu Kriegbeginn 1994 wurde Maschadow zum Generalstabschef der embryonischen Armee Tschetscheniens ernannt. Zwischen 1994 und 1996 war er die wichtigste militärische Persönlichkeit der Separatisten. Ihm und nicht seinem Chef Dudajew wurde der Sieg über die russischen Truppen zugeschrieben. Er handelte auch im August 1996 das Friedensabkommen mit Moskau aus. Nach der Ermordung Dudajews durch die Russen wurde Maschadow am 17. Oktober 1996 als Premierminister angelobt.

Da er als der moderatere Kandidat galt, setzte Moskau bei den Präsidentenwahlen im Jänner 1997 auf ihn. 55 Prozent der Tschetschenen stimmten für Maschadow. Der russische Präsident Boris Jeltsin gratulierte ihm zu seinem Sieg. Die OSZE stufte die Wahlen als fair ein.

Moskau akzeptierte aber die tschetschenische Unabhängigkeit keineswegs. Maschadows Präsidentschaft war außerdem von Anfang an von Schamil Bassajews immer offeneren Radikalisierung überschattet. Er organisierte sogar Anschläge gegen Maschadow. Dieser überlebte zwar, schaffte es aber nicht, die tschetschenische Separatistenbewegung vor der Spaltung zu bewahren. Der islamistische Flügel entfernte sich zusehends von Maschadows politischer Führung. Der offene Bruch kam im September 1999 mit einem Überfall von Bassajews Kämpfern auf Dagestan.

³⁵² J. Seschil, *Schrammen auf den Trümmern*, S. 114f.

Wladimir Putin, damals noch Russlands Premierminister, schickte daraufhin im Oktober 1999 die russischen Truppen zurück nach Tschetschenien. Die Republik wurde innerhalb weniger Monate in Grund und Boden gebombt. Aslan Maschadow musste in den Untergrund gehen, auf seinen Kopf hatte Moskau ein Preisgeld von zehn Millionen Dollar ausgesetzt. Im Laufe des zweiten Tschetschenienkrieges näherte er sich Bassajew wieder an.

Maschadow hat zwar die von Bassajew verantworteten Terroranschläge gegen russische Zivilisten stets durch seinen Abgesandten Ahmed Sakajew in London offiziell verurteilen lassen. Anna Politkovskaja meinte allerdings: »Ich bin mir nicht sicher, ob Sakajew noch weiß, wovon er spricht. Er war das letzte Mal im Jahr 2000 in Tschetschenien. Seitdem hat sich die Lage derer, die dort geblieben sind, drastisch verändert. Es gibt keine Grenze mehr zwischen dem militärischen Flügel unter Schamil Bassajew und dem politischen Repräsentanten Aslan Maschadow. Neben Maschadow und Bassajew gibt es inzwischen andere Gruppen, die ihre eigenen Operationen planen und ausführen.«³⁵³

Die russische Regierung hat Sakajews Stellungnahmen jedenfalls keinen Glauben geschenkt. Oder wenn doch, sich gerade deshalb dafür entschieden, den letzten möglichen Gesprächspartner unter den tschetschenischen Separatisten loszuwerden. Am 8. März 2005 töteten russische Spezialeinheiten den tschetschenischen Präsidenten, indem sie eine Granate in einen unterirdischen Bunker unter einem Haus in der Ortschaft Tolstojurt warfen. Aslan Maschadow hatte dort Unterschlupf gefunden.

SCHAMIL BASSAJEW

Schamil Bassajew wurde 1965 geboren. Er sei als »Kind der Sowjetunion« aufgewachsen, erzählte er: »Doch im Alter von 15 Jahren wusste ich bereits, dass 360 Tschetschenen die Burg von Brest verteidigten, dass 48 Tschetschenen posthum zu Helden erklärt wurden und dass ihnen nach der Deportation doch kein Heldenstatus verliehen wurde. Das haben uns die Alten berichtet.«³⁵⁴

Sein Vater Salman unterhielt seine Söhne oft mit den Heldensagen der Familie Bassajew: Einer kämpfte gegen die Mongolen im 14. Jahrhundert, ein anderer war Stellvertreter von Imam Schamil, dem legendären Führer der Tschetschenen im 19. Jahrhundert. Schamil wurde nach ihm benannt. Ein Ururgroßvater, ein Stellvertreter des Imam, starb in einer der Schlachten gegen die Russen.

Der Großvater kämpfte gegen die Bolschewiki. Er verhungerte im ersten Winter nach der Deportation in Kasachstan. Vater Salman selbst überlebte die Verbannung. Zurück

³⁵³ A. Politkovskaja, Interview der Autorin, Moskau, 02./09./2004.

³⁵⁴ Zitiert nach: C. Gall, T. De Waal, *Chechnya*, S. 260.

in Tschetschenien 1957 baute er sein Haus wieder genau dort auf, wo die Familie seit dem 11. Jahrhundert siedelte. Diese kriegerische Familiengeschichte prägte den jungen Bassajew sehr.

Macho-Romantik und Heldenmythos spielten wohl auch eine Rolle in seiner Entwicklung zu Tschetscheniens radikalstem Separatisten. Als er in Moskau Bodenkultur inskribierte und mit Computern handelte, hing in seiner Studentenbude ein Poster von Che Guevara. Angeblich heuerte ihn in dieser Zeit der russische Geheimdienst für spezielle Sabotageeinsätze an. Vielleicht konvertierte Bassajew später so radikal zum tschetschenischen Nationalismus, weil er sein früheres Leben als Sowjetpion ausmerzen wollte? Ähnlich wie bei Dudajew und Maschadow schlug die anfängliche Überidentifizierung mit den Russen später ins Gegenteil um: in das exaltierte Bedürfnis nach Abgrenzung.

Als die Sowjetunion zusammenbrach, begeisterte sich der damals 26-jährige schnell für den Separatismus. Den Guerilla-Kampf studierte er Anfang der Neunzigerjahre auf Seiten der aserbaidschanischen Rebellen in Nagorno-Karabach und in den Schlachten gegen die Georgier in Abchasien. Sein Wissen wandte er bald in der Heimat an. 1994 verteidigte er Grosnyi gegen den Angriff der Russen.

Kaukasus-Experte Thomas de Waal beschreibt ihn »nicht als simplen Banditen. Selbst für tschetschenische Begriffe ist Bassajew ein außerordentlich tapferer Kämpfer mit scharfem politischen Verstand«³⁵⁵. Doch politische Frustration und Ehrgeiz trieben ihn immer weiter in die Radikalität.

1995 überfiel er ein Krankenhaus im südrussischen Budjonnowsk. Er hatte die Aktion ohne Zustimmung von Dudajew und Maschadow geplant. Knapp davor hatte die russische Armee sein Heimatdorf Vedeno erobert und dabei zwölf Verwandte getötet, die meisten davon Frauen und Kinder.

Der Überfall folgte einer jahrhundertealten Tradition der tschetschenischen Kämpfer, dem »Nabeg«: Tschetschenische Reiter überfallen ein russisches Dorf, plündern es aus und nehmen Geiseln. Über 100 der 1.000 Geiseln in Budjonnowsk wurden getötet, Bassajew selbst erhielt freies Geleit nach Tschetschenien. Über die Opfer sagte er: »Die Russen sind Schakale. Meine Leute sind mir wichtiger als diese russischen Kinder und Frauen.«³⁵⁶

1996 eroberte er mit seinen Rebellen Grosnyi zurück. Die Russen stimmten Friedensverhandlungen zu. Bassajew hoffte auf ein ziviles Leben und kandidierte bei den Präsidentenwahlen 1997. Doch die Tschetschenen zogen den moderateren Aslan Maschadow vor. Um den jungen radikalen Flügel einzubinden, ernannte Maschadow Bassajew 1998 zum Premierminister. Bassajew blieb aber nur sechs Monate auf diesem Posten.

355 C. Gall, T. De Waal, *Chechnya*, S. 260.

356 Ebenda.

Zwischen Moskau und Grosnyi verschlechterten sich die Beziehungen wieder dramatisch. Im Zuge der allseitigen Radikalisierung wandte sich Bassajew dem islamistischen Terrorismus zu.

Dabei war ihm religiöser Fanatismus nicht in die Wiege gelegt worden. Wie die Mehrheit der Tschetschenen hingen die Bassajews der »Nalschbandija« an, einer lokalen Version des Sufismus. Der Islam wird mystisch ausgelegt und dreht sich weniger um religiöse Gesetze als um ekstatische Tänze und Heiligenverehrung.

Doch in der Kriegsrepublik Tschetschenien tauchte Mitte der Neunzigerjahre der arabischstämmige Unruhestifter Emir Chattab auf, der schon gegen die Sowjets in Afghanistan gekämpft hatte. Er brachte den Wahhabismus, eine extrem fanatische Auslegung des Islam, auf die Ossama ben Laden und die saudiarabische Königsfamilie eingeschwo-ren sind, in den Nordkaukasus.

Gemeinsam mit Chattab fiel Bassajew 1999 in der Nachbarrepublik Dagestan ein. Dieser provokative Angriff, die dann folgenden Terroranschläge gegen Moskauer Wohnhäuser – die einzigen, die laut Bassajew nicht auf sein Konto gingen – und der Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges 1999 katapultierten Wladimir Putin in den Präsidentensessel im Kreml. Beim Rückzug aus Grosnyi im Jahr 2000 trat Bassajew auf eine Mine und verlor ein Bein. Seine erste Frau und seine Kinder sollen bei einem russischen Angriff auf sein Heimatdorf umgekommen sein.

Bassajew eskalierte weiter und brachte Putin den Terror vor die Haustür. Im Oktober 2002 ließ Abdullah Schamil Abu Idris – so lautete Bassajews Kampfname – ein Musical-theater mit rund 800 Geiseln besetzen. 129 Menschen starben beim Sturm der russischen Sicherheitskräfte. Am 9. Mai 2004 lancierte Bassajew ein weiteres »erfolgreiches« Attentat, der moskautreue Präsident Ahmed Kadyrow starb bei einem Bombenanschlag in Grosnyi. Am 1. September 2004 schickte Bassajew rund 40 seiner Leute in eine Schule in Beslan in Nordossetien. Von 1200 Geiseln starben bei der Befreiung 332. Die Geiseln-nehmer schossen fliehenden Kindern in den Rücken.

Am 10. Juli 2006 schließlich tötete ein russisches Spezialkommando den Staatsfeind Nummer Eins in Inguschetien, Tschetscheniens Premierminister und Putin-Protegé Ramsan Kadyrow bedauerte, den Mörder seines Vater der kaukasischen Tradition der Blutrache gemäß nicht selbst getötet zu haben.

AHMED UND RAMSAN KADYROW

Scheich Ahmed Kadyrow wurde 1951 in der Verbannung in Kasachstan geboren. Seine Verwandten gehörten dem einflussreichen Stamm der Benoi an und waren sehr religiös. Seine Eltern wurden bei der Deportation getrennt, landeten in verschiedenen Zügen und fanden sich erst nach zwei Jahren in der kasachischen Steppe wieder.

Kadyrow reproduzierte in einem Interview mit Interfax am 23. Februar 2004, dem 60. Jahrestag der Deportation, die Erinnerungen seiner Eltern an diesen Tag: »Das Ziel der Deportation war die Auslöschung des tschetschenischen Volkes. Die unglaubliche Grausamkeit, mit der die Deportation durchgeführt wurde, bewies dies. Der Zynismus der obersten Beamten war unfassbar. Man schickte Soldaten der Roten Armee in jedes tschetschenische Haus. Die Tschetschenen empfingen sie wie eigene Söhne. Doch die »Verteidiger des Vaterlandes« verladen unser Volk innerhalb von einigen Stunden unter vorgehaltenen Pistolen in Güterzüge.«³⁵⁷

Kadyrow gehörte zu Beginn der Unabhängigkeitsbewegung zu den tschetschenischen Separatisten. Als Mufti hatte er großen Einfluss. 1996 rief er zum Dschihad gegen Russland auf. Doch dann radikalisierten sich die Rebellen zusehends. Dem traditionell religiösen Kadyrow gefiel die islamistische Entwicklung des radikalen Flügels nicht. Er zog sich zurück. 1999 wechselte er sogar die Seite. Er ließ sich von Russlands Präsident Putin als Statthalter des Kreml in Grosnyi einspannen. 2003 wurde Kadyrow zum Präsidenten der Republik gewählt, ein Urnengang, dessen Ausgang vom Kreml bestimmt worden war. Die Gegenkandidaten waren unter Drohungen oder mit Postenversprechen zum Rückzug aufgefordert worden.

Ahmed Kadyrow nahm eine umgekehrte Entwicklung wie Dudajew, Maschadow und Bassajew. Vom Separatisten verwandelte er sich in einen moskautreuen Tschetschenen. Trotz der umgekehrten Vorzeichen handelte es sich um eine ähnliche Reaktion. Das kollektive Trauma der Deportation, die konfliktreichen Beziehungen zwischen Tschetschenen und Russen im Allgemeinen führten abwechselnd zu Überidentifizierung oder radikalem Abgrenzungsbedürfnis.

Die Besonderheit im Falle des Muftis: Seine religiösen Traditionen gaben ihm eine festere Identität als anderen. Die islamistischen Theorien der Wahhabiten schreckten ihn ab. Kadyrow war ein Kunta-Hadschi-Anhänger, der tschetschenischen Sekte des Nakschbandija-Sufismus. Die Wahhabiten hatten den Mufti bald nach ihrem Eintreffen in Tschetschenien als Feind ausgemacht und versuchten mehrfach, ihn umzubringen. Kadyrow musste sich in seinem Heimatdorf Tsenteroi verstecken.

Aus dieser persönlichen und ideologischen Zwangslage heraus wurde er Russlands Statthalter in Tschetschenien. Wie bei Bassajew wird bei Kadyrow eine KGB-Vergangenheit vermutet. Bewiesen ist dies bisher nicht. Kadyrow verhandelte jedenfalls mit den Russen, er übergab schließlich die Stadt Gudermes, in der seine Milizen die Kontrolle hatten. Er wurde dafür erst zum Administrator Tschetscheniens gemacht und im Oktober 2003 in geschobenen Wahlen zum Präsidenten erklärt.

³⁵⁷ A. Kadyrow, Interview mit Interfax, 23/02/2004.

Seinen Posten konnte er allerdings nicht lange genießen. Am 9. Mai 2004, dem Jahrestag des Sieges der Roten Armee über Nazi-Deutschland, wurde er bei einem Sprengstoffanschlag im Stadium von Grosny getötet. Die Ironie von Zeit und Ort dieses Anschlages lässt sich nicht leugnen: Die Tschetschenen waren von Stalin wegen vermeintlicher Kollaboration mit den Nazis deportiert worden.

Kadyrow ging auch darauf in seinem Interview vom 23. Februar ein: »Nur Dummköpfe, die sich in der Geschichte nicht auskennen, können diese Vorwürfe ernstnehmen. Nicht ein einziger deutscher Soldat hat seinen Fuß auf tschetschenische Erde gesetzt. Zehntausende Tschetschenen kämpften an der Front gegen Deutschland und keiner von diesen lief zum Feind über.«³⁵⁸ Er wies auch darauf hin, dass der erste sowjetische Offizier, der mit einem US-Soldaten an der Elbe zusammentraf, ein Tschetschene namens Mowlid Wisaitow war.

Die Tragödie von 1944 sollte niemals vergessen werden, forderte Kadyrow: »Wir müssen uns immer an die Hunderttausenden erinnern, deren Gräber in Sibirien sind. Niemand denkt daran, den Holocaust oder den Genozid an den Armeniern in der Türkei zu vergessen, warum also sollten wir Tschetschenen unsere nationale Tragödie vergessen?«

Nach seinem Tod wurde Ahmeds Sohn Ramsan Kadyrow vom Kreml zu seinem Nachfolger bestimmt. Offiziell durfte Ramsan seinem Vater als Präsident nicht nachfolgen, da er zum Zeitpunkt des Todes seines Vaters gerade erst 28 Jahre zählte. Da er aber durch seine Milizen, die »Kadyrowtsi«, die Republik kontrollieren konnte, setzte Präsident Putin auf den jungen Bandenführer, der bei den Tschetschenen als besonders korrupt und brutal gefürchtet war. Kadyrow ist für Putin eine Art »gefährlicher Freund«. Dies steht durchaus in der Tradition der russisch-tschetschenischen Beziehungen: Die Russen sahen die Tschetschenen bestenfalls nicht als Feinde, sondern als »unzuverlässiges Volk«.

Im August 2004 wurde Alu Alchanow nach gefälschten Wahlen als Präsident der Teilrepublik Tschetschenien eingesetzt. Ramsan Kadyrow begnügte sich zuerst mit dem stellvertretenden Premierministerposten, stieg dann aber bereits Anfang 2006 zum Premierminister auf.

Präsident Putin gab Kadyrow freie Hand, solange Tschetschenien ruhig gehalten wurde und es keine größeren Beschwerden aus dem Ausland gab. Als der Europarat Kadyrows geheime Gefängnisse in Tsenteroi besuchen wollte, verweigerte Kadyrow den Zutritt am 1. Mai 2006. Nach Protesten gab es offenbar eine Kreml-Weisung, die Tore zu öffnen. Bei der Visite der Europäer waren die Zellentüren offen und die Zellen selbst leer. »Es gibt keine geheimen Gefängnisse«, sagte Kadyrow trotzig. Der Kreml hatte ihm gezeigt, wo die Grenzen seiner Souveränität lagen.

³⁵⁸ A. Kadyrow, Interview mit Interfax, 23./02./2004.

Unter der vom Krenl eingesetzten Zwangsherrschaft Kadyrows entstand das System Putin auch in Tschetschenien: Das wilde Bandenwesen wurde zur organisierten Kriminalität. Die Bestechung war offizieller Bestandteil des Regierungswesens. Kadyrow verdiente in allen Bereichen 20 Prozent. Ob Öl, Subventionen, Erziehung oder Parteien – wer etwas in Tschetschenien erledigen wollte, zahlte ein Fünftel des Wertes an den nunmehrigen Premierminister.

Ramsan Kadyrow suggerierte, ein genuiner tschetschenischer Führer zu sein. In der Tradition seines Vaters gab er den Landesvater, der das tschetschenische Erbe hochhielt, ohne in den zerstörerischen Separatismus eines Schamil Bassajew zu verfallen. Er leitete den Wiederaufbau und verteilte Hilfgelder – von denen ein großer Teil auf sein Konto ging.

Auf dieser Basis stabilisierte sich die Republik in gewisser Weise. Der Wiederaufbau beeindruckte die Bewohner Grosnyis, die oft noch in völlig zerstörten Wohnblocks hausten. Es wurden zwar oft nur die Fassaden von Häusern wieder in Stand gesetzt und die Fördermittel für die Renovierung des gesamten Baus flossen in die Taschen der Republikführung. Dennoch war Wandel bemerkbar. »Der Feudalismus von Ramsan Kadyrow ist für das Volk besser als die Anarchie davor«³⁵⁹, analysierte der Tschetschenienexperte der Menschenrechtsorganisation »Memorial«, Alexander Tscherkassow.

Im Februar verkündete Alu Alchanow auf Druck des Krenl seinen Rücktritt als Präsident. Am 5. April 2007 wurde Ramsan Kadyrow als Präsident Tschetscheniens angelobt.

359 A. Tscherkassow, Interview der Autorin, Moskau, 24./05/2006.

9. Trauma und Terror – Exkurs in den Selbstmordterrorismus

Die extremste Form des nationalistischen Widerstands ist der Selbstmord-Terrorismus. Obwohl er heute in der westlichen Welt gerne mit radikal-islamistischem Gedankengut assoziiert und erklärt wird, sticht ins Auge, dass gerade bei Palästinensern und Tschetschenen – zwei traditionell moslemischen, aber nicht sehr religiösen Völkern – der Selbstmordterrorismus in den vergangenen Jahren so populär wurde.

Von Samson bis zu den »Schwarzen Witwen«

Der erste bekannte Selbstmord-Anschlag ging auf das Konto des biblischen Samson: »Und Samson sagte »Lass mich mit den Philistern sterben« und beugte sich nieder. Und das Haus fiel auf alle, die darin waren. So hatte er in seinem Tod mehr Menschen umgebracht als im Leben.«³⁶⁰

In jüngerer Zeit spielten Suizid-Anschläge im Zweiten Weltkrieg eine Rolle. Die Japaner setzten Kamikaze-Piloten als Zeichen der extremen Opferfreudigkeit als letzte (Propaganda-)Waffe ein. Im Nahen Osten begann Hisbollah 1983 Selbstmordanschläge gegen amerikanische, französische und israelische Soldaten oder Einrichtungen einzusetzen. 1986 sprengte sich die erste Frau, die 17-jährige Libanesin Sana Mehajdali, neben israelischen Soldaten im Südlibanon in die Luft. »Die Braut des Südens« war von der säkularen, pro-syrisch libanesischen PPS geschickt worden.

Vom Südlibanon breitete sich das Selbstmordattentat schnell aus. Immer öfter wurden Frauen für die (selbst-)mörderischen Aktionen ausgewählt. Im Mai 1991 sprengte Themuli Rajaratnam sich und Indiens ehemaligen Premierminister Radschiw Gandhi bei einer Wahlkampfveranstaltung in die Luft. Sie war von den Sri Lanka »Liberation Tigers of Tamil Eelam« geschickt worden. Die »Tamil-Tiger« orchestrierten 168 Suizidanschläge von 1987 bis 1990. In Sri Lanka gingen ein Drittel der bisher insgesamt 250 Selbstmordanschläge auf das Konto von Frauen. Die kurdische PKK verübte von 1996 bis zum Ende der Bombenkampagne 1999 21 Suizidattentate, zwei Drittel davon wurde von Frauen ausgeführt.

Die Palästinenser begannen 1993 mit Selbstmordbomben gegen den Oslo-Friedensprozess zu kämpfen. Einige Anschläge gingen auf das Konto der marxistischen Gruppen Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und der Populären Front für die Befreiung Palästinas (PFLP). Nach Beginn der zweiten Intifada im Oktober 2001 begingen auch radikale Absplitterungen von Arafats Fatah-Partei, die Al-Aksa-Brigaden,

³⁶⁰ Die Bibel, Richter 16:30

Suizidanschläge. Die große Mehrheit der Selbstmordbomber aber wurde von islamistischen Gruppen entsandt.

Ab 2002 setzten die palästinensischen Gruppen auch Frauen ein. Die Al-Aksa-Brigaden schickten als erste Frau Wafa Idris. In der Zeit vom Beginn der zweiten Intifada im September 2000 bis März 2004 kamen in 124 Selbstmordattentaten über 400 Israelis um. Durch den Bau der Trennmauer zwischen Israel und den besetzten Gebieten verringerten sich die Anschläge erheblich. Das Jahr 2005 zeichnete sich außerdem durch einen Waffenstillstand aus, an den die Hamas sich hielt, um den Abzug Israels aus dem Gazastreifen nicht zu gefährden.

Die Tschetschenen schickten erst zur Jahrtausendwende lebende Bomben, aber dann gleich Frauen. Die erste tschetschenische ›Schahidin‹, die 17-jährige Chawa Barajewa, sprengte sich im Juni 2000 in die Luft. Sie fuhr mit einem Lastwagen in einen russischen Militärposten.

Ab diesem Attentat kamen die sogenannten ›schwarzen Witwen‹ in Mode. Die für Tschetscheninnen unübliche Verkleidung mit schwarzen Abajas wurde fernsehgerecht in Szene gesetzt. Bei der Besetzung des Nord-Ost-Musical-Theaters im Oktober 2002 in Moskau wurden Frauen in Abajas und mit Sprengstoffgürteln vorgeführt – allerdings waren die Gürtel nicht mit Sprengstoff gefüllt.

›Schwarze Witwen‹ kamen auch bei einem Jazzkonzert im Juli 2003, bei einem Anschlag vor dem Hotel National im Zentrum Moskaus im Herbst 2003 und bei einem Anschlag auf die Moskauer Metro im Jänner 2004 zum Einsatz.

Bisheriger Höhepunkt des Suizidterrorismus war die Anschlagserie Ende August, Anfang September 2004. Zuerst explodierten zwei Flugzeuge simultan, die von Moskau in den Süden flogen. Nach Recherchen des russischen Geheimdienstes FSB waren die Täterinnen tschetschenische Frauen. Am 1. September 2004 besetzten 40 Terroristen eine Schule in der nordossetischen Stadt Beslan. Von den 1120 Geiseln starben beim Sturm 332 Menschen, darunter 176 Kinder. Unter den Geiselnahmern waren wieder zwei Frauen.

Der hohe Prozentsatz an tschetschenischen und palästinensischen Suizid-Anschlägen im internationalen Vergleich konnte auch darauf zurückgeführt werden, dass es sich in beiden Fällen um besonders ›asymmetrische‹ Konflikte handelte. Sowohl Israelis wie Russen waren den Feinden technisch weit überlegen. ›Wenn wir dereinst Kampfbomber und Raketen haben, dann können wir daran denken, unsere Methoden der legitimen Selbstverteidigung zu ändern. Bisher können wir nur mit unseren bloßen Händen kämpfen und uns opfern,‹³⁶¹ zitierte Mia Bloom einen palästinensischen Befürworter von Suizidattentaten.

In Israel und Palästina begannen die Selbstmordattentate bald nach der Verkündung des Oslo-Abkommens im September 1993. Waren die Selbstmordattentate direkte

361 M. Bloom, *Dying to Kill: The Allure of Suicide Terror*, Columbia University Press, New York, 2005, S. 3-4

Antwort auf eine Friedenshoffnung, die auf dem Prinzip des Kompromisses beruhte? Schickten Islamischer Dschihad und Hamas ihre Attentäter, weil sie nur zwei Lösungen kannten: Sieg über Israel oder Verlust des eigenen Lebens? Zum Teil war es so, betrachtete man die ersten Attentate 1994, die von islamistischen oder säkularen Gruppen ausgeführt wurden, die das Oslo-Abkommen ablehnten.

Die späteren Selbstmordattentate wurden aber von Menschen verübt, die ursprünglich Unterstützer des Friedensprozesses gewesen sein konnten. Diese Attentäter wurden von der enttäuschten Hoffnung des Friedensprozesses zu ihrer Tat getrieben. Das entschuldigte sie nicht, ließ aber den Gedanken zu, dass wiederholtes Trauma – individuell oder kollektiv – zu Überreaktionen führt.

Islamistischer Terrorismus?

Weder die palästinensische noch die tschetschenische Gesellschaft waren traditionell strikt religiös. Der Wahhabismus – die strenge Auslegung des Koran, von Saudi-Arabien praktiziert und Ossama ben Laden propagiert – war ihnen fremd. Die Palästinenser, mehrheitlich Moslems mit einer christlichen Minderheit, hatten wie andere mediterrane Völker mit einer moslemisch-christlich-jüdischen Kulturgeschichte und einer urban und international geprägten Intellektuellenschicht ein entspanntes Verhältnis zum Islam.

In Tschetschenien hatte sich ab dem 16. Jahrhundert der Nakschbandija-Sufismus durchgesetzt³⁶². Die alte egalitäre Sippenstruktur aber blieb in der tschetschenischen Gesellschaft immer stark. Es fiel den Scheichs daher schwer, die Scharia in Tschetschenien einzuführen und den traditionellen kaukasischen Gesetzbuch, den *Adat*, abzuschaffen. Die sowjetischen Jahrzehnte hinterließen außerdem ihre Spuren, die Gesellschaft rückte von religiösen Traditionen ab.

Der politische Islam aber veränderte im letzten Jahrzehnt in Tschetschenien und in den letzten 20 Jahren in den palästinensischen Gebieten die Gesellschaft. Bei den Tschetschenen konnten sich politische Parteien wegen des Sowjetsystems und dem anschließenden, bis heute andauernden Separationskrieg gar nicht entwickeln. Die radikalen Islamisten dominierten die Rebellenbewegung schon bald nach Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges. Dem islamistischen Terroristenchef Schamil Bassajew konnte der relativ moderate Aslan Maschadow aus seinem Bunker heraus wenig entgegensetzen.

Für Moskau erwiesen sich die religiösen Differenzen zwischen den Wahhabiten um Bassajew und den Anhängern der Kunta-Hadschi-Sekte, einer tschetschenischen Untergruppe des Nakschbandija-Sufismus um Mufti Ahmed Kadyrow, als Glücksfall. Kadyrow

³⁶² Vgl. Kapitel 5.

repräsentierte 60 Prozent der Tschetschenen, die heute zur Kunta-Hadschi-Sekte gehören. Sie unterstützten im ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 Dschochar Dudajew und die Unabhängigkeit ihrer Republik. Damals rief Kadyrow zum Dschihad gegen Moskau auf. Als die islamistischen Kämpfer in Tschetschenien ab 1995 stärker wurden, kam Kadyrow unter Beschuss, auch buchstäblich, er musste sich vor potentiellen Attentätern in seinem Heimatdorf Tsenteroi verstecken. Das wahhabitische Weltbild lehnte der Mufti ab. Daher wechselte er 1999 die Seiten, als Moskau ihn zum Komplizen gegen die Separatisten machte und als Statthalter und späteren Präsidenten in Grosnyi einsetzte.³⁶³

Hamas, eine islamistische Bewegung mit moderaten und radikalen Kräften, gewann im Jänner 2006 die Wahlen in den palästinensischen Gebieten. Hamas in der Regierung könnte die Gesellschaft islamisieren. Hamas in Regierungsverantwortung könnte aber auch zur Spaltung in einen pragmatischen und einen radikalen Flügel und somit insgesamt wieder zur Schwächung der islamistischen Kräfte führen.

Anfangs konnte davon keine Rede sein. Das erste Selbstmordattentat nach der Regierungsübernahme der Hamas am 17. April 2006, begangen vom Islamischen Dschihad, wurde von Chaled Abu Helal, dem Sprecher des Innenministers, als »direktes Resultat der Besatzungspolitik« bezeichnet. Die Hamas-Regierung verurteilte das Attentat nicht.

Paradoxerweise zeigte diese Haltung, wie weltlich und politisch die Islamisten waren. Innerhalb der moslemischen Geistlichkeit waren Suizidanschläge umstritten. »Islamische Lehrbücher sind sehr klar, wenn es um Selbstmord geht«, schrieb Islamexperte Bernard Lewis zu der Diskussion über Selbstmord (»Intihar«): »Er ist eine schwere Sünde und wird mit ewiger Verdammung bestraft, die darin besteht, dass der Selbstmörder seine selbstmörderische Tat beständig neu wiedererleben muss ... Die folgende Passage aus den Hadithen belegt dies: »Der Prophet sagt: Wer immer sich selbst umbringt, wird auf gleiche Art für immer in der Hölle gequält.«³⁶⁴

Terrorismusexpertin Jessica Stern wies allerdings darauf hin, dass »die Führer der Terroristen schon seit einiger Zeit argumentiert haben, dass Selbstmordbomben-Anschläge nicht Selbstmorde seien, sondern einen Märtyrer-Tod darstellten (»Istischhad«). Obwohl Gott den Selbstmord bestraft, belohnt er den Märtyrer. Der Koran sagt: »Denk nicht an jene, die für Gott gefallen sind, als Tote. Nein, sie leben bei Gott und bekommen Geschenke von ihm.«³⁶⁵

Al-Quaidas Anschläge auf Amerika am 11. September 2001 markierten den Beginn einer wissenschaftlichen Diskussion, die längst überfällig war: Wie weit trug der Islam,

363 Vgl.: M. Roshchin, Sufism and Fundamentalism in Dagestan and Chechenya, *Cahiers d'études sur la Méditerranée orientale et le monde turco-iranien*, Nr. 38, Juillet-December 2004, S. 3.

364 B. Lewis, *The Crisis of Islam*, S. 153.

365 J. Stern, *Terror in the name of God*, S. 38.

wie weit der Westen mit seiner Politik Verantwortung für die Bombenwelle und wie weit beeinflussten lokale nationalistische Konflikte die Entstehung des oft simplifizierend als islamistisch bezeichneten Terrors?

Der Politologe Mahmood Mamdani analysierte die beiden Formen des politischen Islam – den er nicht als ‚Fundamentalismus‘ bezeichnet wissen will³⁶⁶; den staatsorientierten Islamismus und den gesellschaftsorientierten Islamismus. »Die theoretischen Wurzeln des islamistischen politischen Terrors liegen in der staatsorientierten, nicht in der gesellschaftsorientierten Bewegung«³⁶⁷, schrieb Mamdani. Die gesellschaftsorientierten Islamisten wie Saïd Qutb in Ägypten forderten, dass die institutionalisierte Praxis der Interpretation der Scharia (Ijtihad) offener wird, um den wechselnden historischen Umständen Rechnung zu tragen und verschiedene Standpunkte zu bedenken. Es ging ihnen um mehr Demokratie. Die staatsorientierten, reaktionären Islamisten wie der pakistanische Journalist und Politiker Abdul à la Mawdudi waren gegen eine Öffnung von Ijtihad.

Der französische Islam-Forscher Olivier Roy hielt den Suizidterrorismus für eine Krise innerhalb des Islam: »Der Islam, mit dem sich diese jungen Leute identifizieren, ist nicht der kulturelle Islam der Eltern oder Heimatländer. Er ist sowohl salafitisch wie dschihadistisch. Salafiten wollen den Islam von allen fremden Einflüssen reinigen und ihn bis auf den Buchstaben dem Koran und der Tradition der Propheten angleichen. Salafismus ist gegen alle kulturelle oder nationale Formen des Islam. Nicht alle Salafiten sind Dschihadisten. Aber die zeitgenössischen Terroristen sind Dschihadisten, weil sie für den bewaffneten Kampf eintreten.«³⁶⁸ Roy stellte außerdem fest, dass der Großteil der Moslems – ob in ihren Heimatländern oder als Immigranten – dem Salafismus nichts abgewinnen können: »Al-Quaida macht sich diese Konflikte zu eigen und agiert so als Avantgarde, obwohl sie am Rande der moslemischen Gemeinschaft rekrutiert (und zwar auch noch an ihren westlichsten Rändern).«

Bei den Attentätern vom 11. September oder jenen vom 7. Juli 2005 in London stimmte der Begriff »kulturelle Verwirrung« (cultural dislocation). Der persisch-franzö-

366 Fundamentalismus wurde von den Protestanten in Amerika um 1920 erfunden. Fundamentalismus war eine Antwort innerhalb der Religion auf die sich ändernde politische Lage. Da der Islam keine religiöse Hierarchie parallel zu einer säkularen Staatshierarchie entwickelte, wie es das historische Christentum tat, so Mamdani, fehlt dem Islam der Säkularismus. Nur im schiitischen Islam, nicht bei den Sunniten, gibt es eine religiöse Hierarchie, nur da kann der Begriff Fundamentalismus verwendet werden. Sonst spricht Mamdani von politischem Islam, wenn es um politische Bewegungen geht, die eine religiöse Sprache sprechen.

367 M. Mamdani, *Good Muslim, bad Muslim, America, the cold war, and the roots of terror*, Pantheon Books, New York, 2004, S. 61.

368 O. Roy, *Britain: Homegrown terror, The old world Order, Le monde diplomatique*, August 2005.

sische Soziologe Farhad Khosrokhavar erwähnte in seiner Studie ›Suicide Bombers‹, dass besonders junge Männer aus der zweiten Generation von Einwanderern, die bereits gute Schulen und Universitäten besucht hätten, anfällig für die Einflüsterungen der islamistischen Drahtzieher des Terrors seien. »Obwohl diese Männer nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind, fühlen sie sich doch zutiefst unzufrieden ob der Diskriminierung, die sie erleiden. Denn sie haben keinen Zugang zu den Jobs und den Möglichkeiten, für die sie ausgebildet wurden.«³⁶⁹

In der jeweiligen radikal islamistischen Gemeinschaft – vergleichbar mit der sektenhaften Struktur der linken Terrorgruppen der Siebzigerjahre in Westeuropa – wurde die in Emigration oder Krieg verlorene Sicherheit und Geborgenheit der Ursprungsgemeinde wiederhergestellt. Für Oliveir Roy handelt es sich um die Destruktion des klassischen, patriarchalischen Islam: »Die Jugendlichen verachten ihre Väter, weil sie die neue Sprache nicht richtig sprechen, weil sie keinen sozialen Status haben und weil sie meistens arm sind. Der Islam wird außerhalb der traditionellen Werte neu konstruiert. Das ist ein schmerzhafter Prozess, der Extremisten schafft.«³⁷⁰

Der ›Dschamaat‹, die wahhabitische Gemeinde in Tschetschenien, bildete in einigen tschetschenischen Dörfern – 2002 waren es Staryie Atagi und Duba-Jurt – Selbstmordattentäter aus. 2004 fand dies in der Stadt Bamut, im Bezirk Atschchoi-Martanski und in Inguschetien statt. In Baku, der Hauptstadt von Aserbajdschan, wurden Selbstmörderinnen vor und ihre Familien nach den Anschlägen versorgt, indoktriniert und finanziert.

Islam-Experte Gilles Kepel glaubte, die Anschläge vom 11. September 2001 müssten als Zeichen des Niedergangs des politischen Islam gewertet werden. »Gewalt hat sich als Todesfalle für Islamisten erwiesen, da sie jede Möglichkeit ausschließt, die Wählerschaft heranzuziehen und zu halten, die sie brauchen, um politische Macht zu erringen«, schrieb Kepel in ›Jihad‹³⁷¹. Von der Ermordung Anwar Sadats 1981 in Ägypten bis zum 11. September 2001 sei es immer dasselbe: Phase 1, Akte der Gewalt, konnten Moslembrüder oder Ossama ben Ladens Netzwerk al-Qaida noch organisieren. Phase 2 aber, die Übernahme der Macht und die Zerstörung der westlichen Staaten, gelang ihnen nicht.

»Der Angriff auf Amerika war ein verzweifertes Symbol der Isolation, Fragmentierung und des Niedergangs der islamistischen Bewegung, nicht ein Zeichen von Stärke und unwiderstehlicher Macht.«³⁷² Der Islamismus brachte den islamischen Gesellschaften

369 F. Khosrokhavar, *Suicide Bombers: Allah's New Martyrs*, Pluto Press, London/New York, 2005, S. 25.

370 O. Roy, Interview der Autorin, 26/09/2006.

371 G. Kepel, *Jihad, The Trail of political Islam*, I. B. Tauris Publishers, London, New York, 2002, S. 376.

372 Ebenda, S. 375.

nicht die versprochenen Vorteile – Stabilität oder Demokratie blieben in Afghanistan, im Sudan oder im Iran ein Trauma. »Moslems sehen den Islamismus nicht mehr als Quelle der Utopie und diese pragmatischere Vision verheißt Gutes für die Zukunft.«³⁷³

Mohammed Sajjid Said vom »Ahram-Zentrum für politische und strategische Studien« in Kairo sah dies anders. Der Terror war »unberechenbarer, unsichtbarer und unpolitischer geworden«, sagte der ägyptische Terrorexperte. Die neue Generation der Attentäter ließ sich »nicht mehr einer bestimmten Gruppe zuordnen«. Sie operierten immer öfter als Ein- oder Zwei-Mann-Zellen, zwar »vom System al-Qaida inspiriert«, aber unabhängig. »Mit jeder Operation, die gelingt, steigt die Motivation anderer, diesem Beispiel zu folgen«, meinte auch Mustafa Alani, Sicherheitsfachmann des Golf-Forschungszentrums in Dubai. Anschläge auf touristische Ziele waren »einfach auszuführen, billig und ungewöhnlich effektiv: Sie trafen die Lebensader der eigenen Regierung und lösten gleichzeitig ein riesiges Medienecho im Westen aus.«³⁷⁴

Der französisch-deutsche Europapolitiker Dany Cohn-Bendit bemerkte nach den Anschlägen des 11. Septembers: »Der Islam hat mit dem islamistischen Terror eben so viel zu tun wie das Christentum mit der Inquisition.«³⁷⁵ Von allen Selbstmordattentaten der vergangenen 20 Jahre gingen allerdings nur 34,6 Prozent auf das Konto von islamistischen Gruppen, rechnete der amerikanische Politologe Robert Pape aus³⁷⁶. Pape hielt die Religion bloß für einen verschärfenden Faktor. Der eigentliche Grundkonflikt der Terroristen mit der Moderne sei kein Kulturkampf, sondern ein Befreiungskampf gegen Besatzer.

Auch der palästinensische Psychiater Ejad Sarraj, der seit 1990 im Gazastreifen Trauma-Patienten der Intifada behandelte, bezeichnete den Islam als »Vehikel für den politischen Kampf«³⁷⁷.

Wunderwaffe Frau

Wie zum Selbstmordattentat gibt es auch zur Frau als kämpfendes Subjekt widersprüchliche religiöse Quellen. Eine Hadith³⁷⁸ berichtete von einem Gespräch zwischen dem

373 Ebenda, S. 366.

374 Zitiert nach: Der Spiegel, 01/05/2006, S. 104.

375 D. Cohn-Bendit, Interview der Autorin, 16/09/2001, Brüssel.

376 Vgl.: R. A. Pape, *Dying to Win: The Strategic Logic of Suicide Terrorism*, Random House, New York, 2005. Und: C. Caryl, *Why they do it*, The New York Review of Books, Volume 52, Nr. 14, 22/09/2005, S. 7.

377 E. Sarraj, Interview der Autorin, Gaza, 25/02/2004.

378 Erste Hauptquelle des Islam ist der Koran, das Wort Gottes. Zweite Hauptquelle ist die Sunna, der vorbildliche Weg des Propheten Mohammed, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die göttliche Offenbarung zu

Propheten und einer Frau: »Ich bin die Delegierte der Frauen. Für Männer ist der Dschihad Pflicht. Wenn sie siegen, bekommen sie weltliche Belohnungen. Wenn sie sterben, dann werden sie von Gott wohl versorgt. Doch wir moslemische Frauen, wir dienen den Männern. Was bekommen wir dafür?« Mohammed antwortete: »Sag den Frauen, dass Gehorsam gegenüber den Ehemännern und die Anerkennung ihrer Dienste mit Dschihad gleichgesetzt wird.«³⁷⁹

Frauen kämpften aber sehr wohl an der Seite des Propheten. Nusajbah bint Kaab rettete dem Propheten in der Schlacht von Uhud das Leben, betonte die Autorin Geraldine Brooks: »Als die moslemische Armee vernichtet war, blieb sie mit zehn Kämpfern noch an seiner Seite und schützte seinen Körper mit ihrem. Von ihren 13 Verletzungen verheilte eine Halswunde erst nach einem Jahr ... Mohammed honorierte ihren Einsatz. Er kam oft zu ihr auf Besuch und aß dort zu Abend.«³⁸⁰

Was immer der Prophet überliefern wollte, Frauen wurden immer dann als Kriegerinnen eingesetzt, wenn es sich als opportun oder unvermeidlich erwies. Die palästinensischen Terroristinnen in den Siebzigerjahren suggerierten der Weltöffentlichkeit, wie ernst die Lage war, weil sogar Frauen kämpfen mußten. Und wie modern die PLO war, die Frauen ohne Kopftuch mit der Maschinenpistole in den Kampf schickte.

Diese »Revolution, die unsere Gesellschaftsordnung in ihren Grundfesten erschütterte«³⁸¹, beschrieb die palästinensische Journalistin Raymonda Tawil: »Unter dem Schock der Besetzung schüttelten diese jungen Mädchen die Zurückhaltung und Unterwürfigkeit ab, die der Konvention nach die Tugenden der arabischen Frau sind. Indem sie gegen Israel zu den Waffen griffen, standen sie gleichzeitig gegen die eigene Gesellschaft und ihre unterdrückerischen Traditionen auf. Plötzlich stand der arabischen Konvention das neue, strahlende Bild einer wirklich emanzipierten Frau gegenüber. Die palästinensischen Revolutionsorganisationen legten ein Programm für die Gleichheit der Geschlechter vor, und das war mehr als ein Stück Papier: In den Reihen des Widerstandes wurde die Gleichheit der Geschlechter zur Realität. Ich selber habe junge Männer der Fedajin im Prozess vor dem Militärtribunal von Nablus gesehen, die aufstanden und ihrem Führer den militärischen Gruß entboten: einem Mädchen.«

verkünden und sie authentisch zu interpretieren. Die Art und Weise, wie Mohammed in seiner Gemeinde lebte und seine Pflichten als vorbildlicher Moslem erfüllte, wie er die Gläubigen auf den Wegen Gottes führte und die erforderlichen Regeln festlegte, all das verdeutlicht seinen Weg (Sunnah) und findet sich in den Berichten und Erzählungen (Hadithen) der Gewährsleute.

379 Zitiert nach: G. Brooks, *Nine Parts of Desire, The hidden world of Islamic women*, Penguin books, London 1996, S. 109.

380 G. Brooks, *Nine Parts of Desire*, Penguin books, London 1996, S. 110.

381 R. Tawil, *Mein Gefängnis hat viele Mauern*, S. 142f.

Die kämpfende Palästinenserin hatte – übrigens parallel zur kämpfenden israelischen Soldatin – hohen PR-Wert. Leila Khaled entführte 1969 für die marxistische PFLP ein TWA-Flugzeug. Sie wurde später bei der Entführung eines israelischen Linienflugzeuges auf dem Weg von Amsterdam nach New York festgenommen. Sie wurde gegen 300 Geiseln aus anderen Flugzeugentführungen ausgetauscht.

Einen gewissen Einfluss hatten die in Frauenfragen moderneren Gesellschaften Israels und Russlands auf die Frauen in Palästina und Tschetschenien. Die sozialistisch geprägten Gesellschaften Russlands und Israels schafften – zumindest theoretische – Gleichberechtigung, in Israel mussten die Frauen auch Wehrdienst leisten. Im Vergleich mit den sehr traditionalistischen Vorstellungen der Tschetschenen und Palästinenser von Frauen waren die Russen und Israelis in einem anderen Zeitalter.

Schimon Peres schaffte in den Siebzigerjahren ein Gesetz ab, das von den Jordanern 1955 eingeführt worden war: das Wahlverbot für Frauen. Bei den von Israel 1976 in den Gebieten abgehaltenen Gemeindewahlen durften auch die Frauen wählen. Dies geschah nicht aus feministischen Gründen. Die Berater vom damaligen Verteidigungsminister Schimon Peres hatten ihm erzählt, dass Frauen ein konservatives Elektorat seien, und dass sie für die pro-jordanischen Politiker stimmen würden. In der Praxis stimmten sie dann allerdings für nationale und »radikale« Kandidaten. Trotz dieser profanen Gründe hatte das Wahlrecht positive Auswirkungen: Frauen wählten nicht nur, sie wurden auch in die 24 Gemeindevertretungen gewählt.³⁸²

Frauen traten nicht nur bei terroristischen Anschlägen in Erscheinung. Sie kämpften auch während der Intifada aktiv mit. »Waren es Anfang der Siebzigerjahre nur wenige hundert Frauen, die verhaftet und eingesperrt wurden, stieg die Zahl in den Achtzigerjahren auf mehrere Tausend«³⁸³, schrieb der israelische Historiker Ilan Pappé. Für die Frauen war die Intifada eine Art Katharsis, sie befreiten sich mit der Teilnahme am Straßenkampf aus der Zwickmühle, die ihnen die Doppelbelastung in einer traditionellen Gesellschaft unter den Bedingungen der Besatzung auferlegte: Billigjobs nahmen auch die Frauen an, ob in Israel oder in den besetzten Gebieten, um der Armutsfalle zu entkommen. Die Belastung aber wurde dadurch nicht geringer, da palästinensische Männer nicht im Haushalt mithalfen.

Der Einsatz der Frauen als Selbstmordattentäterinnen konnte nur sehr bedingt als Akt der weiblichen Selbstbestimmung oder gar eines neuentdeckten Feminismus der männlichen Drahtzieher interpretiert werden. »Schahidinnen« wurden bei den Tschetschenen seit 2000 und bei den Palästinensern seit 2002 aktiv. Dass die männlichen Drahtzieher dieser Attentate Frauen einsetzten, hatte wenig mit Feminismus zu tun. Viel mehr han-

382 Vgl.: I. Pappé, *A History of Modern Palestine*, S. 238.

383 Ebenda.

delten sie aus purer Verzweiflung: Da es immer schwieriger wurde, Männer mit Sprengstoffgürteln oder dynamitbepackten Rucksäcken an Sicherheitskontrollen vorbeizuschmuggeln, wurden weniger verdächtige Frauen rekrutiert.

Auch streng religiöse Männer, deren Unbehagen gegenüber Kämpferinnen besonders groß sein musste, schickten Frauen in den Kampf. Ihr Misstrauen war vielleicht weniger groß, weil es sich beim Selbstmordattentat nicht um eine konventionelle Waffe handelte. Besonders in Tschetschenien mussten die Frauen ihren Kampfesmut nicht beweisen, sie wurden als lebende Bombe ferngezündet.³⁸⁴ Verlor eine Frau die Nerven, wurde sie liquidiert. Bei der Besetzung einer Schule im nordossetischen Beslan am 1. September 2004 waren unter den Terroristen zwei Frauen. Da sie sich am ersten Tag gegen die Geiselnahme der Kinder aussprachen, erschoss ihr »Oberst« sie im Büro der Schule.

Zu den traditionell moslemischen, aber nicht strikt nach der Scharia lebenden Palästinenserinnen und Tschetscheninnen kamen die islamistischen Eiferer in den Neunzigerjahren wie Modegurus, denen die Jugendlichen verfielen und zu »fashion victims« der besonders tödlichen Art wurden. »Selbstmord ist sozial ansteckend, das haben Studien gezeigt«, schrieb Jessica Stern: »Ein Jugendlicher, dessen Freund oder Verwandter Selbstmordversuche oder tatsächlichen Selbstmord verübt hat, ist selbst anfälliger.«³⁸⁵

Die 19-jährige Tschetschenin Raissa Ganiewa geriet, weil sie sich dem sozialen Druck, Schahidin zu werden, entziehen wollte, in die Fänge des russischen Geheimdienstes FSB. Zumindest behauptete dies der FSB, Raissa sei freiwillig in die russische Kaserne in Grosnyi gekommen, um ihr eigenes Leben vor dem Märtyrertod zu retten. Ganiewa selbst wollte diese Variante im vom FSB organisierten Interview nicht bestätigen.

Zwei ihrer Schwestern hatten am Geiseldrama im Dubrawka-Theater in Moskau Ende Oktober 2002 teilgenommen. Fünf ihrer Brüder waren zu den Rebellen in die Berge geflüchtet. Die Zerrüttung der Familie begann nicht erst in den Kriegen der Neunzigerjahre. Die Deportation von 1944 war immer in den Erzählungen der Großmutter und dem Schweigen der Eltern präsent geblieben.

Ob Ganiewa Schutz bei den Russen suchte oder nicht – einer baldigen Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern gibt sie keine große Chance: »Solange es noch einen Tschetschenen auf dieser Welt gibt, wird dieser Krieg nicht enden.«³⁸⁶

Nicht nur potentielle Attentäter gerieten in einen Strudel aus Leidenschaft und Abhängigkeit. Auch der terroristische Mittelstand – die Anwerber, Planer, Produzenten der Anschläge – gerieten immer tiefer in den terroristischen Sumpf: »Nach einer gewissen

384 Vgl. J. Jusik, *Die Bräute Allahs, Selbstmord-Attentäterinnen aus Tschetschenien*, NP Buchverlag, St. Pölten, 2004, S. 12.

385 J. Stern, *The Protean Enemy*, aus: *Foreign Affairs*, Juli/August 2003, S. 28.

386 R. Ganiewa, Interview der Autorin, Grosnyi, 11/09/2003.

Zeit kann der Terrorismus neben einer Leidenschaft auch eine Karriere werden ... Dschihad macht abhängig, erzählen Militante, Kummer wird zu Gier: nach Geld, politischer Macht, Status oder Aufmerksamkeit.«³⁸⁷

Die wenigsten Frauen, glaubte die russische Autorin Julia Jusik, handelten aus nationalistischen Motiven: »Von zehn Schahidinnen handelt nur eine aus Überzeugung, will um jeden Preis Rache üben und dafür sterben. Die übrigen neun sind ein Bluff ... Der gesamte religiöse Hintergrund, all die Ideale des Dschihad, des heiligen Krieges der Muslime, sind in Tschetschenien völlig auf den Kopf gestellt worden. Nichts ist davon übrig geblieben außer Schmutz, Erpressung, Entführung, sexuelle Gewalt und Psychopharmaka, unter deren Einfluss man die Frau in den Tod schickt.«³⁸⁸ Jusiks Geheimdienst-Quellen stellten ihr die Obduktionsergebnisse von verschiedenen Selbstmordbomberinnen zur Verfügung: In sieben Fällen fand man Überreste von Drogen.

Ähnlich lag der Fall bei den ersten palästinensischen Suizid-Bomberinnen, schrieb die Autorin Barbara Victor. Wafa Idris, die erste palästinensische Selbstmordbomberin, wollte ihre Ehre wiederherstellen. Sie war kinderlos geblieben und dafür geschieden worden. Nach einer Zeit der Orientierungslosigkeit und Depression begab sie sich auf den Weg in einen »sinnvollen« Tod. Wafa Idris wurde nach ihrem Tod eine Ikone der zweiten Intifada.

Auch der 17-jährigen Zina mit ihrem unehelichen Kind legte die eigene Familie nahe, ihre Ehre mit einer Suizidmission wiederherzustellen: »Für Zina hieß das: Freiheit und eine Chance, etwas Aufregendes und Bedeutendes zu tun. Es war die Chance für ein zweites Leben«³⁸⁹, schrieb Barbara Victor.

Mahmud Sehawail, Generaldirektor des Zentrums für Behandlung und Rehabilitation von Folteropfern in Ramallah erklärte, warum er ein 17-jähriges Mädchen als Patientin und nicht als Kriminelle betrachtet. Die junge Frau war gerade noch von einem Selbstmordattentat abgehalten worden. »Sie wollte Rache, weil die israelischen Soldaten ihren Cousin umgebracht haben.«³⁹⁰

Ubeida Khalil stammte aus traditioneller, palästinensischer Familie. Ihr familiäres Umfeld war sowohl nationalistisch als auch religiös fanatisiert – ein Bruder und drei Cousins starben bei Anschlägen für die islamistischen Gruppen »Hamas« und »Islamischer Dschihad«. Dann wurde ihr Verlobter knapp nach dem 11. September von israelischen Soldaten erschossen. Vier Tage vor der Hochzeit. »Danach war der Traum vom bürgerlichen

387 J. Stern, *The Protean Enemy*, aus: *Foreign Affairs*, Juli/August 2007, S. 28.

388 J. Jusik, *Die Bräute Allahs*, S. 123.

389 B. Victor, *Army of Roses. Inside the world of Palestinian suicide bombers*, Rodale Press, Washington, 2007, S. 132.

390 J. Stern, *Terror in the name of God*, S. 54.

Leben mit Mann und Kindern vorbei³⁹¹, erzählte die 27-jährige Hilfskrankenpflegerin im israelischen Gefängnis Telmond im Norden von Tel Aviv.

Knapp bevor sie sich selbst und möglichst viele Israelis an der alten Bushaltestelle in Tel Aviv in die Luft sprengen konnte, wurde sie von israelischen Sicherheitsbeamten festgenommen. Ihre Gedanken dazu ähnelten eingelernten Slogans, einer Mischung aus religiöser und nationalistischer Indoktrination: »Dschihad ist für alle Moslems Pflicht!« Oder: »Wir sind eine Nation ohne Waffen.«

Ubeida Khalil stammte nicht aus einer Flüchtlingsfamilie von 1948. Die Khalils wohnten im Dorf Beit Wasan bei Nablus, das 1967 besetzt wurde. Dennoch machte Ubeida keinen Unterschied zwischen ihrem und dem Schicksal ihres Volkes. »Alle reden darüber. Der Großvater von meinem Verlobten war ein Überlebender von Deir Jassin. Er hat dort ein Auge verloren. Er hat mir erzählt, was dort vorgefallen ist. Es gab viele Massaker damals 1948.«

In traditionellen Gemeinschaften spielte das Individuum eine geringere Rolle als in modernen Gesellschaften. Ubeidas Gemeinschaftsgefühl erstreckte sich über ihre eigene Familie hinaus auch auf den Clan ihres Verlobten und im Weiteren auf alle Palästinenser. Ein Friedensschluss mit Israel war für sie undenkbar: »Wir müssen die Besatzer aus dem ganzen Land vertreiben, auch aus dem sogenannten Tel Aviv.«

Obwohl in vielen Fällen persönliche Gründe eine Rolle gespielt haben, sollte der Selbstmordterrorismus dennoch nicht darauf reduziert werden. In allen Interviews und vor Anschlägen aufgezeichneten Videos betonten alle palästinensischen Attentäterinnen immer ihre politischen Motive. Bei den Tschetschenen gab es keine Videos, weder von Männern noch Frauen. In Bekennernachrichten erklärten immer nur die Drahtzieher ihre Motive. Ohne den politischen Rahmen von Besetzung im Falle der Palästinenser oder Krieg bei den Tschetschenen hätte der Selbstmordterrorismus nicht derartige Ausmaße angenommen.

Politische Misere, religiöse Verhetzung und persönliche Tragödie ergaben einen »fatalen Cocktail³⁹². »Opfer ethnischer Gewalt empfinden gesteigerte Wut und das Recht auf Rache. Kann diese Wut aufgrund der Umstände nicht ausgelebt werden, entlädt sie sich in einer Art »hilflosen Raserei«³⁹³, schrieb der Psychoanalytiker Vasmik Volkan.

Die Selbstmordattentate waren ultimativer Ausdruck dieser ohnmächtigen Wut.

391 U. Khalil, Interview der Autorin, Raanana, 26./02/2004.

392 Vgl. B. Victor, *Army of Roses*, Rodale Press, Washington, 2003, S. 115.

393 V. D. Volkan, *Traumatized societies and psychological care* 11: 177–194, 2000.

Epilog

«Die Entdeckung von »Geschichte überhaupt« ist das Ergebnis der Aufklärung»³⁹⁴, schrieb Dan Diner in »Versiegelte Zeit«. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts veränderte sich der Blick auf das irdische Geschehen. »Geschichte« wurde nicht mehr als Ausdruck höherer Vorsehung betrachtet, sondern als von den Menschen gemacht. Damit zog sich Gott aus der Geschichte zurück.»

250 Jahre später sind der Aufklärung noch einige andere heilige Kühe zum Opfer gefallen: Der Nationalismus ist im westlichen Kontext zum Ordnungsprinzip degradiert worden. Gründungsmythen wurden als bestenfalls liebevolle Lügen zur kollektiven Identitätsbildung *découvert*. Auch hier hat Gott als Erschaffer und Förderer ausgedient.

Außerdem nistete sich innerhalb der Geschichtswissenschaft ein postfreudianischer Diskurs ein, der als »Psychohistorie« zuweilen Simplifizierungen mit sich brachte»³⁹⁵. Doch hat sich in den vergangenen Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass es zwar wissenschaftlich heikel ist, von der Individualpsychologie auf die Verhaltensschemata von Gemeinschaften zu schließen, dass genau hier aber eine interessante Schnittstelle zwischen Geschichte, Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaften liegt. »Die Frage der kollektiven Erinnerung hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Thema in den Forschungsarbeiten und Erörterungen von Historikern und Kulturwissenschaftlern entwickelt«, bemerkte dazu die israelische Historikerin Idith Zertal³⁹⁶.

Schuld ohne Sühne

Palästinensern wie Tschetschenen ist in den Vierzigerjahren ein Unrecht geschehen, das nie ausreichend anerkannt, geschweige denn politisch behandelt wurde. Das kollektive Trauma der Deportation des gesamten tschetschenischen Volkes 1944 und die Vertrei-

394 D. Diner, *Versiegelte Zeit*, Propyläen, Berlin, 2005, S. 230.

395 Vgl.: L. DeMause, *Das emotionale Leben der Nationen*, Drava Verlag, Klagenfurt, 2005, Etwa S. 47: »Hitler wurde in seiner Kindheit derart misshandelt – sein Vater schlug ihn regelmäßig mit der Flusspferdpeitsche, einmal erduldet er 230 Hiebe mit Vaters Rohrstock, ein anderes Mal brachte ihn die Auspeitschung fast um –, sodass er voll Zorn der Welt gegenüber war. Als er älter wurde, mischten sich seine sexuellen Regungen mit Rachegefühlen, und er glaubte, sein Spermium wäre giftig und würde eine Frau vergiften, wenn es durch Geschlechtsverkehr in ihren Blutkreis gelangen würde. Hitlers Wut auf die »jüdischen Blutvergifter« war demnach eine Projektion seiner eigenen Ängste davor, selbst ein solcher zu werden.»

396 Zertal, I., *Nation und Tod*, S. 17.

bung von 750.000 Palästinensern verstärkt den jeweiligen Nationalismus der Tschetschenen und Palästinenser. Sie waren kleine Völker und schwach im Vergleich mit ihren Gegnern. Russland war immer eine Großmacht, gegen die eine Million Tschetschenen keine Chance hatte. Israel entwickelte sich aus dem Nichts innerhalb weniger Jahrzehnte zu einem militärisch potenten Kleinstaat, der trotz seiner eigenen Verwundbarkeit innerhalb des arabischen Raums den Palästinensern weit überlegen war.

Die Asymmetrie der beiden Konflikte hielt die beiden Völker aber nicht davon ab, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Das hatte verschiedene Gründe.

Die Palästinenser wurden in den umliegenden Staaten absichtlich nicht integriert. Arabische Staaten wie der Libanon empfanden die Palästinenser als Bedrohung für die eigene Stabilität. Die PLO brauchte Flüchtlingslager als Legitimationsgrund für den Befreiungskampf. Das vertriebene Volk brauchte ein Land.

Die unmittelbare Folge von 1948 war das politische Vakuum, das die Massenflucht aus Palästina in der politischen Führung hinterließ. »Die traditionelle palästinensische politische und soziale Führung war über die Welt verteilt und diskreditiert. Die politischen Strukturen, die diese Klasse dominiert hatten, waren pulverisiert worden und wurden für rund 15 Jahre nicht ersetzt«³⁹⁷, schrieb Rashid Khalidi.

Nach dem Sechstagekrieg, in dem die arabischen Armeen von Israel vernichtend geschlagen worden waren, schlug PLO-Chef Jassir Arafat einen unabhängigen Kurs für die Palästinenser ein. Die Misere in den Flüchtlingslagern und der vornehmlich gegen Israelis und Juden gerichtete Terrorismus verschafften dem Anliegen der PLO weltweite Aufmerksamkeit. Doch die Gewalt brachte zwar PR für die palästinensische Sache, aber keine Lösung. Erst Anfang der Neunzigerjahre, als Israelis und Palästinenser über eine friedliche Lösung ernsthaft zu verhandeln begannen, rückte ein unabhängiger Palästinenserstaat in nächste Nähe.

Ausgelöst wurde diese Wende durch das Ende des Kalten Krieges. Der Sowjetkommunismus brach zusammen, die Bipolarität der politischen Welt verschwand über Nacht. Moskau schützte seine Verbündeten nicht mehr, Washington bestimmte die Weltpolitik. In geheimen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern entstand das Osloabkommen, das eine Friedenschance bot, aber für die Palästinenser auch die Gefahr, ihren einzigen Trumpf zu verspielen: den legitimen Kampf um ein eigenes Land.

Genau das passierte. Der Friedensprozess brach zusammen. Jassir Arafat, nunmehr Palästinenserpräsident, hatte den schier unmöglichen Balanceakt nicht geschafft, unter den Bedingungen der fortgesetzten Besatzung demokratische Strukturen aufzubauen. Statt ein demokratisches Palästina gab es am Ende des Osloprozesses ein von israelischen Sicherheitssperren und Siedlungen zerstückeltes Land, in dessen Zwischenräumen ein

³⁹⁷ Khalidi, Rashid, *Palestinian Identity*, S. 34

entseelter Revolutionsführer mit autoritären Methoden Präsident spielte. Jassir Arafat und später die demokratisch gewählte Hamas-Regierung galten fortan in der von der US-Sicht geprägten westlichen Welt als zweifelhafte Friedenspartner.

Für die Tschetschenen wirkte sich das Ende des Kalten Krieges noch direkter aus. Die Sowjetunion zerbrach und plötzlich schien ein unabhängiges, demokratisches Tschetschenien in den Bereich des Möglichen gerückt. Diese Chance war vor dem Hintergrund der bitteren Erfahrungen, die die Tschetschenen mit Russland in den vergangenen 200 Jahren gemacht hatten, zu verführerisch, um sie nicht wahrzunehmen.

Das ganze Volk war 1944 deportiert und in den kasachischen, kirgisischen und sibirischen Steppen verteilt worden. Erst nach Stalins Tod 1957 konnte die Rückkehr eingeleitet werden. Zu diesem Zeitpunkt lebten längst andere Leute in den Häusern der Tschetschenen. Bei der Heimkehr trafen sie auf Ablehnung.

Nach 13 Jahren der Verbannung waren die Tschetschenen bereits aus dem Geschichtsbuch der Völker der Sowjetunion gestrichen worden. Ihre Reinstallierung in ihre Heimat und das allgemeine Bewusstsein der Sowjetunion 1957 war problematisch. Die Jahrzehnte danach herrschte zwar Frieden, aber sowjetischer Frieden – von persönlicher und politischer Freiheit der Individuen, geschweige denn der Völker, konnte keine Rede sein. Eine autonome politische Führung konnte es in diesen Jahrzehnten nicht geben. In den lokalen Parteigremien saß als Erster Sekretär stets ein Russe, gefolgt von einem Tschetschenen oder Inguschen.

Nach dem Beispiel der baltischen Republiken stürzte sich das kleine Volk mit Ende des Kalten Krieges unter Präsident Dschochar Dudajew in die Unabhängigkeit. Doch weder die Tschetschenen noch die Russen zeigten Talent für eine friedliche Trennung. Dudajew hatte zwar einst sowjetische Atomwaffen bewacht, von Staatsführung aber keine Ahnung. Russlands Präsident Jelzin wollte den Menschen ihre Freiheit gönnen, war sich aber der Konsequenzen seiner Worte nicht bewusst. Die ungeheure Gewalt, die sich zwischen den Gegnern in den Kriegen 1994 bis 1996 und 1999 bis heute entlud, stand nicht einfach in der Tradition der zaristischen und bolschewistischen Kriegsführung, in der der Tod von Millionen Menschen ohne größere Bedenken in Kauf genommen worden war.

Die entfesselte Wut zeugte auch von der Wirkung der kollektiven Traumata: Das russische Flächenbombardement im Winter 1999/2000 entsprang dem Bedürfnis im Nordkaukasus ein für alle mal Ruhe zu schaffen. Der russische Riese fühlte sich vom ewig widerspenstigen, tschetschenischen Zwerg provoziert. Die Tschetschenen hofften, den Teufelskreis der immer wiederkehrenden Gewalt gegen ihr Volk endlich durch Unabhängigkeit zu durchbrechen. Als ihnen dies nicht gelang, ihre Republik zum Paradies für mafiöse Banden verkam und Russland die destabilisierte südrussische Zone mit grober Gewalt in die Föderation zurückholen wollte, verloren die moderaten Kräfte unter den

tschetschenischen Separatisten die Gewalt über die radikaleren, zunehmend islamistisch geprägten Rebellen.

Die wahhabitischen Ideologen kopierten die explosive Mode des Selbstmordterrorismus aus dem Nahen Osten und schickten zumeist junge Frauen los, sogenannte »schwarze Witwen«, die sich inmitten von russischen Zivilisten in Moskau oder Südrussland in die Luft sprengten.

Sowohl Tschetschenen wie Palästinenser sind traditionell keine ultrareligiösen Gesellschaften. Der politische Islam gewann deshalb an Stärke, weil der traditionell säkulare Nationalismus nach westlichem Vorbild ausgedient hatte und gescheitert war. Dies kann als äußere wie als innere Krise gedeutet werden.

Mit konventionellen Mitteln konnten sich die beiden schlecht ausgerüsteten Kleinvölker gegen die als Besatzer empfundenen Russen oder Israelis kaum wehren. Der Islamismus versprach Abhilfe. Das Menschenopfer, der Mord an Zivilisten, wurde mit religiösem Fanatismus und Paradiesversprechen schön geredet. Dabei hat der Selbstmordterrorismus im Nahen Osten und im Kaukasus einen klar nationalistischen Kern: die Errichtung eines unabhängigen Staates. Darin unterscheiden sich die palästinensischen und tschetschenischen Attentäter von der eher allgemein antiwestlichen Ausrichtung der al-Qaida.

Den Islamisten wurde ihr Aufstieg auch dadurch erleichtert, dass die Präsidenten Jassir Arafat oder Dschochar Dudajew sich nicht als heilsbringende Führer erwiesen. Der Aufbau von staatlichen Strukturen wurde im Falle der Palästinenser durch die fortgesetzte Besatzung, im Falle der Tschetschenen durch ein Wirtschaftsembargo nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 seitens der Russischen Föderation erschwert. Doch zeigten sich die weltlichen Führer auch abgesehen von den Störfeuern der Besatzer ungeschickt beim Aufbau staatlicher Strukturen.

Das heißt nicht, dass die islamistischen Bewegungen dazu größeres Talent haben. Hamas in Palästina scheint die Transformation von gewaltbereiter Oppositionspolitik zu pragmatischer Regierungsarbeit nicht zu schaffen. Im Namen der Hamas wurden im Bürgerkrieg im Mai 2007 im Gazastreifen haarsträubende Gewaltverbrechen an Fatah-Aktivistinnen begangen. Die fast besiegten wahhabitischen Rebellen in Tschetschenien sind noch weiter davon entfernt, konstruktive Pläne für die Zukunft ihres Volkes zu entwerfen.

16 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung liegen die Republik und die Träume von der Unabhängigkeit in Trümmern. In Tschetschenien herrscht der von Moskau eingesetzte Ramsan Kadyrow, dessen Milizen das Land mittels Terror unter Kontrolle halten. Moskau hat in Tschetschenien über ein Parlament, einen Präsidenten und eine Verfassung »abstimmen« lassen. Obwohl Nacht für Nacht weiter Zivilisten entführt, beraubt und ermordet werden, hat Russlands Präsident Wladimir Putin den Krieg für beendet erklärt und im April 2007 Ramsan Kadyrow zum Präsidenten ernannt.

Kreml und Kadyrow haben sogar ein Wiedergutmachungsabkommen geschlossen, das helfen soll, die Wunden der Deportation und der Kriege zu heilen. Da das Abkommen von korrupten Behörden mit fehlender Infrastruktur in der Kriegsrepublik umgesetzt wird, ist seine Wirkung begrenzt. Die oberflächliche Stabilisierung unter Kadyrow junior wird ob fehlender Demokratie nicht zu dauerhaftem Frieden führen.

Politische Auswirkungen der Deportation und Vertreibung

Die Tschetschenen lebten seit Jahrhunderten im kaukasischen Völkergemisch. Sie waren stets die Speerspitze des Widerstandes der nordkaukasischen Bergvölker gegen die russischen Ansprüche auf das strategisch wichtige Gebiet. Geführt wurden die Bergvölker der Tschetschenen und Inguschen von verschiedenen Integrationsfiguren wie etwa Scheich Schamil im 19. Jahrhundert, bis heute der Nationalheld der Tschetschenen, obwohl er ein Aware aus Dagestan war. Auch ihre erste Unabhängigkeit als Bergrepublik 1921 erlebten die Tschetschenen gemeinsam mit den Inguschen und Dagestanern.

Die Tschetschenen hatten sich sehr wohl seit Jahrhunderten als eigenes Volk verstanden, mit eigenen Traditionen, eigener Sprache, eigener Religion – nicht alle Kaukasier waren Moslems und nicht alle moslemischen Kaukasier Anhänger des Kunta-Hadschi-Nakschbandija-Sufismus.

Erst in der Deportation begannen die Tschetschenen ein modernes Nationsverständnis zu entwickeln. War bis dahin die Clanstruktur der stärkste Faktor der Identität gewesen, so änderte sich dies unter den äußerst schwierigen Bedingungen der Verbannung. Der Verlust der Heimat machte die Bedeutung von eigenem Grund und Boden in festen Grenzen deutlich. Wer bis dahin geglaubt hatte, er könne der russisch-tschetschenischen Kriegsgeschichte ein Schnippen schlagen und irgendwann wenigstens mit seiner Familie in Frieden leben, wurde durch die Deportation eines Besseren belehrt.

In den 13 Jahren der Verbannung wurden die Tschetschenen nicht zum »homo sovieticus«, wie Stalin gehofft hatte. Im Gegenteil. Die Tschetschenen wurden moderne Nationalisten. Als sie die Möglichkeit hatten, warfen sie nicht nur die Russen aus ihrem Land, sondern auch die Inguschen, mit denen sie lange Zeit eine Schicksalsgemeinschaft gebildet hatten.

Dies war bei den Palästinensern ähnlich. Der palästinensische Nationalismus entstand spät durch den Aufbau staatlicher Strukturen durch die Juden in Palästina. Auch wenn die Palästinenser jahrhundertlang in ihrem Land gelebt hatten und es sie als Volk längst gegeben hatte, so traten sie bis 1948 noch nicht für ihre eigene Unabhängigkeit als Nation ein. Sie sahen sich als Teil der arabischen Gemeinschaft. Auch sie wurden eines Besseren belehrt.

Die arabischen Staaten rundum konnten nicht nur nicht für ihre Sicherheit sorgen, sie wollten die Flüchtlingswelle aus Palästina 1947/48 nicht integrieren. Auf die 750.000 palästinensischen Flüchtlinge hatte die Vertreibung eine eindeutige Wirkung: Sie wurden im Flüchtlingslager zum Volk – in Abgrenzung zu den Israelis, aber auch zu den arabischen Staaten.

Vertreibung oder Deportation radikalisiert. Trotzdem griff Russland über 200 Jahre immer wieder auf dieses inprobate Mittel zur Niederschlagung des kaukasischen Widerstands zurück.

Auch Israel wandte Vertreibung im Kleinen immer wieder an – etwa durch Zerstörungen von Häusern in den besetzten Gebieten, die ‚illegal‘, also ohne Erlaubnis der Besatzungsbehörden, gebaut worden waren.

Chancen der Anerkennung

Die verheerenden politischen und psychologischen Folgen der Vertreibung der Palästinenser und der Deportation der Tschetschenen wurden in dieser Arbeit beschrieben. Welche Lehren aber können daraus gezogen werden? Nicht einmal die offensichtlichste Antwort darauf ist einfach. Selbstverständlich hätte Josef Stalin darauf verzichten sollen, das gesamte Volk der Tschetschenen unter dem dubiosen Vorwand, sie hätten mit den deutschen Nazis kollaboriert, nach Kasachstan, Kirgisien und Sibirien zu deportieren.

Dem Staat Israel kann man diesen Ratschlag so nicht geben. Die Vertreibung der Palästinenser war im Gegensatz zu Stalins und Berijas Operation kein vorformulierter Plan. Die dem Holocaust entronnenen Juden kämpften ihrerseits um ein eigenes Land. Die Juden vertrieben, wie sie vom Kriegsgeschehen getrieben wurden. Viele Palästinenser flohen ihrerseits, weil sie nicht vorhersehen konnten, dass sie nie wieder zurückkehren würden.

Dennoch sind auch die Israelis nicht ohne Verantwortung für das Leid der Palästinenser. Dieser unbequemen Tatsache müssen die Erben dieses Konfliktes ins Auge sehen. Dies fällt den Israelis deshalb so schwer, weil sie damit ihre eigene Existenz infrage zu stellen fürchten. Beteiligt sich Israel an der Wiedergutmachung des palästinensischen Schicksals, meinen viele Bürger des Judenstaates, werde ihr Staat als ‚Unrechtsstaat‘ an sich infrage gestellt.

Diese Angst ist berechtigt. In vielen arabischen Staaten, in vielen moslemischen Staaten, in vielen Ländern weltweit und sicher auch unter den Palästinensern gäbe es Ideologen, die ein Schuldbekenntnis Israels politisch ausnützen würden.

Eiferer vom Schlage des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinedschad tun dies aber sowieso. Ob Israel über 1948 reden will oder nicht, es wird nicht darum her-

unkommen. Israel wird über die Folgen von 1948 verhandeln müssen, wenn es einen Friedensvertrag mit den Palästinensern erreichen will. Über 1948 wird aber auch die palästinensische Seite verhandeln müssen. Erst durch den Wahlsieg der Hamas wurde dies so richtig brisant.

Alle bisherigen Friedensinitiativen, auf die sich beide Seiten auf Regierungsebene gemeinsam mit dem Nahost-Quartett berufen, sprechen von einem Kompromiss auf der Basis der Grenzen Israels vor dem Sechstagekrieg 1967. Auch Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas und der inhaftierte Held der palästinensischen Straße, Marwan Barghouti, wollten die Hamas-Bewegung im Mai 2006 mit dem sogenannten »Gefangenepapier« dazu bringen, die Existenz Israels zu akzeptieren. Im Gegenzug wird Israel anerkennen müssen, dass der jüdische Staat auf Kosten der Palästinenser geschaffen wurde.

Es gibt für das Rückkehrrecht längst Lösungsvorschläge, deren gemeinsamer Nenner klar ist: Israel erkennt eine Teilverantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem an und verpflichtet sich, finanzielle Kompensation für das verlorene Vermögen zu bezahlen und eine kleine, symbolische Anzahl von Rückkehrern aufzunehmen. Die Palästinenser im Gegenzug anerkennen, dass sie nicht in ihre ehemaligen Dörfer und Häuser zurückkehren werden. Sie können aber in einen unabhängigen Staat Palästina heimkehren.

Der palästinensische Politologe Khalil Schikaki hat in einer Nationalismus-Umfrage festgestellt, dass nur ein Prozent der Palästinenser in ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren möchte, wenn damit eine israelische Staatsangehörigkeit einhergeht. »Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die Bedeutung der nationalen Identität die Mehrheit dazu bringt, ihr Rückkehrrecht in den palästinensischen Staat auszuüben,«³⁹⁸ meinte Schikaki. Die Entscheidung der PLO, die Palästinenser als Flüchtlingsvolk in Lagern zu halten, hat die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts einerseits erschwert, weil nach 60 Jahren nun schon Millionen Flüchtlinge und ihre Nachkommen auf Rückkehr drängen. Andererseits aber zeigte Schikaki, dass gerade das Bindemittel »palästinensisches Flüchtlingslager« zu einer so starken nationalen Identität geführt hat, dass die Mehrheit der Flüchtlinge in einem palästinensischen Staat leben will. Egal, wo dieser errichtet wird.

Die Schlüsse, die aus der Geschichte des palästinensischen und tschetschenischen Volkes gezogen werden können, führen deshalb trotz unterschiedlicher Entstehungsfaktoren in eine ähnliche Richtung. Wie in der Individualpsychologie wird die Lösung von Problemen dadurch gefördert, dass Probleme überhaupt als solche anerkannt werden. Es würde die komplizierten Verhältnisse zwischen Israelis und Palästinensern

³⁹⁸ K. Schikaki, Interview der Autorin, 28./2./2004, Ramallah.

vereinfachen, wenn sowohl Holocaust wie al-Nakbah von der jeweils anderen Seite als kollektives Trauma und als legitimer Stressfaktor im heutigen politischen Leben akzeptiert werden würden.

Dasselbe gilt für den Konflikt zwischen Tschetschenen und Russen. Die Deportation 1944 kann als Teil des Stalinschen Terrorregimes klassifiziert werden. Dass über die Deportation in den sowjetischen Jahrzehnten nur kurz unter Nikita Chruschtschow und bald darauf wieder kein Wort verloren werden durfte, kann dem totalitären kommunistischen System zugeschrieben werden.

Der erste demokratisch gewählte Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, unterschrieb dann 1991 ein Gesetz zur Wiedergutmachung. Das offizielle Russland wollte auf seinem Weg in die Demokratie in Abgrenzung von der sowjetischen Vergangenheit mit den Verbrechen des Sowjetkommunismus im Allgemeinen und Stalins Terror im Speziellen aufräumen.

Doch sehr weit sind Russland und die Tschetschenen mit ihrer Vergangenheitsbewältigung bisher nicht gekommen. Die Schrecken der Kriege der Neunzigerjahre überlagerten die alten. Der russische Präsident Wladimir Putin, als Kremlherr für die unerbittliche Grausamkeit der russischen Armee in beiden Kriegen verantwortlich, versuchte ab dem Jahr 2003 eine unilaterale Lösung des Konfliktes durchzusetzen. Er wählte mit Vater und Sohn Kadyrow tschetschenische Statthalter, deren Beliebtheit beim Volk sich ob ihrer persönlichen Raffgier und Grausamkeit in Grenzen hielt. Dafür garantierten sie Moskau, in Tschetschenien die Dreckarbeit zu übernehmen, was als 'Tschetschenisierung des Konfliktes' in die Agenda des Kreml aufgenommen wurde.

Putin ließ eine Verfassung annehmen, in der sich die Tschetschenen für einen Verbleib in der Russischen Föderation aussprachen. Er ließ einen Präsidenten – Ahmed Kadyrow – wählen, der allerdings nach wenigen Monaten ermordet wurde. Ihm folgte sein Sohn Ramsan. Seit April 2007 regierte der 30jährige Milizenchef als Präsident die Republik.

Die Russen ermordeten Dschochar Dudajew, den ersten tschetschenischen Präsidenten. Sie ermordeten Aslan Maschadow, den zweiten gewählten Präsidenten Tschetscheniens. Sie töteten auch den islamistischen Terrorchef Schamil Bassajew. Außer Kadyrow, sagt der Kreml, gäbe es keinen Verhandlungspartner.

Diese oberflächliche und arrogante Politik wird den tschetschenisch-russischen Konflikt nicht beenden können, auch wenn sich zurzeit aus einer Mischung von Erschöpfung und Terrorisierung heraus die Situation in Tschetschenien beruhigt hat und Anfänge eines zivilen Lebens beobachtet werden. Ebenso wenig wird der israelisch-palästinensische Konflikt friedlich gelöst, wenn Israel unilateral aus Siedlungen abzieht, ohne mit den gewählten Repräsentanten der Palästinenser – und zwar auch mit dem pragmatischen Flügel der Hamas – zu verhandeln.

Das Misstrauen zwischen Tschetschenen und Russen ist mindestens so groß wie zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen denen nach einer kurzen Phase des Oslo-Friedensprozesses die gegenseitige Gewalt in der zweiten Intifada im Jahr 2000 erneut mit voller Wucht aufgebrochen ist.

Sowohl im Nahen Osten wie im Kaukasus werden die Konfliktparteien mit realen Partnern zu realistischen Kompromissen kommen müssen. Das wird nur geschehen können, wenn die Traumata der Vergangenheit als identitätsbildende Faktoren anerkannt und behandelt werden.

Bibliografie

1. Bücher

- Abdulaew, Sija'udin: *W'spolochi* (Blitze), Verlag Kniga (Buch), Grosnyi, 1991.
- Aidajewa, Ju. A.: *Tschetschenzi: Istoria i Sozremennost* (Die Tschetschenen: Geschichte und Gegenwart), Verlag Mir Domu Tvojemu (Friede in deinem Haus), Moskau, 1996.
- Anjes, G.: *Deportirovanije v Kasachstan narodi* (Die deportierten Völker in Kasachstan), Aris-Kasachstan, Almati, 1998.
- Anderson, Benedict: *Imagined Communities*, Verso, London/New York, 2003.
- Arendt, Hannah: *The Origins of Totalitarianism*, Schocken Press, New York, 2004.
- Aruri, Naseer: *Palestinian Refugees*, The right of return, Pluto Press, London, 2001.
- Askhabov, Isa: *Chechen Arms*, Klub Kavkaz, Moscow, 2001.
- Baer, Robert: *Sleeping with the Devil*, How Washington Sold our Soul for Saudi Crude, Crown Publishers, New York, 2003.
- Bennigsen, Alexandre; Wimbush, S. Enders: *Muslims of the Soviet Empire: A Guide*, Bloomington, 1986.
- Brooks, Geraldine: *Nine Parts of Desire*, The hidden world of Islamic women, Penguin books, London 1996.
- Bugai, N. F.; Gonov, A. M.: *Kavkas: Narodi v eschelonach* (Kaukasus: Völker in Staffelstellung. Die 20er bis zu den 60er Jahren), Moskau, Insan, 1998.
- DeMause, Lloyd: *Das emotionale Leben der Nationen*, Drava Verlag, Klagenfurt, 2005.
- Dudajewa, Alla: *Million Perwi*, (Eine Million und einer), Verlag Ultra. Kultura, Jekaterinenburg, 2005.
- Gajew, S.; Chadisov, M.; Tschagaeva, G.: *Chaibach*, Die Enquete wird fortgesetzt, Poligrafische Union Verlag Kniga, Moskau, 1994.
- Gall, Carlotta; De Waal, Thomas: *Chechnya*, Calamity in the Caucasus, New York University Press, New York, 1998.
- Gammar, Moshie: *Muslim resistance to the Tsar: Shamil and the conquest of Chechnya and Daghestan*, Kron-Press, Moskau, 1998.
- Gellner, Ernest: *Nations and Nationalism*, Cornell University Press, Ithaca, 1983.
- Gellner, Ernest: *Thought and Change*, Weidenfeld and Nicholson, London, 1964.
- Hälbwachs, Maurice: *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart, 1967.
- Hamzeh, Muna: *Refugees in our own land*, Chronicle from a Palestinian Refugee Camp in Bethlehem, Pluto Press, London, 2001.
- Hassel, Florian, Hrsg.: *Der Krieg im Schatten*, Tschetschenien und Russland, stirkamp edition 2326, Frankfurt, 2003.
- Hobsbawm, Eric: *Nations and Nationalism since 1788: Program, Myth, Reality*, Cambridge University Press, 1990.
- Jakowlew, Alexander: *Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland*, Berlin Verlag, Berlin, 2004.

- Jusik, Julia: *Die Bräute Allahs*, Selbstmord-Attentäterinnen aus Tschetschenien, NP Buchverlag, St. Pölten, 2004.
- Karmi, Ghada: *In Search of Fatima*, Verso, London, 2002.
- Kepel, Gilles: *Jihad*, The Trail of political Islam, I. B. Tauris Publishers, London/New York, 2002.
- Khalidi, Rashid: *Palestinian Identity*, The construction of modern national consciousness, Columbia University Press, New York, 1997.
- Khamis, Vivian: *Political Violence and the Palestinian Family*, The Haworth Maltreatment and Trauma Press, New York, 2000.
- Kostojew, Beslan: *Kaukaskij meridian* (Kaukasischer Meridian), Humanitärer Fond Inguschetiens, Moskau, 2001.
- LAM: *Chechnya*, The Right to Culture, Polinform-Talbur Publishers, Moscow, 1999.
- Laqueur, Walter: *No end to war*, Terrorism in the twenty-first century, Continuum, New York, 2003.
- Lenhard, Monika: *Der Konflikt in Tschetschenien*, Uni Saarland, 1997.
- Lewis, Bernard: *The Crisis of Islam*, Holy war and Unholy Terror, The Modern Library New York, Random House Inc., 2003.
- Lermontov, Mikhail: *A Hero of our Time*, Penguin Classics, London, 1966.
- Lynd, Staughton; Bahour, Sam, and Lynd, Alice, Editors: *Homeland*, Oral Histories of Palestine and Palestinians, Olive Branch Press, New York, 1994.
- Mamdani, Mahmood: *Good Muslim, bad Muslim*, America, the cold war, and the roots of terror, Pantheon Books, New York, 2004.
- Margalit, Avishai: *The Ethics of Memory*, Harvard University Press, Cambridge, 2002.
- Montefiore, Simon Sebag: *Stalin*, The Court of the Red Tsar, Alfred A. Knopf, New York, 2004.
- Morris, Benny: *Righteous victims*, A history of the Zionist-Arab conflict, 1881-1999, Alfred Knopf, New York, 1999.
- Masalha, Nur: *Expulsion of the Palestinians*, The Concept of Transfer in Zionist political thought, 1882-1948, Institute for Palestine Studies, Washington D. C., 1992.
- Maschadow, Aslan: *Die Ehre ist wichtiger als das Leben*, gesammelt v. Peter Klimov, 1996.
- Mazur, Ju: *Tschetschenya: Tak eto bilo* (Tschetschenien: So war es.), Vol. 2, Odessa, 1996.
- Nekritsch, Alexander: *Nakasannie Narodi* (Die bestraften Völker), Isdatelstva Chronika (Edition Chronik), New York, 1978.
- Nietzsche, Friedrich: *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*, Leipzig, o. J.
- Özkirimli, Umut: *Contemporary Debates on Nationalism*, A Critical Engagement, Palgrave MacMillan, London, 2005.
- Pape, Robert A.: *Dying to Win: The Strategic Logic of Suicide Terrorism*, Random House, New York, 2005.
- Pappe, Ilan: *A History of Modern Palestine*, One Land, Two Peoples, Cambridge University Press, New York, 2004.
- Pappe, Ilan: *Were they expelled?* - The History, Historiography and Relevance of the Palestinian Refugee Problem, Haifa University, 2002.
- Politkovskaja, Anna: *Tschetschenien*, Die Wahrheit über den Krieg, DuMont, Köln, 2003.

- Politkovskaja, Anna: *A dirty war*, A Russian Reporter in Chechnya, The Harvill Press, London, 2001.
- Rashid, Ahmed: *The Reurgence of Central Asia: Islam or Nationalism?*, Oxford University Press, London, 1995.
- Reich, Walter: *Origins of Terrorism*, Psychologies, Ideologies, Theologies, States of Mind, Woodrow Wilson Press Center, Washington D. C., 1998.
- Rusin, Wassili: *Die Würde der Stolzen*, Mein Leben mit Tschetschenen und Inguschen, hrsg. von M. und V. Kotlarowitsch, Naltschik, 2005.
- Sacharow - Museum, Hrsg.: *Tschetschenien und Russland*, Gesellschaften und Staaten, 3. Auflage, Moskau, 1999.
- Said, Edward: *The Politics of Dispossession*, Pantheon Books, New York, 1994.
- Sanbar, Elias: *Palestine 1948*, L'Expulsion, Institut des études Palestiniennes, Washington D. C., 1984.
- Schachbiew, Saindi: *Das Schicksal des tschetschenisch-inguschischen Volkes*, Verlag Rossia Molodaia (Junges Russland), Moskau, 1996.
- Seschil, Juri: *Tsarapini na Oskolkach* (Schrammen auf den Trümmern), Grad, Moskau, 2002.
- Shehadeh, Raja: *Strangers in the House*, Coming of age in occupied Palestine, Profile Books, London, 2002.
- Sigauri, Iless, M.: *Essay on the History and State System of Chechens since the Ancient Times*, Verlag Russkaja Schisn (Russisches Leben), 1997.
- Smith, Anthony: *The Ethnic Origins of Nations*, Oxford University Press, Oxford, 1986.
- Soldatowa, Galina: *Psychologia meschetnitscheskoi naprjaschennosti* (Die Psychologie der interethnischen Spannungen), Smisl, Moskau, 1998.
- Spinelli, Barbara: *Der Gebrauch der Erinnerung*, Europa und das Erbe des Totalitarismus, Verlag Kunstmann, o.J.
- Stern, Jessica: *Terror in the name of God*, Why religious militants kill, Harper Collins Publishers Inc., New York, 2003.
- Tamari, Salim; Zureik, Elia: *Reinterpreting the historical Record*, The Uses of Palestinian Refugee Archives for Social Research and Policy Analysis, Institute of Jerusalem Studies, Institute of Palestine Studies, Jerusalem, 2001.
- Tawil, Raymonda: *Mein Gefängnis hat viele Mauern*, Eine Palästinenserin berichtet, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 1980.
- Tischkow, B. A.: *Obschestwo ve vouruschnonom konflikte*, Ethnografia tschetschenskoi vojni (Die Gesellschaft in einem bewaffneten Konflikt, Ethnografie des tschetschenischen Krieges), Nauka, Moskau, 2001.
- Victor, Barbara: *Army of Roses*, Inside the world of Palestinian suicide bombers, Rodale Press, Washington, 2003.
- Wallach, John; Janet, Arafat: *In the Eyes of the Beholder*, Mandarin, London, 1991.
- Wolobujew, O. B., et al: *Rossia i Mir 11* (Russland und die Welt 11) (Schulbuch), Moskau, 2002.
- Yahya, Adel H.: *The Palestinian Refugees 1948-1998*, An oral history, The Palestinian Association for Cultural Exchange (PACE), Ramallah, 1999.
- Yilmaz, Suhmaz: *Reconfiguration of Identity in Central Asia*, Princeton University, Center of International Studies, o.J.

- Zertal, Idith: *Nation und Tod*, Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit, Wallstein Verlag, Göttingen, 2003.
- Zaaytir, Akram: *The Palestine National Movement, 1915-1939*, Diaries of Akram Zaaytir, in Arabisch und Englisch, o.J.
- Zuzulajewa, Sapijat: *Repressirovannije Narodi Severnazva Kavkaza* (Die unterdrückten Völker des nördlichen Kaukasus in den Jahren des großen vaterländischen Krieges 1941-1945: Probleme der Historiografie), Dissertation, Kasan, 2001.

2. Dokumente

Sammlungen:

- Bugaj, N. F.: *L. Berija – I. Stalinu: Soglasno Vaschemu ukazanju* (Berija an Stalin: Gemäß Ihrer Anordnung), Verlag „Airo – XX“, Moskau, 1995.
- Bugaj, N. F., Hrsg.: *Repressirovannije Narodi Rossii: Tschetschentsi i Inguschi, Dokumenti, Fakti, Kommentari* (Die unterdrückten Völker Russlands: Tschetschenen und Inguschen, Dokumente, Fakten, Kommentare) Verlag „Kap“, Moskau, 1994.
- Eimermacher, K.: *Kultura i Wlast ot Stalina do Gorbatschowa* (Kultur und Macht von Stalin bis Gorbatschow), Dokumente, Verlag Rosspen, Moskau, 2002.
- Josef Stalin an Laurenti Berija: *Sie müssen deportiert werden*, Dokumente, Fakten, Kommentare, Moskau, Verlag Druschba Narodow (Freundschaft der Völker), 1992.
- Solschenizyn, Alexander: *Die Tschetschenen und die anderen*, aus: *Tak eto bilo* (So war es), Die nationale Unterdrückung in der UdSSR während der Jahre 1919-1952, 3 Bände, Dokumente, Erinnerungen, Folklore, Publikationen, Prosa, Poesie, Dramaturgie, 2. Band, Verlag „Rossiski Meschdunarodni Fond Kulturi“, Moskau, Insan, 1993.

Archive:

- GARF (Gasudarstwinni Archiv Russkii Federatii, Staatsarchiv der Russischen Föderation)
 Originaldokumente aus F (Fond) R (Register) 9479c, Opis' 1c, Dela (Sache) 925.
 „Ossobaja Papka Stalina“ (Stalins Sonderakte) F R 9401, Opis' 2, Dela 64, Telegramm Nr. 5807, 5833, 22/2 1944; Dela 65; Dela 139, Dela 138, L.(Seiten) 380-384.
- RGASPI (Archiv der KPdSU bis 1953)
 Sonderakte des Prokollols Nr. 17 des Treffens des Grosnyi-Stadt-Verteidigungskomitees, 28/12/1941, Fond 17, Opis' 8, Del 572.
 Bericht des wöchentlichen Treffens des lokalen ZK, Fond 17, Opis' 44, Del 284, Del 285, Del 286, Del 287.
 Bericht, Fond 17, Opis' 88, Del 661.
 Bericht, Fond 17, Opis' 122, Del 175.
- GRANI (Archiv der KPdSU ab 1953)
 Bericht, Fond 5, Opis' 34, Del 69, Rolik 5743.

Bericht, Fond 2, Opis' 1, Del 322-330, Rolik 6257.

Bericht, GRANI, Fond 2, Opis' 1, Del 626, Rolik 6306.

Protokoll der Debatte im Obersten Sowjet der RF, GRANI, Fond 89, Per 5, Dok 21.

Internetarchive:

Declaration of Principles on interim self-government arrangements, 13/09/1993, zitiert nach: www.usip.org/library/pa/israel_plo/oslo_09131993, 28/09/2007.

Genfer Abkommen, aus: www.genfer-initiative.de, 28/09/2007.

Israeli private response to the Palestinian refugee proposal of January 22, 2001, "Non-Paper-Draft 2" January 23, 2001, Taba, aus: www.mideastweb.org/taaba.htm, 28/09/2007.

Palestinian Proposal on Palestinian Refugees, 22/01/2001, Taba, ARTICLE XX: Refugees, www.mideastweb.com/taaba, 28/09/2007.

Taba Vorschläge, aus: www.mideastweb.org/taaba.htm, 28/09/2007.

UN-Resolution 194, zitiert nach: <http://www.un.org/documents/ga/res/3/ares3.htm>, 28/09/2007.

3. Beiträge aus Zeitschriften und Zeitungen

Abbas, Mahmoud: *The Other Side: The secret relations between Nazism and the leadership of the Zionist movement*, 1983, Dissertation, zitiert nach: Memri, Inquiry and Analysis Series No. 95, www.memri.org.

Agha, Hussein; Malley, Robert: *The Last Palestinians*, The New York Review of Books, Volume 52, Number 10, June 9, 2005.

Aliew, Timur: *Chechnya: Rewriting History*, Institute for War and Peace Reporting, Caucasus Reporting Service, 21/02/2004, Grosnyj.

Bisharat, George E.: *Exile to Compatriot*, in: Culture, Power, Place, Explorations in critical anthropology, ed. by Akhil Gupta and James Ferguson, S. 204-233, Duke University Press, Durham and London, 1997.

Bisharat, George E., *Villa al-Harun*, article, <http://www.vopj.org/conflict18.htm>, 28/09/2007.

Caryl, Christian: *Why they do it?*, The New York Review of Books, Volume 52, Nr. 14, 22/09/2005.

Eldar, Akiva: *A Jewish State? Definitely*, Interview mit Jassir Arafat, Haaretz, 07/07/2004.

Eldar, Akiva: *The Refugee Problem at Taba*.

Interview with Yossi Beilin und Nabil Shaath, in: Palestine-Israel Journal, Vol 9 No 2 2002.

Eldar, Akiva: *Popular misconceptions*, Haaretz, 11/06/2004.

Fried, Shelly: *The Refugee Problem at the Peace Conferences 1949-2000*, in: Palestine-Israel Journal, Vol 9 No 2 2002.

Felgenhauer, Pavel: *Chechen Rebels Bypass Moscow*, The Moscow Times, 20/10/1994.

Gammar, Moshe: *Collective Memory and Politics*, Caucasian Regional Studies, Vol. 4, Nr. 1, Art 3, 1999.

Halbach, Uwe: *Das Verfassungsreferendum in Tschetschenien*, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Russland/GUS, Nr. 04, März 2003.

- Hanafi, Sari: *Rethinking the Palestinians Abroad as a Diaspora: The Relationships between the Diaspora and the Palestinian Territories*, HAGAR, International Social Science Review, Vol. X(X), 2003.
- Hassassian, Manuel: *Historical Dynamics Shaping Palestinian National Identity*, in: Palestine-Israel Journal, Vol 8 No 4 2001 & Vol 9 No 1 April 2002.
- Idrissow, K. A.: *Der Einfluss des Krieges auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung der tschetschenischen Republik*, aus: IAM, Bulletin 21, Nr. 1, Grosnyi, 2004.
- Inderbajew, Gelani: *Ich habe den gleichen Weg wie das Volk gewählt*, aus: Bestnik IAM Nr. 1, Grosnyi, 2004.
- Jaffee, Martin S.: *The Victim-Community in Myth and History: Holocaust Ritual, The Question of Palestine, and the Rhetoric of Christian Witness*, in: Journal of Ecumenical Studies 23, Frühjahr 1991, S. 230-231.
- Jubeil, Nazim: *The Palestinian Refugee Problem and Final Status Negotiations: A Review of Positions*, in: Palestine-Israel Journal, Vol 9 No 2 2002.
- Lonni, Ada: *Parallel Strategies in Israeli and Palestinian Experience*, in: Palestine-Israel Journal, Vol 8 No 4 2001 & Vol 9 No 1 April 2002.
- Murtasalijew, Wacha: *Die rechtliche Lage der unterdrückten Völker des Nordkaukasus in ihren Verbannungsorten*, Zweiter Teil der Artikelserie in der Zeitung 'Tschetschenskoi Obschestwo' (Tschetschenische Gesellschaft), 23/03/2004.
- Nassar, Issam: *Reflections on writing the History of Palestinian Identity*, in: Palestine-Israel Journal, Vol 8 No 4 2001 & Vol 9 No 1 April 2002.
- Roshchin, Mikhail: *Sufism and Fundamentalism in Daghestan and Chechnya*, Cahiers d'études sur la Méditerranée orientale et le monde turco-iranien, Nr. 38, Juillet-December 2004.
- Roy, Olivier: *Britain: Homegrown terror, The old world order*, in: Le monde diplomatique, August 2005.
- Rubinstein, Danny: *The stronger side creates reality*, Haaretz, 16/06/2004.
- Rubinstein, Danny: *Yasser Arafat: An enigma until the end*, Haaretz, 12/11/2004.
- Sarraj, Ejad: *On Violence and Resistance*, in: Palestine-Israel Journal, Vol 10, No 1 2003.
- Stern, Yoav: *Following the stretch from concept to dogma to axiom*, Haaretz, 13/06/2004.
- Tamari, Salim: *Narratives of Exile*, in: Palestine-Israel Journal Vol 9 No 4 2002.
- Vasmik, Volkan D.: *Traumatized societies and psychological care: Expanding the concept of preventive medicine*, Mind and Human Interaction, 11: 177-194, 2000.
- Williams, Brian Glyn: *Commemorating 'The Deportation' in Post-Soviet Chechnya, The Role of Memorialization and Collective Memory in the 1904-1906 and 1999-2000 Russo-Chechen Wars*, in: History & Memory, Nov 12, No.1, Spring-Summer 2000, S. 101.

4. Interviews

- Artschakow, Aslan, Nasran, 23/03/2004.
- Cohn-Bendit, Daniel, Brüssel, 16/09/2001.
- Gajew, Salamat, Nasran, 25/03/2004.
- Ganiewa, Raissa, Grosnyi, 11/09/2003.

- Khalil, Ubeida, Raanana, 26/02/2004.
Lawrow, Sergej, Moskau, 17/05/2006.
Musajew, Magomed, Grosnyi, 07/12/2005.
Nimr, Saad, Ramallah, 27/11/2004.
Nusseibeh, Sari, Jerusalem, 5/1/2002.
Politkovskaja, Anna, Moskau, 02/09/2004.
Politkovskaja, Anna, Moskau, 08/03/2005.
Roy, Olivier, Paris, 26/09/2006.
Sarraj, Ejad, Gaza, 25/02/2004.
Schikaki, Khalil, Ramallah, 28/2/2004.
Shehadeh, Raja, Ramallah, 06/07/03.
Soldatowa, Galina, Moskau, 15/03/04.
Tagirowa, Raissa, Moskau, 18/03/04.
Tscherkassow, Alexander, Moskau, 24/05/2006.
Zuzulajewa, Sapijat Nasran, 25/03/2004

Personenregister

- Abbas, Mahmoud 8, 12, 25, 37, 40, 49, 67, 123, 123,
124, 125, 153, 161
- Abdulajewa, Genossin 66
- Achranow, Ali 100
- Agha, Hussein 117, 161
- Aidajewa, Ju.A. 63, 157
- Aidamirow, Abusar 87
- Ajdon, Ami 39
- Ahmadineschad, Mahmoud 152
- Alexander, Zar, I. 51
- Aliew, Timur 58, 93, 161,
- Almasiow, Mias 86
- Almasow, Elias 86
- Anderson, Benedict 10, 104, 105, 106, 107, 112, 157
- Anjes, G. 58, 157
- Arafat, Jassir 7, 8, 11, 12, 16, 25, 30, 31, 32, 33, 35,
36, 37, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49,
106, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123,
124, 125, 135, 148, 149, 150, 159, 161, 162.
- Arendt, Hannah 21, 157
- Arsanow, Barudin 61, 67
- Artshakow, Aslan 58, 88, 92, 94, 162
- Aschrawi, Hanan 119
- Aslanbekowitsch, Aslan 86
- Awtorkhanov, Abdurahman 90, 94
- Awwad, Elia 13
- Baisarow, Mullah 70
- Barajewa, Chawa 136
- Barak, Ehud 39, 40, 41, 44
- Barghouthi, Marwan 8, 12, 121, 122, 123, 153
- Bassajew, Salman 129
- Bassajew, Schamil alias Abdullah Schamil Abu
Idris 8, 12, 96, 97, 98, 99, 115, 128, 129, 130, 131,
132, 134, 137, 154
- Batnkajewa, Sainap 96
- Beilin, Yossi 47, 161
- Ben Gurion, David 20, 29, 106
- Ben Laden, Ossama 97, 131, 137, 140
- Bennigsen, Alexandre 75, 90, 157
- Berija, Laurenti 57, 58, 60, 62, 63, 67, 68, 70, 71, 78,
91, 152, 160
- Berkuw, Gajew 86
- Bisharat, George 23, 25, 28, 34, 36, 161
- Bloom, Mia 136
- Brooks, Geraldine 142, 157
- Bugai, N.F. 58, 67, 157, 160
- Bursotanow, M.O. 89
- Bush, George 39
- Busurkiew, Sontaal 59
- Caryl, Christian 141, 161
- Chadschijew, Salambek 96
- Chamsatow, Elbert 67
- Chasbulatow, Ruslan 90, 113
- Chasjewa, Said Magomed 62
- Chattab, Emir 97, 131
- Chruschtschow, Nikita 77, 80, 91, 154
- Clinton, Bill 38, 39, 44
- Cohn-Bendit, Daniel 141, 162
- deMause, Lloyd 108, 147, 157
- Descherijew, Juri 77
- De Waal, Thomas 52, 57, 87, 95, 125, 126, 129, 130,
157
- Diner, Dan 147
- Dschabrailow, Taus 101
- Dudajew, Dschochar 8, 12, 90, 93, 94, 95, 96, 98,
115, 125, 126, 127, 128
- Dudajewa, Alla 126, 127, 157
- Dukajew, Aslan 87
- Eban, Abba 110
- Eichmann, Adolf 106
- Eldar, Akiva 40, 161
- Erekat, Saeb 37
- Fotejew, Wladimir 89
- Fried, Shelly 29
- Gajew, Salamat 60, 64, 67, 74, 157, 162
- Gall, Carlotta 57, 95, 125, 126, 129, 130, 157
- Galtung, Johan 10
- Gammar, Moshe 53, 55, 157, 161

- Garbekow, Genosse 82
 Gandhi, Radschiw 135
 Ganiewa, Raissa 109, 144, 162
 Gantemirow, Beslan 96
 Gilad, Amos 39, 40
 Gajumow, N.N. 61
 Gellner, Ernest 106, 107, 157
 Gorbatschow, Michail 77, 89, 160
 Gruglow, Genosse 69
 Gwendikowa, Tatjana 97
- Hammani, Said 31
 Hamzeh, Muna 40, 41, 157
 Hanafi, Sari 24, 25, 111, 112, 162
 Harūja, Akram 40
 Harijeh, Ismail 121
 Hassassian, Manuel 28, 34, 162
 Hassel, Florian 52, 87, 98, 157
 Helal, Abu Chaled 138
 Hitler, Adolf 80, 147
 Hobshawm, Eric 104, 107, 157
 Hoffmann-Ostenhof, Georg 102
 Hujuj, al, Ibrahim 20
 Hussein, König 32, 33, 35, 118
 Hussein, Saddam 36
 Husseini, Faisal al 116
 Husseini, Haj Amin al 20, 116
 Husseini, Kader al 116
- Idris, Wafa 136, 145
 Idrissow, A. 108, 162
 Ignatow, Genosse 84, 85
 Inderhajew, Gelami 81, 162
 Israilow, Hassan 56, 57, 58, 59
 Iwanowski, Andrej 102
- Jaffee, Martin 11, 162
 Jakowlew, Alexander 55, 157
 Jakowlew, A. 78, 79, 80, 81
 Jandarow, Abdul Hamid 61, 67
 Jandarbijew, Präsident 97
 Jassin, Achmed Scheich 8, 12, 115, 119, 120, 121, 146
 Jassinow, Genosse 86
 Jelin, Boris 89, 91, 95, 98, 111, 149, 154
 Jermolow, Alexej 52, 66, 67, 81, 82, 89
- Jusik, Julia 144, 145, 158
- Lavie, Ephraim 40, 44
 Lawrow, Sergej 101, 102, 163
 Lenhard, Monika 10, 11, 77, 85, 158
 Lenin, Wladimir 83, 85
 Lermontow, Michail 66, 126
 Lewis, Bernard 33, 138, 158
 Lonni, Ada 9, 10, 27, 162
 Lynd, Staughton 19, 158
- Kaab, Nusajbah bint 142
 Kadyrow, Ahmed 99, 100, 101, 131, 132, 133, 138
 Kadyrow, Ramsan 8, 12, 102, 131, 132, 133, 134, 150, 151, 154
 Kalinin, Michail 68
 Karmi, Ghada 23, 24, 27, 110, 111, 112, 158
 Katahrina, die Große 51, 84, 107
 Kepel, Gilles 140, 158
 Khaled, Leila 143
 Khalidi, Rashid 9, 10, 15, 16, 36, 104, 107, 148, 158
 Khalidi, Walid 18, 21
 Khalil, Ubeida 145, 146, 163
 Khosrokhavar, Farhad 140
 Khoury, Elias 22
 Kirimow, M.A. 88
 Kobulow, Bogdan 60
 Kosterin, Alexej 80, 81, 82,
 Kostojew, Beslan 59, 158
 Kowalenko, G. 79
 Kruglow, S. 71, 72
 Kureta, Ahmed, alias Abu Ala 37
 Kusnetsow, Alexej 66
- Magomadow, Chasucha 67, 87
 Malley, Robert 39, 117, 161
 Malka, Amos 39, 41
 Malsagow, E.G. 64
 Mamakajew, Magomed 87
 Mamtani, Mahmood 139, 158
 Mansur, Scheich 51, 84, 127
 Margalit, Avischai 113, 158
 Masbiew, Abdul Hamid 86
 Maschadow, Aslan 8, 12, 96, 98, 99, 100, 113, 128, 129, 130, 132, 137, 154, 158
 Masalha, Nur 18, 19, 21, 158

- Mazur, In 62, 158
 Mehajdali, Sana 135
 Meir, Golda 25, 110
 Meridor, Dan 40
 Mohammed, Prophet 141, 142
 Molaiew, Vorsitzender 61
 Molotow, Wjatscheslaw 68, 71
 Montefiore, Simon Sebag 57, 60, 158
 Morris, Benny 18, 19, 20, 21, 120, 158
 Mursajew, N. 87
 Murtasalijew, Wacha 74, 91, 162
 Musajew, Magomed 57, 63, 94, 16
- Nekritsch, Alexander 77, 79, 80, 82, 83, 85, 88, 89, 158
 Nidal, Abu 31, 118
 Nietzsche, Friedrich 10, 158
 Nimr, Saad 122, 163
 Nusseibeh, Sari 48, 122, 163
- Özkirimli, Umut 106, 158
- Pappé, Ilan 9, 10, 18, 21, 28, 31, 32, 37, 143, 158
 Pape, Robert 141, 158
 Pari, Jakow 66
 Peel, Robert Lord 16, 17
 Peres, Schimon 118, 124, 143
 Petrossian 67
 Pfljew, Kommissar 86
 Poltkovskaja, Anna 9, 51, 53, 100, 103, 129, 158, 159, 163
 Putin, Wladimir 11, 9899, 100, 101, 102, 129, 131, 132, 133, 134, 150, 154
- Qutb, Said 139
- Rabbo, Abed, Jasser 47
 Rabin, Jitzhak 37, 118, 124
 Radujewa, Zura 84
 Rahal, Abdullah Ibrahim 22
 Rajaratnam, Thenmuli 135
 Rantisi, Odeh 21
 Rantisi, Abdel Asis al 120
 Redschal, Mahimouli 23
 Renan, Ernest 106, 107
 Romanow, Zarenfamilie 107
- Ross, Dennis 39, 110
 Roy, Olivier 139, 140, 162, 163
 Rubinstein, Elakim 40
 Rubinstein, Danny 40, 117, 162
 Rusakow, Inspektor 78, 79
 Rusin, Wassili 64, 79, 80, 82, 88, 89, 159
- Sudat, Anwar El 34, 35, 140
 Said, Edward 159
 Said, Mohammed Sajid 141
 Sahew, Chamida 57
 Saliew, Nurali 57
 Salominzew, Funktionär 88
 Samoilenko, Iwan 66
 Samson 8, 135
 Samuel, Herbert 15
 Sanbar, Elias 16, 111, 159
 Sarraj, Ejad 46, 108, 110, 141, 162, 163
 Sartawi, Issam 31
 Saud, Abu Hassan 116
 Sawgajew, Doku 89, 90
 Seschul, Jurj 51, 52, 60, 81, 83, 84, 89, 126, 127, 128, 159
 Schachbiew, Samdi 59, 159
 Schachwerdow, N.N. 66
 Schamil, Imam 52, 53, 54, 57, 105, 127, 129, 151
 Scharipow, Aslanbek 82
 Scharon, Ariel 35, 44
 Schepelew, Genosse 86
 Schigalow, B.I. 88
 Schikaki, Khalil 44, 45, 46, 153, 163
 Schölch, Alexander 15
 Sehawail, Mahmud 145
 Semjonow, Nikolai 96
 Shehadeh, Aziz 33
 Shehadeh, Raja 33, 34, 159, 163
 Simitschastnij, V. 86
 Soldatowa, Galina 82, 159, 160
 Solschenyzin, Alexander 68
 Spinelli, Barbara 11, 14, 159
 Stalin, Josef 9, 11, 51, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 67, 68, 70, 71, 72, 74, 77, 78, 82, 84, 85, 91, 100, 101, 107, 133, 149, 151, 152, 153, 154, 158, 160
 Stanow, Genosse 71
 Steinberg, Mati 40

- Stern, Gruppe 19
 Stern, Jessica 13, 44, 120, 138, 144, 145, 159, 162
 Stern, Yoav 44, 162
 Sugaipow, Abbas 67

 Tagirowa, Raissa 13, 83, 93, 108, 109, 163
 Tamar, Salim 25, 159, 162
 Tawil, Raymonda 20, 30, 31, 32, 142, 159
 Tischkow, B.A. 54, 56, 70, 87, 90, 159
 Trafimow, Alexander 83
 Tsigankow, Wassili 66, 67
 Tschachkijew, Sekretär 86
 Tschelakow, Piotr 68
 Tscherkassow, Alexander 102, 134, 163
 Tschekwakin, Miliz 67
 Tschokal, Dschabrail 70
 Tschurajew, Genosse 86
 Tuameh, Abu 130
 Tubasi, Emil Michael 20
 Turki, Fawaz 23
 Tuschajew, Machdan 64

 Umalatow, Dschabrailow 81, 111

 Victor, Barbara 145, 146, 159
 Volkan, Vamik 10, 47, 103, 112, 146, 162

 Wallach, Janet, John 16, 116, 159
 Waschura, Kommissar 86
 Williams, Brian Glyn 12, 13, 74, 75, 93, 112, 162
 Wilson, Woodrow 16, 159
 Wimbush, S. E. 75, 157

 Yahiya, Hussein 23
 Yahya, Adel H. 120

 Zaqta, Ghassan 25
 Zidan, Ayesh 19
 Zertal, Idith 9, 10, 105, 106, 147, 160
 Zidan, Jima 19
 Zina, Suizidfall 145
 Zuraytir, Akram 16, 17, 160
 Zuzulajewa 65, 90, 160, 163

FWF-BIBLIOTHEK

Inventar Nr.:

D 3929

Standort:



Dr. Tessa Szyszkowitz,

geboren 1967 in Stuttgart, ist Historikerin und Journalistin. Als Korrespondentin des österreichischen Nachrichtenmagazins „profil“ lebte sie 1994 bis 1998 in Jerusalem, seit 2002 schreibt sie von Moskau aus.

Die radikalste Form des politischen Widerstandes ist das Selbstmordattentat. Gerade junge Tschetschenen und Palästinenser verübten in den vergangenen Jahren besonders viele Terroranschläge. Neben Nationalismus und Unterentwicklung analysiert die Autorin einen weiteren Grund für die Verbreitung des islamistischen Terrorismus unter den an sich nur mäßig religiösen Tschetschenen und Palästinensern: die Traumata der Vergangenheit, im kollektiven Gedächtnis eingebrannt und nie behandelt.



ISBN 978-3-205-77704-5

<http://www.boehlau.at>

<http://www.boehlau.de>

Die radikalste Form des politischen Widerstandes ist das Selbstmordattentat. Gerade junge Tschetschenen und Palästinenser verübten in den vergangenen Jahren besonders viele Terroranschläge. Neben Nationalismus und Unterentwicklung analysiert die Autorin einen weiteren Grund für die Verbreitung des islamistischen Terrorismus unter den an sich nur mäßig religiösen Tschetschenen und Palästinensern: die Traumata der Vergangenheit, im kollektiven Gedächtnis eingebrannt und nie behandelt.



ISBN 978-3-205-77704-5
<http://www.boehlau.at>
<http://www.boehlau.de>